REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 341 · 8.4.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Aktion gegen DVU-Großkundgebung
2. Antirassist in Dänemark ermordet
3. Der aufhaltsame Aufstieg des Jean-Marie Le Pen
4. Kräftemessen am Newroz Demirel setzt auf Gewaltlösung
5. Deutsche Menschenrechtspolitik als weltweites Interventionsinstrument. Türkei gegen Kurden aufgerüstet
6. Über Sperrvermerke, Haushaltsrecht und Haushaltslinke. Anm. zu Rüstungslieferungen an die Türkei - Udo Weinrich und Ulla Jelpke
7. Neoliberaler Alltag in Nicaragua. Die gesellschaftliche Dynamik seit der Wahlniederlage der FSLN
8. "Man kann den Frauen nicht immer sagen: wartet ab!"
9. Die Vorgeschichte: Ausgangspunkt Europa (500 Jahre Eroberung Lateinamerikas, Teil 1)
10. Wird Brasilien Giftmülldeponie der Industriestaaten? Interview mit der Associacao Pernambucana dos Amigos Naturezza
11. Kein Ende des Konfliktes in Berg-Karabach abzusehen
12. Kleines Bankett für einen alten Nazi - Kohl empfängt Waldheim und beschimpft den Jüdischen Weltkongreß
13. Der "Fall Gysi": Ein Lehrstück
14. Dialoge. Positionen zur Geschichtsaufarbeitung der DDR-Geschichte - Claudia Gohde
15. Der nützliche Idiot (der Fall Jutta Braband u.ä.)
16. "Stasi" und kein Ende - Michail Nelken
17. Niedermachen, Liedermachen, Niedermachen. Zur Bedeutung der gegenwärtigen Stasi-Debatte der Ex-Linken, Grünen und Bürgerbewegten
18. Wie Erich Mielke 1931 die Stasi gründete. Der Amoklauf des Historikers und Journalisten Götz Aly
19. Warnschuß. Ostdeutsche Schiffbauer kämpfen um ihre Arbeitsplätze - Herbert Waterkant
20. Sklavenarbeit bei Krupp-Rheinhausen
21. Von Hanover, Pennsylvania bis Hoyerswerda, Sachsen
22. Nazi-Christophersen und der neue Paß
23. Bremer Drogenpolitik: Das "Viertel" schlägt zurück
24. Die Gefangenen müssen raus! Die Haftunfähigen zuerst!
25. Strategisches Abwehrsystem gegen Flüchtlinge. Die "Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland" - Olaf Deibler
26. TU-Besetzung beendet - alle Forderungen abgeschmettert
27. Naziaufmarsch in Zirndorf verboten. Solidaritätskundgebung für Flüchtlinge
28. Gramscis "Zivilgesellschaft" - ein affirmativer oder kritischer Begriff - Verena Krieger
29. Eine Textauswahl aus Gramscis "Quaderni" (1930-1935)
30. Vom Elend der Ideologiekritik Wie durch theoretische Überheblichkeit Diskussion verhindert wird - Henning Böke
31. Modischer Anti-Antizionismus in der radikalen Linken
32. Notizen aus der Provinz
33. Roma und Cinti in Hamburg
34. "... die Utopie Sozialismus beim Wort nehmen" (Brief der Dresdner Stadtverordneten Pino Olbrich)
35. "Entartete Kunst" und "Heimatloser Kosmopolitismus". Ein Kapitel DDR-Kulturpolitik Teil 2 - Knut Mellenthin
36. Linke Ossis und Wessis treffen sich (Bericht vom bundesweiten Arbeitstreffen vom 13.-15.3. in Berlin) - Gert Bodszent
37. Du kannst keinen Film machen, ohne selbst involviert zu sein (Berlinale-Bericht)
38. Taylorismus gegen Tiriacismus - Martin Krauß
39. KALENDER

40. Quelldatei 39.htm
41. Quelldatei kurdtit.htm
42. Grüß Gott, Herr Waldheim
43. DDR-Kulturpolitik im Kalten Krieg
44. Frauen in Nicaragua
45. Umweltbewegung in Brasilien
46. Geschichte wird verdreht

1. Aktion gegen DVU-Großkundgebung

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:24

Die Deutsche Volksunion (DVU) des faschistischen Verlegers Gerhard Frey hält seit 11 Jahren ihre Großveranstaltungen in der südostbayerischen Provinz ab. In den vergangenen Jahren kamen jeweils 3000 bis 4000 Alt- und Neonazis um sich an rechtsradikalen Tiraden zu berauschen. Diesmal waren etwa 5000 Zuhörer in der Nibelungenhalle, in der kurz zuvor, am Aschermittwoch, noch die CSU im Starkbierdunst starke rechte Sprüche klopfte. In seiner Rede gab sich der DVU-Vorsitzende betont "bürgerlich gemäßigt". Seit 1981 versuchen Jahr für Jahr örtliche Kräfte ein breites Bündnis gegen den rechtsradikalen Aufmarsch zu mobilisieren, während die Passauer Stadtoberen folgenlose Lippenbekenntnisse gegen die DVU abgeben.

Im Vorfeld der diesjährigen DVU-Großveranstaltung deutete sich an, daß Freys Partei ehemaliger Altnazis versucht, sich zur integrierenden Kraft von Alt- und Neonazis aufzuschwingen und zudem auf Massenwirksamkeit bedacht ist. Nach dem Wahlergebnis von Bremen (September 1991: 6,6%, sechs Abgeordnete; einer ist mittlerweile zur "Deutschen Liga" abgewandert; elf Sitze in Stadtteilparlamenten) und den Streitigkeiten innerhalb der Republikaner sind gewisse Erfolge in diese Richtung nicht zu übersehen. Es ist festzustellen, daß in den letzten Jahren immer mehr junge Rechtsradikale nach Passau kamen. Damit gingen zunehmende neonazistische Übergriffe im Vor- und Umfeld der DVU-Veranstaltung einher. So wurde im letzten Jahr das "Zeughaus", ein Jugendzentrum, in dem sich GegendemonstrantInnen trafen, von Neonazis mit Steinen und Knüppeln angegriffen.

Die Gegenmobilisierung

Unter diesen Voraussetzungen formierte sich erneut ein örtliches Bündnis, dem neben Unorganisierten studentische, gewerkschaftliche und kulturelle Initiativen und die "Grünen KV Passau" angehörten. Dieses Bündnis wurde durch eine bundesweite Mobilisierung unterstützt, die nahezu ausschließlich von Autonomen vorbereitet und getragen wurde. Es wurde vereinbart um 14.30 Uhr eine gemeinsame Demonstration mit Kundgebung direkt neben der Nibelungenhalle abzuhalten. Die Autonomen riefen zusätzlich zu einer Blockade des Versammlungsortes auf, die um 9.00 Uhr beginnen sollte. Nachts sollten Einrichtungen geschützt werden, in denen sich Flüchtlinge aufhalten.

Der Versuch des örtlichen Bündnisses, auch die großen Parteien SPD und CSU einzubinden, die 1988 in einem "Bürgermanifest" geschrieben hatten, daß die DVU in Passau unerwünscht sei, scheiterte. Nach vielem Hin und Her schlugen diese vor, eine Demonstration am Tag vor der DVU- Veranstaltung durchzuführen. Das Bündnis lehnte dies ab. Obwohl SPD und CSU im Vorfeld vorgaben, dieses Projekt weiterzuverfolgen, fiel es aus. Niemand hatte sich weiter um dessen Vorbereitung gekümmert. Statt dessen verzichtete die Stadtverwaltung dieses Jahr auf eine Klage gegen die Hallenmiete durch die Nazis. Sie schloß das Jugendzentrum "Zeughaus" am 14.3., weil "politische Agitation in diesen Räumen nicht erwünscht" sei. Letztes Jahr hatten sich GegendemonstrantInnen nach Nazi-Überfällen dahin zurückgezogen. Außerdem war weder die Stadt Passau noch die örtliche Universität daran interessiert, Räume für einen Vortrag von Beate Klarsfeld zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung reagierte auch nicht, als die Anne-Frank-Stiftung die kostenlose Überlassung der Ausstellung über Anne Frank anbot. Mit dieser Taktik wollte das offizielle Passau "Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten. Implizit werden nicht mehr die Nazis für die Probleme verantwortlich gemacht, sondern die Antifas, die deren Treiben Einhalt gebieten wollen.

Die Gegenaktion

Bereits am Tag vor der Großveranstaltung der DVU waren etwa 500 Autonome aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. Sie versuchten am Vormittag vor Beginn des DVU-Aufmarsches eine Kreuzung vor der Halle zu blockieren. Dies wurde von polizeilichen Sonderkommandos durch massive Knüppeleinsätze und Festnahmen von über 50 Personen schnell unterbunden. Die kleinen Gruppen, die danach durch die Innenstadt zogen, wurden ebenfalls in Auseinandersetzungen mit der massiv präsenten Polizei verwickelt. Dabei gingen einige Scheiben zu Bruch. Die recht eindrucksvolle Demonstration mit über 2000 TeilnehmerInnen konnte dennoch ge- und entschlossen durchgeführt werden.

Es ist zu konstatieren, daß derzeit lediglich die Autonomen in der Lage scheinen, auf überörtlicher Ebene gegen faschistische Großveranstaltungen zu mobilisieren. Eine Gefahr ist dabei, daß die eigene Stärke überschätzt wird. Dies war offenbar bei der fehlgeschlagenen Blockadeaktion der Fall, die viele Verhaftungen zur Folge hatte. Andere Teile der Linken können derzeit auf bundesweiter Ebene nicht sehr viel an antifaschistischer Gegenwehr auf die Beine stellen.

Ul., Al., Nürnberg

Vielen Dank an die Autonomen Antifas für die Überlassung von Material, das für die Erstellung des Artikels sehr hilfreich war.

2. Antirassist in Dänemark ermordet

Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:40

Am Montag, den 16. März, wurde gegen Mittag der 29jährige Schweißer Henrik Christensen von einer Briefbombe ermordet. Der Briefträger bezeugte, daß er um 8 Uhr einen "auffallend schweren Brief" in den Briefkasten der Internationale Sozialister (IS) in der Sollerodgade, Kopenhagen, gelegt hatte. Nach der Explosion war der Treffpunkt fast ausgebrannt und man hatte Schwierigkeiten bei der Identifizierung des Toten.

Für die IS und die dänische Linke besteht kein Zweifel daran, daß dieser Mord politisch ist und aus dem Umfeld der Rechtsextremisten-Szene heraus geplant und ausgeführt wurde. Henrik ist das erste Terroropfer. Die antirassistischen Gruppen in Dänemark werden seit langem bedroht. Einbrüche, Vandalismus, Schmäh- und Drohbriefe, Überfälle haben sie zur Genüge erlebt. In den letzten zwei Jahren haben unbekannte Faschos einige Male linke Büros und Infocafe`s mit Steinen und Mollis angegriffen, wobei erheblicher Sachschaden entstand. Immer wieder wies die Polizei Anzeigen grundlos ab und legte sie ohne große Nachforschungen zu den Akten.

IS ist im antirassistischen Kampf sehr aktiv und war Mitbegründerin der Antirassistischen Front. Die Organisation hat sich an der Demonstration und am Kampf gegen die schwedischen Neonazis am Jahrestag des Königs Karl des Zwölften beteiligt. Bis jetzt hat sich noch niemand zu dem Mord bekannt.

Am Vortag erschien in der SPD-Zeitung AKTUELT ein Artikel, der von Henrik unterzeichnet war, in dem er die "fremdenfeindlichen Stimmungen anprangerte, die sich auch in Dänemark ausbreiten" (FR, 23.3.1992). Henrik war seit zehn Jahren politisch aktiv. Zuerst bei den Revolutionäre Socialister, später bei den IS - dem dänischen Zweig der Socialist Worker's Party. Er hat sich anfangs mit gewerkschaftlicher Arbeit in der SID (dänische Gewerkschaft für Ungelernte) engagiert, später hat die antirassistische Arbeit überwogen.

Henrik hinterläßt Conni und den fünfjährigen Alexander.

Solidaritätserklärungen an: Internationale Socialister, Ryesgade 8, 3.sal, DK - 8000 Århus C.

3. Der aufhaltsame Aufstieg des Jean-Marie Le Pen

Regionalwahlen in Frankreich

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:30

Der Zufall will es, daß fast gleichzeitig in mehreren westeuropäischen Ländern Wahlen stattfinden. Auf die französischen Regional- und Kantonalwahlen vom 22. und 29. März folgen Anfang April nationale Wahlen in Italien und Großbritannien; in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg werden neue Landtage gewählt. Während die internationale Presse vornehmlich darüber spekuliert, wer denn jeweils mit wem welche Regierung bilden wird, müssen sich Linke nach dem Wahlerfolg des Front National vor allem die Frage stellen, wie sie einem besonders reaktionären Aspekt der "europäischen Einigung" begegnen wollen: der länderübergreifenden Anpassung des Massenbewußtseins nach rechts, die auch anderswo offen reaktionäre und rassistische Gruppierungen zu Machtfaktoren machen könnte.

Selten genug ziehen Regional- und Kommunalwahlen in einem westeuropäischen Land die internationale Aufmerksamkeit auf sich. Nicht der künftigen Organisation des gymnasialen Schulwesens, der Binnenhäfen und des regionalen Verkehrssystems - das sind einige der begrenzten Zuständigkeiten französischer Regionalparlamente - galt am 22. und 29. März das Interesse. Die Wahlergebnisse sollten Aufschluß geben über die Haltbarkeit der französischen Regierung und den voraussichtlichen Ausgang der im kommenden Jahr anstehenden nationalen Parlamentswahlen wie auch der Präsidentschaftswahlen im Jahre 1995. Die europäische Linke starrte gebannt auf das Abschneiden des Front National; ebenso die bisher weniger erfolgreichen Nachahmer des Jean-Marie Le Pen, die sich von einem Wahlerfolg der französischen Kumpanen Aufschwung für ihre eigenen braunen Projekte erhofften.

Mit den knapp 3,4 Millionen Stimmen für den FN ist dessen Wählerpotential noch nicht erschöpft. Le Pen hat seine Wette verloren, die Partei bei dieser Wahl aus der "Zone zwischen 10 und 15%" herauszuführen und im Bereich "zwischen 15 und 20%" zu etablieren. Dennoch ist der FN in zwei Regionen zur zweitstärksten Kraft geworden; in der Region Provence-Alpes-Côte-d'Azur (23,26%) und im Elsaß (17,16%; zusammen mit seinem Ableger "L'Alsace d'abord" 23,2%). Als weniger anfällig für rechte Rattenfänger erwiesen sich u.a. die Korsen (5,1%) und Le Pens bretonische Landsleute (8,82%).

Der triumphale Wahlerfolg der Grünen, die mit zwei konkurrierenden Listen antraten, mag als Ausdruck gewachsenen "Umweltbewußtseins" zu begrüßen sein. Ihre künftige Rolle in der französischen Politik bleibt ungewiß. Antoine Waechter waren noch 1989 die bundesdeutschen Grünen "zu stark vom Marxismus beeinflußt". Sein von den deutschen Dunkelgrünen übernommener Wahlspruch "Wir sind nicht links, nicht rechts, sondern vorn" drückt den grünen Grundkonsens aus, der sich auch im Abstimmungsverhalten grüner Regionalparlamentarier manifestiert. Mal wählten sie sozialistische, mal konservative Kandidaten als Regionalratspräsidenten. "Die neue Unübersichtlichkeit nutzen und sich alle Optionen offenhalten", umschreibt Alexander Smoltczyk in der "taz" (1.4.92) diese durch keinerlei Skrupel gebändigte "Realpolitik": "Macchiavelli hätte seine Freude".

Das "französische Experiment" vor dem Ende

Die bevorstehende Wahl zur Nationalversammlung wird nach Lage der Dinge den Sozialisten ein Debakel bescheren. Daran werden weder der Rücktritt von Ministerpräsidentin Cresson noch weitere Kabinettsumbildungen wesentliches ändern. Die Sozialistische Partei ist isoliert. Die meisten kommunistischen WählerInnen verweigerten ihr im zweiten Wahlgang der Departementswahlen die über Jahre selbstverständliche Unterstützung. Selbst die rechtsgrüne Neugründung "Génération É cologie" um den jetzt zurückgetretenen Umweltminister Brice Lalonde betont demonstrativ ihre Eigenständigkeit. Jean-Pierre Soisson und Jean-Marie Rausch, liberal-konservative Minister in der Regierung Cresson, wurden - zur Abschreckung für weitere potentielle bürgerliche Bündnispartner der Sozialisten - vom Front National auf besonders perfide Weise diskreditiert. Der Trick der Rechten: Sie machten mit ihren Stimmen die beiden Minister zu Regionalratspräsidenten von Burgund bzw. Lothringen.

Die bürgerliche Rechte entrüstete sich. Ihre 15 Regionalratspräsidenten sind - anders als vor sechs Jahren - allesamt ohne Unterstützung des FN gewählt worden. So können RPR und UDF nicht nur stolz ihre weiße Weste spazierentragen, sondern auch - trotz erheblicher Verluste - hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Anlaß

für ihren Optimismus ist das Wahlverhalten der FN-WählerInnen im zweiten Wahlgang der Departementswahlen. Ganz ohne Absprachen der Parteiführungen und ohne Wahlempfehlungen des FN-Politbüros gaben sie durchweg den Kandidaten der UPF die Stimme. Dieses Modell würde bei den nationalen Parlamentswahlen nur dann nicht funktionieren, wenn Mitterrand per Erlaß das Mehrheits- durch das Verhältniswahlrecht ersetzen lassen würde. Da er damit dem FN den Weg in die Nationalversammlung ebnen würde, ist diese Variante aber nur schwer vorstellbar.

Der aufhaltsame Aufstieg des Jean-Marie le Pen

Der Aufstieg des Front National zur drittstärksten Kraft des französischen Parteiensystems erinnert in gewisser Weise an die Geschichte vom Zauberlehrling. Die "Geister", welche die rechtsbürgerlichen Kräfte gegen die Anfang der 80er Jahre boomenden Sozialisten zu Hilfe riefen, werden sie nun nicht mehr los. Begonnen hatte der FN als isolierte Splittergruppe. Auf Initiative des 1969 gegründeten Ordre National (ON) vereinigten sich im Oktober 1972 eine Reihe rechtsextremer Organisationen zum Front National. An seiner Spitze stand von Beginn an Jean-Marie Le Pen. Der Fischersohn aus der Bretagne, Kriegsfreiwilliger in Indochina und Algerien, war schon 1956 als Abgeordneter der rechtspopulistischen Poujade-Bewegung in die Nationalversammlung gewählt worden. Aber auch der starke Mann und unangefochtene Führer Le Pen konnte elf Jahre lang nichts daran ändern, daß die neue Partei ein Schattendasein fristete. Sie erreichte bei nationalen, regionalen und Europawahlen stets weniger als 1%. Nur Le Pen erkämpfte in seinem Pariser Wahlkreis bis zu 5%.

Ab 1983 ging es mit dem FN steil aufwärts. Bei den Kommunalwahlen errang die Partei, deren Gesamtergebnis mit 0,1% schlechter denn je ausfiel, in einigen Kommunen herausragende Erfolge. In Dreux (bei Paris), wo er auf 16,7% der Stimmen kam, wurde der FN von RPR (Gaullisten) und UDF (Liberal-Konservative) in eine Koalition aufgenommen und damit als - zunächst kommunaler - Partner anerkannt. Der Tragweite dieser Entscheidung voll bewußt, hatten die Parteizentralen von RPR und UDF dem neuen Bündnis ausdrücklich grünes Licht gegeben. Das mit diesem Ereignis verbundene Medieninteresse verhalf Le Pen zu kostenloser Publicity und spektakulären Fernsehauftritten. Schon ein Jahr später, 1984, kam seine Partei bei den Europawahlen auf 11% und entsandte zehn Abgeordnete nach Straßburg.

Die Parlamentswahlen von 1986 bestätigten den FN mit 9,9% (entsprechend 35 Sitzen) national als vierte Kraft noch vor den unaufhaltsam absteigenden Kommunisten. Die ebenfalls 1986 erstmals erfolgte Direktwahl der Regionalräte etablierte rechte große Koalitionen auch auf regionaler Ebene. In sechs der 22 Regionen sicherten die Rechtsextremen den Bürgerlichen den Sessel des Regionalratspräsidenten und erhielten als Gegenleistung fünf Vizepräsidentenposten.

Chirac und Giscard wollen Le Pen "überflüssig" machen

Der "taktischen" Annäherung an den FN folgte die ideologische. Allen voran Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris und Parteichef des RPR, und Ex-Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (UDF) gaben sich alle Mühe, Le Pens rassistische Ausbrüche noch zu übertreffen. Der sah es mit Genugtuung: die Konservativen seien dabei, ihn "so weit rechts zu überholen", daß er jetzt "in der Mitte" stehe. So forderte Chirac, damit sich in den Vorstädten nicht endgültig "das Gesetz des Dschungels" durchsetze, zur Eindämmung des "wachsenden Einwanderungsstroms" auf. Französische Arbeiter, die mit Immigranten unter einem Dach leben, haben sein volles Mitgefühl: "Hinzu kommen noch der Krach und der Gestank - da wird der französische Arbeiter auf demselben Flur verrückt". Dazu ging er mit einer erfundenen Geschichte hausieren, der zufolge ein Einwanderer monatlich 50.000 Francs (17.000 DM) Sozialhilfe kassiere, weil er mit drei oder vier Frauen 20 Kinder gezeugt habe.

Giscard, Staatspräsident von 1974 bis 1981, der 1995 gern als Kandidat der Rechten in das höchste Amt zurückkehren möchte, steht seinem Konkurrenten nicht nach. Hatte er einst als frisch gewählter Präsident demonstrativ Müllwerker afrikanischer Herkunft zum Frühstück in den Elysée-Palast geladen, paßt er sich nunmehr dem veränderten Zeitgeist an. "Das Problem, vor dem wir heute stehen, verlagert sich von dem der Einwanderung zu dem der Invasion", schrieb er in einem Beitrag für "Le Figaro", von dem er auch später nicht eine Zeile zurücknehmen wollte. Giscards Maßnahmenkatalog gegen die "Invasion": "Einwanderungsquote Null", "umgehende Ausweisung" illegal im Lande lebender Einwanderer und eine Änderung des französischen Einbürgerungsrechts. Das "Recht des Bodens" (ius soli) müsse durch das "Recht des Blutes" (ius sanguinis)

abgelöst werden. Jährlich nehmen etwa 100.000 Menschen, die als Kinder ausländischer Eltern in Frankreich geboren wurden, die französische Staatsbürgerschaft an.

Die Sozialisten konterten diesen Vorstoß mit dem Verweis auf die Nationalhelden Yves Montand und Michel Platini, die nach dem Abstammungsprinzip keine Franzosen wären. Aber auch Mitglieder der Regierungspartei machen gern mal Anleihen bei Le Pen. Im vergangenen Sommer präsentierte Innenminister Philippe Marchand sein Rezept zur Befriedung der unruhigen Vorstadtghettos. "Nicht Ferien auf dem Lande, sondern die Anwendung des Gesetzes" für jugendliche "Bandenführer": "Man muß dafür sorgen, daß sie keinen Schaden mehr anrichten können". Die repressive "Ausländer"- und Asylpolitik der sozialistischen Regierung dürfte darüberhinaus auf das Massenbewußtsein ähnlich wirken wie in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern: als quasi "amtliche" Bestätigung, daß die Einwanderung ein gravierendes Problem darstelle, dem mit immer schärferen Gesetzen begegnet werden müsse.

Daß Le Pens Partei Zulauf aus allen politischen Lagern erhält, ist mit dem besonderen französischen nationalen Konsens zu erklären: "In Frankreich ist das positive Verhältnis zur eigenen Nation im rechten wie im linken Lager ungebrochen. Selbstbewußt sehen die Franzosen ihre Geschichte als die der grande nation. Der Appell an das Nationalbewußtsein der Bürger ist deshalb fester Bestandteil der Rhetorik von fast allen französischen Politikern" (Bernd Mosebach). (1) Das gilt auch für die so gern als letzte Bastion des Stalinismus titulierte KP. Deren Kampagne "französische Arbeitsplätze für französische Arbeiter" ließ schon Anfang der 80er Jahre revolutionäre Linke ratlos an höhere (?) Mächte appellieren: "Lenin, wach auf, sie sind verrückt geworden!"

Gegenüber den bloß Ruhm und Größe der Nation beschwörenden Politikern der anderen Parteien hat Le Pen in den Augen vieler WählerInnen einen entscheidenden Vorzug: Er bekennt sich ohne Wenn und Aber zu den unwiederbringlich vergangenen ruhmreichen Tagen des französischen Kolonialreiches, der weltweiten Interventionspolitik und eines direkt an das Mutterland angegliederten Algeriens. Niemand verkörpert diese Vergangenheit überzeugender als der Kolonialkrieger Le Pen. Daß Frankreich nach seinem Willen Teil der "neuen Nation" Europa, der französische Nationalismus Grundlage eines "europäischen Patriotismus" sein soll, ist in dieser reaktionären Ideologie kein Widerspruch.

Das Erfolgsrezept des FN

Mit seinem politischen Programm sind die aktuellen Erfolge des Front National am allerwenigsten zu erklären. Die dort propagierten "Werte unserer Zivilisation" - "das Wahre, das Gute und das Schöne" - mögen, gerade weil sie so vage sind, reaktionäre Schwärmer ansprechen; ebenso die Reduzierung der Frau auf das Kinderkriegen und die Forderung nach einem strikten Abtreibungsverbot. Ganz anders verhält es sich mit der Programmatik des FN in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hier haben Le Pens Programmschreiber so ziemlich alles an ultraliberalen, d.h. zutiefst unsozialen Maßnahmen zusammengetragen, was "der Kapitalist" sich nur wünschen kann: Senkung der Vermögens- und der Gewinnsteuer, Einschränkung des Streikrechts, Senkung des Mindestlohns, Abbau der Sozialversicherungen, Verteuerung von Sozialwohnungen bei gleichzeitiger Förderung des Eigenheimbaus unabhängig vom Einkommen.

Für dieses Programm hat der FN aus gutem Grund im Wahlkampf kaum Reklame gemacht: "Laut und deutlich äußert die FN von ihrem Programm nur, was ihr nützt. Die Kandidaten erhalten Sprachregelungen. Le Pen selbst verleugnet Teile seines Programms, wenn er nicht mit Beifall rechnen kann" (Bettina Kaps in der "taz" vom 16.3.92). Es sind vor allem Stimmungen, mit denen der FN seine Wahlkampagnen bestreitet: "Die Partei hat Themen aufgegriffen, die bei einem großen Teil der Bevölkerung emotional beladen sind. Hierdurch sowie durch das bewußte Schüren von Ängsten und das Aufnehmen eines verbreiteten Pessimismus gelang es ihr, die Diskussion maßgeblich zu bestimmen und aus den Themen 'Probleme' werden zu lassen" (Bernd Mosebach).

Pessimismus und Zukunftsangst gehören zu den hervorstechendsten Merkmalen der FN-WählerInnen. 56% von ihnen meinen, heute schlechter zu leben als früher. "Modernisierungsopfer" also, die uns von den um einfache Erklärungen selten verlegenen Sozialwissenschaftlern auch schon als die angeblichen Aktivisten des rassistischen Terrors in Deutschland angeboten wurden? Bei Arbeitslosen und Wohnungssuchenden mag ihre objektiv prekäre Lage dazu beitragen, daß sie all ihre Hoffnung auf den rechtsradikalen Erlöser setzen. Für die in gesicherten Verhältnissen lebenden Angehörigen der alten und neuen Mittelklassen, die nicht unerhebliche

Teile der FN-Anhängerschaft stellen, trifft das nicht zu. Diese Schichten haben nicht nur in Frankreich die Angewohnheit, sich vorbeugend zu fürchten und Abwehrmaßnahmen gegen den angeblich drohenden Verlust des eigenen sozialen Status einzuklagen. Vor allem gegen die Einwanderung, die zwei Drittel der FN-Wähler für "eine der wesentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit" halten; gegen die Einwandererkriminalität - "Einwanderung ist eine wesentliche Ursache der Kriminalität" sagen 100% der FN-Wähler; für die Wiedereinführung des Todesstrafe (69%).

Die Besonderheit der Situation in Frankreich besteht nicht darin, daß dort mehr Menschen als in anderen westeuropäischen Ländern rechtsextremen Überzeugungen anhängen. 15% offene Rassisten - nicht nur solche, die Vorurteile über unvereinbare nationale "Mentalitäten" mit sich herumschleppen - dürften sich auch in der BRD, der Schweiz oder Italien finden. Der Unterschied besteht darin, daß es den französischen Rechtsradikalen gelungen ist, große Teile dieses Potentials an sich zu binden. Der Front National ist eine modern organisierte Sammlungsbewegung ohne das im extrem rechten Lager - zum Glück - häufig anzutreffende, immer wieder Spaltungen und Neugründungen heraufbeschwörende Sektierertum. Die Geringschätzung einer differenzierten Programmatik ermöglicht die Konzentration auf einige wenige emotionsbeladene Themen - "Einwanderungsflut", Kriminalität, soziale Unsicherheit. Die populistische Agitation gegen die "Bande von Erpressern, Dieben und Gangstern" - Le Pen wörtlich über die sozialistische Regierung - spricht darüberhinaus "politikverdrossene" ProtestwählerInnen an.

Wem gehört die Straße?

Blamiert hat sich der Standpunkt, die offene Konfrontation mit den Rechten würde diesen nur einen "Märtyrerbonus" verschaffen und ihnen weitere WählerInnen zutreiben. Ein typischer Befürworter voller Rede- und Versammlungsfreiheit für die Rechtsextremisten - damit sie sich "austoben" und "diskreditieren" können - ist der Frankreich-Korrespondent der Frankfurter Rundschau, Hans-Hagen Bremer: "Den Kampf gegen Le Pen hatten die Sozialisten zur 'Hauptachse' (Parteichef Laurent Fabius) erklärt, eine Taktik, die zum Eigentor führte. (...) Nichts konnte Le Pen mehr erwünscht sein, als Abend für Abend in den Fernsehnachrichten vor Millionen von Zuschauern als Märtyrer aufzutreten" (FR, 16.3.92). Bei genauerem Hinsehen erweist sich der Ausgang der französischen Regionalwahlen als Bestätigung des vielgeschmähten "traditionellen Antifaschismus". Dessen Betätigungsfeld ist nach wie vor nicht zuletzt die Straße. Korsische Nationalisten haben darüberhinaus ein neues Kampfgebiet erschlossen: in Bastia besetzten sie kurzerhand die Landebahn des Flughafens. Die im Anflug befindliche Linienmaschine mit Le Pen an Bord mußte nach Calvi umgeleitet werden. Wegen zu erwartender Zusammenstöße wurde die geplante FN-Kundgebung in Ajaccio von den Behörden untersagt. Le Pen mußte sich mit einer Pressekonferenz in seinem Hotel begnügen und wirkte ziemlich lächerlich. Anders als das Sprichwort behauptet, "tötet Lächerlichkeit" allerdings nicht sofort, vielleicht aber längerfristig. Der FN erreichte mit läppischen 5,1% auf Korsika sein mit Abstand schlechtestes Ergebnis.

Js.

Anmerkung:

1) Bernd Mosebach: Le Pen auf dem Weg in die Regierung? In: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.); dokumentiert in FR, 20.3.92.

Ergebnis der Regionalwahlen

am 22. März 1992

UPF (1) 33,0% (-6,3)

PS 18,3% (-10,8)

FN 13,9% (+4,3)

PCF 8,0% (-2,3)

Les Verts (2) 7,6% (+5,2)

GE (3) 6,8% (+6,8)

Anmerkungen:

1) Union pour la France; Zusammenschluß von RPR/ Rassemblement pour la Republique (Gaullisten) und UDF/ Union pour la démocratie francaise (Liberal-Konservative). 2) Die Grünen. 3) Génération É cologie.

4. Kräftemessen am Newroz Demirel setzt auf Gewaltlösung

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/newroz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:newroz

Jeder, der wolle, könne das Newrozfest feiern, hatte der türkische Ministerpräsident Demirel versichert. Er wünsche allen eine glückliches Newrozfest. Zur Bekräftigung dieser guten Wünsche waren bereits Tage und Wochen vor dem 21.3. massiv Truppen, vor allem die Eliteinheiten der Armee, die sog. "Kommandos", in die kurdischen Gebiete verlegt worden.

Wie zur Demonstration ihrer guten Absichten besuchten die Militärs das Dorf Karabayir, Provinz Mardin, bereits ein paar Tage vor dem Newroz: Sie kesselten das Dorf ein und machten zwei Häuser dem Erdboden gleich, dabei ermordeten sie 14 Menschen, darunter Frauen und Kinder. "Zwölf Terroristen tot festgenommen", hieß es in der offiziellen Verlautbarung.

Währenddessen brachten Presse, Politiker sowie Sprecher des Generalstabs die türkische Öffentlichkeit in Stimmung. Die PKK habe einen bewaffneten Volksaufstand angekündigt. In Adana wurde auf ominösen Flugblättern verbreitet, die Kurden würden alle Läden von arabischen und türkischen Händlern plündern. Per Hubschrauber ließ der Gouverneur von Istanbul, Hayri Kozakcioglu (bis vor einem Jahr Gouverneur der kurdischen Provinzen), 15.000 Flugblätter über Istanbul abwerfen, auf denen behauptet wurde, das Newroz sei eigentlich ein urtürkisches Fest. Aus Protest gegen den Mißbrauch durch die Kurden (!) solle man es nun nicht feiern. Flugblätter ähnlichen Inhalts tauchten auch in Diyarbakir und anderen Städten Kurdistans auf.

Noch am Morgen des 21.3. hatten einige aus der pro-kurdischen HEP stammende Abgeordnete Ministerpräsident Demirel und Innenminister Sezgin einen Blumenstrauß überreicht, um am Newroz ein Zeichen für Frieden und Brüderlichkeit zu setzen. Sechzig getötete Zivilisten allein am selben Tag waren die Antwort des türkischen Staates.

Eine Bilanz

19.3.92: Diyarbakir

Nachdem die Polizei Anweisung gegeben hatte, zwischen dem 14. und 24. März keinen der in Frage kommenden Veranstaltungsräume, Kinos etc. zu vermieten, bzw. diese "vorsichtshalber" selbst reservieren ließ, hatte die HEP eine Kulturveranstaltung im Sportstadion der Stadt angemeldet und hierfür auch mündlich die Erlaubnis erhalten. Am 19.3. nachmittags kam der Bescheid ohne Angaben von Gründen, daß die Veranstaltung verboten sei. (Auf Intervention des SHP-Abgeordneten Isiklar bei Demirel wurde die Veranstaltung am folgenden Nachmittag dann doch erlaubt, inzwischen hatte die HEP jedoch abgesagt und die Künstler ausgeladen.)

20.3.92: Diyarbakir

An verschiedenen Schulen und Fakultäten feiern SchülerInnen und StudentInnen Newroz. Zum Teil werden kurdische Fahnen geschwenkt. Es kommt zu massiven Prügeleinsätzen und Festnahmen durch die Polizei.

In Gercüs, Provinz Batman, eröffnen die Sicherheitskräfte das Feuer auf eine friedliche Newrozdemonstration. Der 15jährige Davut Soyvural und der 20jährige Nuri Soyvural werden erschossen.

Auch in Nusaybin wird bereits am Freitagnachmittag eine Kundgebung durchgeführt. Bis 18.00 Uhr bleibt alles friedlich, dann ziehen die Eingreiftruppen der Polizei schießend durch die Stadt.

21.3.92: Diyarbakir

Ein von der HEP organisierter Besuch am Grab von Vedat Aydin (dem im Juli letzten Jahres von Todesschwadronen ermordeten Vorsitzenden der HEP Diyarbakir), an dem etwa 250 Personen teilnehmen, wird von einem massiven Aufgebot bewaffneter, teilweise vermummter ziviler Polizeibeamter bedroht. Nach Rückkehr in die Stadt versammeln sich Tausende vor dem Gebäude der HEP. Trotz Provokationen der Sicherheitskräfte kommt es nicht zu weiteren Zusammenstößen.

Sirnak

Zur Vorbereitung der Newrozfeiern waren die Funktionäre der SHP, HEP, der Gewerkschaften, Stadträte und Dorfvorsteher zusammengekommen. "Wir riefen die Bevölkerung auf, während der Feiern Ruhe zu bewahren, um Ausschreitungen zu verhindern", berichtet Mesut Uysal, Vorstandsmitglied der HEP in Sirnak, der taz.

Etwa 10.000 Menschen hatten sich am Vormittag auf dem Platz der Republik eingefunden. "Aus der Region westlich der Stadt kamen etwa 5.000 Menschen. Sie durchbrachen die Polizeibarrikaden, die ihren Weiterzug verhindern wollten und kamen am Platz an. Plötzlich wurde von allen vier Seiten auf uns geschossen. Auf den Gebäuden der Stadt hatten Soldaten und Polizei Stellung bezogen. Sie schossen auf alles, was sich bewegte."

Für Stunden wird die Menschenmenge gezwungen, sich mit dem Bauch auf den Boden zu legen, während die Sicherheitskräfte sie mit der Waffe bedrohen und auf jede/n schießen, der den Kopf hebt.

Am folgenden Tag listet das Gesundheitsamt in Sirnak die Toten auf: 23 Menschen, darunter die 5jährige Hatice, der 9jährige Methi, die 65jährige Hediye, der 80jährige Ramazan ... 47 Verletzte mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Cizre

Bereits am Freitagabend ist die Stadt von einem Militärgürtel umschlossen. Dennoch werden bereits jetzt in vielen Stadtteilen Newrozfeuer entfacht und Tausende von Feuerwerkskörpern abgeschossen. Mehrere Tausend Menschen sammeln sich auf den Straßen. Die Frauen haben ihre Festkleidung, z.T. in den Nationalfarben, angelegt, singen und tanzen.

Die Menge formiert sich zu einem Zug, um zum Friedhof zu gehen. Sie wird jedoch von Spezialteams aufgehalten und aus dem Maschinengewehr der Panzer sowie der Polizisten wird auf die friedliche Demonstration das Feuer eröffnet.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir, Fevzi Veznedarglu: "Die Armee hatte alle Ein- und Ausfahrten zu Cizre verbarrikadiert. Als wir in die Nähe kamen, haben sie plötzlich das Feuer auf uns eröffnet. Es gibt Tote und viele Verletzte. Sie fuhren mit den Panzern auf uns los. (...) Die Vertreter der türkischen Armee, mit denen ich vor einigen Minuten gesprochen habe, sagen, sie hätten aus Ankara den Befehl erhalten, bei einem Aufstand diesen niederzuschlagen. Der General befahl, alles niederzuschießen, was sich bewegt. Es ist Krieg."

Nach Anbruch der Dunkelheit greifen die Sicherheitskräfte erneut an. 22 Personen werden getötet.

Der Transport von Schwerverletzten in die Krankenhäuser der Umgebung (Diyarbakir) wird von Polizei und Militär verhindert. Viele der Verletzten sterben.

Van

Bereits am Vormittag hat sich die Bevölkerung auf den Straßen der Stadt versammelt. Obwohl es sich nicht um eine Demonstration handelt, beginnen die Sicherheitskräfte aufzufahren und Barrikaden zu errichten.

Als Yavuz Binbay, Menschenrechtsvereinsvorsitzender in Van, versucht, den Polizeipräsidenten davon zu überzeugen, daß die Menge in friedlicher Absicht auf den Straßen sei. Noch während dieses Gesprächs hört er im Hintergrund Schüsse. Erneut fordert er den Polizeipräsidenten zur Zurückhaltung auf. Währenddessen verkünden andere Polizisten in unmittelbarer (hörbarer) Nähe, "das ist doch Yavuz Binbay vom Menschenrechtsverein, den müßte man umbringen". Als er zurück zur Hauptstraße geht, wird er von mehreren Polizisten gepackt und etwa eine halbe Stunde lang auf ihn eingeschlagen. Er wird mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

An anderen Stellen der Stadt haben die Sicherheitskräfte das Feuer auf die unbewaffneten Menschen eröffnet. Drei Personen werden durch Polizeikugeln getötet, in den folgenden Tagen sterben zwei Menschen an ihren Verletzungen. Die Sicherheitskräfte nutzen die Gelegenheit, um über 200 Personen, darunter viele Aktivisten des Menschenrechtsvereins, festzunehmen. Zahllose Läden und Kleinbetriebe werden von den staatlichen Schlägern aufgebrochen, Inventar und Waren zerstört und verwüstet.

In Yüksekova werden sechs TeilnehmerInnen einer Newrozdemonstration von Polizei bzw. Armee erschossen.

Istanbul

Die Aktionen und Kämpfe sind nicht auf die Städte Kurdistans begrenzt. Als z.B. auf einem Gebäude der HEP in Istanbul die kurdische Fahne gehißt wird und die schon vorher eingekesselte Menge Parolen wie "Kurdistan wird zum Grab des Faschismus werden" skandiert, eröffnen Polizeieinheiten das Feuer. 247 Personen, die sich vor den Schüssen ins Parteibüro flüchten, werden festgenommen.

Obwohl alle Augenzeugen berichten, (und inzwischen in der BRD mehrfach im Fernsehen zu sehen war), daß in allen diesen Städten von Polizei und Militär das Feuer auf friedliche und unbewaffnete Menschen eröffnet wurde, erklärt Ministerpräsident Demirel noch am Abend des 21.3.: "Leider gibt es Tote in Cizre und Sirnak. Trotz unserer Bemühungen haben sie das Newrozfest vergiftet. Das ist Terrorismus." Die vom Staat ermordeten KurdInnen müssen als "Begründung" für eine noch weitere Eskalation der Gewalt durch die Sicherheitskräfte herhalten.

22.3.

In den Morgenstunden wird auch unter der Bevölkerung von Nusaybin ein Massaker verübt:

Am 21.3. war von den Staatskräften ein absolutes Demonstrations- und Ausgangsverbot erlassen und auch durchgesetzt worden. Wer auf die Straße trat, wurde mit Gewalt in die Häuser getrieben. Auf die Nachricht über die Ereignisse in Cizre und Sirnak hin sammeln sich dann am Morgen des 22.3. Tausende von Menschen in der Stadt. Ihr Protestzug zieht bis zum Friedhof, der außerhalb der Stadt gelegen ist. Als die Menschen auf dem Rückweg die Brücke über den Fluß Cagcag passieren müssen, welche einen Staudamm bildet, werden sie durch eine Sperre der Sicherheitskräfte am Weitergehen gehindert. Das Feuer wird eröffnet und gleichzeitig mit Panzern in die Menge gefahren. Zahlreiche Menschen stürzen ins Wasser, bzw. werden von den Sicherheitskräften ins Wasser getrieben. 15 Menschen werden durch Schüsse getötet oder von Panzern überrollt, sieben Menschen ertrinken.

In Izmir verbrennt sich die 18jährige Rahsan Demirel, deren Familie aus Nusaybin stammt, aus Protest gegen diese Ereignisse. 2.000 Personen begleiten ihren Sarg zu ihrer Familie.

Obwohl die kurdische Guerilla der von Staatsseite angekündigten Schlacht ausgewichen ist und die politischen Kräfte der Kurden die Menschen zur Disziplin anhalten (so werden erst nach den Massakern von Sirnak und Cizre von der Guerilla einige Vergeltungsschläge gegen die professionellen Killer verübt), setzt der Staat auf eine weitere Eskalation.

23.3.

Unter militärischer Besetzung der Stadt Cizre hält das Ausgangsverbot weiter an. Als eine Gruppe türkischer und internationaler Journalisten von der Straße aus die Schreie einer Frau hört und gemeinsam das Hotel verläßt, um zu sehen, was passiert ist, werden sie beschossen. Als sie wenig später mit weißen Tüchern in den Händen versuchen, ins Hotel zurückzukommen, werden sie erneut beschossen. Izzet Kezer, Fotoreporter der Zeitung "Sabah" wird tödlich getroffen. Am Abend bringt das türkische Fernsehen die Meldung, er sei in ein Gefecht zwischen Terroristen und türkischen Sicherheitskräften geraten.

24.3.

Sirnak wird von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Brandbomben werden abgeworfen, aus der Luft Häuser beschossen, 25 Häuser zerstört. In den Straßen sind Panzer aufgefahren, aus denen ebenfalls auf die Häuser geschossen wird. Der Bevölkerung wurde ein Ultimatum gestellt, alle Waffen abzugeben, was jedoch nicht befolgt wird. Am Nachmittag wird die gesamte Bevölkerung auf einem zentralen Platz zusammengetrieben und stundenlang festgehalten. Währenddessen durchkämmen die "Rambos" der Spezialeinheiten Haus für Haus, zerstören die Wohnungseinrichtungen; mehrere Menschen werden standrechtlich erschossen, Massenfestnahmen durchgeführt. Dabei soll es mehr als 100 Verletzte gegeben haben, die nicht abtransportiert werden können. Inzwischen erreicht uns die Nachricht, daß das Militär begonnen haben soll, Menschen in Häusern zu erschießen.

25.3.

In mehreren Städten finden neue Verhaftungswellen statt. Aus Sirnak wird über willkürliche Erschießungen, Plünderungen und massive Zerstörungen berichtet. Dasselbe steht für Cizre bevor, wo der Bevölkerung ein Ultimatum gestellt wurde, die Waffen abzuliefern. Das Militär will in diesen Städten ein Exempel statuieren.

Es ist zu befürchten, daß bei einer militärischen Eskalation die bestehenden, legalen kurdischen Strukturen ganz ausgeschaltet werden. So wurden am 24.3. alle Journalisten in der Stadt Siirt in von der Kontraguerilla unterzeichneten Briefen mit dem Tod bedroht.

Cizre

Die Ausgangssperre besteht weiterhin. Nach ungesicherten Informationen sollen Panzer und Militärs in Richtung Cizre unterwegs sein.

26.3.: Cizre

Seit dem Morgen um 4.00 Uhr sind die Sicherheitskräfte schwer bewaffnet mit Panzerwagen und gepanzerten Fahrzeugen aufgefahren. Ab 6.00 Uhr beginnt mit 2.000 Soldaten, 500 Polizisten und Kommandoeinheiten eine Razzia von Haus zu Haus. Dabei müssen alle Familienmitglieder aus den Häusern auf die Straße treten, dort werden ihre Personalien kontrolliert, die Häuser werden genauestens durchsucht. Es wird alles zerstört, was in bunten Farben vorhanden ist, Decken, Kisten, Gefäße.

500 Menschen werden festgenommen. Die Aus- und Einfahrt sind gesperrt während der Operation. Bisher sind keine Waffen gefunden und auch keine abgeliefert worden. So wird fortgesetzt, was vorher in Sirnak schon begonnen hat.

Für die Presse ist eine Vorschrift erlassen worden, daß sie während der Durchsuchungen nicht aus dem Hotel heraus darf, daß sie nicht an die Fenster treten darf, daß die Vorhänge zugezogen sein müssen. Ebenfalls sind während der Durchsuchungen die örtlichen Telefone gesperrt gewesen.

Ein Flugblatt des bewaffneten Arms des islamischen Dschihad ist aufgetaucht, worin die Ermordung führender HEP-Abgeordneter, Menschenrechtsvereinsvorsitzender und kurdischer Persönlichkeiten zur religiösen Pflicht erklärt wird.

(Aus Berichten einer Delegation von medico international - gekürzt)

5. Deutsche Menschenrechtspolitik als weltweites Interventionsinstrument. Türkei gegen Kurden aufgerüstet

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Interventionspolitik und Kriege; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:44

Selten hat es in der BRD eine so große Koalition von einhellig Empörten gegeben, wie anläßlich des mörderischen Vorgehens türkischer Militärs gegen die Kurden. Bei sonstigen politischen Unterschieden wollen alle nur das eine: Menschenrechte.

Die Optik ist, wie so oft, wenn man sich nur auf die deutschen Medien verläßt, verzerrt. Alle Welt ist über die Türkei entsetzt. Falsch. Die übrige Welt scheint überwiegend so reagiert zu haben wie immer, wenn irgendwo, in irgendeiner Ecke der Welt irgendwelche Militärs mal wieder einige hundert Menschen niedermachen, weil diese staatliche Interessen stören: es ist die übliche Nachricht wert. Das regt nur dann auf, wenn es ein jeweiliges Anliegen der Nation/en berührt. So litt 1991 die ganze westliche Welt auf sämtlichen Fernsehkanälen mit den irakischen Kurden. Nicht, weil das Schicksal der Kurden interessierte - für sie hat sich seither nichts zum Guten verändert -, sondern weil die von Saddam Husseins Truppen Gemetzelten und Verfolgten sich so hervorragend dafür eigneten, das westliche Interesse am Golfkrieg sinnlich zu legitimieren.

Anders als die politischen Parteien und die Medien der BRD reagierten die westlichen Verbündeten zurückhaltend bis ablehnend auf die Vorstöße der bundesdeutschen Regierung, die Türkei durch internationale Gremien zu verurteilen. Das US-Außenministerium betonte sogar neben verhaltener Kritik "volles Verständnis für die türkischen Abwehrmaßnahmen" gegen den PKK-"Terrorismus". Die EG-Partner der BRD brauchten mehrere Tage, um sich schließlich auf eine gemeinsame "informelle Demarche" zu einigen, die der türkischen Regierung als Protest überbracht, aber nicht veröffentlicht werden soll. Insbesondere Frankreich und Großbritannien sperrten sich gegen eine scharfe Verurteilung, wie sie die Bundesregierung verlangt hatte.

Das bessere Deutschland, besser als alle anderen? Nach dem Jugoslawien-Engagement Deutschland erneut gegen den Rest der Welt, wenn es um Menschrechte geht? Liest man die bundesdeutsche Presse, bleibt ein Eindruck auf jeden Fall: Deutschland ist führend und prädestiniert, anderen Raison beizubringen. Die einhellige deutsche Empörung über das türkische Militär ist nicht pro-kurdisch, sondern anti-türkisch bestimmt und trägt zweifellos rassistische Züge. "Wenn die Türkei ein Teil der Europäischen Gemeinschaft werden will, muß sie abstreifen, was noch an Asiatischem an ihr haftet", kritisiert Theo Sommer in der "Zeit" die brutalen Militäraktionen. Das klingt doch besser als Kümmeltürken und zurückhaltender als Reißmüllers Tiraden gegen die "uneuropäischen Jugoserben" in der FAZ. Es meint aber dasselbe: Deutschland als Ordnungsmacht, die die Maßstäbe zu bestimmen hat. Zu diesen Maßstäben gehört auch, daß man die Türkei als Verbündeten halten will, ihr aber gleichzeitig die Distanz weist. Es ist die BRD, die seit 1987 die Aufnahme der Türkei in die EG blockiert, wiederholt menschenrechtlich begründet. Der Kern der Ablehnung ist aber rassistisch motiviert: die nichteuropäischen, muslimischen Türken und die Kurden sollen nicht den Regelungen der EG-Freizügigkeit unterliegen.

Ins Horn der Menschenrechtelnden stoßen auch die ungestümen Neu-Außenpolitiker in der TAZ. Götz Aly fordert, daß das türkische Vorgehen gegen die Kurden nicht nur "von EG und KSZE zurückgewiesen, sondern auch sanktioniert werden" muß. Und Jürgen Gottschlich verlangt, daß die "Zivilisierung" der türkischen Gesellschaft "Aufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik" sei und prangert "Genschers Versäumnisse" hierbei an. Wie schon während des Golfkriegs und auf dem Höhepunkt der jugoslawischen Krise sind es nicht nur Konservative, sondern ehemalige Linke, die die deutsche Weltmachtrolle vorbildgebend und "notfalls militärisch" intervenierend (Götz Aly) einklagen.

Was aber sind die konkreten deutschen Interessen bei der Auseinandersetzung mit der Türkei? Eine Frage, die jenseits der allgemeinen Aussage, daß die BRD sich erneut in die Rolle des Schlichters von Weltkonflikten begibt, nicht ganz leicht zu beantworten ist, da ihr jüngstes Agieren eine Reihe von Ungereimtheiten enthält.

Gute Deutsche machen ein Programm für gute Türken und Kurden

Warum hat die deutsche Politik diesen öffentlichen Wirbel gegen die Türkei veranstaltet, und dabei in Kauf genommen, daß das Verhältnis zu der aufstrebenden Regionalmacht gefährdet wird? Offenkundig war es zunächst nicht - angesichts des relativ geringen Interesses der "Weltöffentlichkeit", insbesondere der USA und ihrer Medien, an den türkischen Kurden -, daß die BRD wie bei den Giftgaslieferungen im Golfkrieg als Waffenlieferant in die Schußlinie geraten würde. Die Öffentlichkeitsarbeit von Menschenrechts- und ParlamentarierInnengruppen wie "medico", Grünen und PDS, sowie die radikalen Protestaktionen kurdischer Gruppen können unter normalen Umständen nicht den Druck entfalten, daß deutsche Waffen in der Türkei solch ein Aufsehen erregen und die Mißachtung eines "Haushaltssperrvermerks" einen Verteidigungsminister stürzt. Es scheint das Außenministerium selber gewesen zu sein, das Deutschland in die Schußlinie gebracht hat. Möglicherweise wurde daraus ein Schuß ins eigene Bein.

Denn neu ist es nicht, daß die BRD (nach den USA) als zweitgrößter Waffenlieferant in die Türkei, als Helfer und Ausbilder der türkischen Polizei (u.a. bei der "Terrorbekämpfungsgruppe" GSG 9) am Terror gegen die Kurden beteiligt ist. Schließlich ist die Türkei nicht der Irak, sondern Mitglied in NATO, KSZE und Europarat. Es scheint aber möglich, daß tatsächlich die Furcht bestand, das türkische Militär könnte ein Massaker von kaum übersehbarem Ausmaß anrichten (was anscheinend auch nicht auszuschließen war, wie Augenzeugen berichteten). Dann wäre allerdings aus Genschers Sicht die Befürchtung nicht ganz unberechtigt gewesen, daß Bilder massakrierter Kurden durch die Weltmedien laufen würden und die BRD erneut unter den Druck internationaler moralischer Empörung geriete. Vielleicht sollte dem vorgebeugt werden. Der politische Nutzen scheint zumindest zweifelhaft. Das Anliegen, europäische Ordnungsmacht Nummer Eins zu werden, hat mit dem Disziplinierungsvorstoß gegen die Türkei zunächst einmal neues Mißtrauen und Abwehr deutscher Ambitionen bei den EG-Verbündeten und den USA erzeugt.

Einige der Probleme der deutschen Politik gegenüber der Türkei sollen hier benannt werden.

Die deutsche Politik hatte nach dem Regierungswechsel mit Demirel auf innere Liberalisierung der türkischen Politik gesetzt. Darüber erhoffte sie das Zurückdrängen der kurdischen Autonomiebewegung und der PKK. Aus den internen Vorgängen, die zum Sturz Stoltenbergs geführt haben, geht hervor, daß die Bundesregierung der türkischen Regierung zu verstehen gegeben hat, daß der Rüstungslieferstop demnächst aufgehoben würde. Dies Bemühen soll Kohl dem Außenminister Cetin bei dessen Besuch am 18.12.91 versprochen haben. Vermutlich liegt hier die Quelle für das eigenmächtige Vorgehen des Verteidigungsministeriums, das die letzten 15 von insgesamt 150 umgerüsteten Panzern, die die ganze Aufregung verursacht haben, ausgeliefert hat, ohne daß dies vorher vom Bundestag beschlossen wurde (siehe dazu den nebenstehenden parlamentarischen Bericht von Udo Weinrich und Ulla Jelpke). Vor dem Newroz-Massaker der Militärs hätte diese Eigenmächtigkeit keinen sonderlichen Skandal erregt. Jetzt aber hat die deutsche Taktik des vorsichtigen Druckausübens auf die Türkei einen herben Rückschlag erlitten. In einer Studie "Zur Situation der Kurden nach dem Golfkrieg" vom Februar 1992 hat die "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen (einer der "think tanks" bundesdeutscher Regierungspolitik) das mögliche deutsche Konzept beschrieben.

Ausgangspunkt sollte die Zugehörigkeit der Türkei zur westlichen "Wertegemeinschaft" sein. Unter Berufung auf deren und internationale Standards sei "eine Änderung ihrer Haltung in der Kurdenfrage anzumahnen." Im Vordergrund deutschen Agierens "sollten Anreize zur raschen und vollständigen Umsetzung des angekündigten Programms" der Regierung Demirel stehen. Im ersten Schritt die Aufhebung der "qualifizierten Sperre der deutschen Verteidigungshilfe". Verhalte sich die Türkei dennoch weiterhin repressiv gegen die Kurden, sei künftige "deutsche Verteidigungshilfe" zu verweigern "und im Rahmen der NATO-Gremien die Partnerstaaten zu analogem Verhalten aufzurufen". Darüberhinaus: "Die wirksamsten Einflußmöglichkeiten scheinen sich längerfristig im KSZE-Kontext zu ergeben" (unter Bezug auf deren Minderheitenschutz). Zusätzlich "sollte dann in Erwägung gezogen werden, auch die deutsche Türkeihilfe im Nicht-Verteidigungsbereich einer Überprüfung zu unterziehen." Schließlich soll "ein im EG-Rahmen konzertiertes Vorgehen die Wirkung gegenüber Ankara erhöhen."

Die Studie verweist aber auch auf ein zentrales Problem. "Die innertürkische Situation hinsichtlich der Problematik einer kurdischen Autonomie (bleibt) dadurch gekennzeichnet, daß es weder im etablierten politischen Lager noch im kurdischen Untergrund Kräfte gibt, die dieses Thema (Anm.: Integration der Kurden in einen Einheitsstaat mit liberaler Verfassung) offen artikulieren und damit eventuell füreinander oder für Außenstehende als Ansprech- oder Dialogpartner auftreten können." Kurzfristig bleibe deshalb "nur die

Hoffnung auf eine Änderung der staatlichen Kurdenpolitik durch die neue Koalitionsregierung". Mittelfristig wolle man als BRD "die Heranbildung von für die türkische Seite akzeptablen Gesprächspartnern als Repräsentanten kurdischer Interessen in der Türkei" fördern, als Alternative zur "gewaltorientierten PKK", deren Einfluß durch "Isolierung" reduziert werden solle. Zur Herausbildung BRD-genehmer Kurdenpolitiker wird vorgeschlagen, die Respektierung der hier lebenden Kurden "in ihrer ethnischen Identität ... könnte zum Beispiel durch eine entsprechende Gleichstellung hinsichtlich der Pflege von Sprache und Kultur mit dem Türkischen geschehen." Falls die Türkei gegenüber den Kurden hart bleibe, sollte zudem überlegt werden, die bundesdeutsche Asylpolitik gegenüber den Kurden zu ändern. Unmittelbar haben einige Bundesländer einen Abschiebestop erlassen.

Dieses labile Konzept dürfte auf längere Sicht zunächst einmal durchkreuzt sein. Dann stellt sich aber die Frage, was Genscher und die Bundesregierung mit ihrem barschen Kurs bezweckt oder ob sie nur unüberlegt reagiert haben. Daß die türkische Regierung angesichts öffentlicher deutscher Angriffe das militärische Vorgehen verteidigen würde, war sicher. Daß zudem ihre Politik die Zahl der sowieso fehlenden "gemäßigten" kurdischen Politiker erhöht habe, kann wohl kaum erwartet worden sein.

Deutschland überall

Ernsthaft kann niemand glauben, daß die "entschlossene" Haltung der Bundesregierung, keinerlei Menschenrechtsverletzungen hinzunehmen, Konsequenzen etwa für den deutschen Rüstungsexport haben wird. Das öffentliche Geheuchel und die Aufregung um die 15 Panzer und den Haushaltssperrvermerk, in das viele Oppositionsgruppen und -Parteien mit einfielen, ist eine Farce, gemessen an der realen Aufrüstung, die die BRD betrieben hat. Der inszenierte Skandal kann daher auch als Test auf das politische Druckpotential und die Erweiterung der Spielräume beim Vorantreiben der "europäischen Sicherheitarchitektur" (KSZE, WEU) der Bundesregierung betrachtet werden. Seit der Wiedervereinigung baut sie Stück für Stück, aber gegen den wachsenden Widerstand der USA und Großbritanniens, nach der ökonomischen ihre politische Vormachtstellung in Europa aus und bastelt an der militärischen Option. Nicht bundesdeutsche Politiker, wohl aber renommierte Publizisten gehen ungeniert weiter. Der FAZ-Historiker Arnulf Baring problematisiert offen, daß die Weltmacht Deutschland aus eigenen Interessen in drei Jahren, bei Auslaufen des Atomwaffensperrvertrags, den Besitz nuklearer Waffen überlegen müßte. Rudolf Augstein droht den über Weltherrschaft diskutierenden USA und den militärisch zu zaghaften europäischen Partnern mit deutschen atomaren Ambitionen: "Per Scheckbuch werden wir uns nicht länger loskaufen". "In etlichen Jahren findet Deutschland seinen ‚gleichberechtigten` Platz in einem kollektiven Sicherheitssystem (mit oder ohne ABC-Waffen)". Die mittelfristige deutsche Option auf Atomwaffen ist nach wie vor Kalkül bundesdeutscher Subpolitik. Gleichzeitig spielt sich der Außenminister des kriegsbedingt atomwaffenlosen Deutschlands nach dem Zerfall der SU als Kontrollpolizist darüber auf, andere Länder durch eine internationale, von den Großmächten beherrschte Instanz, vom Besitz derselben abzuhalten.

Die Maßlosigkeit des wiedervereinigten Deutschlands, das seine Führungsrolle übt, führt zu außenpolitischen Maßregelungs-Ausfällen, wie jetzt gegenüber der Türkei. Dennoch wird der Vorstoß zurückgenommen werden. Schon bald wird Genscher nach Ankara reisen, sich versöhnen, ein Kommuniqué mit Menschenrechtsgarantien verabschieden, werden wieder Waffen geliefert. Helmut Kohl hat am 2. April im Bundestag versucht, mit versöhnlichen Worten die Wogen zu glätten und das deutsche Interesse an der Türkei benannt: "Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weiter zu. Eine demokratische und in sich gefestigte Türkei kann und muß eine stabilisierende und zukunftsweisende Rolle für das Verhältnis dieser Region zu Europa einnehmen. Vor diesem Hintergrund hat auch die Bundesregierung in erheblichem Umfang Rüstungshilfe für die Türkei wie auch zugunsten Portugals und Griechenlands geleistet."

Dennoch bleibt eine weitere Unsicherheit. War der erneute deutsche Alleingang auch vom zunehmenden Konflikt mit den USA bestimmt? Die wiederum unterstützen nicht nur die türkische Kurdenpolitik, sondern bemühen sich auch um Einfluß bei den türkischen Vorstößen in die Turk-Republiken (Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan und Aserbaidschan) der ehemaligen Sowjetunion. Die Pläne einer großtürkischen Einflußzone der laizistisch-muslimischen Türkei konkurrieren mit denen des fundamentalistisch-islamischen Iran, der sich um die gleichen Gebiete bemüht. Die Türkei kann dabei

Unterstützung erwarten, da ein Zurückdrängen des Iran für die USA im Nahen Osten strategisch so wichtig ist, wie die türkische Gegenposition zum Irak bereits im Golfkrieg bedeutsam war.

Das deckt sich und konkurriert mit Interessen der BRD. Ihre EG-Strategen knobeln an Konzepten "konzentrischer Kreise" um die Kern-EG, die eine abgestufte, ökonomisches Gefälle und wirtschaftliche Abhängigkeiten ausgleichende, Integration von Staaten und Einflußnahme auf ihre Ökonomien ermöglicht. Die Türkei als Land vor den Toren der EG (sozusagen im ersten Kreis) eignet sich als Führungsnation einer der "wirtschaftlichen Kooperationszonen", ähnlich wie die sich herausbildende "Ostseekooperation" oder die mit der Türkei im Aufbau befindliche "Schwarzmeer-Kooperationszone" (u.a. mit Pakistan). Der mittlerweile fast demütigende Verweis der Türkei vor die Tore der EG hat innenpolitisch wiederholt zu Diskussionen um türkische Alternativen zur EG geführt. Nach seiner USA-Reise im Februar 1992 verkündete Demirel, der in der türkischen Diskussion zuweilen als "Atlantiker" bezeichnet wird (im Gegensatz zu seinem Konkurrenten Özal, der die Türkei an die EG geführt hat, von ihr aber düpiert wurde), die Ergebnisse der Reise als großen Erfolg. Sie habe "eine gemeinsame Strategie" USA/Türkei für eine "Zone der Zusammenarbeit" im Kaukasus und Mittelasien erbracht. Die bekanntgewordenen konkreten Ergebnisse waren aber dürftig, so daß möglicherweise auch taktische Interessen mit Blick auf die EG im Spiel sein könnten. Noch ist die BRD stärkster Wirtschaftspartner der Türkei und es kann mit einigem Recht bezweifelt werden, daß die USA, die in erster Linie ihre militärische Dominanz ausspielen, sich stärker wirtschaftlich engagieren werden.

Keine deutschen Interventionen!

Für die bundesdeutsche Linke und die Solidaritätsbewegung mit den Kurden ergibt sich aus der Konstellation eine Problematik: es verbietet sich, umstandslos die Großmacht BRD dazu aufzufordern, ihre Stellung in internationalen Instanzen wie KSZE, EG, NATO etc. zur Erzwingung einer anderen Politik der Türkei zu benutzen, wie dies die TAZ u.a. tut. Dies ist nichts anderes als der Ruf nach einer neuen Weltmachtrolle der BRD und nicht der nach Menschenrechten für die Kurden. Im Falle der Türkei/Kurdistans hieße dies, den Bock jahrelanger Aufrüstung zur Bekämpfung der Kurden zum Gärtner der Menschenrechte zu machen. In diesem Sinne bewegt sich der Appell an Genscher, die internationalen Institutionen zur Beendigung des Mordens einzuschalten, den medico-international und die grünen Repräsentanten Claudia Roth, Angelika Beer und Ludger Vollmer (die allerdings auf keinen Fall mit den Befürwortern der deutschen Weltmachtrolle gleichgesetzt werden sollen), auf einem sehr schmalen Grat. Diese internationalen Instrumentarien, deren Einsatz der Appell mit dem "internationalen Gebot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates" für vereinbar hält, sind - wie bei der UNO im Golfkrieg ersichtlich - u.a. zu gerade dem Zweck der Einmischung herausgebildet und erweitert worden.

Nicht zuletzt das deutsche Bemühen, in die Genfer KSZE-Erklärung "zum Schutze nationaler Minderheiten" vom Juni 1991 die Passage aufzunehmen, daß deren Schutz "nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des jeweiligen Staates" darstelle, schafft Interventionsmöglichkeiten. Das Definitionsmonopol liegt bei den mächtigsten Staaten, und das wird in der KSZE immer mehr die BRD. Wenn Genscher vor einer Woche auf dem KSZE-Treffen in Helsinki vorgeschlagen hat, in die UNO-Charta eine Passage aufzunehmen, die die KSZE zur regionalen Konfliktlösungsinstanz im UNO-Sinne machen würde, dann interpretiert das die FAZ völlig zu Recht so: "Zwei Dinge wären erreicht: Eigenständigkeit bei der Wahrnehmung europäischer Interessen, zusammen mit der Möglichkeit, deutsches Mitwirken an Einsätzen außerhalb des NATO-Geltungsbereichs unter Berufung auf die UN zu rechtfertigen." Vor dem Hintergrund solcher Strategie und der Ausdehnung der KSZE auf Osteuropa und die GUS-Staaten hätte die BRD damit für ihre angestrebte Weltmacht einen wichtigen Erfolg errungen.

Dies, bei aller Berechtigung kurdischer Schutzinteressen, nicht aus dem Auge zu verlieren, ist für uns BRD-Linke zentral. Hiesige UnterstützerInnen der Kurden sollten alles vermeiden, was von der BRD eine andere Intervention verlangt, als die, alles zu unterlassen, was die türkische Regierung, ihre Polizei und ihr Militär in die Lage versetzt, ihren Kampf gegen die Kurden zu führen:

- Stop und Einstellung jeglicher Waffenlieferungen

- Stop und Einstellung jeglicher Polizeiaufrüstung und -ausbildung nach bundesdeutschem Modell

- uneingeschränktes Asylrecht für Kurden

- Unterstützung konkreter Soli-Projekte

hr.

6. Über Sperrvermerke, Haushaltsrecht und Haushaltslinke. Anm. zu Rüstungslieferungen an die Türkei

Anmerkungen zu Rüstungslieferungen an die Türkei - Von Udo Weinrich und Ulla Jelpke

Autor: Udo Weinrich und Ulla Jelpke · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:31

Die BRD gewährt der Türkei seit 1964 kontinuierlich Verteidigungshilfe. In den Jahren 1980-1983 - Endphase der sozialliberalen Koalition -, also unmittelbar nach dem Putsch türkischer Militärs unter General Evren, hat die Türkei eine erste "Rüstungssonderhilfe" in Höhe von 600 Millionen DM erhalten, die als wesentlichen Bestandteil die Lieferung von 77 Kampfpanzern Leopard I in derselben Konfiguration enthielt, auf die die jetzt abgegebenen insgesamt 150 Leopard I umgerüstet worden sind.

Bis Jahresende 1988 gewährte die BRD der Türkei insgesamt Rüstungshilfen in Höhe von 3,7 Milliarden DM, und zwar 16 "Tranchen" Verteidigungshilfe (1,58 Mrd. DM), Materialhilfe (1,221 Mrd. DM), Rüstungssonderhilfe (0,6 Mio. DM) und die Überlassung von 20 Transall-Transportflugzeugen mit Ersatzteil- und Wartungspaket (0,3 Mio. DM). Wie die Bundesregierung in einer schriftlichen Antwort am 11. Februar 1991 mitteilte, wird im Rahmen eines Abkommens "über unentgeltliche Lieferung von Ausrüstungsmaterial der Bundeswehr (...) Wehrmaterial in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM an die Türkei geliefert. Dieses Material ist spezifiziert und wurde/wird im Zeitraum November 1990 bis 1993 geliefert."

Das Abkommen aus dem Jahre 1988

Bei seinem Besuch in der Türkei sprach der Bundeskanzler am 12. Juli 1985 mit dem türkischen Ministerpräsidenten Özal über die "Fortentwicklung der beiderseitigen Beziehungen". Dabei sagte er zu, "die Gewährung einer Rüstungssonderhilfe zu prüfen".

Im Dezember 1985 fand die vereinbarte erste Runde deutsch-türkischer Staatssekretärsgespräche statt. Die Türkei bat um "umfangreiche Hilfe zur Modernisierung der türkischen Landstreitkräfte". Die Bundesregierung erklärte, sie gewähre der Türkei zwar "seit langem kontinuierlich Verteidigungshilfe", sie sei jedoch zu "einer besonderen, zusätzlichen Anstrengung bereit. Diese könne in Form einer Rüstungssonderhilfe gewährt werden".

Im Oktober 1986 fand die zweite Runde deutsch-türkischer Staatssekretärsgespräche statt. Am 20./21. Oktober 1987 wurde der Entwurf eines Regierungsabkommens paraphiert.

Der Inhalt des Abkommens

- Lieferung von 150 Kampfpanzern Leopard I aus Beständen der Bundeswehr, instandgesetzt und umgerüstet;

- Lieferung von 8 neuen Bergepanzern;

- Nebenleistungen (Ausbildung, Transport).

Der Wert dieser Rüstungssonderhilfe beträgt 580 Millionen Mark. Die 150 Kampfpanzer werden unentgeltlich abgegeben; für die Umrüstung, Instandsetzung und anderes sind 280 Millionen DM erforderlich.

Beratungsverlauf im Haushaltsausschuß

Dem Haushaltsausschuß teilte Verteidigungsminister Wörner am 15. Oktober 1987 mit, daß er an dem Kabinettsbeschluß festhalte, der Türkei 150 Leopard I anzubieten. SPD-MdB Esters drückte sein Bedauern darüber aus, daß sich das bereits am 12. Juli 1985 verabredete Türkeigeschäft so lange hinauszögere. Das wäre für die deutsche Seite wenig glaubwürdig.

Der Haushaltsausschuß beschloß eine Verpflichtungsermächtigung von 280 Millionen DM für künftige Haushaltsjahre. Die Inanspruchnahme dieser Verpflichtungsermächtigung bedurfte der Einwilligung des Haushaltsausschusses. Im Finanzplan 1989-1992 wurden u.a. für 1991 Ausgabemittel in Höhe von 150 Mio. DM und für 1992 in Höhe von 20 Mio. DM veranschlagt.

Am 3. Februar 1988 lag dem Haushaltsausschuß das Abkommen im Entwurf und eine Vorlage zur Aufhebung der Haushaltssperre vor. Der Ausschuß wurde davon unterrichtet, daß diese Sonderhilfe noch auf eine Absprache des Bundeskanzlers mit dem türkischen Ministerpräsidenten zurückgeht. Industriepolitische Probleme und die Absicht, die Südflanke der NATO zu stärken, bildeten - nach Angaben der Bundesregierung - den Hintergrund dieses Abkommens.

Die SPD hielt zwar die für die Türkei bestimmten Leopard I nicht für entbehrlich, äußerte jedoch keine prinzipielle Kritik an der Absicht, der Türkei Rüstungsgüter zukommen zu lassen.

Der Ausschuß beschloß u.a., daß die Verträge mit der Industrie (Krauss-Maffei und MAK) über die Instandsetzung und Umrüstung der Leopard I in die Konfiguration A 3/T - unabhängig von der Auftragshöhe im einzelnen, also auch bei Vertragssummen unter 50 Mio. DM - dem Berichterstatter-Gremium des Einzelplans 14 vorgelegt werden sollten.

Staatssekretär Rühl (Verteidigungsministerium) führte im Haushaltsausschuß u.a. aus, daß die Bundesregierung die 150 Leopard I A 3/T generalüberholt und instandgesetzt übergeben würde; mit der Industrie sei für Instandsetzung und Umrüstung ein "Gesamtpaketpreis" von 210 Mio. DM ausgehandelt worden. Insgesamt würden Kosten in Höhe von 280 Mio. DM entstehen. Wörtlich heißt es im Protokoll:

"Das politische Interesse der Bundesregierung habe in dem Nachweis an die Türkei bestanden, daß die zu liefernden Panzer nach Lebensdauer und Kampfwert einem neuen kampfwertgesteigerten Leopard 1 entsprächen. Dies habe die Türkei anerkannt. Es handele sich um eine beträchtliche Kampfkraftsteigerung für die 1. Türkische Armee (...)."

Der Haushaltsausschuß nahm mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN das beabsichtigte Abkommen zustimmend zur Kenntnis und willigte in die Aufhebung der Sperre ein.

Der Sperrvermerk für 1992

Der Haushaltsausschuß beriet am 30. Oktober 1991 den Einzelplan 14. SPD-MdB Jungmann beantragte, den Ansatz für die zusätzlichen Ausgaben für militärische Beschaffungen in Höhe von 57 Mio. DM um den Ansatz für die Rüstungssonderhilfe Türkei/Griechenland in Höhe von 25 Mio. DM zu kürzen bzw. hilfsweise diesen Betrag qualifiziert zu sperren. Seinen Antrag begründete er damit, daß die Fortsetzung der Rüstungssonderhilfe angesichts der derzeitigen innenpolitischen Situation nicht mehr vertretbar wäre.

Ministerialdirektor Adolf Fischer, Leiter der "Abteilung Haushalt" im Verteidigungsministerium, erläuterte, der Ansatz betreffe eine "Schlußzahlung" in Höhe von 25 Mio. DM, die zu leisten der Bund "rechtlich verpflichtet" sei.

Der Ausschuß lehnte den Antrag auf Kürzung zwar ab, stimmte aber zu, Vertreter des Verteidigungsministeriums in die Sitzung zu bitten, und stellte die Beratung über den Antrag auf Ausbringung einer qualifizierten Sperre bis zum Eintreffen der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums zurück.

Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Hennig erklärte, das mit der Sperre angestrebte Ziele die Türkei zu veranlassen, von militärischen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung Abstand zu nehmen, finde seine volle Unterstützung. Die Sperre würde allerdings nicht die Auslieferung umgerüsteter Panzer verhindern, sondern lediglich dazu führen, daß die Ansprüche deutscher Unternehmen nicht erfüllt werden könnten.

Ministerialdirektor Dr. Manfred Overhaus, Leiter der "Abt. II: Bundeshaushalt" des Finanzministeriums, teilte diese Auffassung und verdeutlichte, die Sperre würde ausschließlich "solche Mittel betreffen, die zur Erfüllung vertraglicher Ansprüche deutscher Unternehmen benötigt wurden. Vor dem Hintergrund erscheine seines Erachtens zur Erreichung des angeführten Zieles die Ausbringung einer beantragten qualifizierten Sperre nicht opportun; entscheidender sei vielmehr, einen geeigneten Ansatz zu finden, die Ausfuhr der umgerüsteten Panzer in die Türkei auszuschließen."

Diese "Bedenken" wurden von Mitgliedern des Ausschusses (Borchert, CDU und Jungmann, SPD) geteilt. Jungmann bewertete "das Angebot, die Auslieferung der Panzer zu verhindern, als noch faszinierender" als die Ausbringung eines Sperrvermerks.

Der Ausschuß beschloß auf Vorschlag des SPD-MdB Wieczorek (Duisburg):

- die Beschlußfassung über den Antrag auf Ausbringung einer qualifizierten Sperre auf die 1. Bereinigungssitzung zurückzustellen, und

- die Bundesregierung zu beauftragen, zu prüfen, ob und auf welche Weise die Auslieferung umgerüsteter Panzer an die Türkei verhindert werden kann.

An dieser Sitzung des Haushaltsausschusses hatten aus dem Finanzministerium neben Dr. Overhaus als ranghöchste Vertreter Ministerialdirigent Dr. Roth - Leiter der für den Einzelplan 14 zuständigen Unterabteilung der von Dr. Overhaus geleiteten "Abteilung II", und Ministerialrat Basenau - Leiter des Referats "II D 2" und damit der für "Teile des Kap. 02" des Einzelplans 14 zuständige Beamte - teilgenommen.

In der "Bereinigungssitzung" am 7. November 1991 erklärten die Koalitionsfraktionen, sie hätten zwischenzeitlich die Thematik nochmals eingehend beraten und würden nunmehr vorschlagen, die Leistung der Ausgaben in Höhe von 25 Mio. DM qualifiziert zu sperren.

FDP-MdB Frau Albowitz bat das Verteidigungsministerium, "diejenigen Industrieunternehmen, die mit der Umrüstung der für die Türkei bestimmten militärischen Güter betraut seien, darüber zu unterrichten, daß vorerst die Auszahlung der hierfür vorgesehenen Beträge und die Auslieferung der entsprechenden militärischen Güter an die Türkei nicht erfolgen dürfe".

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Hennig erklärte, er verstehe die Sperre in dem u.a. von Frau Albowitz erläuterten Sinne und würde diesen Beschluß "in keiner Weise unterlaufen". Der qualifizierten Sperre stimmte der Haushaltsausschuß einvernehmlich zu.

Am 7. November 1991 beschloß der Haushaltsausschuß einvernehmlich - im Beisein von Ministerialdirektor Dr. Manfred Overhaus -, daß die Leistung der Ausgaben in Höhe von 25 Mio. DM im Zusammenhang mit zusätzlichen Ausgaben für militärische Beschaffungen der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf.

Haushaltsrechtliche Turnübungen

Im Zusammenhang mit dem Besuch des türkischen Außenministers Cetin in Bonn am 18. Dezember 1991 ist das Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, SPD-MdB Rudi Walther, vom 28. Februar 1992 zu sehen, in dem jener darauf hinweist, der Bundeskanzler habe dem türkischen Außenminister "in Aussicht gestellt, sich gegenüber dem Deutschen Bundestag für die Aufhebung der Sperre dieser letzten Rate der Rüstungssonderhilfe (...) einzusetzen. Ich würde es begrüßen, wenn wir bald ein Gespräch über dieses Thema führen könnten."

Am 10. März 1992 nahmen die Obleute der Fraktionen/Gruppen im Haushaltsausschuß den Brief zur Kenntnis. Da die zur Aufhebung der Sperre erforderliche Vorlage des Finanzministers noch ausstand, bat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses die Obleute, diese Thematik in den Haushaltsgruppen der Fraktion zu besprechen. Die Obleute ließen keinerlei Bereitschaft erkennen, die qualifizierte Sperre aufzuheben.

Denoch fertigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Manfred Carstens, am 16. März 1992 eine Vorlage, in der er unter ausdrücklichem Hinweis auf die bereits an die Türkei ausgelieferten umgerüsteten Panzer um Aufhebung der qualifizierten Sperre bittet. Die dem Schreiben beiliegende Vorlage aus dem Verteidigungsministerium weist aus, daß im Dezember 1991 eine "letzte Lieferung" erfolgt ist. Seit Ende März ist bekannt, daß am 4. Februar 1992 die 15 noch ausstehenden Panzer in die Türkei geliefert worden sind.

Anmerkungen und Fragen:

Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich zu sehr auf das Verteidigungsministerium. Für die Ausstattungshilfe ist das Auswärtige Amt zuständig, das im Zusammenhang mit der Beratung des Entwurfs eines Abkommens mit der Türkei dem Auswärtigen Ausschuß am 13. Januar 1988 die zustimmende Beschlußfassung wärmstens empfohlen hatte.

Der Bundeskanzler hatte der Türkei Mitte Dezember 1991 versprochen, sich im Sinne einer Aufhebung der Haushaltssperre einzusetzen. Ende Februar 1992 reagierte das Kanzleramt mit einem Schreiben. Daß trotz deutlich erkennbarem Unwillen auch der Haushalts-Obleute der Koalitionsfraktionen am 16. März 1992 eine

Vorlage des Finanzministeriums erstellt und verteilt wurde, die die Aufhebung der Sperre bewirken sollte, ist - gelinde gesagt - erstaunlich!

Wer hat im Finanzministerium entschieden, den Antrag des Verteidigungsministeriums befürwortend an den Haushaltsausschuß weiterzuleiten? Zum einen kam der Finanzminister bzw. sein Parlamentarischer Staatssekretär seiner Prüfungsverpflichtung nicht nach; zum anderen erweckte sein Schreiben den Eindruck, es handele sich um "alte" Lieferungen aus dem Vorjahr, die jetzt zu begleichen seien. Den eklatanten Verstoß gegen das Haushaltsrecht stellt zwar die Auslieferung des für 1992 bestimmten Kontingents dar, aber selbst bei Annahme einer Beachtung der für 1992 beschlossenen Sperre würden sich folgende Fragen aufdrängen: Hat die Bundesregierung in Kenntnis des am 7. November beschlossenen und mit dem Haushaltsgesetz am 20. Dezember 1991 verabschiedeten Sperrvermerks den mit der Umrüstung beauftragten Industriefirmen keine Hinweise auf die neue Rechtslage gegeben oder hat sie gar stillschweigend in Kauf genommen, daß Zahlungsverpflichtungen entstehen würden, die mit Hinweis auf "alte" Rechnungen in 1992 kassenwirksam werden würden? Galt diese Aktion vielleicht der reibungslosen Abwicklung der der Türkei versprochenen Lieferung?

Es ergeben sich auch Fragen in Richtung SPD: Hat der von ihr gestellte Vorsitzende des Haushaltsausschusses die Brisanz des gesamten Vorgangs nicht erfaßt? Warum war er noch am Freitag, dem 27. März 1992, nur bereit gewesen, die Vorlage zur Entsperrung des Haushaltstitels frühestens in der ordentlichen Sitzung des Ausschusses am 29. April 1992 zu beraten, obwohl der von der PDS/LL am Mittwoch, dem 25. März, aufgedeckte Skandal bereits am Donnerstag, dem 26. März, zum innenpolitischen Thema Nr. 1 sämtlicher Medien geworden war? Warum hielten die Sozialdemokraten Bohls Schreiben an ihren Genossen, den "lieben Rudi", bis zum 2. April zurück? Die PDS/LL hatte aus diesem Brief schon am 31. März zitiert. Warum nutzte die SPD nicht die ihr gebotene einmalige Chance, alle an diesem Waffendeal beteiligten Ministerien und das Kanzleramt "anzurempeln"? Warum beging sie politische Leichenfledderei und stürzte sich auf das Auslaufmodell Stoltenberg? Warum wollte sie nach Stoltenbergs Abmarsch auf die Sondersitzung des Bundestages verzichten? Gab es keinen Aufklärungsbedarf mehr?

Die Antwort auf alle diese Fragen lautet: Große Koalition. Der Lieferung deutscher Panzer an die türkische Regierung stand zunächst nur der Sperrvermerk im Wege. Dessen Aufhebung oder Umgehung hätte die Bundesregierung mit der SPD locker durchziehen können, zumal sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen die türkischen Militärs stets mit Waffen beschenkten. Nur: Sozialdemokraten können's oft formvollendeter. Wahrscheinlich hatte man sich zwischen Bundesregierung, Koalitionsfraktionen und SPD schon auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt und dem Finanzministerium beim Abfassen des Entsperrungsantrags mental den Griffel geführt. - Dummerweise wollten die Kurden nicht darauf verzichten, ihr Neujahrsfest zu feiern ... Doch dieses Mal konnten Bundesregierung und Altparteien nicht mehr die Nachrichten aus den Siedlungsgebieten der Kurden ignorieren. Öffentliche "Moral" und "Bestürzung" war gefragt, ohne freilich Deals mit der Türkei langfristig zu gefährden oder gar auszuschließen. Die Interessen der Koalition und der SPD trafen sich in mindestens einem Punkt: Ein publikumswirksames Opfer mußte her. Den Medien wurde die politische Leiche Stoltenberg präsentiert. Die SPD konnte weder das Kanzleramt noch das Finanzministerium angreifen, denn sie war zu sehr Teil dieses Deals. Selbst die sonst übliche Forderung nach einem Untersuchungsausschuß unterblieb, den die SPD aufgrund der Geschäftsordnung hätte einsetzen lassen können. Hätte die SPD den Sturz Genschers herbeiführen können, wäre sie zu jeder "Schandtat" bereit gewesen. Den Finanzminister anzugreifen oder gar zu stürzen, dessen Hilfe sie braucht, um mit der CSU eine Große Koalition ohne Kohl eingehen zu können, wäre aus Sicht der SPD wirklich "dumm, dreist und töricht" (O-Ton Kohl) gewesen.

7. Neoliberaler Alltag in Nicaragua. Die gesellschaftliche Dynamik seit der Wahlniederlage der FSLN

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:23

Im Januar war die Kommandantin Dora Marìa Tèllez aus Nicaragua für einen Tag in Hamburg. Am Rande ihres Besuchsprogramms hatten wir Gelegenheit mit ihr über den 1. FSLN-Kongreß, ihre Nichtkandidatur zur Nationalen Leitung und das Verhältnis zur FSLN-Frauenbewegung zu reden.

Zu Beginn ein paar einleitende Worte zu der aktuellen Situation in Nicaragua, den Rahmenbedingungen und Ergebnissen des Kongresses.

Die ökonomischen Umwälzungen nach zwei Jahren UNO-Regierung sind dramatisch. Eine Minderheit von ca.20% der Bevölkerung profitiert relativ von den gestiegenen Konsummöglichkeiten und der gestoppten Inflation. (1) Dies geschieht jedoch auf Kosten der übrigen 80%, was sich inzwischen in eine "Rette sich wer kann" Mentalität ausdrückt. Hunger wird wieder zu einer realen alltäglichen Größe. Soziale Verelendung und Verzweiflung führen dazu, daß das soziale und solidarische Verhalten dem individuellen Überlebenskampf weicht.

Überfälle, Drogenkonsum und Gewaltakte nehmen in einem erschreckenden Ausmaß zu. Managua, das einst zu den sichersten Hauptstädten in Lateinamerika zählte, gleicht sich zunehmend an die brutale Realität Lateinamerikas an. Allein in den ersten Januarwochen wurden 15 Vergewaltigungen öffentlich gemacht. Die Landflucht steigt weiter an (1,5 Mio. EinwohnerInnen Managuas bei 3,8 Mio. EinwohnerInnen Nicaraguas), die Slumviertel wachsen unaufhörlich und auch die Cholera hat Managua mittlerweile erreicht.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen der Regierung, unter zunehmendem Druck der internationalen Finanzorganisationen, IWF und Weltbank, zielten und zielen auf den sozialen Sektor, den Privatisierungsprozeß und die Macht über die Repressionsorgane (Polizei, Militär, bewaffnete Gruppen).

Sozialer Sektor

Die Situation im sozialen Sektor ist höchst dramatisch. Nach Weisung der internationalen Finanzgeber sollen die öffentlichen Ausgaben die niedrigsten Zentralamerikas werden. Die Einkommen der staatlichen Angestellten sollen weiter gesenkt, die Posten Gesundheit und Bildung weiter reduziert und mit Privatisierung kombiniert werden. (2)

Die Gesundheitsversorgung ist praktisch zum Erliegen gekommen, es funktionieren nur noch Notdienste. Von 23.000 Leuten sind 4.000 im Gesundheitsbereich entlassen worden. Im Erziehungsbereich sieht es nicht anders aus. Erwachsenenbildung findet gar nicht mehr statt, die Analphabetenquote steigt, vom LehrerInnengehalt kann niemand leben, Unterricht fällt aus, Kindergärten werden geschlossen. Die Liste der Verschärfungen ließe sich noch fortführen. Hauptleidtragende sind die Frauen, die entweder alleinerziehend oder unter zusätzlicher Belastung der ebenfalls meist arbeitslosen Männer das Überleben der gesamten Familie organisieren.

Ende 1991 leben 80% der NicaraguanerInnen in Armut und 50% in großer Armut. 58% der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das bedeutet einen weiteren massenhaften Anstieg der individuellen Überlebensstrategien in den tertiären Sektor hinein, indem insbesondere die Frauen die Last der Armut tragen. Anstieg der Prostitution, des unproduktiven Zwischenhandels, des Straßenhandels von der Zigarette bis zur Fernsehantenne und die steigende Kriminalität zeigen die Rückkehr in lateinamerikanische Verhältnisse.

Die hohe Arbeitslosigkeit geht dabei einher mit sinkender Kaufkraft. Der Durchschnittslohn pro Monat betrug auf dem Land 35 Dollar und in der Stadt 50 Dollar. Der Grundwarenkorb ohne Medikamente für eine Familie betrug 130 Dollar. (3)

Anders gesagt, immer weniger Leute haben Arbeit und die, die Arbeit haben, verdienen immer weniger. Die Familienstrukturen können daher immer unzureichender die Probleme auffangen.

Macht über die Repressionsorgane

Ein entscheidender Handlungsraum für die sozialen Kämpfe (Landbesetzungen, Streiks, Demonstrationen etc.) ergibt sich aus der Situation, daß Polizei und Militär zur militärischen Absicherung bürgerlicher Herrschaft noch nicht umfunktioniert sind.

Zwar heißt die Policia Sandinista mittlerweile Policia Nacional, auch ist es gelungen, einzelne Sondereinheiten der Polizei aufzubauen, auch werden immer wieder ehemalige Contras in die Polizei integriert oder stellen sogar ganze Einheiten (4), dennoch kann von einer gesamten Umstrukturierung nicht gesprochen werden. Die Polizeiführung ist immer noch sandinistisch und alle Versuche diese abzusetzen, konnten bis jetzt abgewehrt werden.

Auch das sandinistische Militär (EPS) bleibt weiterhin unter der Führung Humberto Ortegas. Das EPS soll zur kleinsten Armee Zentralamerikas werden (40% Reduzierung). (5) So soll das EPS funktionsunfähig gemacht werden. Die FSLN will dies zum Teil auch selbst, da die Probleme auf dem Land nicht militärisch gelöst werden können und es nicht zu neuen kriegerischen Eskalationen kommen soll. Dies steht aber auf der anderen Seite im Widerspruch zu der Notwendigkeit, die bedrohte Bevölkerung auf dem Land zu schützen, wo das Stillhalten des EPS jetzt schon deutlich zu spüren ist.

Vor allem im Norden operieren mittlerweile 1.000-3.000 Recontras, die gezielt die sandinistische Bevölkerung, Kooperativen und selbstverwaltete Betriebe (APT) terrorisieren. (6) Aus Mangel an Schutz gegen die Überfälle hat sich die inzwischen genauso starke Recompa-Bewegung gegründet, die die Verteidigung organisiert.

Verschiedene Verhandlungen und Teilentwaffnungen sind alle im Nichts geendet. Die Gewaltspirale steigt ständig. In einigen Gebieten im Norden sind die militärischen Kämpfe schon fast wieder so stark wie im Contrakrieg. Die SandinistInnen im Norden sind sich einig darüber, daß sie ohne bewaffnete Selbstverteidigung weder politisch noch physisch überleben.

Nur ohne Repression gibt es den kleinen Handlungsraum, die politische und ökonomische Organisierung weiterzuentwickeln, die neuen Versuche der selbstverwalteten Betriebe und Kooperativen erfolgreich umzusetzen, und in den Auseinandersetzungen um das Eigentum ihre Rechte durchzusetzen.

Neben dem Ziel die Organe Polizei und Militär nicht in Repressionsorgane umfunktionieren zu lassen, versuchen die ATC (sandinistische LandarbeiterInnengewerkschaft) und die UNAG (sandinistischer Kleinbauern- und Kooperativenverband) die Konflikte auf dem Land zu entschärfen, und die Probleme in eine Mobilisierung, über alle Widersprüche der politischen Organisierung hinweg, an den konkreten Interessen der Campesinos (Land und Kredite) umzuleiten.

Die Eigentumsfrage

"Wer über den Zugang zu den Produktionsmitteln verfügt, verfügt damit auch über einen beträchtlichen Teil gesellschaftlicher Macht. Daher ist jeder grundlegende gesellschaftliche Wandel auch verbunden mit einer Veränderung der Besitzstruktur." (7) Der Kampf um das Eigentum (staatliche Agrarbetriebe, Häuser, staatliche Industrie) ist das bestimmende aktuelle Thema und unterliegt einer großen Dynamik.

Die ATC versucht die Privatisierung staatlicher Betriebe in selbstverwaltete Betriebe (APT) umzuwandeln, wodurch ein neues Modell gesellschaftlichen Eigentums entstanden ist, in das große Hoffnungen politischer, sozialer und ökonomischer Perspektiven gesetzt werden. (8)

Die Ergebnisse der zwei Concertacions-Verhandlungen zwischen Regierung und SandinistInnen (9) sind praktisch nicht umgesetzt. Die Auseinandersetzungen sind davon geprägt, daß sich entlang konkreter Interessen neue Politikformen und Bündnisse entwickeln. (10) Dabei entstehen aber immer wieder auch Widersprüche zu den Führungen der sandinistischen Massenbewegungen bzw. zur FSLN selbst, die auf nationaler Ebene Verhandlungen zur Stabilisierung des Landes betreibt, was oftmals den konkreten Interessen an der Basis widerspricht.

Der am weitesten fortgeschrittene Ausdruck der "Interessensvertretung von unten" zeigt sich in der "autonomen" Frauenbewegung, die die bisherige Politik der FSLN und sandinistischen Frauenorganisation (AMNLAE) nachhaltig in Frage stellt.

Der FSLN-Kongreß

Der FSLN-Kongreß fand auf dem Hintergrund einer sich verschärfenden Entwicklung und Polarisierung statt:

- Zunehmender Druck der internationalen Finanzorganisationen.

- Eine Extreme Rechte, die mehr und mehr aggressiv und kompromißlos auf die politische und physische Beseitigung des Sandinismus setzt. (11)

- Neue Überfälle und Morde durch die Recontra und beginnende bewaffnete Gegenwehr der Recompas.

- Eine US-Administration, die stärker auf die Extreme Rechte setzt, zumindest als Druckmittel gegen die Regierung.

- Eine zunehmend verarmende Bevölkerungsmehrheit und eine rapide ansteigende soziale Instabilität.

- Eine Regierung, die in diesem Panorama die Fähigkeit verloren hat, bzw. keinen Willen dazu hat, die Situation zu entpolarisieren.

- Eine FSLN, die in diesem Spannungsfeld wenig Handlungsraum hat. Sie steht einerseits unter starkem Druck und Widerspruch zu den radikalen Forderungen der Basis, andererseits sucht sie realpolitische Alternativen zum neoliberalen "Entwicklungsmodell" ohne die Auseinadersetzungen weiter radikalisieren zu wollen, weil sie dazu weder die nationalen und noch weniger die internationalen Bedingungen sieht.

Der 1. Kongreß in der Geschichte der FSLN hatte sich mehrere Aufgaben gestellt. Nachdem sie fast 30 Jahre als militärisch-politische Guerillapartei und später Kaderpartei existierte, sollte dieser Kongreß den Übergang zu einer breiten Volkspartei schaffen. Das hieß konkret:

- Verabschiedung der Parteistatuten

- Wahl der obersten Parteiorgane

- Verabschiedung der Programms.

Statuten und Wahlen

Alle Ziele sollten auf Grundlage eines möglichst breiten Konsenses erreicht werden. Darin waren sich alle einig. Deshalb konnte der Erneuerungsprozeß nur soweit vorangetrieben werden, wie der übergeordnete Gedanke der Einheit dies zuließ.

In der historischen Kontinuität der zentralistischen Struktur, sah die stärkste Strömung demnach die Einheit als Resultat absoluter politischer Vereinheitlichung und vertikaler Strukturen. Dem entgegen stand eher eine Minderheit, die für ein neues Politikverständnis eintrat. Sie forderte Einheit als Ergebnis offener Diskussionsprozesse auf der Grundlage der Vielfalt der Positionen. Die Einheit sollte als bewußte politische Entscheidung entstehen, ohne dabei die Widersprüche zu verwischen.

Das Kräfteverhältnis zwischen diesen "Erneuerern" und "Orthodoxen" wurde in etwa auf 40:60 geschätzt. Die "Erneuerer" hatten sich auf dem Departementskongreß (12) in Managua durchgesetzt. Sie traten vor allem dafür ein, daß sich die FSLN für neue Mitglieder öffnet, Parteihierarchien aufgehoben werden und für das Recht auf freie Meinungsäußerung , solange Beschlüsse respektiert werden.

In der Frage der Wahlen schlugen sie vor, alle Parteiorgane inclusive der Nationalen Leitung (Direction Nacional/DN) geheim, individuell und direkt zu wählen. Dafür benannten sie auf dem Departementskongreß in Managua Dora Marìa Tèllez als Kandidatin für die DN. Dies führte jedoch zu heftigen Reaktionen, wollten doch die 7 Männer der DN eine Listenwahl unter Erweiterung der Liste durch Humberto Ortega, der als Generalstabschef der Armee sein Amt allerdings ruhen läßt, Sergio Ramirez (ehemaliger Vizepräsident) und Renè Nuñez (Bruder des verstorbenen Kommandanten Carlos Nuñez). Damit setzte sich die DN letztendlich auf dem Kongreß auch durch.

Der Vorschlag, die Liste jedenfalls um Dora Marìa Tèllez zu erweitern, wurde nicht mehr abgestimmt, da sie unter diesen Voraussetzungen nicht mehr kandidieren wollte. Bei der Wahl der Asamblea Sandinista (AS, höchstes Parteigremium zwischen den Kongressen) drückte sich der langsame Erneuerungsprozeß dann aber aus. Nur 30% der alten AS-Mitglieder wurden wiedergewählt.

Ein weiteres Zeichen des alten zentralistischen Stils der FSLN war die Beteiligung der Frauen. Nur 17,5 % Frauen waren überhaupt delegiert und auch in die AS wurden nur 18% Frauen gewählt. Die Forderung nach nur 30%iger Quotierung für Frauen wurde abgelehnt.

Ein anderes Phänomen des Kongresses war der Druck aus den Regionen. Da traditionell städtische Strukturen in der FSLN mehr Einfluß hatten, haben sich die Delegierten der kleinen Gemeinden zusammengeschlossen, um ihre eigene Repräsentanz durchzusetzen. Eine wichtige Entwicklung angesichts der enormen Probleme und Verluste der FSLN auf dem Land.

Insgesamt geben die verabschiedeten Statuten Raum für die Entwicklung der verschiedenen Strömungen.

Programm

Die programmatischen Diskussionen und Aussagen blieben an der Oberfläche und es wurde ein Aktionsprogramm zur aktuellen Lage verabschiedet. In dem Rechenschaftsbericht wurde lediglich das gesagt, was eh Konsens ist. In programmatischen Beiträgen wurden aber noch unterschiedliche Positionen sichtbar.

In der Rede von Humberto Ortega zum Beispiel, beschwor er die Stabilität und Einheit der Nation als oberstes Ziel, hinter dem die Klasseninteressen zurückzutreten hätten.

Die Frage, ob die FSLN in die Sozialistische Internationale eintreten soll, war auf dem Kongreß kein Thema, obwohl dies vor dem Kongreß heftig diskutiert wurde. Vor zwei Wochen, anfang März, jedoch hat Daniel Ortega bei Felipe González in Spanien einfach den Eintrittsantrag gestellt, ohne vorige Diskussion mit der Basis. Empörung war dann auch die spontane Reaktion. Jetzt wird öffentlich in den Medien diskutiert, ob der SI Eintritt nun auch noch sein muß.

Perspektiven

Daniel Ortega versuchte in seiner Abschlußrede ausgleichend zu wirken. Er benannte den Spagat der FSLN, einerseits sich als Wahlpartei zu etablieren und realpolitische Verhandlungen mit der Regierung zu machen und andererseits sich an die Spitze der sozialen Bewegungen stellen zu wollen. Mit der derzeitigen Politik versucht die FSLN ein postrevolutionäres Gleichgewicht zu schaffen, durch das eine weitere Polarisierung verhindert werden soll.

Die relative Rechtsstaatlichkeit in Nicaragua bildet dabei den institutionellen Rahmen für zukünftige Klassenauseinandersetzungen. Dieses sichert noch weitgehend die Errungenschaften der Revolution und soll der Garant sein für eine weitere Entwicklung der sogenannten zivilen Gesellschaft. Ferner ist es der Ausdruck der Konfrontationsmüdigkeit der Bevölkerung und der Notwendigkeit des ökonomischen Überlebens.

Denkbar wäre ein Wandel der Rolle der FSLN von der revolutionären Avantgarde hin zu einer Partei, die als Regierung oder als Opposition diesen institutionellen Rahmen sichert, und die Massenorganisationen, Frauenbewegung oder sozialen Bewegungen ihre konkreten eigenen Interessen durchsetzen.

Ansonsten wird sie als Partei, die ihre Macht erhalten will und sich strategisch im Bündnis mit den bürgerlichen Kräften verrennt und den Bezug zur Basis verliert, abwirtschaften. Das alte bürokratisch-vertikale Politikverständnis trifft auf immer stärkere Ablehnung. Der Wille für eine Veränderung dieser Strukturen findet in Teilen der sandinistischen Gewerkschaften, der autonomen Frauenbewegung und in intellektuellen Kreisen den ersten organisatorischen Ausdruck.

Die Diskussion um Perspektiven revolutionärer Prozesse bietet interessante und spannende neue Ansätze. Konkrete politisch-ökonomische Projekte sind schon im Anlaufen, die auch weit größere Bedeutung über Nicaragua hinaus für Lateinamerika haben können, in einer Zeit, in der sich die Bedingungen der einzelnen Länder immer mehr angleichen. Dies ist ein Rahmen sprengendes Extrathema, aber vielleicht an anderer Stelle weiterzuführen.

H., El Rojito Hamburg

Anmerkungen:

Dieser Situationsbericht basiert auf folgenden Quellen:

Rundbriefe des Informationsbüro Nicaragua (Nr.10/11-91, 1/2-92), über: Hofaue 51, Postfach 101320, 56 Wuppertal 1; Berichte von O. Meyer (5.10.91, 14.11.91, 19.1.92), El Rojito Infos (Nr. 3/91, 1/92), über: El Rojito, Große Brunnenstraße 74, 2000 Hamburg 50; Nicaragua Info (Nr.5, Febr. 92) über: Nicaragua-Verein, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

1) Es gibt in der Tat mehr Produkte zu kaufen, die sich aber nur eine Minderheit leisten kann. Die Mehrheit kämpft ums alltägliche Überleben.

Die Inflation wurde nicht durch Produktionsförderung im eigenen Land, sondern durch Kaufkraftrückgang gedrosselt.

Die Gelder, die vom Ausland an Nicaragua vergeben wurden, wurden größtenteils nicht für die Ankurbelung der Produktion oder für soziale Investitionen ausgegeben: 47% gingen in die Rückzahlung der Auslandsschulden und 24% wurden für Importkredite verwandt. Die Importe für den Konsum sind um 74% gestiegen , die Importe für landwirtschaftliche und industrielle Güter sind um 24% gesunken.

Drastisch gesenkte Importsteuern (um 60%) fördern den Trend, zerstören die nationale Produktion und senken die Grundnahrungsmittelproduktion. In Nicaragua produzieren 80% der Beschäftigten für den nationalen Konsum. Das heißt, nationale landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeiten werden permanent durch diese neoliberalen Rahmenbedingungen vernichtet. So z.B. wird die Hähnchenproduktion Nicaraguas, die früher den nationalen Bedarf deckte, durch US-Billigimporte, die 15% billiger sind, zerstört.

2) Nach dem nicaraguanischen Forschungsinstitut (CRIES) Ende 91, Ausgaben pro Kopf für Gesundheit:

1989: 64 US-Dollar

1990: 45 US-Dollar

1991: 18 US-Dollar

1992: 14-16 US-Dollar

3) Nach Cries und Angaben von D. M. Tèllez

4) So betreibt z.B. die Bewegung der Bürgermeister (Extreme Rechte) die Schaffung einer kommunalen Polizei (Policia Municipal), die dann den Bürgermeistern unterstehen soll. Dagegen gibt es aber erheblichen Widerstand, da es solche Gruppen im Somozismus schon gab.

In der Region IV z.B. besteht die Polizei bereits zu 25% aus Ex-Contras.

5) Haushaltbeschluß 1992 von der FSLN-Fraktion und der Zentrumsfraktion der UNO (siehe Anmerkung 11). Hier wird das Dilemma deutlich, in dem sich die FSLN befindet. Der verabschiedete Haushalt '92 sah leichte Kürzungen im Gesundheits- und Erziehungsbereich bei drastischen Kürzungen beim EPS vor, sowie eine Schrumpfung des gesamten Staatshaushaltes gemäß IWF/WB- Forderungen. Um Schlimmeres zu verhindern , nämlich den Haushaltsentwurf der Extremen Rechten, der noch drastischere Kürzungen vorsah, stimmte die FSLN für den leicht modifizierten Haushalt der Regierung. Zumal die FSLN über kein alternatives Wirtschaftskonzept verfügt.

6) Mittlerweile wird die Recontra wieder in Honduras vom CIA unterstützt, u.a. auch durch Unterstützung aus der Luft.

7Aus: La Paz Del Tuma-Info Nr.4, bzw. El Rojito Info Nr.1/92

8) Eine genauere Betrachtung würde hier ausufern. Verweisen kann ich auf das El Rojito-Info Nr.1/92 und das Nicaragua Info Nr.5-Febr.92, die sehr ausführlich die Eigentumsfrage betrachten.

9) Die Concertacions-Ergebnisse sind im El Rojito Info Nr. 3/91 nachzulesen.

10) Auf dem Hintergrund der sich verschärfenden Kämpfe ist zum Beispiel auf Initiative der UNAG Jinotega die "Alianza Campesina" entstanden. Es trafen sich Teile der Recontras, der Recompas, der CAUS (Gewerkschaft der rechten Kommunistischen Partei) und der zivilen Organisationen der Ex-contra, um eine Allianz zu schaffen zur Entpolarisierung und zur Unterstützung der wichtigsten Interessen der Campesinos. Nach

militärischen Angriffen von vermutlich nicht verhandlungsbereiten Recontras auf verhandlungsbereite Recontras zerbricht die Allianz, da diese Angriffe den Recompas in die Schuhe geschoben wurden.

11) Die UNO (14-Parteienbündnis) läßt sich grob in folgende Tendenzen unterteilen:

Die Extreme Rechte setzt sich unter der Führung V. Godoy und A. Cesar zusammen aus der Parlamentsfraktion (Legislative) und der "Bewegung der Bürgermeister" (Machtkonzentration im kommunalen Bereich). Sie ist das Sammelbecken für die übriggebliebene Oligarchie, Teile der katholischen Kirchenhierarchie, dem Unternehmensverband COSEP, einem Großteil der Ex-Contrachefs und den enteigneten "Exil"-NicaraguanerInnen aus Miami. Sie haben die zumindest ideologische Übereinstimmung mit der bewaffneten Recontra in dem Hauptziel der politischen und physischen Auslöschung von allem, was nach Sandinismus riecht. Sie wollen die gewaltsame Rückkehr zum Somozismus, sind aber zum Glück aus persönlichen Machtinteressen mehrfach gespalten. Im Hintergrund wird sie von der US-Botschaft gestützt.

Die Moderne Rechte (auch "moderat" genannt) besetzt mehrheitlich die Regierungsämter (Exekutive) unter Führung des Präsidialamtsministers A. Lacayo. Sie betreibt das neoliberale Entwicklungsmodell und versucht den Sandinismus zu assimilieren. Gewalt gegen Unnachgiebige schließt sie aber nicht aus und die beiden bürgerlichen Modelle unterscheiden sich auch mehr in den Methoden, als in dem Ziel die Revolution und den Sandinismus als politische und soziale Alternative zu beseitigen.

Die Zentrumsfraktion hat sich mittlerweile aus einer Gruppe von 13 UNO-Abgeordneten zusammengeschlossen, die zusammen mit den 39 FSLN-Abgeordneten eine Parlamentsmehrheit besitzen. Diese Zentrumsfraktion ist aber kein fester ideologischer Block, der sich von der Extremen Rechten absetzt, sondern handelt aus politischer Opportunität im Kampf um Posten und Geld. Trotzdem entsteht dadurch für die FSLN mehr parlamentarischer Handlungsraum.

12) In allen Departements wurden Vorkongresse durchgeführt, auf denen Positionen diskutiert und Delegierte gewählt wurden. 501 Delegierte wurden so gewählt. 73 Delegierte kamen aus der alten AS, die sich nicht zur Wahl gestellt hatten, sowie die 7 DN Männer. Insgesamt waren 17,5% Frauen delegiert. Altersmäßig waren die 26 bis 40 Jährigen mit 71% dominierend. 82% hatten entweder Abitur oder einen Hochschulabschluß, nur 14% waren Campesinos.

8. "Man kann den Frauen nicht immer sagen: wartet ab!"

Interview mit Comandante Dora María Téllez aus Nicaragua

Rubrik: Frauen; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:22

AK: Weder die Wahlniederlage der FSLN vom Februar `90 noch zwei Jahre UNO-Regierung konnten die wichtigsten Errungenschaften der Revolution zu Fall bringen. Armee und Polizei sind sandinistisch geblieben, und auch die Entpolitisierung der Bevölkerung fand nicht statt - im Gegenteil: die Kämpfe auf dem Lande sind stärker geworden.

Dies alles berücksichtigt, kann dann von einer wirklichen Wahlniederlage gesprochen werden?

Dora María Téllez: Ja, es kann von einer wirklichen Wahlniederlage geredet werden - nur das, was sie bedeutet, ist vielleicht etwas anderes. Es handelt sich nicht um eine Niederlage der Revolution, sondern um eine Wahlniederlage der Frente, denn der Volkskampf geht weiter.

Es gibt ihn auf der gewerkschaftlichen Ebene, auf der Ebene der Massenorganisationen, der Jugendlichen und der Frauen. Und es ist auch ein Kampf, der die Veränderungen, die die Revolution geschaffen hat, verteidigt.

Wie hat sich der Kampf der Massenorganisationen nach der Wahlniederlage verändert?

Ich meine, daß die Volksorganisationen ihre Struktur und ihre Art und Weise zu kämpfen verbessern müssen oder eine andere finden müssen in dieser Etappe. Sie sind dabei, politisch und organisatorisch dazuzulernen und sich mit den neuen Problemen auseinanderzusetzen.

Der hauptsächliche Unterschied ist, daß die Regierung Gegner der Volksorganisationen ist und nicht ihr Verbündeter. Außerdem ist da die Rechte, mit der man sich ständig auseinandersetzen muß. Es gibt eine weiter gefächerte Auseinandersetzung, ausgelöst durch die Wirtschaftspolitik der Regierung, durch die aggressive Haltung der Landbesitzer und durch die ureigensten Forderungen der Bevölkerung.

Mir scheint es, daß die Volksorganisationen in dem Maße, wie sie dazu in der Lage sind, eine Antwort auf die Probleme und die Forderungen der Bevölkerung zu finden, immer stärker werden.

Stimmt es, daß die UNO die Bevölkerung im Großen und Ganzen nicht entpolitisieren konnte?

Ja, ich denke, daß die nicaraguanische Bevölkerung ein sehr hohes politisches Bewußtsein hat, egal ob sie sandinistisch ist oder nicht. Es gibt in unserem Lande eine bedeutende politische Kultur. Und die Mehrheit des Volkes ist sich darin bewußt, daß sie ganz bestimmte politische Rechte haben.

Die UNO hat einen sehr konfrontativen und hyperpolitisierenden Kurs gefahren, aber die Leute wollen ihre Probleme organisiert und auch kollektiv lösen. Sie hat effektiv ihr Ziel, die Entpolitisierung der Bevölkerung und ihre Abspaltung von der Revolution, nicht erreicht.

Angenommen die Frente Sandinista wäre an der Regierung, hätte sie dann die Möglichkeit, eine andere Wirtschaftspolitik zu machen?

So oder so hätten wir einen Plan machen müssen, um die Inflation zu verringern. Aber der große Unterschied zwischen der Regierungspolitik und unserer Politik ist folgender: Wir sind der Meinung, daß die sozialpolitischen Maßnahmen Vorrang haben, wie ein gewisser sozialer Wohlstand, das Schulsystem, das wir sehr ausgebaut haben und die Versorgung der Kriegsopfer. Bislang hat die Regierung lediglich ein Programm durchgeführt, um die Inflationsrate, um die Staatsausgaben zu senken, dies jedoch auf Kosten der sozialpolitischen Maßnahmen.

Wir sind aber der Meinung, daß mit der finanziellen Hilfe, die diese Regierung erhält, sozialpolitische Maßnahmen durchgeführt werden können. Das nicht zu tun, ist ein Fehler von großer Tragweite.

Das ist unser Standpunkt bezüglich ihres Wirtschaftsprogrammes.

Ist denn die finanzielle Unterstützung der Regierung wirklich so hoch wie erwartet?

Vielleicht ist sie nicht ganz so hoch, wie erwartet wurde, aber sie ist bezeichnenderweise um ein vielfaches höher als die finanzielle Unterstützung, die wir hatten. Die Frente hat ihr möglichstes dafür getan, daß die sozialen Bedingungen sich nicht verschlechtern. Unter dieser Regierung jedoch haben sich das Gesundheits- und Bildungssystem verschlechtert, ebenso wie die Situation der Rentner und Kriegsopfer. Außerdem gibt es eine enorme Arbeitslosigkeit.

Welche Auswirkungen hat die veränderte Weltsituation auf die FSLN, und wie wird dies innerhalb der Frente diskutiert?

Diese weltweiten Veränderungen haben der ganzen Welt Anlaß gegeben, darüber nachzudenken, welche Konsequenzen sie mit sich bringen - und was dies für die revolutionären Bewegungen der Lateinamerikanischen Linken und den Sandinismus im speziellen bedeuten könnte.

Wir sind dazu verpflichtet, uns weiterhin darüber zu informieren was geschieht, und nach den Gründen zu suchen, die diese grundsätzliche Krise im Sozialistischen Block oder Ost-Europa ausgelöst haben. Gleichzeitig müssen wir auch realistisch sein, denn wir Sandinisten haben ganz konkrete Gründe dafür weiterzukämpfen, um die nicaraguanische Wirklichkeit zu verändern. Auch wenn diese Veränderungen in Ost-Europa stattgefunden haben, meinen wir nicht, daß wir nichts mehr zu tun haben.

Aber logischerweise beunruhigt uns, was geschehen ist. Denn in jedem Fall bedeutete die UDSSR auch das politische Gleichgewicht in der Welt. Jetzt stehen die restlichen Weltmächte allein da und das ist nicht gut so: Die Welt ist einpolig geworden und nicht mehrpolig. Wir wissen nicht, wie sich die nordamerikanische Politik bezüglich Lateinamerika verändern wird. Werden die Vereinigten Staaten ihre Politik korrigieren oder verschlechtern?

Es ist noch nicht klar, welche Konsequenzen die Veränderungen in Europa haben werden, aber natürlich wirken sie sich auch auf Länder wie Nicaragua aus. Die europäischen Länder wie auch die Vereinigten Staaten sind viel mehr beunruhigt darüber, was in Europa passieren wird. Die großzügigen Finanzhilfen werden alle nach Ost-Europa gehen und Lateinamerika lebt mit denselben Problemen wie immer weiter. Es gibt keine Veränderungen in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und es gibt auch keine großzügigen Finanzhilfen, die Lateinamerika unterstützen, sich zu entwickeln. Diese Veränderungen haben dazu geführt, daß Lateinamerika auf der Rangliste der reichen Nord-Länder wieder ganz unten rangiert.

Wie siehst Du die Zukunft der FSLN? Welche Veränderungen hat es gegeben?

Ich würde sagen, daß für die interne Diskussion noch bestimmender als die Veränderungen in Europa, die Gleichsetzung des Sandinismus mit seiner Rolle als Oppositionspartei ist. Wir sprechen von einer konstruktiven Opposition. Das bedeutet, für die Forderungen des Volkes zu kämpfen und die sozialen Bedingungen des Volkes zu verbessern. Das heißt aber auch, die Aktionen der Regierung, die wir als positiv ansehen, zu unterstützen, zu einer nationalen Stabilität beizutragen.

Die FSLN ist eine Partei, die kämpft, eine Partei, die sich auf die Wahlen vorbereiten muß. Aber auch nicht nur eine Wahlpartei, auch nicht eine Splitterpartei. Wir meinen, daß die Partei ein breites Spektrum haben muß, wo sich die Nicaraguaner wiederfinden. Wir müssen in dem Demokratisierungsprozeß weiter voranschreiten und neue, den Umständen entsprechende, Kampfmethoden erlernen. Mit diesen Zielen müssen wir für revolutionäre Errungenschaften und auch für andere Forderungen des Volkes kämpfen.

Was bedeutet das für die Beziehungen zwischen der FSLN und den Massenorganisationen?

Im Grunde heißt dies, daß die Frente die Rolle, die die Volksorganisationen innehaben, unterstützt. Sie sind es, die in diesem Moment eine entscheidende Rolle spielen, denn die Folgen der Wirtschaftspolitik haben ganz direkt die Arbeiter, Bauern und die Frauen zu tragen. Also müssen die Organisationen für sie kämpfen. Es ist dies ein Moment, in dem die Volksorganisationen, die Gewerkschaften, Bauern- oder Gemeindeorganisationen, jegliche Organisation gestärkt werden müssen.

Du sprichst davon, daß die FSLN die Rolle der konstruktiven Opposition einnehmen will. Auf der anderen Seite sind diejenigen, die in den Massenorganisationen organisiert sind, die am meisten Betroffenen von den Maßnahmen der Regierung. Wie schafft es die Frente Sandinista, diese zwei Dinge zu vereinen: auf der einen Seite eine konstruktive Opposition zu sein, das heißt auch auf die eine oder andere Art mit der Regierung

zusammenzuarbeiten, und auf der anderen Seite sich die Forderungen der Massen und der Basisbewegungen zu eigen zu machen?

Auf den ersten Blick scheint dies ein Widerspruch zu sein. Zum Beispiel bei dem Streik im Juni vergangenen Jahres. Wo waren da die zwei Linien? Wie geht die Frente mit diesem Problem um?

Nun, in der Verfassung des Landes gibt es ein Volksrecht. Ein Recht der Arbeiter, der Bauern, also der gesellschaftlichen Gruppen, sich zu organisieren und um ihre Rechte zu kämpfen.

Ich verstehe unter einer konstruktiven Opposition die Notwendigkeit, den Kampf und die Rechte der Menschen zu unterstützen. Wir wären keine revolutionäre Partei, wenn wir nicht die Suche nach einer Lösung der Probleme unterstützen würden. Das ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben. Wir repräsentieren die Interessen der ärmsten Leute in Nicaragua, die Arbeiter und die Bauern.

Wir sind eine andere Opposition als die in Lateinamerika übliche, welche fast immer die Regierung destabilisieren will und die erreichen will, daß diese stürzt.

Wir möchten in unserem Wahlkampf die Rechte der Menschen verteidigen und wollen, daß das Land mehr Stabilität erreicht. Das kann natürlich widersprüchlich werden. Denn wenn die Regierung die Volksorganisationen nicht anhört, nicht mit ihnen diskutiert während eines Volkskampfes, werden die Probleme zu politischen Problemen, zu politischen Krisen. An dieser Stelle kommt der Frente eine bedeutende Rolle zu, aber das bedeutet keinen Widerspruch. Es kann keine Stabilität im Land geben, wenn Stabilität gleichbedeutend damit ist, daß die Regierung macht, was sie will. Sondern es muß Demokratie geben, den Leuten zugehört und ihnen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit einem Blick, der mehr auf die gesamte Nation gerichtet ist. Die Gewerkschaften kümmern sich um die Probleme der Arbeiter. Aber die Frente als politische Partei muß sich um das ganze Land kümmern, um die ganze Gesellschaft. Das ist nicht widersprüchlich.

Frauen und FSLN

Wie hat sich das Verhältnis zwischen der FSLN und der Frauenbewegung entwickelt?

Für mich war in den letzten zwei Jahren das Wichtigste, daß die Frauenbewegung viel aktiver geworden ist. Sie besteht aus revolutionären, sandinistischen Frauen, auch wenn sie alle in verschiedenen Gruppen organisiert sind. Es gibt jetzt sehr viel Aktivität und viel Arbeit - und es fängt auch an, daß sich eine gewisse Koordination entwickelt.

Logisch, daß die Frente die Forderungen der Frauenbewegung viel mehr berücksichtigen könnte. Denn in einem Land wie dem unseren gibt es einen Haufen Probleme: Probleme des Überlebens. Ich glaube, das Wichtigste ist, daß in dem Moment die Frauenbewegung sehr aktiv ist, in dem es mehr Einheit gibt - mehr Diskussion und mehr Organisation. Die FSLN alleine kann die Forderungen der Frauenbewegung nicht erfüllen, im Gegenteil, die Frauenbewegung muß der Partei die zentralen Interessen und Gesichtspunkte vermitteln. Dann entspricht die FSLN viel eher den Forderungen der Frauenbewegung.

Es kommt mir so vor, daß die Arbeit in Bezug auf den Feminismus hier in Nicaragua jetzt sehr viel besser läuft als früher. Das Ganze ist dynamischer - es gibt viele verschiedene Interessen: die der Bäuerinnen oder die der Gewerkschaftsfrauen oder die der Arbeiterinnen, die der Hausfrauen, die der "Mütter der Helden und Märtyrer". Alle haben verschiedene Forderungen.

Was die Frauenbewegung betrifft, hat auch eine Partei, wie die FSLN, - die viel für die Partizipation der Frauen getan hat - ihre Grenzen. Ich glaube, die Rolle, die die verschiedenen Frauenorganisationen bei der Bewußtseinsarbeit innerhalb des Sandinismus spielen, ist ganz wichtig. Die Tatsache allein, daß die FSLN eine revolutionäre Partei ist, verwandelt sie nicht automatisch in eine weniger machistische Partei. Es hilft insoweit, als daß sie (die FSLN) sich zumindest bewußt darüber ist, daß Machismo keine Tugend ist und daß man gegen den Machismo kämpfen muß. Aber das heißt nicht, daß sie weniger machistisch sei.

Wir Frauen müssen innerhalb der Partei daran arbeiten. Die FSLN ist eine Mitgliedspartei und wenn ein großer Teil der Mitglieder Männer sind, dann muß innerhalb des Sandinismus ein tieferes Bewußtsein über die Frauenfrage entwickelt werden. Das können nur die Frauen in der Frente selber und die Frauenbewegung machen.

Natürlich ist dieser Zustand viel schlimmer in den rechten Parteien, die viel konservativer und traditioneller sind. Sie gehen von einer Philosophie aus, die besagt, daß die Frau im Haus zu sein hat. Die FSLN denkt philosophisch, daß die Frau alle Rechte genießt.

Es gibt machistische Compañeros und Compañeras - es gibt also ein Problem des Bewußtseins, das bekämpft werden muß. Was passierte, ist, daß wir manchmal geglaubt haben, daß eine revolutionäre Partei von sich allein diesen Widerspruch auflöst. Der Widerspruch löst sich durch Bewußtseinsarbeit auf.

Zum Beispiel bei revolutionären Aktionen ist es viel leichter, die Bedürfnisse der Gewerkschaften zu verstehen. Aber als das Alltagsleben Thema wurde - die Beziehungen zwischen Mann und Frau, die Frau in der Arbeitswelt, in der Politik - da kamen plötzlich andere, früher erlernte Vorstellungen hoch und beeinflußten die Diskussion. Diese Vorstellungen zu besiegen, ist eine wichtige Arbeit.

Die geringe Anzahl der delegierten Frauen (17,5%) beim Kongreß fiel uns auf. Eine erstmalige Forderung der Frauen war eine 30%ige Quotierung aller Ämter. Warum wurde dieser Vorschlag abgelehnt?

Daß der Kongreß die 30%-Quote nicht angenommen hat, beweist, daß es an Bewußtsein fehlt. Daß es immer noch welche gibt, die glauben, die Quote sei nicht nötig. Früher habe ich das auch nicht geglaubt, aber seit einem halben Jahr glaube ich, daß sie nötig ist.

Warum hast Du das vorher nicht geglaubt?

Weil ich dachte, daß es möglich sei, durch strikt politische Maßnahmen zu erreichen, den Einfluß von Frauen zu erhöhen. Wir haben gemerkt, daß die ganze soziale Maschinerie so organisiert ist, daß sich Frauen viel mehr realen Hindernissen gegenübersehen als der Mann. Wenn ein Mann Arbeit sucht, fragen sie ihn nicht viel. Sie fragen ihn nach seinen Fähigkeiten. Aber Frauen fragen sie alles: ob sie Kinder haben, ob sie verheiratet sind. So daß alle Dinge, die beim Mann nicht ins Gewicht fallen, bei der Frau ins Gewicht fallen. Das ist in der Politik auch so. Einen Politiker fragt niemand, ob er verheiratet ist oder Kinder hat, aber Politikerinnen fragen sie das immer.

Das sind ganz subtile Mechanismen, die es unmöglich machen, nur auf politischem Wege das Problem der Repräsentativität von Frauen zu lösen. Ich glaube schon, daß die Quotierung richtig war, aber man muß den Rest auch noch überzeugen, daß die Gesellschaft von alleine nicht nach vorne geht. Da muß viel Arbeit geleistet werden - auch innerhalb der FSLN.

Ein anderes Beispiel ist der Umgang mit Kindern. Es kann sein, daß Du auf Leute triffst, die Revolutionäre sind, aber die glauben, daß es richtig ist, ein Kind zu schlagen, um es zu korrigieren. Das ist typisch für Lateinamerika - man erzieht ein Kind mit Zärtlichkeit aber auch mit Schlägen. Es kann also gut sein, daß viele Militante das auch so glauben. Das ändert sich nicht von allein.

Es geht darum, das Konzept der menschlichen Beziehungen zu revolutionieren und das ist schwieriger, als konkrete Sachen zu revolutionieren. Es ist sehr viel einfacher, zu verstehen, daß ein Arbeiter das Recht auf einen besseren Lohn hat, als solche viel feineren Dinge zu verstehen!

Was der Kongreß also widerspiegelt, ist, daß es da einen« Rückstand gibt.

Oft passiert es Dir in Nicaragua, daß Frauen sagen, für Männer endet die Revolution an der Haustür ...

... Für Frauen auch, d.h. für viele Compañeras. Wenn sie in ihr Haus eintreten, verändern sie sich. Das ist nicht nur ein Problem der Männer, sondern auch ein Problem von uns Frauen. Ich glaube, der reaktionärste Ort, den wir haben, ist das Haus. Ganz leicht reproduzieren sich die in der Familie gelernten Rollen, und wenn die Gesellschaft das, was im Haus passiert, nicht diskutiert, ändert sich nichts daran. Auch die Linke kümmert sich um den Alltag im allgemeinen nicht besonders und auch die anderen Parteien nicht. Manchmal begünstigen die Gesetze die Situation.

Das zu ändern, ist ein sehr schwieriger Prozeß. Er erfordert einen Austausch mit dem Compañero, um gemeinsam zu wachsen. Man muß mit den Männern und mit den Frauen arbeiten und sie beide an sich selbst.

Warum bist Du als Kandidatin der Nationalen Leitung vorgeschlagen worden?

Da fragt am besten die, die mich vorgeschlagen haben! (lacht) Vielleicht, weil die Leute glaubten, ich hätte die Fähigkeiten, die Kapazität - oder auch, weil sie glaubten, es müsse eine Frau in der Nationalen Leitung geben. Das waren ganz verschiedene Motive.

Und warum hast Du nicht kandidiert?

Weil es nicht angemessen war in diesem Moment. Wir sind übereingekommen - aus Gründen der Gesundheit der Frente - keine zu brutalen Wechsel in der Leitung vorzunehmen. Wir wollten eher formale Veränderungen machen, deswegen mußte die Kandidatur zurückgezogen werden.

Das sind so die Kosten ...

Denkst Du, daß Daniel Ortega recht hat, wenn er in seiner Abschlußrede auf dem Kongreß gesagt hat, daß dieses nicht der historische Moment sei, um Frauen in der Nationalen Leitung aufzunehmen?

Nein. Das ist nicht das Problem. Oder, warum ist es dann der historische Moment, um Männer aufzunehmen? Wir haben exakt dieselben Rechte. Also kann man den Frauen nicht sagen: Wartet ab! Ihr seid noch nicht dran!

Aber ich erinnere mich nicht, ob er das genauso gesagt hat.

Glaubst Du, daß, wie Daniel gesagt hat, beim nächsten Kongreß Frauen in die Nationale Leitung integriert werden?

Das hängt von uns ab. Es hängt von der Arbeit ab, die wir machen. Niemand wird den Frauen etwas schenken! Aber ich glaube, ja. Gut, so hat Daniel also das Datum für den historischen Moment festgelegt - jetzt ist er verpflichtet.

Hat sich jetzt nach dieser Rede die Debatte über die Integration von Frauen verstärkt? Hat sich der Ausgangspunkt der Frauen verbessert?

Ich denke ja. Der Comandante Daniel ist jemand, der da sehr viel Wert darauf legt ...

Wie waren die Reaktionen von AMNLAE und der Frauenbewegung auf den Kongreß?

Einige waren zufrieden, einige frustriert. Wichtig ist, daß die Frauenbewegung zum ersten Mal ihre Forderungen auf den Tisch gepackt hat. Es zählt nicht, daß die Ziele nicht erreicht wurden. Unsere Forderungen anzubringen und darum zu streiten, erscheint mir sehr viel wichtiger. Diese Punkte sind noch nie eingebracht worden. Die Quotierung nicht und auch nicht die Frage, ob Frauen in die Nationale Leitung sollen. Ich glaube, AMNLAE denkt darüber genauso. Klar, einige wollen es schnell, andere langsamer.

Wie geht es Dir als Frau "allein unter so vielen Männern"?

Da gewöhnst du dich dran - d.h. in Lateinamerika sind wir Frauen in den meisten Ämtern in der Minderheit. An einige Dinge gewöhnst du dich, an andere nicht. Für Männer ist die Integration in die Politik leichter. Politik ist immer als eine mehr oder weniger männliche Aufgabe verstanden worden, auch ihre Art, die Macht und die Welt zu verstehen.

Es gibt Compañeros, mit denen arbeite ich sehr gut - mit der großen Mehrheit der Compañeros. Sie haben ihren Machismo, aber man kann mit ihnen reden. Man lernt Dinge, sie lernen auch. Ich glaube, daß der Austausch sehr gut ist.

Als Frau in der Politik bin ich manchmal alleine - da kannst du nichts machen, du kannst nicht weggehen.

Hier bei uns wird häufig auch die "Trennung" in bestimmten Bereichen diskutiert. Frauen sagen, hier oder da wollen sie nicht mehr mit Männern zusammen.

Dabei passiert es, daß manchmal die Diskussion, die Konfrontation verlorengeht, da die Gesellschaft nun mal gemischt ist. Manchmal ist es schwer mit Männern zu arbeiten und für Männer ist es manchmal schwer mit Frauen zu arbeiten. Man muß sich anstrengen. Ich glaube, in Nicaragua müssen wir gemeinsam arbeiten, sonst entwickelt sich nichts. Das soll nicht heißen, daß es nicht gut sein kann, Frauenorganisationen aufzubauen.

Manche Dinge brauchen Zeit, bis sie ins Bewußtsein dringen - und vom Bewußtsein bis zur Handlung brauchen sie nochmals Zeit. Es gibt schon Compañeros, die sich über den Machismo bewußt sind, aber von da bis zur Aktion ...

Schade, daß die Zeit so kurz ist. Das Gespräch hat uns Spaß gemacht. Dora, vielen Dank.

Das Interview führten S. und H. von El Rojito Hamburg, ol, ZF

Anmerkung:

Dora María Téllez wird im Rahmen des Forum América Latina 1992 im April in Hamburg, Bremen und Hannover sein (siehe Kalender in diesem ak).

Die Situation der Nicaraguanerinnen

Seit der Wahlniederlage der Sandinisten ist eine deutliche Feminisierung der Armut und Arbeitslosigkeit in Nicaragua zu beobachten. Frauen sind die ersten, die bei Rationalisierungsmaßnahmen auf die Straße gesetzt werden. In der Baumwoll-, Reis- und Kaffeeproduktion sind bis jetzt 50.000 Frauen entlassen worden. Die Zahl der Kindertagesstätten, besonders auf dem Land, sinkt rapide, was bei einem hohen Anteil alleinerziehender Mütter (38%) drastische Folgen hat. Die Reprivatisierungsentwicklung bedeutet für die Frauen, daß sie wieder verstärkt in die Subsistenzproduktion gedrängt werden. Die Rolle, zu einem erheblichen Anteil für die Gesamtversorgung der Familie aufkommen zu müssen, wird hier verfestigt. Die allgemeine Arbeitslosigkeit läßt die Frauen häufig zu Alleinversorgerinnen werden. In den Städten versuchen Frauen die Lage zu kompensieren, indem sie Handel betreiben.

Erschwerend kommt hinzu, daß durch die Kürzungen im Sozialbereich massive Probleme entstehen. Als kraßes Beispiel wirkt sich die reduzierte Gesundheitsversorgung aus, die drastische Folgen für Frauen und die zu versorgenden Kinder hat. Die Säuglingssterblichkeitsrate steigt.

Diese Entwicklung steht im Kontext einer Ideologie, die sich die Rückkehr der Frauen an den häuslichen Herd zur Aufgabe gemacht hat. Das Wiedererstarken einer konservativen Familienideologie und die Aufwertung des Frauenbildes der gebärenden Mutter verbinden sich mit einer zunehmenden Einflußnahme der Kirche im sogenannten privaten Lebensbereich. Die Wiederaufnahme der Debatte um das Recht auf Abtreibung, problematischer Zugang zu Verhütungsmitteln, konservative Sexualerziehung sind deutliche Beispiele.

Gleichzeitig steigen alarmierend Gewaltanwendung und Kriminalität in der Gesellschaft an. Davon sind Frauen und Mädchen besonders betroffen, nicht nur im öffentlichen auch im privaten Bereich. Für 1991 gibt die Polizei die Zahl der Vergewaltigungen mit über 400 an, d.h. an jedem Tag des vergangenen Jahres wurde in Nicaragua mindestens eine Frau oder ein Kind vergewaltigt. Auch andere Formen der Mißhandlung von Frauen und Kindern haben in den letzten zwei Jahren in erschreckendem Maße zugenommen. Seit August 1991 läuft eine breit angelegte Kampagne verschiedenster Frauengruppen: "No a la Violencia Sexual".

Dora María Téllez

wurde 1955 in Matagalpa/Nicaragua geboren. Sie kam 1973 nach Managua zum Medizinstudium und trat 1974 in die FSLN ein. 1976 brach sie ihr Studium ab und arbeitete in der Illegalität für die Vorbereitung der Revolution. 1977 organisierte sie sich als Guerillera in der Frente Norte,"Carlos Fonseca", und nahm 1978 als Commandante Dos an der Besetzung des Nationalpalastes teil, einer erfolgreichen Aktion, in deren Verlauf sandinistische Gefangene (u.a. Tomàs Borge) freigepreßt werden konnten. 1979 war sie während der Endoffensive Generalstabschefin der Frente Occidental, "Rigoberto Lopez Perez". Seit 1980 ist sie in verschiedenen sandinistischen Organen vertreten.

Von 1985 bis Februar 1990 war sie Gesundheitsministerin. Als sich 1985 Lesben und Schwule zu organisieren begannen, hat Dora es ermöglicht, daß sie in der nationalen Aids-Kommission legal arbeiten und ihre eigene Arbeit und Organisierung vorantreiben konnten.

Jetzt ist sie Stellvertretende Vorsitzende der sandinistischen Parlamentsfraktion, Vorsitzende der FSLN in Managua und Mitglied der Asamblea Sandinista (formal höchstes Gremium der Frente).

Frauenbewegung in Nicaragua

Von 1977-1979 wurde, initiiert von der FSLN, AMPRONAC (Asociacion de Mujeres ante la Problematica Nacional) aufgebaut. Aus einer kleinen Gruppe von Frauen aus der Bourgeoisie und der Mittelschicht entwickelte sich innerhalb von zwei Jahren eine Organisation mit 10.000 Frauen aus allen Bevölkerungsschichten. Nach der Revolution wurde AMPRONAC in AMNLAE (Asociacion de Mujeres Nicaraguenses Luisa Amanda Espinoza) umbenannt. Bis Mitte der 80er Jahre war AMNLAE die Organisation der revolutionären Frauen. Die zuerst territorial organisierte Struktur wurde in Laufe der Jahre in eine sektorale umgewandelt.

1984 begann ein zunehmender Verlust der Verankerung von AMNLAE bei der Mehrheit der Frauen deutlich zu werden. 1985 wurden Basisversammlungen unter der Beteiligung von 40.000 Frauen landesweit abgehalten mit der Idee, den Frauenkampf zusammenzuführen und zu organisieren.

1987 gab die FSLN eine "Erklärung zur Situation der Frau" ab. AMNLAE probierte neue Organisationsformen aus, um die Strukturen der Frauenvereinigung einer Bewegung anzupassen.

Eine große Anzahl Frauen hatte sich in den letzten Jahren mit dem Kampf für die Emanzipation identifiziert und ihre Beteiligung in anderen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt. Das Erstarken der, unabhängig von der AMNLAE/FSLN sich bildenden, autonomen Frauenbewegung führte dazu, daß AMNLAE in der Praxis ein Teil der Bewegung geworden war. Dennoch beanspruchte sie die Führung und Repräsentanz der Gesamtbewegung für sich, ohne sich für eine breite Beteiligung an Entscheidungen zu öffnen.

Seit 1988 gibt es einen umfassenden Diskussionsprozeß in der nicaraguanischen Frauenbewegung über Charakter, Aufgaben und Organisationsformen der Bewegung, einschließlich der Zielsetzung Wahlen durchzuführen. Am 8. März 1989 fand die erste Debatte mit Vertreterinnen aus allen Sektoren über frauenspezifische Forderungen statt. Aus dem Treffen entstand ein Forderungskatalog, den AMNLAE die FSLN aufforderte, ins Wahl- und Regierungsprogramm zu übernehmen. Gleichzeitig wurde eine Liste der möglichen Kandidatinnen überreicht.

Im August 1990 veröffentlichte AMNLAE ein Diskussionspapier, in dem in selbstkritischer Weise anerkannt wird, daß die Abhängigkeit von der FSLN ihrer Entwicklung Grenzen setzte und daß sie es nicht geschafft hat, die spezifischen Interessen der Mehrheit der Frauen in Nicaragua zu vertreten, da diese immer den globalen Problemen untergeordnet wurden, wie sie von der Frente für das gesamte Land bestimmt wurden. Darüber hinaus wurde dargelegt, daß es zu einer grundlegenden Veränderung der Aussagen, der Inhalte, sowie der Arbeits- und Organisationsformen der Bewegung kommen muß und daß hierfür die Unabhängigkeit und Autonomie von AMNLAE gegenüber der Partei unerläßlich ist. "AMNLAE darf sich nicht weiterhin als Frauenbereich der Frente Sandinista begreifen." (1). Sie entwickelte den Vorschlag, über einen internen Wahlprozeß die Frauenbewegung zu reaktivieren. Dieser Ansatz wurde von vielen Frauengruppen kritisiert; statt dessen schlugen sie vor, einen Diskussions- und Reflexionsprozeß einzuleiten, der von der Basis her entwickelt werden soll unter Einbeziehung aller Frauenbereiche. Die Führung von AMNLAE, die Strukturen von AMNLAE, die Frauensekretariate und Frauenhäuser aller Bereiche stimmten zu.

Eine Frauenkommission wurde gebildet und im November 1990 fand ein erstes Seminar mit delegierten Frauen aus einer großen Anzahl von Volksorganisationen des Landes (CST, ATC, FETSALUD, ANDEN, JS, UNAG, Frauenhäusern, AMNLAE-Strukturen, CONAPRO; Frauen-Bildungs- und Forschungszentren, Bewegung Nydia White von der Atlantikküste, CONAPI und Händlerinnen) statt. Die Teilnehmerinnen schätzten diese kollektive Anstrengung als einen entscheidenden Schritt zur Einheit und Reaktivierung der Frauenbewegung ein.

In der Weiterarbeit stellte sich heraus, daß die Führung von AMNLAE weiterhin, trotz der Zustimmung zur Seminarreihe, den Wahlprozeß zur Bestätigung oder Wahl der neuen AMNLAE-Führung weiterbetrieben hatte. Die autonome Frauenbewegung reagierte darauf mit der Fortführung der Arbeit der Frauenkommission, die ein nationales Frauentreffen vorbereiten sollte, zu dem alle Sektoren, Gruppen und Frauenkollektive eingeladen werden sollten, die Teil der breiten "nicht offiziellen Bewegung" in Nicaragua sind. Ziel des autonomen Organisierungsansatzes ist es, in den nächsten zwei Jahren eine eigene Struktur und Programmatik zu entwickeln. Das Prinzip der Einheit bei gleichzeitiger Anerkennung der Vielfalt der beteiligten Frauen und deren Interessen ist entscheidend. "Wenn wir erreichen, daß wir eine starke Bewegung werden mit einer eigenen Programmatik, wird die Frente auch zu uns kommen - nicht umgekehrt." (2)

Die seit Jahren bestehenden Widersprüche zwischen der Führung von AMNLAE und den autonomen Frauenbereichen brachen erneut auf.

Am 8. März 1991 fand die AMNLAE-Versammlung statt, zu der Teile der Frauenbewegung (3) begründet nicht erschienen waren. Der Vorschlag der Frauenbewegung war bis zum Schluß, daß AMNLAE diese Versammlung als ein Teil der Bewegung durchführen und daß später ein nationaler Frauenkongreß stattfinden sollte. Die verschiedenen Vorstellungen von Frauenpolitik knallten während des Treffens heftig aufeinander und der Streit um die Hegemonie von AMNLAE in der Bewegung ist neu entbrannt. Es kam zum offenen und öffentlichen Bruch.

Am 25./26. Januar 1992 fand das erste nationale nicaraguanische Frauentreffen statt unter dem Motto: Diversas pero Unidas (vielfältig aber vereint). Die AMNLAE-Frauen waren als Vertreterinnen ihrer gesellschaftlichen Bereiche gekommen. "Konsens unter den Frauen ist der Kampf gegen den Hunger, gegen den Tod und gegen die Gewalt, unter der wir auf Grund unseres Geschlechtes leiden. (...) Vereinbart wurde ein Koordinationsnetz, das über Sexualität, Gewalt und Erziehung arbeiten will, sowie die Bildung einer Kommission, die sich mit weiblicher Arbeitslosigkeit, der Finanzierung von Frauenprojekten, dem Zugang zu Land und der Eigentumsbeteiligung an Produktionsmitteln beschäftigt. Die Bildung solcher Netze ist ein qualitativer Sprung, die Vereinzelung der Bewegung zu überwinden und die Spielräume der direkten weiblichen Partizipation zu erweitern." (4)

ZF, Gruppe K

Anmerkungen:

(1) Frauendossier aus: GENTE, Februar 1991, Frauenrundbrief 3/1991

(2) Frauenrundbrief 8/1991, Interview mit Sofia Montenegro

(3) Die Frauensekretariate aller Gewerkschaften der Frente Nacional de los Trabajadores, FNT (d.h. der sandinistischen Gewerkschaften) und das Frauensekretariat der CONAPRO erklärten öffentlich ihre Nichtteilnahme.

(4) Nachwort zum Frauentreffen, Sofia Montenegro, Barricada 28.1.1992, aus: ides, 7.2.1992

Quellen:

Frauenrundbriefe 3/1991, 8/1991, 1/2 1992, über: Frauengruppe, Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, Postfach 101320, 56 Wuppertal 1

Nicaragua-Rundbrief 1/2 1992, über: Informationsbüro Nicaragua e.V.

Frauenbewegung in Nicaragua ... und keinen Schritt zurück!, Hrsg. Nicaragua-Frauen-Arbeitsgruppe Hamburg, c/o El Rojito, Große Brunnenstr.74, 2000 Hamburg 50

ila, Nr.141, Dezember 1990, Interview mit Sofia Montenegro

9. Die Vorgeschichte: Ausgangspunkt Europa (500 Jahre Eroberung Lateinamerikas, Teil 1)

Rubrik: Geschichte; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:27

1492-1992: 500 Jahre Eroberung Lateinamerika

Spiegel, Stern, Zeit und tutti quanti: allenthalben wird in diesem Jahr an den Beginn der spanischen Conquista durch Kolumbus erinnert. TV-Beiträge und Bücher werden zuhauf auf den Markt geworfen. Die Solidaritätsbewegung führt Seminare und Aktionen durch, während in Spanien und im "offiziellen Lateinamerika" die "Begegnung zweier Welten" im großen Rahmen abgefeiert wird.

Der AK will diesen Anlaß nutzen, um in mehreren Beiträgen die Verlaufsformen und Folgen der "Entdeckung", Eroberung und Unterwerfung Amerikas darzustellen und zu analysieren. Im Unterschied zu vielen anderen Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen geht es uns nicht vorwiegend um die relativ kurze Phase zwischen der Ankunft von Kolumbus und der gewaltsamen Eroberung der amerikanischen Ethnien. Vielmehr wollen wir uns genauer mit dem Inhalt, den Methoden und den sozialen Folgen des Kolonisierungsprozesses befassen. Denn hier liegen die Wurzeln, die für das Verständnis der heutigen Lage der Länder Lateinamerikas und Afrikas entscheidend sind. Brasilien, um eine beliebte Metapher aufzugreifen, ist eben kein "Riese, der in den Kinderschuhen steckt", sondern ein Land, das seit 500 Jahren für die Bedürfnisse des Weltmarktes zugerichtet wurde und auch deshalb keine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung hervorbrachte.

Die Themen, die in nachfolgenden Artikeln u.a. behandelt werden: "Entdeckung" und Eroberung, Formen und Methoden der Kolonisierung, Unabhängigkeitskriege, englischer und US-Imperialismus, Weltwirtschaftskrise und Aufbau einer eigenen Industrie. Die Serie soll mit einer Sammelrezension von Büchern und Zeitschriften abgeschlossen werden.

Al. und moe

Die portugiesische Conquista

Bevor wir uns der Eroberung Lateinamerikas zuwenden, soll aber daran erinnert werden, daß die außereuropäische Expansion nicht mit den Spaniern vom Himmel fiel, sondern eine Geschichte hat. Diese Geschichte hat vor allem einen Namen: Portugal. Mensch kann mit gutem Grund behaupten, daß die erfolgreichste "Entdecker- und Eroberernation" bis weit ins 16. Jhdt. hinein Portugal war. Die von den Portugiesen geschaffenen Fakten - die ihrerseits von den Unternehmungen der italienischen Städte profitierten - waren in vielfacher Hinsicht bedeutend für die spanische Conquista.

Europa erwacht

Der Ausgangspunkt für die wirtschaftsgeschichtliche Sichtweise des Entdeckungszeitalters ist das 11. Jhdt. Nach dem "schwarzen 10. Jhdt.", in dem insbesondere der europäische Fernhandel fast völlig zusammengebrochen war, ist im 11. Jhdt. eine "Renaissance des Handels" festzustellen (1). Hintergrund war eine technologische Revolution, die eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge zur Folge hatte. Die verbesserte Ernährungssituation führte zu einer rapiden Zunahme der europäischen Bevölkerung (2). Die extrem statische Wirtschaftsstruktur brach allmählich auf. Arbeitsteilung, Städtegründungen, sich allmählich entwickelnder Luxuskonsum und die Entstehung von Messen sind weitere Stichpunkte, die den Prozeß dieser Wiedergeburt des Handels charakterisieren.

Diese Entwicklungen waren vor allem für den Mittelmeerraum von Bedeutung. Bis zum 11. Jhdt. beherrschten dort Sarazener und Byzantiner Schiffahrt und Handel. In Auseinandersetzungen mit den Sarazenen gewannen die italienischen Städte - v.a. Genua, Pisa und Venedig - die Vorherrschaft über große Teile des Mittelmeers. Die durch die Plünderung islamischer Handelsschiffe gewonnenen Schätze waren eine bedeutende Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Städte. Eine weitere Einnahmequelle waren die Kreuzzüge, da sich die italienischen Städte hohe Einnahmen aus dem Transport und der Beute sicherten (3).

Mit den Kreuzzügen und der Verdrängung der arabischen Händler dehnte sich der Betätigungsraum der italienischen Kaufleute bis zur Levante hin aus. Vor allem die Gewürze waren unter den dort erworbenen Gütern von großer Bedeutung.

Die italienischen Kaufleute suchten nun von der Levante aus einen unmittelbaren Zugang zum fernen Asien, aus dem die Gewürze und die begehrten Luxusgüter kamen. Aber der Weg über Ägypten nach dem Indischen Ozean war versperrt, da die Ägypter sich den lukrativen Zwischenhandel mit den Orientwaren sicherten, die sie von den arabischen Kaufleuten erhielten (4). Die Weiterreise über Kairo hinaus war Fremden nicht gestattet.

Aber vom Schwarzen Meer aus gelangten italienische Handelsreisende über den Mongolenweg, der den Machtbereich des Islam im Norden umging, nach China und Indien. Dieser Reiseverkehr wurde zu Ende des 14. Jhdts. durch die Vorgänge in Innerasien, die Eroberungen Tamerlans und die nationale Revolution der Ming-Dynastie in China wieder gesperrt. Die orientalische Welt war somit im 15. Jhdt. für die Europäer wieder verschlossen.

Portugal und Italien (5)

Die italienischen Städte dehnten ihren Einfluß aber nicht nur nach Osten, sondern auch auf den Westteil des Mittelmeers aus. Von ihrem "know-how" profitierten vor allem die Portugiesen. Seit den England- und Flandernfahrten hatten Italiens Kaufleute in der Zwischenstation Portugal Fuß gefaßt. Die portugiesische Krone ermutigte sie, zu bleiben. "Die italienische Kolonie und ihr wirtschaftliches Engagement im Lande werden zu einer Konstante der portugiesischen Geschichte" (6). Die Bedeutung der Italiener kommt auch in der Ernennung des Italieners Emanuele Pessagno zum Admiral durch die portugiesische Krone im Jahre 1317 zum Ausdruck. Fünf Mitglieder seiner Familie folgten ihm in diesem Amt nach.

Die Expansion nach Afrika

Die Geschichte christlich-abendländischer "Entdeckungen" in den afrikanischen Atlantikgewässern beginnt mit der Expedition zweier Genuesen, der Brüder Vivaldi, im Jahre 1291. Die Expedition erfolgte zur selben Zeit, als sich der Venezianer Marco Polo in Ostasien aufhielt. Mensch kann vermuten, daß die Handelsrivalität zu Venedig, dessen Kaufleute damals den direkten Warenhandel über Land nach Indien betrieben, den Anlaß für die genuesische Fahrt gegeben hat. Die Vorteile der erstrebten Seeverbindung mit den "indischen Ländern" - wie die Länder von Ostafrika bis Fernost allgemein bezeichnet wurden - waren offenkundig. Die Genuesen hofften, durch die billigen Transportkosten des Seeweges dem venezianischen Karawanenhandel Konkurrenz zu machen und dem teuren Zwischenhandel über Ägypten zu entgehen.

Über den Verlauf der Vivaldi-Expedition gibt es keine Nachrichten. Die Seeleute blieben nach der Umseglung von Kap Noun verschollen. Eine Folge dieser Fahrt und der späteren Versuche, die Verschollenen aufzufinden, scheint die Wiederentdeckung der Kanarischen Inseln im Jahre 1312 durch den Genuesen Lancelotto Malocello gewesen zu sein - daher der Name Lanzarote.

Auch die Portugiesen begannen nun, ihre Aufmerksamkeit auf die Regionen im Atlantik zu richten. Laut Konetzke haben dafür italienische Kaufleute, die sich in Portugal niedergelassen hatten, den Anstoß gegeben (7).

Sklaven und Zucker

Der Beitrag der Italiener beschränkte sich aber nicht nur auf die persönliche oder finanzielle Beteiligung an den "Entdeckungsfahrten" oder auf die Vermittlung schiffsbautechnischer und nautischer Errungenschaften (s.u.). Darüber hinaus übertrugen sie "alle wesentlichen kolonialen Techniken (...) zu den Portugiesen und später zu den Spaniern und Nordwesteuropäern. (...) Im Bereich der Kreuzfahrerstaaten und der italienischen Kolonien des östlichen Mittelmeerraums, nicht zuletzt im venezianischen Zypern (...) wurden Grundformen der kolonialen Organisation und der Finanzierung (...), der Landvergabe und der wirtschaftlichen Nutzung geschaffen, die sich im atlantischen Raum noch jahrhundertelang bewähren sollten" (8).

Vor allem die Plantagenwirtschaft mit Zucker und die dazugehörige Sklavenwirtschaft wird aus Palästina und Zypern auf die atlantischen Inseln und schließlich über Westafrika nach Amerika übertragen. Als die

Portugiesen an der afrikanischen Küste nach Süden vorstießen, waren sie es längst gewohnt, nach Sklaven Ausschau zu halten.

Das äußerst einträgliche Sklavengeschäft im atlantischen Raum wurde zur großen Domäne der Portugiesen. Die bisher führenden Italiener wurden zurückgedrängt. Vor allem die Eroberung Konstantinopels und die damit verbundene zurückgehende Zufuhr von Sklaven aus der Levante trug dazu bei, daß sich für die Portugiesen glänzende Perspektiven im Sklavenhandel erschlossen.

Nachdem Guinea im Jahre 1448 erreicht wurde, sind jährlich mindestens 3500 Sklaven von dort verschleppt worden. Zwischen 1450 und 1504 sollen 140 000 Bewohner Guineas versklavt worden sein (9).

Die Sklaven wurden insbesondere auf den portugiesischen Atlantikinseln eingesetzt, auf denen immer mehr Zuckerrohrplantagen errichtet wurden. Der Zuckerrohranbau war bei den hohen Zuckerpreisen und dem sich ausbreitenden Zuckerkonsum ein außerordentlich gewinnbringendes Unternehmen.

Der Aufstieg Portugals

Die Voraussetzungen für Portugal waren im Vergleich zu anderen Ländern wie Frankreich und England, aber auch Kastilien und Aragon überaus gut. Während sich diese gegenseitig (Hundertjähriger Krieg zwischen England und Frankreich) oder in Auseinandersetzungen mit Dritten (Reconquista) oder in Bürgerkriegen (Rosenkriege in England, Klassenkämpfe in Kastilien und Aragon) zerrieben, gab es in Portugal bereits seit Mitte des 13. Jhdts. keine muslimische Herrschaft mehr. Die Reconquista auf portugiesischem Boden war abgeschlossen. Ferner gelangte mit der "bürgerlichen" Revolution von 1385 die Dynastie der Aviz an die Macht, die ein erstaunliches wirtschafts- und handelspolitisches Engagement an den Tag legte und deshalb vom handeltreibenden Bürgertum unterstützt wurde. In der Folgezeit gelang es, den Feudaladel zurückzudrängen und den Staat in einem hohen Maße zu zentralisieren und zu modernisieren.

Von entscheidender Bedeutung für die portugiesische Expansion in Übersee war die Eroberung der marokkanischen Stadt Ceuta im Jahre 1415. Dieses Unternehmen wurde seit 1409 langfristig geplant. Laut dem damaligen offiziösen Chronisten Gomes Eannes de Azurara waren für dieses Unternehmen eine Reihe von Motiven ausschlaggebend (10):

- die Absicht, eine Basis für die Durchdringung und eventuelle spätere Eroberung Marokkos zu schaffen und dabei den kastilischen Konkurrenten zuvorzukommen - ein altes imperialistisches Motiv;

- der Wunsch nach einem Marinestützpunkt auf der Gegenküste zum Schutz des eigenen und italienischen Handels einerseits, zum Seeraub gegen die muslimische Konkurrenz andererseits; wegen der Inflation hatte sich der Wert von Geldeinkünften in fester Höhe reduziert; ihre Bezieher neigten daher dazu, ihren Lebensstandard durch Raub zu halten oder aufzubessern;

- das Verlangen, die Kontrolle über den Karawanenhandel durch die Sahara zu gewinnen, dessen wichtigster Endpunkt im Westen Ceuta gewesen ist.

Gold

Der Vorschlag zu diesem Unternehmen kam vom portugiesischen Finanzaufseher Joâo Afonso. Dies hatte seinen guten Grund. Wie bereits erwähnt, lag Ceuta am Endpunkt des Karawanenhandels. Auf diesem Weg gelangte neben Sklaven und Elfenbein das in Europa begehrteste Gut - Gold - an die Küste. Während der größte Teil Europas im Mittelalter eine Silberwährung besaß, war die iberische Halbinsel bei der Goldwährung geblieben. Um 1400 herrschte aber in ganz Europa eine extreme Knappheit an beiden Edelmetallen. So wurde deswegen von 1383-1435 in Portugal kein einziges Goldstück geprägt (11).

Goldgier war in Portugal also Ausdruck allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedürfnisse. Die Ursache für die Edelmetallknappheit dürfte auch dem Handel mit dem Orient geschuldet sein. "Die starke Vermehrung des Warenhandels im Mittelmeergebiet hatte einen gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln zur Folge. (...) Es kam nun hinzu, daß die Kostbarkeiten des Orients meist mit Gold oder Silber bezahlt werden mußten, da das Abendland nur teilweise einen gleichwertigen Warenexport anbieten konnte. Diese passive Handelsbilanz brachte eine ständige Verringerung der Bestände an Edelmetall. (...) Ferner führte die Ausdehnung der staatlichen Tätigkeiten, die mit der Entstehung der modernen Staaten einsetzte, zu einem ständig anwachsenden Geldbedarf. Wirtschaft und Staat zeigten einen förmlichen Goldhunger" (12).

Mit der Eroberung Ceutas sollten also die Voraussetzungen für den mittelbaren Zugriff zum afrikanischen Goldgebiet - dem legendärem Goldland Wangara - geschaffen werden.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Eroberung Ceutas war die Suche nach neuen Getreidegebieten. Der Bevölkerungsrückgang in der großen Krise des 14. Jhdts. - seit 1347 wütete in fast ganz Europa die Pest, in deren Folge innerhalb weniger Jahre etwa ein Drittel der europäischen Bevölkerung starb (13) - hatte paradoxerweise zu einer Verschlechterung der Getreideversorgung geführt. Der Arbeitskräftemangel zog zum einen die Ausbreitung der Weidewirtschaft und zum anderen die Konzentration auf höherwertige Produkte wie Wein und Öl nach sich.

Einen gewissen Einfluß auf die Eroberung dürfte auch der Adel gehabt haben, dessen Einkünfte im Spätmittelalter durch die Agrarkrise erheblich abnahmen. Die in Geld abgewandelten Abgaben der Bauern waren durch häufige Münzverschlechterungen entwertet und hatten oft nur noch symbolische Bedeutung. Deshalb versuchte der Adel auf verschiedenen Wegen die Steigerung seiner Einnahmen zu erreichen. Er war eifrig auf Erwerbungen neuen Grundbesitzes bedacht. Dies galt auch für den portugiesischen Adel. Da die Reconquista bereits seit 1250 abgeschlossen war, hatte der Adel keine Möglichkeit mehr, im Maurenkrieg Beute und Ländereien zu gewinnen. Ein Ausgreifen nach Afrika war daher naheliegend (s.a. Anm. 13).

Die Eroberung Ceutas führte aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Die Karawanenstraßen wurden einfach verlegt. Weitere Erwerbungen ließen sich also gar nicht vermeiden, wenn man bei der bisher eingeschlagenen Expansionspolitik bleiben wollte. Da der Landweg in das Innere Afrikas zuviel Schwierigkeiten bereitete, wurde der Plan ausgearbeitet, auf dem Seewege an der afrikanischen Küste entlang einen Zugang zum "Sudan-Gold" zu eröffnen.

Die "Entdeckungsfahrten" wurden vor allem vom Infanten Heinrich, der zugleich machthungriger und religiös fanatischer Großmeister des Christus-Ordens war, systematisch vorangetrieben. Heinrich residierte angeblich seit 1413 in Sagres im äußersten Süden des Landes umgeben von Wissenschaftlern, Kartographen und Seefahrern (14). Aufgrund seiner Förderaktivitäten erhielt er den Beinamen "der Seefahrer", ohne wahrscheinlich je an einer "Entdeckungsfahrt" beteiligt gewesen zu sein. Wichtige Stationen dieser Bemühungen, die aber wegen widriger Umstände sehr langsam vonstatten gingen, waren:

- 1418-1425 die Besetzung und Besiedelung des unbewohnten Madeira;

- 1424/1425 der Versuch, Gran Canaria zu erobern; er scheiterte am Widerstand der einheimischen Guanchen;

- 1427-1452 die Entdeckung und Inbesitznahme der Azoren; dies ist nach wie vor ein rätselhafter Vorgang, da diese Inseln weitab der bisher eingeschlagenen Richtung liegen und wegen der vorherrschenden Winde und Strömungen nur schwer zu erreichen sind; wahrscheinlich wurden die Inseln bei einer Rückfahrt von Afrika entdeckt, bei der zur Ausnutzung der Wind- und Strömungsverhältnisse weit westlich ausgeholt wurde;

- 1434 die Umschiffung von Kap Bojador, womit vor allem eine psychische Barriere überwunden wurde; waren doch nach den damaligen Vorstellungen die Tropen jenseits dieser Linie so heiß, daß es unmöglich sei, lebend auf die Südhalbkugel zu gelangen; ferner glaubte mensch, daß Strömungen, Wirbel und Ungeheuer eine Rückkehr nicht gestatteten;

- 1441 die Gefangennahme der ersten Sklaven im Gebiet von Rio de Oro; wie bereits erwähnt, entwickelte sich der Sklavenhandel in diesen Jahren zu einem einträglichen Geschäft.

Die Charta des portugiesischen Imperialismus

In der Folgezeit bemühte sich die portugiesische Krone zum einen, fremdes Kapital zu Investitionen in die Expansion zu bewegen - die Zusammenarbeit von Krone und ausländischem Handels- und Geldkapital war nach Boris unabdingbar für die Ausrüstung sog. Entdeckungsreisen. Zum anderen war sie aber eifersüchtig bemüht, fremde Herrscher fernzuhalten.

Dies betraf vor allem Kastilien, das trotz interner Klassenkämpfe und der noch andauernden Reconquista Expeditionen nach Afrika aussandte. So gelang es den Kastiliern z.B., 1454 die Portugiesen von den Kanarischen Inseln zu vertreiben, die seit 1446 wieder energisch versucht hatten, dort Fuß zu fassen.

Zu den Versuchen, die kastilische Konkurrenz abzuschütteln, gehören auch die päpstlichen Bullen von 1452, 1455 und 1456, die ganz den portugiesischen Vorstellungen entsprachen. Der Grund für die päpstliche Unterstützung lag darin, daß Portugals König Alfons V. mehr oder weniger der einzige war, der nach der Eroberung Konstantinopels die päpstlichen Kreuzzugsaufrufe unterstützte (15).

Insbesondere die Bulle von 1455 gilt als die "Charta des portugiesischen Imperialismus". Der Papst autorisierte die Portugiesen ausdrücklich zur Bekämpfung, Unterwerfung und Versklavung der an diesen Wegen liegenden Moslems (das entsprach Kreuzfahrertradition) und Heiden (das war neu). Gleichzeitig verbot er allen anderen, selbst dem Kaiser, in diesen Gebieten Seefahrt, Handel oder Eroberung zu betreiben.

Für Daus (16) sind diese drei Blankoschecks die "Geburtsurkunde des europäischen Kolonialismus, ausgestellt von der Kurie, der höchsten völkerrechtlichen Instanz des damaligen Europa. Ihr Gedankengang: Gott schuf die Welt, nur Christen sind seine wahren Kinder (...) Nichtchristen können per definitionem überhaupt nicht legale Eigentümer ihres Landes sein". Ein Gedankengang, der uns auch bei der Eroberung Lateinamerikas begegnen wird. Der Monopolanspruch der Portugiesen auf afrikanische Eroberungen, den sie brutal durchzusetzen versuchten, wird somit durch diese Bullen legitimiert.

Dies gelang ihnen jedoch nur zum Teil: Infolge des kastilischen Erbfolgestreits erhebt Alfons V., der sich kurzfristig mit der Tochter des verstorbenen Königs, Johanna "der Wahnsinnigen", vermählt hatte, Anspruch auf die kastilische Krone. Seine Konkurrentin Isabella setzte im deswegen ausbrechenden Erbfolgekrieg (1474-1479) energisch auf die afrikanische Karte. Kastilische Expeditionen brechen das portugiesische Monopol und dringen bis nach Guinea vor. Erst der Friede von Alcacovas führte 1479 zu einem Kompromiß. Alfons verzichtet auf die kastilischen Thronansprüche und auf die Kanarischen Inseln. Dafür anerkannte Isabella das portugiesische Monopol für alle Gebiete südlich der Breite der Kanarischen Inseln. (s. Karte)

Der Seeweg nach Indien

Unter Johann II. (1481-1495) wurden die Expansionsfahrten zielgerichtet fortgesetzt. Diogo Caô gelang es, 1485 bis zur heutigen Walfischbai im Südwesten Afrikas vorzustoßen. Enttäuscht davon, daß man die Südspitze immer noch nicht erreicht hatte, wurde 1487 ein dreigliedriger Plan ins Werk gesetzt:

1. Das Innere Afrikas sollte erforscht werden, um festzustellen, ob nicht hier ein Weg nach Osten zu finden sei. Mensch hoffte über den Senegal, in dem manche den Westarm des Nils sahen, nach Osten vorzudringen. Diesbezügliche Versuche schlugen aber fehl.

2. Zwei Späher wurden ausgeschickt, die die islamische Sperre als Moslems verkleidet überwinden sollten. Einem von beiden - Pero da Covilha - gelang es mittels eines Boten, detaillierte Berichte nicht nur über die Gewürzgeschäfte Vorderindiens, sondern auch über große Teile der ostafrikanischen Küste nach Portugal zu übersenden.

3. Bartolome Diaz sollte die Westküste Afrikas weiter per Schiff erkunden. Ihm gelang es schließlich, das "Kap der Guten Hoffnung" zu umsegeln. Dieser mit viel Mühe erschlossene Seeweg brachte die Portugiesen um Amerika. Kolumbus schlug sein Indien-Projekt über den Seeweg nach Westen dem portugiesischen König exakt zu dem Zeitpunkt vor, als Diaz die Existenz eines Seeweges zwischen Atlantik und Indien bestätigte (17).

Wieso es noch einmal 10 Jahre dauerte, bis Vasco da Gama die Seeverbindung mit den Ursprungsländern der Gewürze herstellte, ist unbekannt. Neben den Kämpfen in Marokko seit 1487 war hierfür sicher auch die "Entdeckung Amerikas" durch Kolumbus mitverantwortlich, da erst einmal die unsichere Rechtslage geklärt werden mußte. Dies geschah in Abwandlung einer päpstlichen Entscheidung von 1493 durch den Vertrag von Tordesillas 1494. Zusätzlich zur Nord-Süd-Grenze von 1479 wurde Portugals Einfluß auf die Gebiete östlich des Längenkreises von 4030' w.L. beschränkt. (s. Karte)

Warum die Linie von Tordesillas gegenüber der päpstlichen Entscheidung von 1493 noch einmal nach Westen verschoben wurde, ist unklar. Einige Autoren vermuten, daß den Portugiesen Brasilien bereits bekannt war (18). Wahrscheinlicher ist aber, daß die Portugiesen auf diese Verschiebung drängten, um Konflikte wegen der portugiesischen Ostindienflotte zu vermeiden. Um die Wind- und Strömungsverhältnisse im Südatlantik zu nutzen, holten diese Flotten weit nach Westen aus - ein portugiesisches Brasilien war die Folge.

Die technischen Voraussetzungen

Wurden bisher in erster Linie wirtschaftliche und politische Triebkräfte der außereuropäischen Expansion behandelt, so soll am Ende dieses Artikels nicht unerwähnt bleiben, daß auch andere Faktoren entscheidend zum "Erfolg" des Expansionsdranges beitrugen. Neben den Änderungen des Weltbildes und der Mentalität durch Renaissance und Humanismus (19) gehören hierzu Neuerungen in der Schiffahrtstechnik.

Die wichtigste war wahrscheinlich die Entwicklung neuer Schiffstypen, die dank der Fortschritte in Steuerung und Besegelung weit besser zu manövrieren waren als gewohnt. Am bedeutendsten war die Karavelle, deren Stabilität und hervorragende Segeleigenschaften sie zum modernsten Überseeschiff des 15. Jhdts. machten.

Bedeutend war auch die Entwicklung der Astronomie, denn die Kenntnis von Stand und Lauf der Gestirne ermöglichte es den Seefahrern, sich auf dem Meer zu orientieren. Das Astrolabium versetzte sie in die Lage, die Gestirnshöhe auf See zu messen und so den Breitengrad zu ermitteln. Die astronomische Navigation gehörte aber zur Zeit des Kolumbus noch nicht zur allgemeinen beruflichen Ausbildung.

Ein weiteres Hilfsmittel war der Kompaß, der über China nach Europa importiert wurde und dort zum erstenmal 1190 Erwähnung findet. Der Gebrauch des Kompasses erforderte die Benutzung von Seekarten, die über die Fahrtroute informierten. Zu diesem Zweck zeichneten die Kartographen seit dem 13. Jhdt. Portolane. Die Portolane nutzten jedoch nichts auf hoher See.

Mit der astronomischen Nautik bot sich aber zugleich die Möglichkeit, den Segelkurs auf einem quadratischem Gradnetz nach der ermittelten geographischen Breite einzutragen. Die Kartographie vervollkommnete sich auch durch die Fortschritte der Geographie. Die Erdbeschreibung dehnte sich auf fremde Länder aus. So erschloß z.B. die Reise von Marco Polo von 1298 eine bisher unbekannte Welt.

moe,

Lateinamerika-Komitee Nürnberg

(Im nächsten ak werden die Eroberungen Kolumbus' und seiner Epigonen behandelt; näher einzugehen ist dabei auf die Faktoren, aufgrund derer die Conquista so überaus erfolgreich war).

Anmerkungen:

1) vgl. Pirenne, Henri: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter; Cipolla, Carlo M./ Borchardt, Knut: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1

2) Otten, Dieter: Die Welt der Industrie, Bd. 1

3) s. Pirenne, S. 35, und Konetzke, Richard: Überseeische Entdeckungen und Eroberungen, S. 553, in: Mann, Golo (Hg): Propyläen Weltgeschichte, Bd. 6

4) Ausschaltung des Zwischenhandels und somit direkter Zugriff zu den Gewürzanbaugebieten ist ein immer wiederkehrendes Motiv für die außereuropäische Expansion

5) im folgenden beziehe ich mich vor allem auf Konetzke (s. Anm.3) und auf das sehr informative Werk von Reinhard, Wolfgang: Geschichte der europäischen Expansion, Bd. 1

6) Reinhard, S. 38

7) Anders dagegen Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft, S. 150: "Doch wenn die Ausländer auch zwangsläufig einen Beitrag zur portugiesischen Expansion geleistet haben, sollte man ihre Rolle doch nicht überschätzen. Man kann (...) behaupten, daß der Ausländer den Erfolg weniger vorbereitet als sich von ihm anlocken läßt." Ebenso Konetzke, S. 565. Völlig konträr dazu Verlinden, für den die Initiatoren der europäischen Expansion in ihren Anfängen "fast ausnahmslos italienische Kaufleute" gewesen sind. (Zit. nach Boris, Dieter: Warum die Indianer nicht Europa entdeckten, in: Wahl, Peter (Hg.): Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat.)

Braudel zufolge war Portugal kein unbedeutendes Land mehr, sondern auf eine Stufe mit Venedig zu stellen. Vor allem verfügte es über eine meerzugewandte Bevölkerung, deren Seeleute schon früh die Strecke bis zu den Kanarischen Inseln bis nach Irland und Flandern zurücklegte.

8) Reinhard, S. 39

9) Konetzke, S. 557. Sklaverei war eine damals von Kirche und Staat anerkannte Institution. Kein Wunder also, daß auch Kolumbus sich später anbot, den Katholischen KönigInnen Isabella und Ferdinand so viele Einheimische der Westindischen Inseln als Sklaven nach Spanien zu schicken, wie die Majestäten verlangen sollten.

10) Reinhard, S. 39

11) ebda, S. 40

12) Konetzke,S. 558

13) Boris (s. Anm. 7), S. 28, versucht, die iberischen Entdeckungsfahrten grundsätzlich in einen Zusammenhang mit der Krise des 14. Jhdts. zu bringen. Ihm zufolge führte diese Krise zu einem Absinken der Handelsprofite. Treibende Kraft für die außereuropäische Expansion ist demnach das international agierende Handelskapital, das dadurch versucht, die Krisenmomente zu überwinden.

14) s. Braudel, S. 147. Laut Konetzke, S. 606 handelt es sich hierbei um eine Legende, da die zeitgenössischen Dokumente und Chroniken nichts von einer Seefahrerschule in Sagres wissen

15) die damals in Portugal eingeführte Goldmünze hieß bezeichnenderweise Cruzado

16) Daus,Ronald: Die Erfindung des Kolonialismus, S. 33

17) Mit dem Seeweg nach Indien war auch die Schlacht um den Pfefferhandel gewonnen. 1504 konnten die bis dahin führenden Venezianer im ägyptischen Alexandria keinen einzigen Sack Pfeffer auftreiben

18) so etwa Daus, S. 34

19) die Mentalität der Conquistadoren wird in einer der nächsten Nummern ausführlich behandelt

10. Wird Brasilien Giftmülldeponie der Industriestaaten? Interview mit der Associacao Pernambucana dos Amigos Naturezza

Interview mit der Associacao Pernambucana dos Amigos da Natureza - ASPAN

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:10

Brasiliens nordöstlicher Bundesstaat ist ins Gerede gekommen - nicht nur wegen der Choleraepidemie, sondern schon vor diesen Ereignissen wurden Pläne bekannt, in der Nähe der Bundeshauptstadt Recife eine Müllverbrennungsanlage für Industriemüll gigantischen Ausmaßes zu installieren. 2,5 Mill. Tonnen an Benzonen, Azetonen, Methanolen u.ä. sollen jährlich hier verheizt werden, als Gegenleistung wird angeboten, den Müll der Großregion Recifes kostenlos mitzuentsorgen.

Die schwerpunktmäßig in Pernambuco arbeitende Umweltschutzorganisation ASPAN war es, die auf dem Pariser Treffen der NGO's (non gouvernmental organisations) zur Vorbereitung der ECO 92 diese Pläne öffentlich machte und damit international für Aufsehen sorgte.

ASPAN unterhält seit kurzem Kontakte zur bundesdeutschen NGO Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt und wird von ihr finanziell im Hinblick auf die juristische Arbeit unterstützt.

10 Tage, nachdem dieses Interview durchgeführt worden war, veröffentlichte die amerikanische Wochenzeitschrift Time International vom 16.03.92 einen Artikel, indem speziell auf die internationalen Müllkonsortien eingegangen und das Beispiel Recifes erwähnt wurde.

Die Gesprächspartner des nachfolgenden Interviews waren Maria Adelia Oliveira Monteiro da Cruz, Biologieprofessorin an der Agrarwissenschaftlichen Universität Pernambucos und aktuelle Präsidentin ASPANs und Alexandre Araujo, Gymnasiallehrer und Biologiestudent, beide Gründungsmitglieder von ASPAN.

ak: Könnt Ihr ein wenig über die Entstehung von ASPAN erzählen und wie die Gruppe hier in Pernambuco arbeitet?

Alexandre: ASPAN wurde im Jahr 1979 von einer Gruppe liberaler Professoren der Agrarwissenschaftlichen Universität Pernambucos gegründet, die es für notwendig erachteten, sich Umweltfragen zuzuwenden. Wir selbst hatten als Studenten Kontakte zu anderen Gruppen im Süden Brasiliens geknüpft und waren der Meinung, daß in Pernambuco ähnliches geschehen müsse. Zu unserer Überraschung stießen wir bei einem unserer Professoren, Vasconcelos Sobrinho, auf große Unterstützung, und er wurde der Mentor dieser Idee. Zu dieser Zeit gab es bereits in Pernambuco das Centro Pernambucano para a Conservarao da Natureza, das Ende der 60er Jahre gegründet worden war, aber effektiv nie funktioniert hatte. Also entschlossen wir uns nach einigen gescheiterten Bemühungen, das Centro zu reaktivieren, eine neue, aktive, junge Gruppe zu gründen und das Centro in den Händen der "Alten" zu lassen. So entstand ASPAN, und mit Hilfe von Vasconcelos gelang es, eine Reihe von Universitätsprofessoren und Wissenschaftlern außerhalb der Uni für diesen Schritt zu gewinnen. Die Gründung ASPANs stand unter dem direkten Einfluß dessen, was sich in Europa, USA und Canada an Bewegungen ereignete. Es war der Reflex derselben innerhalb unserer Reihen, ohne daß es direkte Verbindungen oder Kommunikation mit Gruppen außerhalb Brasilien gegeben hätte.

Die Arbeit innerhalb ASPANs ist grundsätzlich ehrenamtlich, mit Ausnahme einer Sekretärin erhält niemand eine Bezahlung. Der Artikulationsrahmen unserer Arbeit ist der Nordosten Brasiliens, allerdings haben wir vereinzelt auch schon Seminare auf nationaler Ebene durchgeführt wie z.B. das erste nationale Ökologietreffen.

Wir repräsentieren teilweise die Umweltgruppen des Nordostens auf anderen Treffen. Wir haben ein Vorbereitungstreffen des Nordostens zur UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung veranstaltet, geben seit einem Jahr eine Zeitung heraus, die von hiesigen Gruppen produziert wird, und ASPAN war die erste Geschäftsstelle im Nordosten, die als eine Art regionaler Instanz den Versuch unternahm, den Umweltgruppen innerhalb des eigenen Staates Gehör zu verschaffen.

Unsere konkrete praktische Arbeit reicht von Umwelterziehung, juristisch-institutionellen Auseinandersetzungen bis hin zur Entwicklung kleiner Projekte. Wir veranstalten Seminare, Kurse, Evaluierung von Projekten, und mit Hilfe unseres Anwaltes arbeiten wir auch im juristischen Bereich. Dies umfaßt Gesetzentwürfe für den nationalen Umweltrat (CONAMA), für die gesetzgebenden Versammlungen der Bezirke und Bundesstaaten, für den Nationalkongreß etc.

Ihr sagtet, daß eines Eurer politischen Mittel das Anklagen von Umweltvergehen in der Öffentlichkeit ist. Könnt Ihr hierfür ein Beispiel nennen?

Alexandre: Der erste Kampf ASPANs bestand in der Verteidigung eines Gebietes der Mata Atlantika im Großraum Recifes, genannt Mata do Engenho Uchoa, wo eine Baugesellschaft eine Parzellierung vornehmen wollte. Und in der Verteidigung dieses relativ kleinen Geländes von ca. 40 ha gelangen uns einige Erfolge, die bedeutsam waren: wir brachten eine gerichtliche Aktion gegen das Unternehmen in Bewegung; wir erreichten eine parlamentarische Untersuchungskommission in der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates; der Bürgermeister Recifes mußte versprechen, daß er die Parzellierung nicht genehmigen würde, solange Einzelheiten des Codigo Florestal nicht geregelt wären. Wir führten eine Unterschriftensammlung durch, was zur damaligen Zeit (der Militärdiktatur, d. Verf.) sehr schwer war und bekamen 4.000 Unterschriften zusammen. Das damalige Umweltorgan Instituto Brasileiro de Defesa Florestal sagte zu, daß die fehlenden Einzelheiten des Waldschutzes im Gesetz verankert würden.

Insofern war dieser Kampf für uns bedeutend; es war der erste und wir erreichten sehr viel. Das Unternehmen gab auf und das Gelände existiert bis heute, wenn auch geschrumpft. Wir sind bis heute dort am Ball. Zwar haben wir das Problem nicht lösen können, aber wir haben es vertagt und eine Menge Kräfte gewonnen.

Nach dieser Auseinandersetzung kam die Geschichte mit dem Industriehafenprojekt in Suape, und in dieser Diskussion ist sehr viel Grundlegendes für die Diskussion über "Entwicklung" enthalten. Warum diskutierten wir an der Industriehafenfrage die Umweltfrage? Wir mußten uns notwendigerweise damit auseinandersetzen, daß die Frage der "Entwicklung" sich der Frage des Umweltschutzes stellen muß. In dieser Auseinandersetzung steckte viel theoretischer Stoff für unsere Diskussionen.

Welches sind die aktuell drängendsten ökologischen Probleme, mit denen Ihr Euch z.Zt. befaßt?

Adelia: Vielleicht ist es innerhalb der aktuellen Perspektive immer noch der Industriehafen in Suape.

Es geht um die Politik der Regierung im Ganzen, die Beteiligung der Gesellschaft an den Machtstrukturen der Regierung. Ich glaube, daß dieser Kampf um die Macht, die wir nicht wollen, die wir aber für wichtig halten, eine Form der partizipativen Demokratie ist, die uns Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Vielleicht ist dies ein Kampf mit der Macht und nicht um die Macht, es geht um einen Freiraum, um eine Anerkennung.

Wie reagiert die öffentliche Gewalt auf Euch?

Alexandre: Früher hat die öffentliche Gewalt die Aktivitäten der Umweltgruppen ignoriert, heute nehmen sie an der Umweltdiskussion teil, nicht aber an der Praxis.

Sie sind mehr gezwungen, mit uns zusammenzuarbeiten und fürchten die Reaktionen der Umweltgruppen auf jeden Beschluß, den sie zu treffen haben. Heute arbeiten sie unter dieser Furcht. In einigen Fällen fragen sie uns vorher um Rat, wenn sie eine Sache entwickeln wollen. Dies nicht, weil sie die Umweltgruppen oder ASPAN lieben. Es ist vielmehr der Reflex der Gesellschaft, die sich einen Umweltblickwinkel angeeignet hat.

In bestimmten Momenten akzeptieren sie die Meinung der Umweltgruppen, in anderen belächeln sie diese und mißachten sie, jeweils abhängig vom momentanen Interesse.

Und die öffentliche Meinung? Sympathisiert sie mit Euch?

Alexandre: Es ist ähnlich. Glücklicherweise gibt es immer größere Teile der Gesellschaft, die sich den Umweltblickwinkel zueigen machen. Aber es gibt auch Bereiche, die sehr zurückhaltend sind und uns Romantiker, Träumer, Utopisten, Terroristen schimpfen, was uns durchaus angreift. In Wirklichkeit haben diese Leute einen verzerrten Blickwinkel von dem, was wir machen. Teilweise ist dies unsere Schuld in dem Sinne, daß wir nicht mehr und besser informieren.

Adelia: Interessanterweise habe ich heute von einer Journalistin erfahren, daß in einem von ihr durchgeführten Interview mit Unternehmern, Vertretern der öffentlichen Gewalt etc. alle die Meinung vertraten, daß die Umweltbewegung der einflußreichste Faktor ist, der die staatliche Politik bestimmt, nicht nur im Umweltbereich. Teilweise erleben wir, die wir mitten drin stecken, unsere Arbeit gar nicht so.

Wie beurteilt Ihr die Probleme einer Umweltpolitik in einer der ärmsten Regionen der Welt?

Adelia: Vor einiger Zeit sah die Bevölkerung ganz generell keinerlei Zusammenhang zwischen der Verteidigung der Umwelt und der Lebensqualität der Menschen. Sie reagierten verschreckt und sagten: "Wie kommt es, daß Ihr den Mut habt, den Mangrovenkrebs zu verteidigen, aber Ihr verteidigt nicht das hungernde Kind? Seht Ihr nicht, daß diese Industrie die Entwicklung bringen kann und das Leben dieser Menschen verbessern wird? Und Ihr macht Euch Sorgen, daß die Mangroven erhalten bleiben und der Krebs nicht getötet wird."

Heute hat sich diese Auffassung ein wenig geändert, ich weiß nicht, ob aufgrund unserer Arbeit. Seit fast 13 Jahren beinhaltet unser Statut als eines der Ziele unserer Arbeit die Verteidigung des Menschen gegen die eigenen menschlichen Aktivitäten. Die Verbesserung der Lebensqualität ist für uns ein Ziel, das immer eine enge Verbindung mit dem Umweltschutz hat.

Ihr beschreibt die Reaktion der Bevölkerung in dem Vergleich mit dem Mangrovenkrebs und dem hungernden Kind. Aber wie sieht es mit den Gewerkschaften, den Organen der Interessensvertretung aus, die um die Entwicklung der Gesellschaft kämpfen? Wie ist Euer Verhältnis zu ihnen?

Alexandre: Unsere Beziehungen zu den Gewerkschaften und anderen Organen der Interessensvertretung ist schwieriger als zu der Bevölkerung. Die sogenannten Führer dieser Einheiten sind zurückhaltender in der Akzeptanz unserer Ideen, sind weniger sensibel für Umweltfragen, als die Bevölkerung selbst. Wenn wir die Gelegenheit haben, anhand konkreter Fragen das Verhältnis zwischen Umweltproblemen und ihrem Leben aufzuzeigen, zwischen ihrem Gehalt und der Frage der Entwicklung, der Zerstörung der Mangrovensümpfe und ihren Krankheiten, der Kindersterblichkeit, der Unterernährung, dann, wenn wir diese Chance haben, ist die Aufnahmebereitschaft auf Seiten der Bevölkerung um einiges größer, als auf Seiten der Führer dieser Einheiten. Ihnen fehlt u.U. ein wenig die Rückbesinnung auf die Basis innerhalb der eigenen Gruppierung, um diese besser verstehen zu können und um dazu beizutragen, daß die Sache ein wenig bedeutender wird und es zu einer Integration kommt. Solange es diese Unsensibilität auf Seiten der Führer

gibt, bleiben die Dinge schwierig.

Auf der Pariser Konferenz der NGO's zur Vorbereitung der Umweltkonferenz der UN im Juni in Rio de Janeiro habt Ihr internationales Aufsehen erregt mit der Enthüllung über ein Projekt einer Müllverbrennungsanlage für Industriemüll aus Europa und Nordamerika hier in Recife. Könnt Ihr ein wenig über diesen Fall berichten?

Adelia: Seit Juli vergangenen Jahres haben wir Kenntnis von der Absicht der Regierung, die Initiative eines internationalen Konsortiums zu unterstützen, hier in Recife eine Müllverbrennungsanlage für Industrierückstände zu installieren. Die Grundvoraussetzung dieses Projektes war, daß Industrierückstände aus der Ersten Welt importiert würden. Woher, wurde an keiner Stelle des Dokumentes erwähnt. Aber der Müll sollte hier in einer Größenordnung von 2,5 Millionen Tonnen jährlich ankommen, und diese Menge sollte in synthetischen Brennstoff verwandelt werden, der die Öfen der Verbrennungsanlage heizen sollte. Das Projekt sollte gleichzeitig die endgültige Lösung des hiesigen Mülls beinhalten.

Der Vorschlag, wie er ursprünglich verkauft wurde, ließ uns sprachlos, weil wir wußten, daß es sich um einen Prozeß handelte, der schon in anderen Ländern Probleme verursachte und der in Pernambuco verkauft wurde als die perfekte Lösung unseres Müllproblems.

Handelt es sich bei den geplanten Industrierückständen um giftige Materialien?

Adelia: In dem Dokument, das wir besitzen, versichern sie, daß die importierten Rückstände beim Enviroment Protection of Amerika (EPA) unter den Nummern 00l - 005 geführt werden und bezeichnet werden als entflammbar und korrosiv. Aber dies impliziere nicht, daß sie giftig seien. Diese Bezeichnung lassen sie nicht gelten. Es handelt sich um Azetone, Öle, Endstoffe aus der Farbenproduktion etc., und wir wissen, daß diese Rückstände, wenn sie verbrannt werden, große Mengen an Dioxinen, Furanen und einer Menge anderer

Substanzen in die Atmosphäre entsenden, die absolut gesundheitsschädlich sind. Aber innerhalb des Projektes wird nicht davon geredet, daß die Stoffe giftig seien. Sie sagen auch nicht, daß sie verbrannt werden, sie werden "recycelt". Zuerst vertraten sie die Version, daß der Müll hierher käme, um "umgewandelt" zu werden. Unser Müll würde zusammen mit der importierten Menge verbrannt, weil unser Müll alleine nicht die erforderlichen Wärmekalorien erbringen würde, um die für die Anlage notwendige Verbrennungstemperatur zu erreichen. Wir müßten also importieren, um unseren Müll zu verbrennen!

Als es uns danach gelungen war, uns zu äußern, erreichten wir beim nationalen Umweltrat die Annahme einer Resolution, die verbietet, Müll zu Verbrennungszwecken in unser Land zu importieren. Also sagten sie, der Müll käme nicht, um verbrannt zu werden, sondern um in synthetischen Brennstoff umgewandelt zu werden. In eine Art von Brennstoff, den keiner kennt und auch Personen, die in den USA oder an anderen Orten im Energiesektor arbeiten, kennen diese Art von Brennstoff nicht. Aber er soll hier die Öfen heizen, die unseren Müll verbrennen. Obwohl die Abfälle des Großraums Recifes nur 800.000 t/p.a. ausmachen, sind nur sie es, die verbrannt werden sollen. Für uns macht es keinen Sinn, jährlich 2,5 Mill. Tonnen Müll zu importieren, um unsere 800.000 t zu verbrennen.

Wie habt Ihr Zugang zu den Informationen über das Projekt bekommen?

Adelia: Wir erhielten die Unterlagen informell über Regierungsleute. Man bat uns um unsere Meinung und sagte, daß noch nichts entschieden sei. Wir erbaten eine Kopie daraufhin vom örtlichen Umweltorgan CPRH (Centro Pernambucana DOS Recursos Hydricos), denn bevor wir uns offiziell zu dem Projekt äußern konnten, mußten wir legal eine Kopie erhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte das CPRH schon eine Vorabgenehmigung für das Projekt erteilt.

Als wir die Unterlagen bekamen, sahen wir, daß das Genehmigungsverfahren völlig irregulär verlaufen war. Ein bereits erstelltes erstes Gutachten der Techniker des CPRH, das negativ über eine Vorabgenehmigung urteilte, wurde einfach übergangen. Man schuf in aller Tugend eine Spezialkommission, was ein völliges Novum gegenüber dem sonstigen Verfahren war. Die Kommission setzte sich zusammen aus Personen, die mit dem Industriehafenprojekt liiert waren, dem Wissenschafts- und Technik-Institut Pernambucos und dem Präsidenten der Wissenschafts- und Technik-Kommission der gesetzgebenden Versammlung Recifes. Diese Kommission verabschiedete ein begünstigendes Gutachten und basierend hierauf gab CPRH die Genehmigung.

Wer steckt hinter diesem Konsortium und mit wem sind sie hier in Pernambuco liiert?

Adelia: Das Konsortium besteht innerhalb des Projektes aus 3 Teilen: der INFRA, der Global Energy und der Amin Tracking Company - ATC. Zu unserer Überraschung entdeckten wir, daß es die Norte Engenharia Empreendimentos und die Participacao Ltda. sind, die es durchführen, und wir glauben, daß sie der harte Kern hier in Pernambuco sind.

Inzwischen brasilianisieren sie die Namen. ATC wird in einer Notiz des Diario de Pernambuco als "Assesoria Tecnica e Consultora Ltda." vorgestellt und INFRA verwandelte sich in INFRA do Brasil. Global Energy wird gar nicht mehr erwähnt. Das hiesige Sprachrohr des Projektes ist die Norte Engenharia, die als führende Protagonisten den Ex-Gouverneur und Ex-Bundessenator Sid Sampaio beheimatet.

Wie stellt sich die Regierung in Pernambuco zu diesem Projekt?

Adelia: Im großen und ganzen positiv. Vor unserer Reise nach Paris verfaßten der Planungs- und der Industrie- und Handelssekretär gemeinsam ein Schreiben, in dem sie äußern, daß unser Erfolg im Umweltrat hinsichtlich des Müllimportes das Projekt nicht verunmögliche. Sie verlängerten die Frist zur Erstellung der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Dieses Schreiben bestärkte das Unternehmen sehr in seinem Weg. Unsere Sorge besteht darin, daß ein Zeitablauf vorgegeben ist, der sehr eng ist. Die einzige Sache, die bis heute nicht fristgerecht erfolgte und fehlt, ist die Umweltverträglichkeitsprüfung. Hierauf hat die Regierung aber schon in Person ihrer Beamten positiv Bezug genommen. Wir haben insgesamt also eine sehr negative Perspektive, was die Realisierung des Unternehmens hier anbelangt.

Ihr erwähntet, daß es auf Seiten der Techniker des CPRH anfangs ein negatives Gutachten gab.

Adelia: Das erste technische Gutachten der Behörde war ablehnend. Jetzt haben wir innerhalb der Behörde eine positive Haltung, verkörpert in dem Präsidenten Hugo Martins und dem Direktor der Natürlichen Ressourcen, Fred Oliveira. Beide äußerten in einer Versammlung, daß Pernambuco der einzige Staat sei, der den Mut habe, das Projekt zu diskutieren.

Es wird oft von dem lateinamerikanischen Aspekt gesprochen, den dieses Projekt hat. Gibt es irgendeine Erfahrung mit anderen lateinanerikanischen Gruppen?

Adelia: Der Grund, warum wir in Paris mit dieser Information auftraten, war der Wunsch, ein Netzwerk zu knüpfen, denn es war - glücklicherweise vergeblich - versucht worden, dieses Projekt auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zu lancieren. In Peru und Ecuador war dasselbe Projekt durch dasselbe Konsortium vorgestellt worden. Zusammen mit dem Argentinier Paul Montenegro gelang es, ein gemeinsames Papier zu unterzeichnen und so die Diskussion zu entfachen, in deren Gefolge die internationale Presse begann, sich für das Problem zu interessieren und zu berichten.

Dies war in Paris das einzige lokale Problem, was wirklich hochkam und Frucht der Diskussionen innerhalb der Konferenz war.

Ihr wißt, daß vor einigen Jahren Afrika Hauptziel der Konsortien war, wenn es darum ging, Gift- und Industriemüll zu lagern. Dies wurde z.T. mit Hilfe der Bamako-Konferenz gebremst, da sowohl die afrikanischen Regierungen als auch die europäischen Länder Maßnahmen ergriffen. Kann es sein, daß Lateinamerika neue Zielscheibe für Giftmüllprojekte ist?

Adelia: Wir haben in Paris einen Fall kennengelernt aus Sierra Leone, wo ein Projekt die Regierungserlaubnis erhielt, eine Verbrennungsanlage zu installieren. Sie bauten einen Hafen, der eine irrsinnige Menge Industriemüll aus der Ersten Welt empfing. Danach wurde das Projekt fallen gelassen. Sie wollten nur einen Ort, um den Müll zu lagern. Die Anlage selbst verwaiste. Afrika reagierte mit einer sehr strengen und wirkungsvollen Gesetzgebung, die den Import von Müll verbietet. Das Problem brannte ihnen auf der Haut. Und heute wird Lateinamerika das neue, vielleicht letzte Ziel.

Habt Ihr eine Vorstellung, woher der Müll für das Euch vorliegende Projekt kommen soll? Gibt es irgendwelche Reaktionen von europäischen Gruppen auf Eure Enthüllungen?

Adelia: In den Unterlagen, die uns vorliegen, sind zwei Beispiele für die Lösung des Hausmülls und der Krankenhausabfälle genannt, einmal aus Dänemark und dann aus dem Ruhrgebiet in Deutschland. Aber mehr als Beispiele für solche Art von Verbrennungsanlagen, nicht als Orte, aus denen der Müll kommen soll. Wir haben mit Green Peace Kontakt aufgenommen und von ihnen eine Fülle von Material erhalten mit wichtigen Informationen über Müllmengen, Verbrennungsmengen, Anlagen, Standorte, Skandale, Dioxine etc. Von Friends of the Earth, an die wir uns auch wandten, haben wir noch keine Rückmeldung.

Was hat es mit Eurem Brief an Helmut Kohl auf sich? Wurde er wirklich abgeschickt?

Adelia: Der Brief wurde nicht von ASPAN allein, sondern von 43 Gruppen auf dem Vorbereitungstreffen im Nordosten zur ECO 92 abgeschickt. Wir sandten ihn über die Botschaft, da dies der einzige Weg war, der uns bekannt war. Bis heute liegt uns keine Antwort vor, wir wissen nicht, ob Helmut Kohl dieses Dokument erhalten hat.

Es gab auch keine Eingangsbestätigung?

Adelia: Nein, weder aus Brasilia noch aus Deutschland.

Wie steht denn nun die brasilianische Regierung zu der beschriebenen Art von Müllprojekten?

Alexandre: Lutzenberger versicherte im Gespräch mit uns, daß er gegen die Betreibung von Müllverbrennungsanlagen sei, aber die Secretaria hat eine begrenzte Macht in Bundesdingen. (Inzwischen ist Lutzenberger auch vom brasilianischen Präsidenten Collor entlassen, d.Verf.) Eine Position der Regierung, sofern sie existiert, ist uns nicht bekannt.

Auf der Ebene der Gesetzgebung gibt es kein spezifisches Gesetz, weder zur Frage der Verbrennungsanlage, noch zur Frage des Müllimportes aus anderen Ländern. Aber es gibt andere Gesetze, die herangezogen werden können mit mittelbarem Bezug zur Problematik. Bislang halten wir uns in diesem Bereich noch zurück,

da es noch keine offizielle Position der Regierung Pernambucos gibt, die über die Genehmigung informiert und die uns ein juristisches Eingreifen erlauben würde.

Ihr seid u.a. an der Vorbereitung und Durchführung der Parallelkonferenz der NGO's zur ECO 92 in Rio de Janeiro beteiligt. Welche Erwartungen verbindet Ihr mit dem Treffen der Vereinten Nationen für die Arbeit der Umweltgruppen in Brasilien?

Alexandre: Ich glaube, daß auf der offiziellen Konferenz sehr wenig Konkretes herauskommen wird. Realistisch gesehen ist der große Augenblick der Konferenz die Vorbereitung.

Adelia: In der Realität hat ECO 92 ihre Funktion schon erfüllt, selbst wenn sie gar nicht mehr stattfindet. Wir glauben, daß die Artikulation der brasilianischen Organisationen diesen Wert darstellen. Heutzutage sind die Gewerkschaften, die Frauenorganisationen, die Einwohnerassoziationen, die Indianer etc. vielmehr untereinander verbunden und diskutieren dieselben Probleme. Alle nationalen Treffen, die es bis heute gab, ermöglichten einen Erfahrungsaustausch und eine Verknüpfung von Fragen, was noch Jahre gedauert hätte, hätte es nicht einen Anlaß wie ECO 92 gegeben.

Auch auf internationaler Ebene existiert, wenn auch nicht sehr deutlich, ein Informationsnetz. In Paris war wichtig, daß die Leute ein wenig die spezifischen Probleme ihres Landes vergessen und sich den mehr globalen Fragen zuwenden und ein Bewußtsein entwickeln, was sich in den Ländern der Ersten Welt ereignet. Es vollzieht sich also eine größere Öffnung, eine Veränderung, der Anfang eines völlig unterschiedlichen Prozesses zwischen Erster und Dritter Welt, wo die Dritte Welt als wichtiger Bestandteil angesehen wird und die Bevölkerung von dort zu Wort kommt und nicht nur ihre politischen Repräsentanten.

Ich habe den Eindruck, daß die bundesdeutschen Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen eine sehr große Zurückhaltung an den Tag legen, auch was die Parallelkonferenz der NGO's in Rio de Janeiro anbelangt. Wie war Euer Eindruck in Paris?

Adelia: In Paris ereigneten sich sehr verschiedene Dinge zur gleichen Zeit, insofern ist es für mich schwierig, über einen Eindruck zu sprechen. Ich hatte keinen direkten Kontakt zu irgendeiner deutschen Gruppe, aber ich sah eine sehr interessante Äußerung einer deutschen Jugendgruppe. Einer ihrer Vertreter protestierte gegen die Form, wie die Konferenz in Bezug auf die Plastikprodukte - z.B. Wegwerfbecher etc. - die Nichtbenutzung von Umweltpapier, das Fehlen eines vegetarischen Essens usw. All dies entsprang dem Kopf einer deutschen Jugendgruppe, die sich auf der Konferenz einen Freiraum schaffte, hierüber zu diskutieren und dies war m.E. progressiv. Insgesamt habe ich aber von der deutschen Bewegung sehr wenig Kenntnis genommen.

Was glaubt Ihr, wird Ergebnis der Konferenzen sein und was bedeutet dies Eurer Meinung nach für das Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt?

Adelia: Man kann nur das Mögliche erwarten. Diese Übereinstimmungen, diese Verträge z.B. über biologische Vielfalt, Klimabündnis etc. scheinen nicht gut zu laufen. Von all dem, ist es u.a. das Klimabündnis, was zumindest von den brasilianischen Umweltgruppen für sehr gut befunden wird. Die Erste Welt fühlt sich von neuem ertappt aufgrund ihres Konsumverhaltens als Hauptverursacher des Klimawandels. All dies wird in dem Vertrag berücksichtigt, was ich für sehr wichtig halte. Es war in Paris interessant zu beobachten, daß, als immer mehr Gruppen Stellung bezogen, die Gruppen der Ersten Welt immer mit einer Entschuldigung begannen. Es wiederholte sich für uns bis zur Traurigkeit die wie auswendig gelernte Einleitung der Stellungnahmen: "Obwohl ich aus einem Land komme, das verantwortlich ist für all diese Zerstörungen, die die Armen der Dritten Welt demütigen ..."

Alexandre: Ich glaube, daß die Sache für dort auch nicht gut steht. Es gibt nicht den Bösewicht der Geschichte, den Helden, den Banditen, das Opfer. In Wirklichkeit muß man die Dinge globaler sehen. Auch die Dritte Welt hat lange Zeit nicht reagiert auf Druck und Ausbeutung ihrer Ressourcen. Sie verfolgt dieselben Entwicklungsmodelle, die in der Ersten Welt gescheitert sind. Es geht also um globale Fragen, aber auch um Menschen. Z.B. die Müllverbrennungsanlagen für Giftmüll können wir nicht der Ersten Welt in die Schuhe schieben. Wir wissen, daß es innerhalb der Ersten Welt Auseinandersetzungen gibt um die Verbesserung des technologischen Produktionsprozesses. Die wirtschaftliche Lösung, die gefunden wurde, ist der Export in die Dritte Welt. Nun ist es an uns, zu verhindern, daß der Müll zu uns kommen kann und wir müssen ebenfalls

einen technologischen Wandel fordern. Eine veränderte Technologie, die weniger Rückstände produziert, werden wir selbst importieren wollen. Es geht also um tiefe, globale und nicht um punktuelle Veränderungen.

Adelia: Ich bin in einem Punkt mit Alexandre nicht ganz einverstanden. Ich finde, daß der Süden immer in einem Zustand gehalten wurde, in dem er schlechter reagieren konnte. Es geht letztlich auch um Abhängigkeiten und um Herrschaftsstrukturen zwischen Norden und Süden.

Vielen Dank für das Gespräch.

b., Recife, 6.3.1992

11. Kein Ende des Konfliktes in Berg-Karabach abzusehen

Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:13

Trotz vereinbarter Waffenruhe wird der Krieg um Berg-Karabach fortgesetzt. Da ist es mehr als fraglich, ob die Erkundungsmission, die der tschechoslowakische Außenminister im Auftrag der KSZE unternimmt, viel nützen wird, zumal schon der Versuch scheiterte, eine Friedenskonferenz für das Gebiet einzuberufen. Aserbaidschan lehnt eine eigene Delegation Karabachs ab.

Ich will im folgenden den Verlauf des Konfliktes behandeln. Seit dem 13. Februar stand Stepanakert, die Hauptstadt Berg-Karabachs, unter Raketen- und Artilleriebeschuß.

Am 17. Februar forderte Aserbaidschan internationale Sanktionen gegen Armenien, da es den Krieg um Berg-Karabach weiterführe.

Laut Moskau News wurde Stepanakert am 25. Februar zu 70 % zerstört.

Massaker in Chodjali?

Am 29. Februar wurde dreitägige Staatstrauer in Aserbaidschan angeordnet, nachdem am 26. Februar in Berg-Karabach der aserbaidschanische Ort Chodjali vernichtet worden sei. Armenische Massenmedien wiesen diese Behauptung zurück. Eine internationale Untersuchungskommission wurde nicht eingesetzt. Die Meldungen reichten von der Schlagzeile der taz vom 7. März: "Hunderte Tote bei Massaker in Karabach", die einen unkritischen Bericht aus vorwiegend aserbaidschanischer Sicht schmückte, bis zu diesen Zeilen aus der Frankfurter Rundschau vom 8. März: "In Baku kursierten Videoaufnahmen von vermeintlichen Greueltaten der Armenier an der Zivilbevölkerung. Daß die Bilder grausam entstellter Frauen- und Kinderleichen, wie von einer französischen Fernsehreporterin behauptet, womöglich gar nichts mit den Kämpfen um Chodjali zu tun hatten, interessierte die Abgeordneten in Baku nicht."

Sicher ist, daß die Ereignisse von Chodjali massiv zu aserbaidschanischen und türkischen Propagandazwecken eingesetzt wird. So nannte der Sprecher des türkischen Präsidenten es das aserbaidschanische Hiroshima.

Selbst der Bericht der taz sprach, trotz der Überschrift, nicht von Greueltaten, sondern hauptsächlich von Raketenbeschuß, brennenden Häusern und Vertreibung. Auch in den Augenzeugenberichten klang nichts von dem an, was in der Propaganda benutzt wurde und eher an den Pogrom von Sumgait erinnerte. Es geht mir nicht darum, etwas zu beschönigen; der Krieg ist auch so schon fürchterlich genug. Wenn aber ein angebliches oder tatsächliches Massaker dazu benutzt wird, zum Krieg zu treiben, ist es notwendig, das genauer zu untersuchen.

Der armenische Präsidentenberater Gerard J. Libaridian sagte in einem Interview mit dem Spiegel (13/92), der Beschuß Stepanakerts mit 250 Raketen täglich habe zu einer Brutalisierung geführt. "Am besten wäre es, wenn eine unabhängige Kommission die Vorgänge untersuchte. In Chodjali sollen die Aserbaidschaner Raketen und Artilleriewaffen versteckt haben, die gegen Stepanakert und den Flughafen eingesetzt wurden. Anscheinend haben die armenischen Kämpfer den Ort umzingelt; sie ließen jedoch einen Korridor offen, damit die Zivilbevölkerung fliehen konnte. Die aserbaidschanischen Kämpfer nutzten diesen Korridor, um mit Waffen durchzubrechen." Auf die Frage nach der Zahl der Opfer heißt es weiter: "Es gab Kämpfe, Unbeteiligte wurden getötet. Ich schließe die Möglichkeit nicht aus, daß Armenier Greueltaten verübt haben. Tatsache ist, daß die Bevölkerung dort in den letzten zwei Jahren brutalisiert, entmenscht worden ist."

Insgesamt äußerte Libaridian sich in diesem Interview für meinen Geschmack schon fast zu moderat. So wird von der Türkei nicht mehr verlangt, den Genozid an den Armeniern anzuerkennen, territoriale Ansprüche werden nicht gestellt, und Armenien trat sogar der Schwarzmeer-Initiative von Özal bei.

Blockade gegen Armenien

Armenien befindet sich in einer extrem schwierigen Situation: 800.000 Obdachlose (Erdbebenopfer und Flüchtlinge aus Aserbaidschan), katastrophale Versorgungsmängel durch die Blockade der Transportwege

durch Aserbaidschan und georgische Patrouillen. 100.000 Tonnen Benzin und Heizöl aus Rußland und auch Lebensmittel werden in Aserbaidschan festgehalten. So muß der Strom 4 bis 12 Stunden täglich abgestellt werden. Viele Fabriken können nicht mehr arbeiten, die Schulen mußten geschlossen werden, da sie nicht geheizt werden können.

Die Situation nach Übernahme der Macht durch die Volksfront

Am 8.3. trat der aserbeidschanische Präsident Mutalibow zurück. Noch in der "Jubelstimmung" (taz) überboten sich die Vertreter der Volksfront mit nationalistischen Äußerungen. Der inzwischen auch abgesetzte Ministerpräsident Gasan Gasanow: "Die terroristische Armee Armeniens wird Karabach verlassen müssen." Volksfront-Vizepräsident Aliasker Siyabali: "Nagorny Karabach gehört zu Aserbaidschan. Als Volksfront geben wir den Armeniern dort Garantien für ihre kulturelle Autonomie. Die bewaffneten armenischen Banden aber müssen raus."

Siyabali servierte in der taz vom 9.3. eine Dolchstoßlegende auf aserbaidschanisch: "Es hat in der Vergangenheit an dem Willen gefehlt, das Problem Nagorny Karabach zu lösen. Wir haben als Volksfront gesagt, daß wir die Region binnen einer Woche von den armenischen Kommandos säubern. Doch unsere Freiwilligen haben nicht nur gegen die armenischen Kommandos gekämpft. Die Russen schlugen auf uns ein, und auch Mutalibow feuerte hinterrücks auf uns."

Nach Aussagen der Volksfront genossen die Armenier in Karabach seit Jahrzehnten kulturelle Autonomie, obwohl inmitten Aserbaidschans seßhaft. Tatsächlich aber waren ihnen beispielsweise eigene Schulbücher verwehrt, wurde das Verwaltungspersonal und die Polizei von Aserbaidschanern gestellt, durfte das Wasser der Reservoire nur für die Bewässerung aserbaidschanischer Dörfer verwendet werden. Amir Taheri, ein persischer Exiljournalist: "In Baku wurde jede Anstrengung unternommen, um das Leben in Karabach so schwer wie möglich zu machen, in der Hoffnung, daß die armenische Bevölkerung die Enklave Richtung Sowjet-Armenien verläßt." (Spiegel 13/92)

Solche Verhältnisse konkret zu beachten, dürfte nicht unwichtig sein, wenn, wie es hier gern geschieht, Nationalismus gegen Nationalismus aufgerechnet wird.

Allgemein gesprochen würde ich mich ansonsten auch gern der Aussage eines nigerianischen Journalisten anschließen, wonach, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse erst einmal besser wären, auch Religion (und Nation) schnell vergessen würden.

Solche Erkenntnisse helfen nur leider vorläufig wenig. Die Kämpfe werden mit unverminderter Härte geführt. Sollte die aserbaidschanische Seite siegen, ist für die Armenier in Karabach das Schlimmste zu befürchten.

Türkisches Großmachtstreben

Der "moderate" (taz) türkische Ministerpräsident Demirel erklärte gegenüber Bush, im Falle einer blutigen Ausweitung der Ereignisse um Karabach könne die Türkei nicht untätig zuschauen. Die türkische Zeitung Milliyet am 14.2.: "Der Ministerpräsident: ‚Mit Bush kamen wir in fast jedem Punkt überein` ... ‚Wir haben der amerikanischen Seite unsere Sorgen mitgeteilt. Falls der Westen Armenien bevorzugt behandelt und in diesem Konflikt Armenien ermutigt wird, wird es zwischen beiden zu sehr unangenehmen Vorfällen kommen. Eine neue arabisch-israelische Frage wird entstehen.`" Das könne dazu führen, daß nicht nur Aserbaidschan, sondern auch die Türkei in die Lage der Araber gegenüber Israel versetzt würde. Etwas scheinheilig fügte Demirel hinzu, die Türkei sei nicht damit einverstanden, wenn Armenien und Aserbaidschan sich streiten. Aber wenn der Westen mit seiner Politik der Unterstützung Armeniens fortfahre, könne er die Türkei als Bündnispartner verlieren.

Das wird kaum geschehen, hat doch gerade vor einem Monat NATO-Generalsekretär Manfred Wörner der Türkei eine besondere Rolle in der neuen Weltordnung bescheinigt. Daran ändert sich wenig, was immer die Türkei sich auch "in Sachen Menschenrechte" leistet, wie die Erfahrung zeigt.

Der türkische Außenminister Cetin: "Ohne die Türkei kann weder das Problem der Sicherheit noch das der europäischen Einheit gelöst werden. Man kann über das östliche Mittelmeer, den Balkan, Kaukasien, den Nahen Osten, die alten Sowjetrepubliken und die Schwarzmeerregion nicht ohne die Türkei denken. Die Türkei

ist in Europa außerdem Schnittpunkt von Ost und West und von Nord und Süd. Getragen von der Verantwortung ihrer Lage will die Türkei eine wichtige Rolle spielen."

Es mag sein, daß die Türkei, wie Ömer Erzeren in der taz vom 2.3. behauptete, in der kaukasischen Region um Frieden bemüht ist, da sie nur so ausländischen Firmen als "Sprungbrett für den Kaukasus und Zentralasien" dienen kann.

Tatsächlich aber lieferte die Türkei während des zweiten Halbjahres 1991 (nach Angaben eines armenischen Sprechers, Presseerklärung der Gesellschaft für bedrohte Völker (G.f.b.V.) vom 2.2.) 200.000 israelische Uzi- und sowjetische Kalaschnikow-Maschinenpistolen sowie Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen nach Aserbaidschan. Die sowjetischen Maschinenpistolen und die dazugehörige Munition stammten aus den NVA-Beständen, die die deutsche Bundeswehr kostenlos der Türkei überließ.

Ein Auszug aus dieser Presseerklärung: "Die G.f.b.V. erinnert daran, daß Deutschland damit zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert an der Ermordung und Vertreibung armenischer Christen mitschuldig wird. Bereits im ersten Weltkrieg hat Deutschland als ‚Waffenbruder' der Türkei seinen Verbündeten mit Waffen beliefert, die zur Unterdrückung, Vertreibung und Vernichtung nicht-türkischer kleinasiatischer Völker benutzt wurden (Armenier, Assyrer, Griechen, Araber und Kurden)." Hinzugefügt wird, daß deutsche Offiziere teilweise sogar aktiv mithalfen, die armenischen Aufstände gegen die Deportation zu unterdrücken.

Die nicht im mindesten "aufgearbeitete" Geschichte der Türkei, den Völkermord an den Armeniern betreffend, hat vor allem deshalb Bedeutung, weil die damalige Politik in den Grundzügen bis heute fortgeführt wird. Auch was den deutschen Beitrag dazu angeht, hat sich wenig geändert.

Exkurs: Deutsche Waffenlieferungen

Auf eine kleine Anfrage der PDS/Linke Liste hin erklärte die Bundesregierung, ihr lägen keine Hinweise darüber vor, daß die Türkei Waffen an Aserbaidschan weitergeleitet hat. Das muß nicht verwundern, wären doch reichlich Beispiele von Tatsachen zu nennen, die der Bundesregierung nicht gern bekannt sind.

Der SPD-Abgeordnete Erler sprach vor dem Bundestag von der Lieferung von 250.000 Kalaschnikows, 100.000 Panzerfäusten, 500.000 Stahlhelmen, mehreren 1000 MG`s "und einer Zahl von Munition, die unvorstellbar" sei, nämlich, nach seinen Berechnungen, um 426 Mio. Stück Munition. Auch er sprach von Informationen, daß einige dieser Waffen in Aserbaidschan aufgetaucht seien, was aber noch untersucht werden müsse.

Interessant ist, wie so etwas anscheinend vonstatten geht. Es nennt sich "materielle Hilfe", und ein Land wie die Türkei legt dabei eine "Materialwunschliste" vor (Parl. Staatssekretär Willy Wimmer), die unter anderem halt auch Material aus NVA-Beständen enthält. Stoltenberg spricht seinen Segen dazu, indem er darauf hinweist, daß Außenminister und Menschenrechtsminister der Türkei Kurden sind und sich überhaupt alles zum Guten gewendet habe.

Die Türkei als Vermittler?

In der Milliyet vom 6.3. wird ein "bemerkenswerter Vorschlag" Ecevits wiedergegeben, der schon lange praktiziert wurde: "Schicken wir militärisches Gerät nach Aserbaidschan".

Schon am 28. November 1991 berichtete die griechische Tageszeitung Katiwerini, daß die Türkei mit der Ausbildung aserbaidschanischer Offiziere sowie der Bewaffnung und Versorgung Aserbaidschans begonnen habe.

Bülent Ecevit, Vorsitzender der "Partei der Demokratischen Linken", in einem Interview mit Milliyet am 27.2.92: "Da die Türkei sowohl mit der Republik Armenien als auch mit der autonomen Region Nachitschewan von Aserbaidschan gemeinsame Grenzen hat, ist es natürlich, daß sie bei solch einer Spannung, solch einem Krieg große Unruhe empfindet. Ein weiterer Faktor, der das Problem vollends belastet, ist, daß der östliche Teil der Republik Aserbaidschan mit der Region Nachitschewan keine Verbindung im geographischen Sinne hat. Die von Stalin absichtlich Armenien überlassenen Territorien haben Aserbaidschan praktisch geteilt. Insbesondere dann, wenn die Kämpfe auf Nachitschewan übergreifen, kann man nicht erwarten, daß die Türkei indifferent bleibt. Die Türkei kann die Gefahren, die daraus resultieren, der Republik Rußland und den USA erläutern und kann zwischen den Republiken Aserbaidschan und Armenien eine aktive Vermittlerrolle

übernehmen." Da Armenien im Stadium der Öffnung auf die Türkei angewiesen sei, habe er Hoffnung, daß der Vorschlag angenommen werde.

Weiter geht es in dem Interview um die Erdgasleitung, die nun, dank der Eigenständigkeit der zentralasiatischen Staaten (ohne russische "Vermittlungsgebühr"), entweder durch das Kaspische Meer oder durch den Iran verlegt werden müßte. Die "kaspische Lösung" sei den zentralasiatischen Republiken zu teuer. Der Iran zeige sich bereitwillig. Andererseits wisse man nicht, wie der Iran die große politische Möglichkeit ausnutze, wenn er die Ventile in die Hand bekäme. Mit solchen Möglichkeiten kennt sich die Türkei, siehe ihre Staudammpolitik und die Blockadepolitik Aserbaidschans gegen Armenien, recht gut aus. Verständlich, daß sie da auch anderen nicht trauen mag.

Ecevits in der türkischen Presse häufig zitierter Vorschlag ist eine Grenzregulierung im türkischen Interesse: "Solch eine neue und gerechte Grenzregulierung müßte so beschaffen sein, daß sie die geographische Einheit zwischen dem Osten Aserbaidschans und der Region Nachitschewans gewährleistet." Also weg von der teuren Erdgas-Lösung "Kaspisches Meer" und der politisch sehr problematischen "Iran-Lösung" und her mit dem "zu Unrecht" Armenien zugesprochenen Gebiet. (Seltsamerweise wird gerade auch von Ecevit Armenien vorgeworfen, es achte die territoriale Souverenität Aserbaidschans nicht.)

So war Ecevit offenbar über Chodjali erfreut, konnte er doch damit seiner "Idee" genügend Nachdruck verleihen. Ecevit vor dem türkischen Parlament: "In Karabach gibt es Massaker. Und was macht die Türkei? Ohne eine Hand zu rühren, ruft sie den Westen zu Hilfe. Dabei benutzen mehrere westliche Staaten die Türkei als Stützpunkt, um dem Aggressor Armenien Hilfslieferungen zu schicken. Die Türkei ist angesichts der Aggression Armeniens, die ihre Sicherheit bedroht, in unerklärlicher Schüchternheit und Passivität festgefahren." Özal gesellte sich Ecevit zu: man müsse den Armeniern ein wenig Angst machen.

In vielen Artikeln der Milliyet wird ein "Transportstreik" gegen Armenien gefordert. "Per Schiff werden über unsere Häfen und per Flugzeug über unseren Luftraum Waren fließen ... Und die armenischen Banden werden das aserbaidschanische Volk in Schuscha und Agdam ohne Rücksicht auf Kinder, junge Frauen, Mütter, Großmütter und -väter massakrieren." und "In den letzten 3 Tagen starben mehr als 700 aserische Türken, 1460 Aseris wurden verletzt. Fingernägel werden ausgerissen ... Und im Hafen von Mersin angelandete Güter werden lammfromm für Armenien auf den Weg gebracht." (Milliyet, 5.3.92)

Diese plumpe Hetze läßt die türkischen Interessen deutlich erkennen und zeigt kein Interesse an einer friedlichen Beilegung des bewaffneten Konfliktes.

jur

Die türkische Presse über den Karabach-Konflikt

Milliyet, 7.3.92

"Auch Deutschland glaubt nicht an das Massaker - Die Franzosen schweigen immer noch

Während das Massaker in Chodjali in der englischen Presse schließlich Platz fand, fährt die französische Presse fort, ihre Augen vor dem ‚aserischen Massaker` zu verschließen; und die deutsche Presse glaubt nicht daran, daß die Armenier ein Massaker begangen hätten. Letzte Nacht wurde in der "Newsnight" des BBC-Fernsehens der Konkurrenzkampf zwischen der Türkei und Iran um Armenien erörtert. In der Sendung, die der BBC-Reporter Mark Urban, der einige Tage vor dem Massaker in Chodjali aus der Region zurückkehrte, vorbereitete, wurde mitgeteilt, daß die Türkei diesen Kampf vorläufig gewonnen hätte."

Milliyet, 14.3.92

"Agdam brennt

Während der stellvertretende Ministerpräsident Erdal Inönü und Außenminister Hikmet Cetin in europäischen Ländern für eine friedliche Lösung der Karabach-Frage erfolgreiche Resultate erzielten, versetzte das Weglaufen der Armenier von den Friedensverhandlungen und ihr erneuter Angriff auf die aserischen Dörfer die türkische Regierung in Bewegung. Agdam und andere aserische Dörfer brennen lichterloh."

"Hilferuf aus Baku

Der stellvertretende aserbaidschanische Staatspräsident Mehmedof und Ministerpräsident Hasanof baten den Staatspräsidenten Özal telefonisch um Hilfe. Die aserischen Führer sagten: ‚Die Armenier marschieren auf aserbaidschanischem Boden. Die Lage ist besorgniserregend. Tut, was ihr tun müßt!`"

Milliyet, 27.2.92

Bringt den Bericht von Sahin Alpay, der für "Cumhuriyet" schreibt:

Armenien und Israel

"Die Türkei lieferte einen Wettlauf mit der Zeit, um das erste Land zu sein, das einen Botschafter nach Aserbaidschan sandte. Allerdings nahm sie keine diplomatischen Beziehungen zu Armenien auf, obwohl sie seine Unabhängigkeit anerkannt hat. Der Iran, der Armenien anerkannt und sofort einen Botschafter entsandt hatte, schlägt seine Vermittlerdienste in der Karabachfrage vor. Dies sind nur einige Merkmale von neuen Gleichgewichten in unserer nächsten Umgebung ...

Welche Politik muß die Türkei gegenüber Armenien verfolgen? Nach einem Szenarium entsteht an unserer Nordost-Grenze ein neues Israel. So wie der westliche Imperialismus Israel benutze, um die Araber ‚zu teilen und zu beherrschen`, so werde er Armenien einsetzen, um die Türken ‚zu teilen und zu beherrschen`. ... Nun kann man sagen, daß in den Köpfen aller ‚Nationalisten` von ganz rechts bis ganz links ein Szenarium umgeht.

So stehen nach Ansicht eines sehr nationalistisch konservativ gesinnten Ministers aus der ANAP (Mutterlandspartei, d.Ü.) die Armenier hinter der PKK. ‚Die Beendigung des ASALA-Terrors 1984, und unmittelbar darauf der Beginn der PKK beweist das sehr deutlich. Demzufolge müssen wir unsere politischen Kontakte mit den Armeniern überdenken.` (Türkiye, 22.2.92) ...

Im Gegensatz zu Israel, das der gesamten arabischen Welt die Stirn bieten kann, ist Armenien - gleich aus welchem Blickwinkel man es betrachtet - in einer großen Schwäche. Um auf den Beinen zu stehen und sich zu entwickeln, bedarf es aus vieler Sicht seinem einzig verläßlichen Nachbarn, der Türkei. Israel ist kein Feind der Türkei. Auch Armenien braucht kein Feind der Türkei zu sein. Zwischen der Türkei und Armenien gibt es keine unlöslichen Fragen. Armenien erklärte, daß es keine Gebietsforderungen an die Türkei stellt. Es ist natürlich, daß die Türkei dies in schriftlicher Form haben möchte ...."

Milliyet, 9.3.92

"Das geistliche Oberhaupt der türkischen Armenier schlug Unparteilichkeit vor

Der Patriarch hat gesprochen

Als der Patriarch der Armenier der Türkei seine Ansicht über den armenisch-aserbaidschanischen Konflikt und das Massaker in Karabach darlegte, wünschte er die Neutralität der Türkei in der Angelegenheit, und daß beide Seiten sich zu Verhandlungen an den Tisch setzen. ...

Der Patriarch Kazanciyan teilte mit, daß in Karabach ein Krieg herrsche und vertrat die Ansicht: ‚Auf beiden Seiten sterben unschuldige Menschen. Auch die Armenier haben große Verluste erlitten. Für diejenigen, die in einem Krieg sterben, können wir nicht sagen, daß sie Opfer eines Massakers geworden sind.` Kazanciyan, der die türkische Herkunft der Aseris in Zweifel zieht, sagte: ‚Sehen sie sich ihre Namen an, lesen sie die Geschichte gut. Die Aseris sind herkunftsmäßig den Tartaren näher.` ...

Karekin Bedros Kazanciyan ... wiederholte während unseres Gespräches des öfteren, daß er Angst davor habe, falsch verstanden zu werden. Im Gespräch sagte Patriarch Kazanciyan, wobei er sich große Mühe gab, zu betonen, er sei türkischer Staatsbürger und seine Hauptaufgabe sei, jedweden Angriff gegen die Türkei abzuwehren, und fügte hinzu: ‚Sie müssen wissen, daß die in der Türkei lebenden Armenier sich als türkische Staatsbürger fühlen. Sie sagen, daß sich ihre Herkunft hier befindet. Es ist falsch, sie irgendeinem Verdacht auszusetzen. Die Armenier hier denken wie die Türken. Bringen sie mir 10 Armenier. Sie können nicht einmal zeigen, wo Karabach liegt, weil sie es nicht wissen.`

‚Auf beiden Seiten sterben unschuldige Menschen. Wir können nicht sagen, daß nur auf der einen Seite Menschen sterben. Wenn wir logisch denken, kann es nicht sein, daß nur auf der einen Seite Menschen sterben und auf der anderen nicht. Der Krieg findet gegenseitig statt.```

12. Kleines Bankett für einen alten Nazi - Kohl empfängt Waldheim und beschimpft den Jüdischen Weltkongreß

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:38

Die Präsidentschaft von Kurt Waldheim geht dieses Jahr zu Ende, eine zweite Kandidatur schließt der 74jährige aus. Seit dem Wahlkampf 1986 und der ersten Zeit seiner Präsidentschaft ist es still um Waldheim geworden. Die Angriffe wegen seiner NS-Vergangenheit, besonders seiner mutmaßlichen Beteiligung an Judendeportationen und anderen Kriegsverbrechen als Leutnant der deutschen Wehrmacht im besetzten Jugoslawien sind zwar nie verstummt, die breite Diskussion über seine Person und Vergangenheit ist besonders in Österreich und Deutschland allerdings schon bald eingeschlafen. Dennoch hat die internationale Quarantäne, die über ihn verhängt wurde, während der sechs Jahre seiner Amtszeit weitgehend funktioniert. In den USA steht er seit 1987 auf der Liste der unerwünschten Personen, denen die Einreise verwehrt ist, die europäischen Staatschefs haben einen Besuchsboykott gegenüber Waldheim strikt aufrechterhalten. (NZZ, 29./30.3.) Unter den wenigen Unterstützern und Gästen in Amt und Würden waren nicht zufällig solche, deren besonderes politisches Interesse die gegen Waldheim erhobenen Vorwürfe, gewollt oder ungewollt, nachdrücklich bestätigten: Ghaddafi, der ihn nach Libyen eingeladen hat, Arafat, der Waldheim als einer der ersten besuchte und den palästinensischen Interessen damit kaum genützt haben dürfte ...

Die BRD hat sich offiziell dem europäischen Vorgehen in Sachen Waldheim angeschlossen, halboffiziell aber so manchen kleinen Tabubruch begangen. Der frühere bayerische Ministerpräsident Strauß ist mit Waldheim auf dem Wiener Opernball zusammengetroffen, Kohl hat sich als Privatmann an seinem Urlaubsdomizil am salzburgischen Wolfgangsee mehrmals mit dem österreichischen Staatschef getroffen.

Nach der Wende nahmen der tschechische Präsident Havel und Bundespräsident von Weizsäcker an der Eröffnung der Salzburger Festspiele 1990 teil und kamen "bei dieser Gelegenheit ebenfalls auf inoffizielle Weise mit dem Würdenträger aus der Wiener Hofburg zusammen". (NZZ, 29./30.3.)

Deutsches Territorium hat Waldheim bis jetzt jedoch nicht betreten, es wäre wohl bis vor kurzem kaum ein Regierungsoffizieller bereit gewesen, Waldheim in die BRD einzuladen und damit internationale Kritik auf die BRD zu ziehen und die nationale auf sich, wegen Beschädigung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland. Dabei hätte man es belassen können, bis zur Neuwahl des österreichischen Bundespräsidenten im April dieses Jahres.

Grüß Got Herr Waldheim

Am 27.3. reiste Waldheim auf Einladung der "Gesellschaft zur Förderung des konstitutionellen Staatsgedankens", auch Peutinger-Collegium genannt, nach München um den Preis, den diese Gesellschaft vergibt, eine sogenannte "Ehrenkollane" (= Ehrenkette) entgegenzunehmen. Das Peutinger Collegium kämpft nach eigenem Verständnis um eine "humanitäre, weltoffene, europäische Solidarität, um christliche Toleranz und Verbundenheit mit der Heimat und der Bodenständigkeit." (SZ, 28./29.3) Werte, für die Herr Waldheim zweifellos ein Leben lang eingestanden ist.

Am Flughafen wurde Waldheim vom bayerischen Ministerpräsidenten Streibl und Bundeskanzler Kohl empfangen, die anschließend als Gastgeber eines Mittagessens zu Ehren Waldheims "im kleinen Kreis" (FR, 28.3.) fungierten. Dieses "kleine Bankett" (NZZ, 29./30.3.) im Prinz-Carl-Palais, das die bayerische Landesregierung vorzugsweise für Staatsempfänge nutzt, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zum regierungsamtlich hervorgehobenen "rein privaten Charakter" (NZZ, 29./30.3) der Begegnung. Eine Vermutung, die tags darauf in Bonn bestätigt wurde. Zwar hätte Kohl wegen "anderer Verpflichtungen" an der Verleihung der Auszeichnung nicht teilnehmen können, doch wenn das Staatsoberhaupt Österreichs nach München komme, könne man nicht so tun, als gebe es Waldheim nicht. Er komme ja schließlich nicht als Privatmann. (SZ, 28./29.3) Eine Begegnung "rein privaten Charakters" zwischen zwei Staatsmännern also, von denen jedenfalls der Besucher "nicht als Privatmann" kam und der andere unmittelbar nach dem Mittagessen verkündete, "mit wem ich mich hier in München gemeinsam mit meinem Freund Max Streibl treffe, das bestimme ich als Bundeskanzler." (ND, 28./29.3.) Man hat es offensichtlich nicht mehr nötig, den Bruch eines

internationalen Konsenses im Umgang mit einem schwer belasteten Staatsoberhaupt mit den Mitteln des diplomatischen Protokolls bzw. der amtlichen Stellungnahme auch nur halbwegs zu kaschieren. Kohl hat durch sein Treffen mit Waldheim "absichtlich die von den demokratischen Nationen praktizierte Quarantäne gegen denjenigen beenden wollen, der sehr stark verdächtig ist, während des 2. Weltkriegs als Leutnant der Hitler-Armee an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein", charakterisiert der Jüdische Europa-Kongreß in einem in Paris veröffentlichten Kommuniqué den Vorgang zutreffend. (FR, 30.3.)

Unerhört

Öffentliche Kritik an dem Treffen übte zuerst der Geschäftsführer des Jüdischen Weltkongresses Steinberg. Seine Stellungnahme, in der er den Empfang Waldheims in Deutschland als "moralische Dickfelligkeit" bezeichnete, auch wenn es sich bei dem Besuch nicht um eine offizielle Visite handle (FR, 28.3.), war am Besuchstag in der Washington Post veröffentlicht worden. Direkt nach dem kleinen Bankett mit Waldheim war Kohl davon in Kenntnis gesetzt worden und er reagierte prompt. Mit wem er sich treffe, entscheide er als Bundeskanzler selbst. "Da brauche ich keinen Ratschlag" (ND, 28./29.3.), rüffelte er die jüdische Organisation, um dann auf den Punkt zu kommen. Eigentlich habe er darüber nicht sprechen wollen. Nach der Kritik Steinbergs wolle er den Vorgang jetzt ansprechen. (ND, 28./29.3.) Der Jüdische Weltkongreß habe Ende November 1989 "hohe Emissäre" nach Ost-Berlin entsandt, die dort, "in unerhörter Weise gegen die deutsche Einheit polemisiert" hätten. Antworten auf dieses Vorgehen sei der jüdische Organisation bislang schuldig geblieben (FR, 30.3.). Dem widerspricht Steinberg: "Kein Gesandter des Kongresses hat sich gegen die deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen", der Vorsitzende des Weltkongresses Bronfmann habe bereits im Oktober 1991 entsprechende Vorwürfe Kohls in einem Brief zurückgewiesen. (FR, 30.3.) Das Bundeskanzleramt hat inzwischen den Eingang des Bronfmann-Briefs bestätigt, fügte jedoch hinzu, daß der Brief keine befriedigende Antwort auf die Vorwürfe Kohls enthalten habe. (FR, 30.3.)

Unbeeindruckt von dem antisemitisch gefärbten Verschwörungsvorwurf Kohls, unterstrich Jean Kahn, Präsident des Jüdischen Europa-Kongresses den Protest gegen das Münchner Treffen: Die Juden hätten "nichts vergessen, weder die Provokation von Bitburg, wo (beim Besuch des damaligen US-Präsidenten Reagan) die Gräber von Angehörigen der Waffen-SS gewürdigt wurden, noch die Weigerung des Kanzlers, in den Einigungsvertrag einen Bezug zur Verantwortung Deutschlands gegenüber den Nazi-Opfern aufzunehmen". (FR, 30.3.)

So deutlich wie der Weltkongreß und der Europakongreß haben sich jedoch keineswegs alle jüdischen Organisationen zu Kohls Provokation verhalten. Auffällig verzagt gab sich Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien gegenüber der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Im Zentrum von Wiesenthals Kritik stand nicht etwa die deutsche Regierung, deren Anwürfe er sogar bestätigte, sondern der Jüdische Weltkongreß, dem er vorwarf, sich bei der Kontroverse mit Kohl entgegen seiner Statuten in "die inneren Angelegenheiten eines Staates eingemischt zu haben". Er verteidigte sogar die Anfeindungen des Bundeskanzlers mit den Worten: "Kohl hat sich immer herausgehalten, da muß etwas passiert sein." Der Jüdische Weltkongreß nehme bei seiner Kritik an Politikern keinerlei Rücksicht auf die jüdischen Gemeinden in den betroffenen Ländern. So hätte sich der Weltkongreß ohne Rücksprache mit der Wiener jüdischen Gemeinde 1986 in den österreichischen Bundespräsidentenwahlkampf eingemischt und den Kandidaten Waldheim als "Kriegsverbrecher" bezeichnet. In Deutschland habe sich der Weltkongreß während der Vereinigung eingemischt, ohne den Vorsitzenden des Zentralrats der deutschen Juden, Galinski, zu informieren. (FR, 30.3.) Galinski reduzierte seine Kohl-Kritik auf den Vorwurf mangelnden politischen Verantwortungs- und Fingerspitzengefühls, Präsidiumsmitglied Friedmann aus Frankfurt meinte, als Kanzler könne Kohl nicht so, wie er es getan habe, auf Kritik reagieren. (FR, 30.3.)

Die spärlichen Stellungnahmen jüdischer Organisationen in Deutschland zu dem Waldheim-Besuch und dem offen antisemitischen Kohl-Interview fällt auf. Das rasante Tempo, mit dem seit dem Anschluß der DDR Geschichtsrevision betrieben wird - die jüngste Diskussion um die Gedenkstätten ist nur ein Beispiel von vielen - macht es zunehmend schwerer, auf alles schnell, adäquat und mobilisierend zu reagieren. Auch stellt sich immer mehr die Frage, welchen Effekt in dieser Gesellschaft weitere geduldige Mahnungen, Überzeugungsarbeit, Wachhalten der Erinnerung und Warnungen vor der Zukunft angesichts des ausgeprägten Drangs der Sieger, die eigene Geschichte vergessen zu machen oder umzuinterpretieren, überhaupt noch hat. Jüdische Organisationen haben diese Arbeit seit Jahrzehnten auf sich genommen. Der Appell an die Moral und die sich erinnernde Vernunft, die Warnung vor der Wiederholbarkeit der Geschichte,

selbst der Hinweis auf persönlich erlittene Verfolgung und Leid muß ohne die Bereitschaft zur Einsicht bei den so Angesprochenen und ohne den Willen, aus der eigenen Geschichte zu lernen, wirkungslos bleiben.

Das kann zu grundsätzlichen Überlegungen über die immer weiter schwindende Wirkung fortwährender moralischer Empörung führen. In diesem Land und international ist eine breite Diskussion entstanden, in der die Frage aufgeworfen wird, wie Gedenken und Trauer überhaupt noch "verteidigt werden können" und wie das unter den großdeutschen Bedingungen aussehen könnte.

Das Schweigen, die nur vereinzelten Stellungnahmen könnten auch darauf hindeuten, daß die Juden in Deutschland es schlicht leid sind, die Rolle des Mahners und Anklägers weiter zu übernehmen.

Eine Welt von Verleumdungen

Was man in Deutschland zu Kurt Waldheim wieder so alles sagen kann, machte Otto Schedl, ehemaliger bayerischer Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, bei der Laudatio anläßlich der Verleihung der Ehrenkollane des Peutinger Collegiums deutlich. Die Preisverleihung erfolge als Ausdruck hoher Wertschätzung und öffentlicher Anerkennung erbrachter Verdienste. Waldheims Verdienste lägen ganz im Sinne der Satzung des Peutinger Collegiums in der Wahrung von Recht und Gesetz und der Verbundenheit mit einem auf Überlieferung und Heimattreue gestützten Verfassungsstaats. Man lebe in einer Welt "der Egomanen, in der organisiertes Verbrechertum, Terrorismus und wirre Ideologen gierig die Hand nach der Macht ausstrecken." Prominentestes Opfer sei der Geehrte selber, der die Macht der Verbrecher und wirren Ideologen am eigenen Leib erfahren und sich "einer Welt von Verleumdungen und ganz und gar unbegreiflicher Verfolgung" gegenübersehen mußte. Die Anschuldigungen seien inzwischen wie ein Kartenhaus zusammengebrochen und die Drahtzieher bloßgestellt worden. (SZ, 28./29.3.)

Kohl und Streibl nahmen zu den Gründen für Waldheims Isolation nicht Stellung. Für Kohl ist Waldheim schlicht "ein von den Bürgern seines Landes in freier Wahl gewähltes Staatsoberhaupt". Außerdem sei Österreich nächster Nachbar der BRD und mit Deutschland freundschaftlich verbunden. Streibl stellte sich ganz dumm und meinte, er verstehe "das ganze Getümmel" um diesen Besuch nicht. (ND, 28./29.3.) Umso besser versteht das Getümmel der österreichische Vizekanzler und Vorsitzende der konservativen Volkspartei, Erhard Busek, dessen Partei 1986 Waldheim als Präsidentschaftskandidaten nominiert hatte. Er dankte Kohl in einem Telegramm für die "klare und feste Haltung", die er zu seinem Treffen mit Waldheim eingenommen habe. Es gehe nicht an, "einen Mann ständig in der Weltöffentlichkeit für etwas verantwortlich zu machen, was längst schon in allen Facetten abgehandelt wurde und sich als nicht haltbar herausgestellt hat." (SZ, 28./29.3.) Hatte nicht schon 1986 der frühere österreichische Bundeskanzler Sinowatz Waldheim von dem Vorwurf, SA-Angehöriger zu sein, mit dem Hinweis entlastet, nicht Waldheim, lediglich sein Pferd sei in dieser Organisation gewesen?

Bekenntnis zum Deutschsein

Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 29./ 30.3. beendet einen Kommentar zum Waldheim-Besuch mit einem doppelbödigen Satz, dessen Auflösung der kritischen Reflexion des geneigten Lesers überlassen bleibt: "Weshalb kurz vor Waldheims endgültigem Abgang von der politischen Bühne die Geste von München für nötig erachtet wurde, scheint mit Vermutungen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein keineswegs erschöpfend beantwortet."

Ist das Zusammentreffen des Kanzlers mit einem alten Nazi und Bundespräsidenten dem Landtagswahlkampf der CDU förderlich? Jedenfalls stört es niemand in Deutschland. Die Bürger sowieso nicht und die Parteien so gut wie nicht, schließlich ist offensichtlich, daß das "Ansehen Deutschlands in der Welt" durch die Kohl-Waldheim Begegnung und die antijüdischen Pöbeleien des Kanzlers danach keinen Schaden genommen hat. Die Kritik der Opposition beschränkte sich entsprechend auf wenig spektakuläre Pflichtkommentare. Der bayerische FDP-Landtagsabgeordnete Döblin etwa beklagte beim Kanzler und beim bayerischen Ministerpräsidenten einen "ausgeprägten Mangel an außenpolitischem Fingerspitzengefühl" und befürchtete "beachtlichen internationalen Schaden für Bayern und Deutschland". (SZ, 28./29.3.) Die SPD hat laut ND vom 28./29.3. die "demonstrative Begegnung" zwischen Kohl und Waldheim kritisiert.

Es waren - von amerikanischen und zum Teil auch europäischen Tageszeitungen abgesehen - lediglich die israelische Regierung und jüdische Organisationen, die an der Geschichte Anstoß genommen hatten und die

Bedeutung solcher Interventionen ist nicht mehr die gleiche wie vor 1989. Den Medien in Deutschland war dieses Ereignis kaum eine Erwähnung wert. Die Berichterstattung war geprägt vom Wiederkäuen der einzigen dpa-Quelle mit der bekannten Kohl-Aussage. Einen deutschnationalen Konsensbeitrag der aktuellen Art lieferte Sabine Christiansen, als sie die Tagesthemen moderierte, zu der Galinski eingeladen war. Ihre erste Frage lautete: "Sie haben doch auch mal einen Orden von Honecker bekommen?"

Das funktionale Verhältnis der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der NS-Vergangenheit und insbesondere der Shoah hat sich seit Bitburg und der Historiker-Debatte stillschweigend, seit der Wiedervereinigung ganz unverhohlen geändert. Es war verknüpft mit der eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik, die sich in diesem Punkt zur Rücksichtnahme auf die Alliierten, die überfallenen europäischen Nachbarstaaten und gegenüber den Juden und Israel gezwungen sah. Das unterschwellige Ressentiment, daß irgendwann ja mal mit der einseitigen Schuldzuweisung an Deutschland Schluß sein müsse, nahm in dem Maße zu, wie sich die BRD als Staat stark genug sah, derartige Vorbehalte zu ignorieren bzw. zurückzuweisen.

Die Wiedervereinigung brachte die Frage, "was es heißt, Deutscher zu sein ", wie sie ein Professor Wilhelm Hortmann in der FAZ vom 27.2.91 stellte und exemplarisch beantwortete, ungeschminkt aufs Tapet. Die Thesen Hortmanns, die inzwischen anscheinend weitgehend Allgemeingut geworden sind, verdienen es, in Erinnerung gerufen zu werden. "Der Anspruch auf Einmaligkeit der deutschen Schuld und Geschichte kann also nicht länger aufrechterhalten werden", hatte Hortmann als Resultat des damals beliebten Saddam-Hitler-Vergleichs festgestellt. Das "Faschismustabu" in Deutschland verliere an Wirkung, was sich vorwiegend am Verstummen der Sprecher der "linken Identität" bemerkbar mache. Worauf weder die Linken "noch andere" vorbereitet gewesen wären, sei "der sich abzeichnende Verlust von Auschwitz als Dreh- und Angelpunkt des politischen Denkens, als Fluchtpunkt der deutschen Geschichte, als negativer Gottesbeweis und einmaliger Zivilisationsbruch, als singuläre deutsche Erbschuld und als in Ewigkeit festzuschreibende Basis deutschen Selbstverständnisses. (...) Bis vor einem Jahr konnte Günter Grass noch behaupten, die Deutschen hätten kein Recht auf eine eigene deutsche Identität, dieses Recht hätten sie durch die von ihnen oder in ihrem Namen begangenen Verbrechen verwirkt, die Zweistaatlichkeit sei für den Frieden in Europa notwendig, und die deutsche Teilung, und mit ihr auch die Spaltung des deutschen Ichs, seien eine gerechte Strafe und notwendiger Schutz vor dem Rückfall in den Faschismus. Seit der Wiedervereinigung hat dieses Argument seine Grundlage verloren." Kein Ausland, keine Linken, keine Moralisten oder sonstwer hat also ein Recht uns dreinzureden: "Was deutsch ist, werden wir bestimmen, was es heißt, Deutscher zu sein, herausfinden müssen." Das Ausland sei vorgewarnt: ,,Ab jetzt sind es ‚wir Deutschen`, die vor der Welt für für sich selbst die alleinige Verantwortung tragen."

Wenn Kohl nach einem Treffen mit einem alten Nazi und Bundespräsidenten eines befreundeten Nachbarlandes zum besten gibt, mit wem er sich treffe, bestimme allein er als Bundeskanzler und von einer jüdischen Organisation, die "gegen die Wiedervereinigung polemisiert" hätte, lasse er sich nicht kritisieren, beweist er, daß die Hortmann-Thesen zur deutschen Identität inzwischen regierungsoffizielles Selbstverständnis deutscher Politik geworden sind. Der Bruch des "Faschismus-Tabus" ist vollbracht und der "Verlust von Auschwitz" zeitigt praktische Resultate.

Das "Bekenntnis zum Deutschsein" (Hortmann) kann mangels Inhalt nur ex negativo erfolgen; zu den Opfern der dazu nötigen Ausgrenzung gehören vorwiegend diejenigen, die zu Zwecken deutscher Selbstfindung über vierzig Jahre nicht so recht herangezogen werden durften: Antifaschisten und vor allem Juden. Denn auch die Füllung einer Leerstelle mit Substanz hat Tradition und die deutsche Identität ist nicht zufällig im Zusammenhang mit Kommunistenverfolgung und Judenvernichtung zu ihrem Höhepunkt gelangt.

Und Israel?

Auch Israel kritisierte die Kohl/Waldheim-Begegnung. Der Sprecher von Ministerpräsident Schamir verlautbarte: "Wir bedauern Kanzler Kohls Vorgehen auf das Tiefste," besonders auch "angesichts der bösen Winde, die derzeit durch Europa gehen". (FR, 30.3.) Diese alles andere als scharfe Verurteilung läßt insbesondere die antisemitischen Ausfälle gegen den Jüdischen Weltkongreß völlig außer Betracht.

Offen ist, ob die auffällige Zurückhaltung Israels im Zusammenhang mit der schwierigen politischen Situation Israels nach dem Golfkrieg steht. Das Gezerre um die Genehmigung von Kreditbürgschaften durch die USA im Zusammenhang mit den Nahost-Gesprächen ist Indiz für die angespannte Lage, in der sich Israel gegenüber

seinen Bündnispartnern aktuell befindet. Inwieweit sich Kohl diese Situation zunutze gemacht hat, um sich von der während des Golfkriegs noch in den höchsten Tönen gepriesenen "besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel" und den Juden zu lösen, bleibt Spekulation. Ein in der FR vom 30.3. dokumentierter Artikel der "Jerusalem Post" vom Vortag zielt jedenfalls eindeutig in diese Richtung und soll nicht unterschlagen werden. Unter der Überschrift "Kohl imitiert Bush" heißt es darin: "Als Mitglieder der Konferenz der Präsidenten der wichtigsten jüdischen Organisationen in Amerika in der vergangenen Woche die Bundesrepublik besuchten, um sich nach Kreditbürgschaften für Israel umzusehen, wurde ihnen gesagt, die Bonner Antwort hänge von der amerikanischen Genehmigung (von Bürgschaften) ab (...) Kohl mag glauben, daß Israel nicht mehr den gewohnten Einfluß in den USA besitzt und deshalb ignoriert werden kann - dies ist gewiß der Eindruck, den die Bush-Administration zu vermitteln versucht. Und er mag ebenso die Neo-Nazis in Deutschland zu besänftigen versuchen, deren Kraft steigt. Er wäre (bislang jedenfalls) nicht bereit gewesen, Kurt Waldheim am Münchner Flughafen zu begrüßen, und ein Essen mit ihm hätte er für unverschämt gehalten." Wahrscheinlich hätte er es nicht gerade für unverschämt gehalten, aber für wenig opportun.

jw./Westberlin, Gruppe K und

ZF/Gruppe K, HH

13. Der "Fall Gysi": Ein Lehrstück

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:43

Fünf Wochen nach der großen Aufregung ist es wieder still geworden um den "Fall Gysi". Woran liegt das? Hauptsächlich daran, daß er sich inzwischen nicht mehr dazu eignet, irgendwelche durchsichtigen Manöver gegen die PDS oder überhaupt gegen Politiker der ehemaligen DDR zu fahren.

Aber eigentlich ist Gregor Gysis Beispiel erst jetzt interessant. Denn inzwischen liegt dank sorgfältiger Recherchen eine Menge an Material vor, das den "Fall Gysi" zu einem Lehrstück werden läßt. Ein Lehrstück über die Arbeit des MfS, und zwar zu dessen ganz alltäglicher, unspektakulärer, bürokratischer und von teilweise sekundären Motiven getragener Tätigkeit. Ein Lehrstück über die Kompliziertheit anwaltlicher Arbeit in der ehemaligen DDR, besonders wenn man prominente Oppositionelle vertrat - und zwar nicht nur in politischen Verfahren, sondern auch in ihren persönlichen Querelen, Ehescheidungen und Erbschaftsangelegenheiten. Ein Lehrstück über die Methoden einiger ehemaliger Bürgerrechtsbewegter, die sie heute in der Zusammenarbeit mit einer skrupellosen West-Presse anwenden und die sie weit von ihren alten Idealen entfernen werden. Und nicht zuletzt: Ein Lehrstück über die Blindwütigkeit westlicher Journalisten und Journale, die es sich leisten, bezüglich des MfS und der DDR-Geschichte auf jede Differenziertheit zu verzichten. Dabei werden die eigenen Prinzipien ignoriert: So schlecht waren "Spiegel"-Stories noch nie recherchiert, so plump sind sie selten gefälscht.

In einer demnächst erscheinenden Dokumentation wird der Versuch unternommen, die verschiedenen Anschuldigungen und Behauptungen, die in den Februarwochen gegen Gregor Gysi erhoben wurden, im einzelnen zu untersuchen. Exemplarisch wird dies anhand des "Spiegel"-Artikels vom 24. Februar 1992 "Die Wanze hatte Arme" entwickelt. Nach einer kurzen Darstellung der Vorgeschichte wollen wir hier einige ausgewählte Argumentationsschritte aus der Darstellung des "Spiegels" vorstellen.

Die Vorgeschichte

Kurz nach Öffnung der MfS-Archive im Rahmen des sogenannten Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 1. Januar '92 streute der "Spiegel" den Verdacht, Gregor Gysi sei seinerzeit im Rahmen seiner Rechtsanwaltstätigkeit Informeller Mitarbeiter (IM) des MfS gewesen. Die Informanten des "Spiegel", Bärbel Bohley und Gerd Poppe, hatten in ihren Akten Unterlagen gefunden, die belegten, daß "vertrauliche Vier-Augen-Gespräche ins Mielke-Ministerium berichtet" worden seien, so der "Spiegel" am 13.1.1992. Ein "IM Notar" habe Dinge berichtet, die nur aus der Quelle eines direkt Beteiligten stammen könnten. Die Meldung machte Furore, sie bestimmte die Schlagzeilen in diesen Tagen.

Acht Tage später konnte Gysi seine Akten einsehen. Und er fand nicht nur Material über die Anlage eines "IM-Vorlaufs", aus dem hervorgeht, daß ihn ein Mitarbeiter des MfS 1980 als IM werben wollte. Er bekam zum ersten Mal auch Material über den "OPK-Vorgang Sputnik" zu Gesicht: Das war der Beleg dafür, daß er mindestens seit 1986 selbst der "operativen Personenkontrolle" (OPK) unterlag und dort den Decknamen "Sputnik" erhalten hatte. Er erfuhr so auch den Namen des Majors, der ihn 1980 noch als IM werben wollte und dann sechs Jahre später, inzwischen zum Oberstleutnant befördert, seine OPK-Akte eröffnete. In einem Briefwechsel erläuterte ihm dieser ehemalige MfS-Mitarbeiter, Herr Lohr, wie es damals zum Werbungsversuch und schließlich zum Gegenteil, zur OPK, kam und welche Rolle er selbst dabei gespielt hatte.

Herr Lohr erklärt dort auch, wie es zur Vernichtung der Akte Gysi kam, ein Umstand, der von fast allen Presseorganen als Beweis für die Schuld Gregor Gysis interpretiert wurde: "Als Sie dann im Dezember 1989 zum Vorsitzenden der SED gewählt wurden, wurden wir in bezug auf Ihre Person zusätzlich verunsichert. (...) Auf jeden Fall konnte die Akte über die OPK `Sputnik' nicht bleiben, nachdem Sie Vorsitzender der SED geworden waren. Aus unserer Sicht hätten Sie unser höchster Vorgesetzter werden können. Sicherlich verstehen Sie, daß wir uns unter diesen Umständen nicht nachweisen lassen wollten, wie umfangreich wir Sie kontrolliert hatten, deshalb wurde die OPK `Sputnik' vernichtet." Der blanke Beamten-Opportunismus - eine völlig plausible Erklärung - paßte aber dem "Spiegel" sowenig ins Bild, daß er, obwohl ihm der 13seitige Lohr-Brief vorlag (er wurde im "Neuen Deutschland" veröffentlicht), den gesamten Komplex "OPK Sputnik" einfach unterschlug.

Aber das ist noch die plumpeste seiner Fälscher-Methoden.

Der "Spiegel": Musterbeispiel für Manipulation

O-Ton "Spiegel": "Aus dem ersten, einem `MfS-Beschluß' vom 18. September 1980, ging hervor, daß Gysi als Stasi-Spitzel angeworben werden sollte, vorgesehener Deckname `Notar'. In dem zweiten Papier, vom 14. August 1986, wird der Anwerbeversuch für gescheitert erklärt: `Die Möglichkeiten des Kandidaten zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit sind aufgrund der beruflichen Tätigkeit begrenzt. Er ist daher zur Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit nicht geeignet' (Spiegel 5/92). Gerade das Stasi-Dokument aus dem Jahre 1989, das den Verdacht gegen Gysi scheinbar entkräftet, überführt ihn mit hoher Gewißheit als Stasi-Zuträger. Denn es weist aus, daß der IM-Kandidat Gysi zu diesem Zeitpunkt bereits MfS-Mitarbeiter unter dem `vorl. Decknamen ‚Gregor" geführt wurde."

Bemerkenswert ist zunächst, daß das Dokument des MfS vom 18. September 1980 als "Beschluß", das Dokument vom 14. August 1986 aber als "Papier" bezeichnet wird. Hier soll offensichtlich eine unterschiedliche Wertigkeit suggeriert werden. Tatsächlich handelt es sich aber in beiden Fällen um "MfS-Beschlüsse". Der erste besagt, daß Gregor Gysi als inoffizieller Mitarbeiter gewonnen werden soll. Der zweite Beschluß sagt eindeutig aus, daß es zu keiner erfolgreichen Anwerbung gekommen ist und deshalb die Vorlaufakte geschlossen wird. Aus diesem Beschluß ergibt sich auch, daß die Vorlaufakte geschlossen wurde. Die Behauptung des "Spiegel", wonach der Beschluß vom 18. September 1980 Gregor Gysi nur scheinbar entlaste und in Wirklichkeit beweise, daß er bereits zu diesem Zeitpunkt als MfS-Mitarbeiter geführt wurde, ist frei erfunden und nicht begründet. Im Gegenteil: Die Begründung beim Abschluß des Vorlaufs und die Nicht-Bestätigung eines IM-Vorgangs sprechen eindeutig dagegen.

Neben dieser Textstelle wird im "Spiegel" im Faksimile eine Karteikarte über Gregor Gysi abgedruckt. Unter diesem Faksimile steht: "Stasikarte über Gysi: `Verbindung: Havemann'". Durch den Abdruck der Karteikarte wird der Eindruck erweckt, als ob es sich hierbei um die Registrierung einer Mitarbeit von Gysi beim MfS handele. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Karteikarte, die am 5.9.86 angelegt wurde, als ein operativer Personenkontrollvorgang unter dem Decknamen "Sputnik" gegen Gregor Gysi eingeleitet wurde. Im Rahmen dieses OPK wurde die Persönlichkeit und die Tätigkeit Gregor Gysis mit zahlreichen Methoden überwacht. Solche Karteikarten wurden für viele erfaßte Personen beim MfS angelegt, mit einer Ausnahme: in keinem Fall für IM.

Der "Spiegel" weiter: "Zur Entlastung Gysis hat der ehemalige Stasi-Oberstleutnant Günter Lohr, 61, der in den Akten als Sachbearbeiter auftaucht, eine 13seitige Darstellung verfaßt. Bei dem Decknamen `Notar', behauptet Lohr, `handelte es sich um eine nichtregistrierte Materialsammlung aus unterschiedlichen Quellen', zum Beispiel von `IM der eigenen und von anderen Diensteinheiten, Mitarbeitern von Parteien und Justizorganen, der Volkspolizei, dem Untersuchungsorgan sowie Informationen aus technischen Überwachungsmaßnahmen.'

Die Informationen seien `unter einem fiktiven IM Notar abgefaßt' worden, versichert der Stasi-Täter - angeblich um die eigenen Leute zu täuschen: `Damit erhöhte sich die Konspiration, so daß auch andere Mitarbeiter die Herkunft der Information nicht kennen konnten.' In Wahrheit gibt es reihenweise Belege, daß `Notar' eine Person gewesen sein muß. Schon vor Wochen hatten die ehemaligen DDR-Bürgerrechtler Bärbel Bohley und Gerd Poppe in ihren Stasi-Akten entsprechende Hinweise gefunden (Spiegel 3/92)."

Hier widerlegt sich der "Spiegel" innerhalb von drei Absätzen selbst. Er zitiert aus dem Brief des Herrn Lohr zwar unvollständig, aber immerhin doch dessen Behauptung, wonach in die Akte `Notar' auch Berichte verschiedenster Personen und technischer Mittel eingegangen sind. Die "Belege", die der "Spiegel" nennt, widersprechen also der Behauptung Lohrs in keiner Weise.

Der "Spiegel" weiter: "So landete beispielsweise eine schriftliche Erklärung, die Poppe, wie in einem Stasi-Vermerk festgehalten ist, `am 4.1.1984 um 16.00 Uhr' dem Anwalt Gysi übergeben hatte, noch am selben Tag auf Lohrs Schreibtisch - die `Wanze', die das Papier transportierte, spottete vorige Woche die Berliner Zeitung, müßte mithin `Arme und Beine' gehabt haben."

Aber wann war je behauptet worden, dieses Papier sei mittels einer "Wanze" zum MfS gelangt? Den Auftrag zur Verteidigung seiner Ehefrau Ulrike Poppe übertrug Gerd Poppe an Gregor Gysi. Gegen Ulrike Poppe lief ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nachrichtenübermittlung. Sie war vom 13.12.1983 bis zum

24.1.1984 inhaftiert. An diesem Tag wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. In einer Monitorsendung vom 3.1.1984 wurde behauptet, daß sich Ulrike Poppe in einem Hungerstreik befände. Gerd Poppe hat darauf eine Presseerklärung verfaßt und an mehrere ausländische Vertretungen und Medien verteilt, aus der sich ergab, daß sich seine Ehefrau in keinem Hungerstreik befand. Es handelte sich also um ein öffentliches Papier, an das das MfS auch durch viele andere Quellen jederzeit hatte herankommen können. Das Wichtigste aber, was der "Spiegel" verschweigt: Das Papier, das Gerd Poppe in seiner Akte fand, war nicht das Original oder eine Kopie davon, sondern eine Abschrift. Und zwar eine andere als die, die am 6.1. in der Kanzlei Gysi von einer Sekretärin angefertigt wurde: Gerd Poppe hatte nämlich am 5.1. selbst den Auftrag erteilt, diese Erklärung an den Generalstaatsanwalt der DDR zu übergeben.

Der "Spiegel" später: "In einem `Vermerk über eine Rücksprache zwischen Herrn Poppe und Rechtsanwalt Dr. Gysi', `gez. Notar', gibt der Verfasser seine Meinung über den Dissidenten wieder: `Insgesamt machte Herr Poppe keinen gefestigten Eindruck.' Spricht so eine elektronische Wanze?"

Tatsache ist, daß es Berichte über Gespräche zwischen Mandanten und Gregor Gysi in MfS-Akten gibt. Dafür kommen allerdings eine Vielzahl von Quellen in Betracht. Neben Gysi und seinen Mandanten selbst z.B. Personen, die von dem einen oder den anderen informiert wurden. Denkbar sind auch Personen, die Zugang zu den Aufzeichnungen des einen oder der anderen hatten. Und es waren auch technische Überwachungen an der Tagesordnung. Es gibt glaubwürdige Versicherungen hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, daß technische Auswertungsberichte nicht selten als IM-Berichte umgeschrieben wurden. Das hing vor allem damit zusammen, daß technische Überwachungsmaßnahmen in der Regel ungesetzlich, weil nicht auf Anordnung eines Gerichtes oder Staatsanwalts hin, erfolgten; zum anderen aber auch mit dem Schutz der Identität von IM, der unter allen Umständen zu gewährleisten war.

Interessant ist der Umstand, daß es offensichtlich auch einige Mandanten Gregor Gysis gab, die in ihren Akten keinen einzigen Bericht des "Notars" fanden. Auch stellten einige fest, daß es nicht über jedes Gespräch Informationen gab oder gerade auch besonders wichtige, für das MfS interessante Informationen fehlten. Gregor Gysi berichtete, daß er des öfteren auch Gespräche mit Mandanten außerhalb des Büros in Gaststätten oder anderen Räumlichkeiten geführt hat. Bisher ist offensichtlich noch kein einziger Bericht über solche Gespräche in den MfS-Akten vorfunden worden.

Diese Lücken können natürlich verschiedene Gründe haben. Sie lassen es jedoch als unwahrscheinlich erscheinen, daß Gregor Gysi selbst IM gewesen ist.

Der "Spiegel" zitiert auch aus dem Brief von Günter Lohr: "Der MfS-Mann Lohr hat sich bei seinem Bemühen, Gysi zu entlasten, selbst ein Bein gestellt. Der Anwalt, so der ehemalige MfS-Offizier, habe von dem Anwerbeversuch schon deshalb nichts bemerken müssen, weil Lohr sich damals als `Staatsanwalt Lohse von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR' ausgegeben hat. Der Zeitpunkt, den Lohr nennt, ist jedoch in jedem Fall falsch. Lohr erklärt, sein Interesse, Gysi als IM zu werben, sei geweckt worden, `als Sie den Rechtsbeistand für R. Bahro übernahmen'. Das Verfahren gegen den Regimekritiker Rudolf Bahro war indes schon 1977 eröffnet worden. 1980, als Lohr - angeblich wegen Gysis Verteidiger-Funktion im Fall Bahro - den Anwalt für Spitzeldienste gewinnen wollte, lebte Bahro schon seit einem Jahr in der Bundesrepublik."

Da dem "Spiegel" der gesamte Brief von Günter Lohr vorlag, ist diese Passage eindeutig als Fälschung zu klassifizieren, denn den vom "Spiegel" behaupteten Widerspruch gibt es in diesem Schreiben nicht. Lohr beschreibt ja gerade, warum es ihm nicht gelungen ist, Gysi zum gewünschten Zeitpunkt - eben als sein Interesse an ihm wegen der Bahro-Verteidigung geweckt wurde - als IM zu werben: "Schon zu diesem Zeitpunkt stellte sich eine Schwierigkeit heraus: Mein Vorschlag gegenüber meinen Vorgesetzten, einen IM-Vorlauf für Sie zu eröffnen, wurde nicht bestätigt. Nach meiner Erinnerung sprachen Ihr familiärer Hintergrund und Informationen über Sie dagegen. Mich überzeugten diese Gründe nicht. Ich fand es von unserer Aufgabenstellung her falsch, den Versuch zu unterlassen, eine so wichtige Quelle zu gewinnen, aber selbstverständlich hielt ich mich an die Weisung meiner Vorgesetzten. Die Situation änderte sich, als Sie Rechtsanwalt von Robert Havemann wurden. Mein Interesse an Ihnen bekam einen neuen Stellenwert und deshalb leitete ich weitere Aufklärungsmaßnahmen ein, um zu irgendeinem Zeitpunkt den IM-Vorlauf zu eröffnen. Gleichzeitig habe ich mich entschlossen, Sie unter der Legende als Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft aufzusuchen." Und das war eben erst 1980, als Rudolf Bahro bereits in der BRD war.

Der "Spiegel" weiter: "Daß Gysi damals längst für das MfS gearbeitet hatte, belegt ein von Lohr unterschriebenes Dokument vom 27. November 1980. In seiner ausführlichen Begründung, Gysi zum IM zu machen, lobt Lohr überschwenglich, daß Gysi `in der bisherigen Zusammenarbeit Zuverlässigkeit und eine hohe Einsatzbereitschaft' bewiesen habe. So habe Gysi beim MfS in den Verfahren gegen Bahro und Havemann `unter strenger Einhaltung der Konspiration über geplante Aktivitäten, über das weitere Vorgehen von Verbindungspersonen, Ziel und Absichten, über die Rechtslage und ihre Folgen' berichtet."

Zunächst: der "Spiegel" unterschlägt, daß es sich bei diesem Dokument um einen Antrag Lohrs an seine Vorgesetzen handelt, Gysi zum IM werben zu dürfen, er begründet also nicht ausführlich, wie der "Spiegel" schreibt, Gysi "zum IM zu machen", sondern ihn dazu machen zu wollen. Und wenn Lohr da behauptet, Gysi habe schon im Verfahren gegen Bahro wichtige Informationen geliefert, die IM-Vorlaufakte aber erst 1980 angelegt wurde, als Bahro schon in der BRD war, dann nutzt hier der "Spiegel" die falschen Aussagen Lohrs von damals, um heute Gysi überführen zu können.

Lohr erklärt Gysi in seinem jüngsten Brief, wie es dazu kam: Er habe diesen Werbungsvorschlag so erarbeitet, "indem ich Ihre Eignung als IM aus meiner subjektiven Sicht versucht habe so zu begründen, daß dieser Vorschlag von meinen Vorgesetzten bestätigt wird. So erklären sich die Übertreibungen in meiner Vorschlagsbegründung. Wenn ich nicht behauptet hätte, daß Sie mir schon wichtige Informationen geliefert hätten und zur Konspiration mit dem MfS bereit seien, hätte ich den Vorschlag gar nicht erst zu unterbreiten brauchen." Weiter heißt es: "Die damaligen Übertreibungen konnten auch niemandem schaden. Ich konnte nicht davon ausgehen, daß solche Dokumente irgendwann öffentlich gemacht werden. Obwohl mein Vorschlag nach meiner Auffassung gut begründet war, wurde er zu meinem Erstaunen abgelehnt, da die Aufklärungsergebnisse mangelhaft und widersprüchlich waren und Probleme durch Ihren Vater befürchtet wurden. Ich war ziemlich enttäuscht und habe es auch nicht verstanden. Vielleicht haben meine Vorgesetzten schon damals, d.h. 1980, Informationen über Sie gehabt, die meiner Absicht entgegenstanden. Mir gegenüber wurde es damals nicht näher erläutert, aber wiederum auf Ihren familiären Hintergrund hingewiesen. Gespräche mit Ihnen waren mir seit diesem Zeitpunkt untersagt."

Durch diese Erklärungen Lohrs entsteht ein völlig anderes Bild. Dem "Spiegel" war das alles bekannt. Was veranlaßt ihn, das einfach zu unterschlagen? Der Zielstellung, gegenüber Gregor Gysi den "perfekten IM-Nachweis" führen zu wollen, wird alles untergeordnet, bei den Lesern soll auch nicht der geringste Zweifel aufkommen.

Wenn es paßt, zitiert der "Spiegel" aber wieder: "Nun fehlte nur noch der letzte Schritt, den Anwalt Gysi ins Spitzelsystem der Stasi einzubinden: `Der Kandidat', so Lohr, `soll mündlich, durch Handschlag, verpflichtet werden und den Decknamen ‚Notar' erhalten.'"

Tatsächlich endet so der Werbungsvorschlag des Herrn Lohr. Aber: Alle Dokumente sprechen dagegen, daß es jemals zu diesem "Vertrag", zu solch einem Handschlag gekommen ist. In die IM-Vorlaufakte kam statt dessen ein Abschlußbericht und ein Beschluß des MfS, wonach die Akte archiviert und Gysi nicht als IM angeworben wurde.

Von all dem hat Gregor Gysi offensichtlich nicht einmal etwas erfahren. Günter Lohr schreibt an ihn: "Das wirkliche Problem für mich bestand darin, daß Sie so stark betonten, keinesfalls Ihre Schweigepflicht zu verletzen. Außerdem hatte ich den Eindruck, daß Sie mir als Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft eine Legitimation zubilligten, die ich als Vertreter des MfS nicht so ohne weiteres erwarten konnte." Sein Resümee: "Der Verlauf der Gespräche rechtfertigte nicht, sich als Mitarbeiter des MfS zu erkennen zu geben." So erklärt sich, daß Gregor Gysi nicht einmal wissen konnte, daß geplant war, ihn als IM zu werben. Das alles unterschlägt der "Spiegel".

Dafür versucht er seinen Artikel mit einem Schluß-Akkord zu krönen: "Ein eindeutiges Beweisstück liegt der Gauck-Behörde vor. Am 15. Oktober 1980 fertigte die Stasi-Hauptabteilung XX eine Liste von 175 Havemann-Besuchern, die vom 9. Mai 1979 bis 30. September 1980 im Zusammenhang mit `Leitz' in Erscheinung traten und `identifiziert werden konnten bzw. als KFZ-Halter (Eigentümer) dokumentiert' wurden. Unter den registrierten Besuchern befand sich, zwangsläufig, auch Rechtsanwalt Gysi. Hinter seinem Namen war handschriftlich vermerkt: `IM'."

Nun belegen die Akten, daß Lohr erst am 27. November 1980 seinen IM-Werbungsvorschlag datierte, Gysi also schlechterdings nicht sechs Wochen vorher schon IM gewesen sein konnte. Es taucht die Frage auf, welche "eindeutige" Beweiskraft ein handschriftliches "IM" hat. Wer hat es eingetragen? Wann? Vielleicht 1992?

Michael Pickardt, Berlin

14. Dialoge. Positionen zur Geschichtsaufarbeitung der DDR-Geschichte

Positionen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:37

Nach dem ersten Boom der Akteneinsicht bei der Gauckbehörde und den täglich neuen Horrormeldungen über die Praktiken der Staatssicherheit der DDR aber auch täglich neuen Verdächtigungen und Enthüllungen hat nun eine Phase begonnen, wo von den verschiedenen Interessengruppen erste Konzepte der Aufarbeitung vorgeschlagen werden, die im folgenden vorgestellt werden.

Wesentlich initiiert von den SPDlern Thierse und Schorlemmer sowie von Wolfgang Ullmann wurde die Idee eines Tribunals zur DDR-Geschichte. Ihre Absicht ist zum einen, die Aufklärung der Rolle von SED und Stasi, die historische Entwicklung der DDR von ihren Anfängen unter Berücksichtigung des Kontextes der realsozialistischen Länder und des Ost-West-Konfliktes sowie die Untersuchung des Alltagslebens. Andrerseits formulieren sie in ihrem Aufruf bereits Setzungen wie die These von der DDR als Unrechtsregime.

Vom Tribunal zum Forum

Die Aufrufenden sind eine durchaus heterogene Gruppe. Beteiligt ist u.a. der CDUler Ulf Fink (West) und der Behördenleiter Joachim Gauck. Diese drei sowie Wolfgang Ullmann vertreten eine erheblich schärfere Position der Verurteilung der DDR-Verhältnisse als die erstgenannten SPDler. Thierse und Schorlemmer haben in Aufsätzen und Reden mit dem Tribunalgedanken immer wieder die Absicht verbunden, der Abrechnung mit der DDR im Sinne einer Verdammung und Denunzierung der Menschen etwas entgegenzusetzen. Dieser Ansatz ist sicher durch die Diskussion um die Vergangenheit des brandenburgischen SPD-Landesvaters Stolpe zu zu erklären. Im Laufe der Vorbereitung eines ersten Treffens wurde der Begriff Tribunal revidiert und es konstituierte sich ein "Forum zur Aufklärung und Erneuerung". Das Forum soll nach den Vorstellungen der AufruferInnen, die sich in einem Verein zusammengefunden haben, in drei Stufen verlaufen. In einer ersten Phase sollen Kriterien erarbeitet werden, in einer zweiten Phase sollen dezentral Foren stattfinden zu konkreten Ereignissen der DDR-Geschichte und in einer weiteren Phase sollen Ergebnisse diskutiert werden. Insbesondere für den zweiten und dritten Teil ist die Teilnahme von ehemaligen Verantwortlichen als ZeugInnen erwünscht.

Bei einem ersten Treffen Anfang Februar tagte das Gremium noch halbwegs klandestin, Vorbereitungen für eine Vereinsgründung wurden getroffen, aber der Verein selbst noch nicht aus der Taufe gehoben, weil ein Teil der Prominenten fehlte. Ende März wurde der Verein dann tatsächlich gegründet, seitdem ist Stille. Ein erstes Thema sollte der Abriß der Universitätskirche in Leipzig im Jahr 1968 sein - Mensch munkelt, daß eine weitere Vereinsversammlung erst im September geplant ist.

Enquetekommission

Die Enquetekommission will sich wesentlich mit der "Unrechts"-geschichte der DDR befassen. Untersucht werden sollen die Machtstrukturen der SED und Massenorganisationen, die Unterdrückung der DDR-Opposition, die Instrumente politischer Unterdrückung und Willkür und das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR. Der Enquetekommission werden 25 Mitglieder angehören - 16 Abgeordnete (CDU/CSU sieben, SPD fünf, F.D.P zwei und Bündnis 90/GRÜNE und PDS haben jeweils einen Sitz) und neun Sachverständige. Bis Ende Mai werden dem Bundestag Anträge zum Untersuchungsbereich vorgelegt werden. Vorsitzender der Kommission wird der CDU-Abgeordnete Rainer Eppelmann sein. Einhellig ausgeklammert wurden die Beziehungen zwischen BRD und DDR, eigene "Verstrickungen" werden also nicht zur Sprache kommen. Der Vorschlag einer Enquetekommission wurde namentlich von Ingrid Köppe (Bündnis 90/GRÜNE) und Gerster (CDU) kritisiert - diese bevorzugten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, weil der die Möglichkeit hat, Zeugen auch zwangsweise vorzuladen. Ein Abschlußbericht der Kommission soll zum Wahljahr 1994 vorliegen.

10 Thesen zum Umgang mit der Vergangenheit

Eine ebenfalls parteiübergreifende Gruppe legte Anfang März 10 Thesen zum Umgang mit der Vergangenheit vor. Zu dieser Gruppe gehören u.a. Ulf Fink (CDU-Landesvorsitzender von Brandenburg) und Rainer Eppelmann, Angelika Barbe (SPD), Jürgen Fuchs und Roland Jahn sowie die nicht an der Forumsinitiative beteiligten Bärbel Bohley und Reinhard Schult. Diese Gruppe will mit ihren Thesen Kriterien für eine gesamtdeutsche Aufarbeitung benennen und dem Ruf nach Schließung der Akten entgegentreten. Das "Gesamtdeutsche" an ihrer Initiative beschränkt sich allerdings darauf, den Westdeutschen klar zu machen, daß "Zivilcourage und Widerstand unter den Bedingungen einer Diktatur möglich waren" und die Frage nach der unterbliebenen Unterstützung für die DDR-Opposition aus dem Westen zu stellen. Im wesentlichen geht es ihnen um die Bewertung der Staatssicherheit und der Opposition und um den Umgang mit denjenigen, die in irgendeiner Weise mit der Staatssicherheit "verstrickt" waren. In These acht schreiben sie: "Eine nachweisliche, bewußte Verstrickung mit dem Apparat der Staatssicherheit muß zu Konsequenzen führen, wenn nicht die Ergebnisse der Revolution verraten werden sollen. Für eine Übergangszeit soll gelten: Für Vertrauensstellungen im Rechts- und Gesundheitswesen, im politischen, pädagogischen und kirchlichen Bereich sowie für Führungspositionen in anderen Sektoren ungeeignet." Ihr Anliegen ist die Verteidigung des Wirkens und der zügige Ausbau der Gauckbehörde. Einigermaßen durchsichtig ist, daß die Thesen eine allgemeingültige Erwiderung auf konkrete Fälle sein sollen. So wird allein eine These formuliert, in der die Behauptung zurückgewiesen wird, daß IM fiktive Konstruktionen gewesen sein sollen, und in der festgestellt wird, daß alle IM konkrete Personen gewesen seien. Dieser Sachverhalt bezieht sich eindeutig auf den Decknamen "Notar", von dem MfSler behaupten, daß es sich hier um eine Informationssammlung, die nicht durch eine bestimmte Person zusammengetragen wurde, handelt und hinter dem nach Ansicht u.a. von Bärbel Bohley Gregor Gysi vermutet wird.

Diestel und die Brandenburger Toleranz

Der Fraktionsvorsitzende der Brandenburger CDU Peter Michael Diestel schockiert seine ParteikollegInnen und insbesondere seinen Brandenburger Parteichef und Westimport Ulf Fink penetrant mit relativierenden Äußerungen zur These vom Unrechtsstaat DDR. Er sei nicht bereit, ein Geschichtsbild mit sich herumzutragen, das sich nur auf die Staatssicherheit, Erich Honecker und die SED beziehe. "Die einseitige Orientierung auf die Stasi (ist) nicht 'mal der halbe sondern ein geringerer Teil unserer Geschichte in der DDR". (Junge Welt, 21.3.92) Und selbst bei der Stasi habe es Menschen gegeben, die viel für den inneren Frieden getan hätten.

Im Brandenburger Landtag trifft Diestel damit auf mehrheitliche Zustimmung. Schon bevor der Landesvorsitzende Stolpe in die Schlagzeilen geriet, herrschte hier ein anderer Tonfall beim Thema Geschichtsaufarbeitung. Nachdem die Ergebnisse der Überprüfung durch die Gauckbehörde bekannt wurden, wurde keinem einzigen der zehn "Belasteten" der Mandatsverzicht empfohlen, die Parlamentsdebatte vollzog sich in unvorstellbarer Eintracht und Höflichkeit, mensch versicherte sich gegenseitig des differenzierten Umgangs mit der Geschichte. Das ist nicht nur im Verhältnis zum Klima im Bundestag außergewöhnlich, sondern vor allem zu den entsprechenden Verfahrensweisen in den anderen ostdeutschen Parlamenten. In Sachsen beispielsweise verschwindet die Mehrheit der Abgeordneten regelmäßig aus dem Sitzungsraum, wenn der PDS-Fraktionsvorsitzende Bartl redet, dem durch die Gauckbehörde bescheinigt wurde, daß er als Teenager Kontakte zur Stasi hatte (was er auch vorher nie geleugnet hatte).

Nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Stolpe hat sich die "Solidarität" der Brandenburger Abgeordneten gegen die undifferenzierte Geschichtsaufarbeitung noch verstärkt. Der Untersuchungsausschußvorsitzende Bisky (PDS) sieht seine Aufgabe vor allem darin, auch das entlastende Material zu Stolpe zusammenzutragen und der Stasihysterie entgegenzuwirken. Wenn allgemein von der PDS auch nichts anderes erwartet wird, so wird die Kritik des CDU-Landesvorsitzenden Fink an der unzureichenden Tätigkeit des Untersuchungsausschusses von den FraktionskollegInnen der CDU dennoch schroff zurückgewiesen und die sprichwörtlich gewordene Toleranz im Brandenburger Landtag als ein Stück ossitypische Eigenständigkeit und verteidigt.

"Fangarm Stasi - Krake SED"

Mit 13 Thesen meldete sich am 13. März 1992 der Geschäftsführende Ausschuß des Bündnis 90 Berlin zu Wort. "Nicht die Stasi war die Krake - die Krake war die SED" ist deren zentrale Aussage. Daher erwarten sie,

"daß sich jedes SED- und jedes SED/PDS-Mitglied seiner besonderen Schuld gegenüber der DDR-Gesellschaft stellt".

Die Autorinnen wollen davon weg, daß die IM als die Alleinschuldigen dargestellt werden. Die Konzentration auf die Frage "Im oder nicht IM" lenke von denen ab, die die IMs gemacht haben, die hauptamtlichen MitarbeiterInnen und ihre BefehlsgeberInnen in der SED-Hierarchie. "Denn nur durch ihre Mitglieder konnte die Partei alle Bereiche des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft dirigieren und kontrollieren" - und dann folgt eine Aufzählung, die von Führungskräften in Partei und bewaffneten Organen, über "fast alle Juristen, die meisten Lehrer" bis zum Deutschen Turn- und Sportbund und zum Deutschen Anglerverband reicht. Hauptamtliche Mitarbeit in SED und MfS seien besonders intensive Formen der Anpassung gewesen, wie "unser aller Anteil am Funktionieren des Systems war", müsse selbstkritisch aufgeklärt werden. Ausdrücklich wenden sich die AutorInnen gegen den funktionalisierten Umgang mit den Stasiakten für persönliche Rachefeldzüge und Diffamierungen.

Diese Stellungnahme wurde vom Unabhängigen Frauenverband in einem Papier vom 16. März 1992 scharf kritisiert. Die AutorInnen vom Bündnis 90 hätten insbesondere in ihrer Aufzählung der Schuldigen die Blockparteien vergessen. Das Gesellschaftsbild der DDR sei komplexer gewesen, als daß mensch die DDR-Bevölkerung in schuldige Parteimitglieder einerseits und Unschuldige andererseits einteilen könne.

Die Stellungnahme von Bündnis 90 hat eine besondere Brisanz, weil zwei ihrer Mitglieder im Abgeordnetenhaus ehemalige SED-Mitglieder sind, die sich nun als Mitschuldige angegriffen sehen. Damit wurde eine Debatte innerhalb der Abgeordnetenfraktion Bündnis 90/GRÜNE provoziert, in der sich eine Gruppe mit einem weiteren Positionspapier zu Wort meldete, in dem sie die Gleichsetzung aller SED-Mitglieder als Schuldige kritisiert und als entscheidendes Kriterium für einen Konsens innerhalb der Abgeordnetengruppe das heutige Verhältnis zur DDR benennt: "Also, war die DDR von Anfang an eine Diktatur, als solche von verblendeten Autokraten konzipiert, aufgebaut, antidemokratisch, im Grunde menschenverachtend - ein Unrechtsstaat, der die geistige und moralische Verkrüppelung seiner Bürger betrieb und vielen das Leben kostete? Oder war sie ein wirklich sozialistisches Experiment, das durch eine fehlerhafte Führung zugrundegerichtet wurde?"

Die Antwort steht für die Gruppe fest: Nach ihrem heutigen Kenntnisstand sei durch die Gruppe Ulbricht im Osten Deutschlands auf Betreiben Stalins eine Diktatur errichtet worden, die in der unheilvollen Tradition deutscher Gewaltherrschaft nach innen und deutschen Untertanengeistes stände.

PDS für Aufarbeitung durch Dialog

Mit erheblicher Verspätung faßten Parteivorstand und Bundestagsgruppe der PDS Beschlüsse zur Beteiligung an der Geschichtsaufarbeitung. Darin wird sich gegen die herrschende Form der Abrechnung verwahrt und ein Ansatz formuliert, der die sozialistische Utopie dem real existiert habenden Sozialismus gegenüber stellt. Im Gegensatz zu dem Positionspapier von Bündnis 90 spricht sich die PDS ausdrücklich für die Legitimität des Versuchs zum Sozialismus aus. In ihre Untersuchungen will sie stärker die Eingebundenheit der DDR in den historischen Kontext nach dem Faschismus und in die internationalen Beziehungen sowie die Frage nach den Handlungsspielräumen einbeziehen. Auch nach Auffassung der PDS trägt die SED-Führung die politische Hauptverantwortung für die innergesellschaftlichen Entwicklungen der DDR. Insbesondere gegen die These vom Unrechtsstaat und dem damit impliziten Vergleich mit dem Nationalsozialismus kommt aus den Reihen der PDS Protest, kurioserweise am schärfsten von denjenigen, die mittlerweile einen positiven Bezug auf den Rechtsstaat BRD entwickelt haben, gerade weil sie mit der Rechtsunsicherheit der DDR schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Daß unter denjenigen, die sich vehement für die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte einsetzen, für die PDS auch wertvolle BündnispartnerInnen im Streit für ein liberaleres Klima der Geschichtsaufarbeitung sind, wie Thierse und Schorlemmer, ist für große Teile der PDS schwer zu begreifen. Nach dem Suizid des Bundestagsabgeordneten Gerhard Riege kamen harsche Töne auf, jetzt müsse endlich Schluß sein. Besonders die Kommunistische Plattform möchte sich von dem Thema ganz verabschieden, andere sprachen von den Feinden in der eigenen Partei. Die Gruppe, die sich im vergangenen Jahr als "Strömung" zu Wort gemeldet hatte und ein kritischeres Verhältnis zur eigenen Vergangenheit angemahnt hatte, ist spätestens nach dem Rücktritt von Jutta Braband gänzlich paralysiert.

Dialoge

Die Debatte zwischen den Gruppen und Parteien der ehemaligen DDR findet wenig oder im Verborgenen statt. In der "anderen", der Zeitung der Bürgerbewegung, diskutierten Bärbel Bohley und Reinhard Schult mit Wolfgang Gehrcke, dem Bundesgeschäftsführer der PDS, nachdem dieser in einem Offenen Brief den Bürgerbewegungen vorgeworfen hatte, daß sie sich von den Herrschenden funktionalisieren ließen. Schult und Bohley weisen diesen Vorwurf zurück, weil er ein Rückfall in altes dualistisches Denken sei nach dem Motto "Wem nützt es?" - wenn der Klassenfeind zustimmt, hat mensch was falsch gemacht. Reinhard Schult wirft der PDS vor, daß sie die Möglichkeit, Anvantgarde der Aufklärung zu sein, nicht genutzt hätte und statt dessen das alte Herrschaftswissen unter dem Stichwort Differenzierung deckeln würde. Während Schult feststellt, daß gegen die Herrschenden aus dem Westen "der Widerstand von vorn losgeht", wobei er das aber nicht mit den Nostalgikern machen will, argumentiert Bärbel Bohley ausschließlich in den Kategorien, die sich aus der DDR-Geschichte und ihren Aktenerkenntnissen ergeben, wobei der Widerspruch zwischen Ost und West für sie keine Rolle mehr spielt. Der Versuch eines "dritten Weges" im Herbst 1989 statt schneller Wiedervereinigung wird von ihr heute revidiert: "Die Substanz, die geistige, war verrottet und die Leute waren demoralisiert, mit denen war nichts zu machen, was eigentlich hätte werden können." Ihre besondere Wut gegen die IMs begründete sie bereits im Januar in einem FAZ-Artikel: "Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß sich im Osten keine ernstzunehmende Opposition entwickeln konnte. Im Gegenteil, sie haben daran mitgewirkt, daß die Opposition scheibchenweise an den Westen verkauft wurde. Diesem Deal ist es zu verdanken, daß es heute in den neuen Bundesländern so wenige selbstbewußte Menschen gibt, die in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu vertreten."-

Ganz konkret gestaltet sich der Dialog noch schwerer, nämlich da, wo es um die tatsächliche Aufklärung bestimmter Ereignisse der DDR-Geschichte geht. Bislang sind all diese Erklärungen Absichten, wie mensch sich dem Problem nähern könnte. Da, wo dann über konkrete Ereignisse gestritten würde, wie es in den geplanten Foren vorgesehen ist, dürfte es spannend werden.

Claudia Gohde

15. Der nützliche Idiot (der Fall Jutta Braband u.ä.)

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:36

Es ist kein Thema, das wirklich das Volk bewegt, die Stasi-Debatte. Aber mit kaum einem anderen werden derzeit so viele politische Entscheidungen beeinflußt. Will man seinen politischen Kontrahenten, Gegner oder Konkurrenten ausschalten, braucht man nur die Stasi-Karte zu ziehen; irgend etwas wird schon hängenbleiben. Schon wird gegen einen ehemalige Ministerpräsident, Gies, wegen Nötigung von Verfassungsorganen ermittelt, weil er sich mit dem "dezenten Hinweis" auf die Vergangenheit anderer Kollegen einen Sitz im Parlament erklommen haben soll. Wäre dies nun nur ein bürgerliches Intrigenspiel, hätte die Linke vielleicht gut lachen, aber fatalerweise wird gerade sie mit den Methoden dieses Dienstes identifiziert und es wird der sozialistischen Linken mit dem Hinweis auf diese Vergangenheit das Recht auf Zukunft strittig gemacht.

Unter dem Stichwort der Aufarbeitung der Geschichte der DDR wird diese im Großteil der Medien und der politischen Diskussion auf die Geschichte des MfS reduziert und hierbei wiederum auf die Aspekte der inneren Repression, der Bespitzelung und Gängelung der Opposition. Daß hiermit keine Aufarbeitung der Geschichte betrieben werden kann, ist oft gesagt und geschrieben worden. Daß diese Art der Aufarbeitung vornehmlich dem Ziel dient, die Geschichte der DDR auszulöschen, ist sicherlich auch richtig. Daß dies von der bürgerlichen Seite genutzt wird, um die Linke für die nächsten Jahre in die Knie zu zwingen, liegt auf der Hand. Dennoch kann letztere es sich nicht leisten, dies Thema mit dem Hinweis, es diene eben nur diesem Zweck, beiseite zu schieben, denn eine neue Chance wird sie sich nur dann erarbeiten können, wenn sie erklären kann, weshalb dies ein Phänomen aller realsozialistischen Staaten gewesen ist, und wenn sie daraus Schlußfolgerungen für sozialistisches Staatsverständnis ziehen kann.

Die Schwierigkeiten, damit umzugehen, und die Versuche, sich dem Thema zu entziehen, sollen im folgenden an einigen Beispielen dargestellt werden.

Der Fall Jutta Braband

Jutta Braband, aus der Vereinigten Linken der ehemaligen DDR kommend, und für die PDS/Linke Liste 1990 in den Bundestag gewählt, hat ihr Mandat niedergelegt. (Siehe nebenstehende Erklärung) Sie selbst hat sich in den Monaten nach der Wende vehement für eine kritische Betrachtung der DDR-Herrschaftsverhältnisse eingesetzt und insbesondere die PDS als Nachfolgepartei der SED gefordert, das ihre dazu beizutragen. Seit Ende 1990/Anfang 1991 gehört sie zu den vehementesten Kritikerinnen der PDS, daß diese diesem Anspruch nicht gerecht werde, insbesondere was deren Verhältnis zum MfS und der informellen Mitarbeit anbelangt. Zusammen mit einer im Juni 1991 gegründeten "Strömung" forderte sie, daß alle Mitglieder der PDS, die ein öffentliches Amt anstreben, zur Offenlegung einer möglichen IM-Tätigkeit verpflichtet werden sollten. Sie selbst hat auch einen Beschluß der Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste mit vorangetrieben, sich einer freiwilligen Überprüfung durch die Gauck-Behörde zu stellen. Umso überraschender kam dann im September des vergangenen Jahres ihre Erklärung, selbst in den Jahren 1970 bis 1975 für das MfS gearbeitet zu haben. (Diese Erklärung ist in ak 334 vom 23.9.91 nachzulesen.) Sie schrieb damals, sich an keine Einzelheiten erinnern zu können. Sie könne sich nicht erinnern, eine Verpflichtungserklärung unterschrieben zu haben, noch daran, anderen direkt geschadet zu haben, noch habe sie Geld erhalten. Bei der Überprüfung durch die Gauck-Behörde stellte sich, nach Aktenlage, heraus, daß sie sowohl eine Verpflichtungserklärung unterschrieben als auch Geld erhalten hat und in mindestens zwei Fällen zur Verurteilung von Menschen wegen Fluchtabsichten beigetragen hat.

Danach war sie nach dem ungeschrieben Ehrenkodex der DDR-Linken nicht mehr haltbar. Dieser knüpft an einen Volkskammerbeschluß von Anfang 1990 an, nach dem diejenigen ihr Mandat zurückgeben sollten, die eine Verpflichtungserklärung unterschrieben oder Geld erhalten haben, oder die nachweisbar anderen Menschen geschadet haben.

Die Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste hatte sich nach ihren Einlassungen im September 91 einstimmig hinter sie gestellt und sie aufgefordert, ihr Mandat nicht niederzulegen. Nach Vorliegen der Akten kippte das Meinungsbild. Bis auf eine Abgeordnete stimmten alle anderen für die Rückgabe des Mandats. Ausschlaggebend dafür war, daß alle Kriterien des Volkskammerbeschlusses erfüllt waren. Die

Gegenargumentation war: niemandem, auch nicht der PDS/Linken Liste, nutze ein solcher Rücktritt; vielmehr sollte anhand eines solchen Falles und mit einer konkreten Person versucht werden, die Wirkungsweise des Herrschaftssystems aufzuhellen. Die scheinbar so einhellige Meinung innerhalb der Gruppe kam spätestens wieder mit dem Tod von Gerd Riege ins Schwanken. Er hatte sich aus Angst vor der öffentlichen Meinung das Leben genommen, weil sein vorübergehende Mitarbeit beim MfS aus den 50er Jahren aktenkundig geworden war. Wäre die Entscheidung noch nicht gefallen gewesen und hätte es eine neue Abstimmung gegeben, wäre diese mit Sicherheit anders ausgegangen, denn die weitestgehende Konsequenz, die Gerd Riege gezogen hatte, deutet auch an, mit welcher Brutalität die politische und gesellschaftliche Isolierung von Trägern oder vermeintlichen Trägern der alten DDR betrieben wird.

Die gleiche Unsicherheit, die die Bundestagsgruppe befallen hat, macht sich auch im politischen Umkreis von Jutta Braband breit. Dieser Berliner Diskussionskreis, der sich aus Personen der Vereinigten Linken, PDS-"Erneuerern" und ehemaligen Mitgliedern der AL zusammensetzt, hatte sich 1991 insbesondere des Themas Vergangenheitsbewältigung bei der PDS und der Haltung zur Mitarbeit beim MfS angenommen. Aus diesem Kreis stammt die Vorlage für den auf dem Parteitag im Juni 1991 angenommenen Antrag, daß Mandatsträger der PDS verpflichtet werden sollen, eine mögliche Mitarbeit öffentlich zu machen. Der "schwere Fall" in den eigenen Reihen brachte festgefügte Haltungen durcheinander. Der "Montagskreis" (wie dieser Diskussionszusammenhang in Berlin heißt) und die "Strömung" (wie er überegional heißt) konnte sich auf keine Stellungnahme mehr einigen. Meinungen, am eigenen Fall konsequent zu sein, prallten gegen die, gerade jetzt dürften sich Linke nicht aus der Verantwortung ziehen. Sicher spielt dabei auch die taktische Überlegung, daß mit Jutta Braband eine prominente unabhängige Linke ihren Platz räumen muß, eine Rolle. Darüberhinaus wurde jedoch auch deutlich, daß sowohl die Kriterien, nach denen Geschichte, und damit auch Geschichte einzelner Personen, beurteilt werden soll, fehlen, als auch die, welche Bedeutung dies für das aktuelle handeln hat. Jutta Braband streift diese Diskussion in ihrer Erklärung, wenn sie auf die Forderung der Reste des Neuen Forums eingeht, alle Menschen, die einmal mit der Stasi zusammengearbeitet hätten, hätten vorerst aus der Politik auszuscheiden. Dies ist zwar vom "Montagskreis" nie offen gefordert worden, aber umgekehrt kann man auch mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß eine solche Forderung sehr viel leichter von den Lippen gegangen wäre, wenn es keinen "Fall Jutta Braband", sondern einen Fall eines "rechten PDSlers" gegeben hätte.

Die TAZ und die Westspione

Sehr viel einfacher macht es sich da die Westlinke in Form der strömungsangebenden TAZ. Nachdem schon der Fall Dirk Schneider dazu genutzt wurde, die Ostpolitik der Grünen als vom MfS gesteuert zu denunzieren, schlug mit dem Bekenntnis von Till Meyer im Hauptquartier die Bombe ein. "Ein schmerzlicher Verrat" titelte die Redaktion in einer Erklärung: "Je länger die Diskussion jedoch währte, um so nachdenklicher wurde der Ton der Debatte. Enttäuschung und Wut traten an die Stelle von Hilflosigkeit. Die taz hatte Till Meyer eine Stelle als Volontär angeboten, damit er als Freigänger früher aus dem Gefängnis käme. Die Redaktion bot ihm die Chance der Resozialisierung in einem ihm vertrauten Milieu. Sie verhalf ihm zu einem Beruf. Jetzt die niederschmetternde Erkenntnis, daß die taz eine Natter an ihrer Brust genährt hat." (27.1.92) Und noch oben eins drauf gibt Manfred Kriener in der gleichen Ausgabe. "Mein Kampf" betitelte er seinen Kommentar, und niemand wird glauben können, daß dies keine Assoziationen hervorrufen soll. Für die Redaktion ist in diesem Zusammenhang nur noch wichtig, ob Till Meyer Informationen aus der und über die taz weitergegeben hat. Die Motive Till Meyers, die er im "Spiegel-TV" und später auch in einem taz-Interview vorbringt, interessieren sie nicht. Till Meyer begründet seine Mitarbeit ähnlich wie vorher Dirk Schneider damit, in der Auseinandersetzung zwischen der BRD und der DDR parteiisch auf der Seite der DDR gestanden zu haben; seine Tätigkeit sei zum Schutz der DDR wichtig gewesen. Ob dies so war, soll hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein. (Jedoch eine Anmerkung sei gestattet: Die von Till Meyer im taz-Interview behauptete Bedeutung seiner Rolle, scheint mir doch eher der eigenen Eitelkeit denn der Wahrheit zu entsprechen. Auch seine völlige Gleichgültigkeit gegenüber den inneren Verhältnissen der DDR machen es der taz letzlich leicht, Stimmung gegen ihn zu machen.) Interessanter scheint mir, daß gerade wenn über Geschichtsaufarbeitung gesprochen wird, die taz-Redaktion keinen Gedanken zuläßt, daß es gute Gründe gegeben hat, sich auf die Seite der DDR zu stellen. Die rationale Überlegung, daß zu dieser Auseinandersetzung auch der Geheimdienst gehört hat, wird erst gar nicht mehr zugelassen. Aus der Sicht der taz ist dies "Verrat". Zunächst natürlich an ihr selbst, aber dann natürlich auch an der "übrigen Gesellschaft". Denn daß, wenn man sich für eine solche Tätigkeit entscheidet, man sie auch vor seinen Mitarbeitern, und schon gar denen in der taz, verschweigen muß,

versteht sich von selbst. Die taz hat in der Zeit, die Till Meyer in der Redaktion arbeitete, von seinen guten Kenntnissen des militanten Spektrums profitiert. Sie hat ihn engagiert (und nicht nur einfach eine "Resozialisierungsstätte" gegeben), weil er aufgrund seiner Geschichte einen besonderen Zugang zu diesem Bereich der Linken hatte. Aber sie schreit Verrat, wenn auch anderen diese Kenntnisse zugute kommen. Warum wird denn nicht die Frage aufgeworfen, ob Till Meyer, denen, über die er berichtet hat (sowohl in der taz als auch gegenüber dem MfS) geschadet hat, oder ob er ihnen möglicherweise genutzt hat? Warum wird denn beispielsweise im Fall Dirk Schneider nur noch darüber spekuliert, ob er möglicherweise der DDR-Opposition geschadet hat, nicht aber gefragt, ob er möglicherweise der DDR im Systemstreit mit der BRD genutzt hat? Gerade weil diese Fragen nicht mehr gestellt werden und auch nicht mehr zugelassen werden, bewegt sich die taz auf dem gleichen Niveau wie die SPD. Die durchaus einmal vorhandene Rationalität, die Existenz der DDR gegen die ständigen Versuche der BRD, sie aus der Geschichte zu drängen, zu verteidigen, ist nach dem Siegesfeldzug nicht mehr opportun. Man verteidigt eben nicht mehr den Versuch, aus dem Faschismus andere Schlußfolgerungen zu ziehen als die, alles weiterlaufen zu lassen wie bisher, man greift eben nicht die arrogante Machthaltung der BRD an, sondern man identifiziert sich nur noch mit der Opposition der ehemaligen DDR. Wer meint, damit aus dem Schneider zu sein, leugnet auch einen Teil der linken Geschichte. Und auch diejenigen, die diesen Teil Deutschlands einmal als den "besseren Teil" bezeichnet haben, sollten sich heute der Verantwortung stellen, wieviele "jungen Menschen" sie damit gegen die heute gepriesene BRD aufgebracht haben -- zurecht und immer noch richtig.

Eine persönliche Abrechnung

Ebenfalls in der taz (diesmal vom 29.2.92) lesen wir die persönliche Abrechnung Reinhard Mohrs mit Brigitte Heinrich. Auch sie soll Mitarbeiterin des MfS gewesen sein, die Akten sollen heute beim BKA liegen. Brigitte Heinrich kommt, wie der Autor, aus der Frankfurter Spontibewegung, war 1966/67 Pressesprecherin des SDS. Sie war eine der engagiertesten und bekanntesten Internationalistinnen der westdeutschen Linken. 1974 wurde sie verhaftet und angeklagt, einer "kriminellen Vereinigung" anzugehören und palästinensische Gruppen unterstützt zu haben, Sprengstoffanschläge in der BRD durchzuführen. Die Anklage brach in weiten Teilen zusammen, dennoch wurde sie später zu 21 Monaten Haft verurteilt. Sie kann heute zu ihrer angeblichen Zusammenarbeit mit dem MfS nichts mehr sagen, weder kann sie begründen, weshalb sie es möglicherweise getan hat, noch kann sie dementieren. Dies weiß auch ihr langjähriger Mitkämpfer Reinhard Mohr. Und darum geht es ihm auch gar nicht. Den Fall seiner persönlichen Bekannten Brigitte Heinrich nutzt er heute zum zweiten Mal zu einer persönlichen Anklage gegen die Linke.

Als Brigitte Heinrich 1988 aufgrund eine schweren Krankheit verstarb, wurde ihre Beerdigung zu einer Demonstration dessen, was lange Zeit als notwendige Achtung des kämpferischen Lebens gesehen wurde: Grußbotschaften von Befreiungsbewegungen aus aller Welt wurden verlesen, es wurde versprochen, ihren Kampf fortzusetzen usw. usf. Man mag solches Pathos lieben oder umgehrt abstoßend finden. Was man jedoch nicht tun sollte, der Toten zu bescheinigen, sie habe mit dieser Zelebrierung ihrer Freunde nichts zu tun. Das aber tat Reinhard Mohr. Er zitiert sich selbst aus einem 1988 geschriebenen Taz-Interview: "Damals versuchte ich, Brigitte Heinrich gegen dies widerliche Schauspiel zu verteidigen". Jetzt sagt er: "Heute ahne ich, daß ich mich geirrt habe. Die Feier der unsterblichen Weltrevolutionärin hätte ihr wahrscheinlich doch gefallen - wie ihrem langjährigen Freund Klaus Croissant, der sie organisiert hat." Zwischen diesen beiden Aussagen liegt nur die Information, auch Brigitte Heinrich habe für das MfS gearbeitet (und natürlich der Wandel des Reinhard Mohr). 1988 lautet die Anklage gegen die Linken, die an der Seite Brigitte Heinrichs standen, sie mißbrauchten ihre Beerdigung für ihre Zwecke, während die wahre Brigitte eine andere sei. Heute reicht die Information, sie habe für das MfS gearbeitet, sie fallen zu lassen.

Auch hier keinerlei Überlegungen und Fragen, wie jemand, die ihr Leben dem Internationalismus verschrieben hatte, möglicherweise auf die Idee gekommen ist, mit diesem Dienst zusammenzuarbeiten und wem dies genutzt haben könnte.

Die einfache Welt

Die Tatsache, daß die Herrschenden der BRD den Gang und die Gunst der Geschichte nutzen, um die Existenz der DDR als geschichtliche Alternative auszulöschen, ruft natürlich auch die einfache und naheliegende Reaktion hervor, sich gar nicht mit den inneren Gründen des Scheiterns des realen Sozialismus und seinen repressiven Auswüchsen zu beschäftigen, sondern nur noch die Seite des Siegesfeldzugs zu

sehen. Diese sind vorzugsweise bei der PDS und der DKP zu finden. Da diese aber, naheliegend, besondere Gründe haben, soll für die Betrachtung ein etwas komplizierterer Fall genommen werden. In dieser Zeitung hat sich der Genosse jw. mehrmals in unterschiedlichen Zusammenhängen zum Thema Stasi geäußert: einmal in einem Kommentar zu Fall Dirk Schneider (AK 335), einmal zum Fall Mielke (AK 333), einmal zur "Entstasiisierung" (AK 339). Durch alle drei Artikel zieht sich der Grundgedanke, die Linke hätte die Aufgabe, sich in besonderer Weise mit der Verfolgung der ehemaligen Herrschaften der DDR zu beschäftigen. Könnte ich dem rational folgen, weil diese eben nicht wegen ihrer Taten gegen die "Untertanen" angeklagt werden, sondern wegen des 40jährigen Entzug eines Teils "deutschen Bodens" aus der Entscheidungsgewalt der Nachfolger des 3. Reichs, so macht mir die Haltung des gleichen Autors gegenüber dem, was Opposition in der DDR war ist und wie diese sich heute äußert, dieses Anliegen unmöglich. Am treffendsten hat er seine Haltung im Kommentar: ',Eine Eiterbeule ist geplatzt': Eine Stasi-Connection wird gesamtdeutsch bewältigt" zum Fall Dirk Schneider dargelegt: "Das politische Credo der Bürgerbewegten kann man knapp auf folgende Formel bringen: Wir sind das Volk, das sich vom Stasi-Bazillus säubert und im Prozeß der Säuberung in zwanghafter Faszination von Fäulnis, Schmutz und Gestank angezogen bleibt, um dann, von Schuldkomplexen gebeutelt, umso wilder die Ausmerzung des Krankheitsherdes zu fordern. Bärbel Bohley und Ralf Hirsch haben im Berlin-Teil der taz vom 10.10. vorexerziert, das politische Hygiene wieder besinnungslos betrieben werden darf unter fürsorglicher Berücksichtigung aller Elemente des deutschen Massenwahns." Und sie entpuppten sich als das, "was sie sind: ein deutsches Hygiene-Kommando". Auch hier sollte man nicht unterstellen, die Wortwahl sei zufällig (ebenso wie im Fall des oben zitierten taz-Kommentars). Der Versuch, per Wortwahl die Bürgerbewegung in die Tradition des deutschen Faschismus zu stellen, ist gewollt. Woher kommt dieser abgrundtiefe Haß gegen Menschen, die sich aufgrund innerer Verhältnisse von der DDR abgewandt haben, die lange Zeit in der alten Tradition von Biermann Politik betrieben haben, die DDR als das "bessere Deutschland" zu verändern?

Es bliebe ja auch ohne diese Wortwahl der Tatbestand, daß diejenigen, die sich in der DDR als emanzipatorische Opposition vorgestellt haben, heute auf die BRD bezogen kein Rezept haben und mit ihrer Art der Vergangenheitsbewältigung nur Rachefeldzüge organisieren und damit natürlich, im alten Jargon, "das Geschäft der Gegenseite betreiben". Dennoch kann ich weder "Massenwahn" noch die Forderung nach "Ausmerzung" erkennen, Worte, die von der politischen Gruppierung des Autors sonst nur im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus gebraucht werden.

Es entspricht dies der Denkweise, daß alles, was die DDR gefährdet hat, und das war eben alles, was die inneren Verhältnisse in Frage gestellt hat, dem deutschen Imperialismus gedient hat. Dann sollte man aber auch so ehrlich sein, zu sagen, daß es kein Recht auf oppositionelle Gedanken gegen das einmal installierte System gab.

Objektive Bedingungen und subsjektive Entscheidung

In einem Artikel zur Erklärung von Jutta Braband im September 1991 hatte ich geschrieben, daß ihre Haltung erklärbar und nachvollziehbar sei, aber nicht verabsolutierbar. Ich hatte geschrieben, daß die Mitarbeit beim MfS (wobei es immer um die inneren Verhältnisse geht) auch dann ein objektiv vermeidbarer Fehler gewesen sei, wenn man sich auf die Seite der DDR gestellt hat. Der Genosse kt. kritisiert dies in AK 335 als rigorose Haltung, die auch unserem eigenen Verständnis gegenüber der DDR als dem "besseren deutschen Staat" nicht gerecht wird. Die Arbeit des MfS sei eben eine normale "DDR-typische Tätigkeit" gewesen. Sicher ist hieran richtig, daß das Ausmaß an Kritik am MfS erst nach der Wende kam. Und dies kann auch nicht allein daran liegen, daß der gesamte Umfang der Tätigkeit erst jetzt bekannt wird. Sicher hat es innerhalb der DDR ein großes Arrangement mit der Herrschaft gegeben. Aber es hat auch die Stasi als verhaßtes Objekt gegebene. Falsch ist eher, die Arbeit für das MfS als objektiv vermeidbaren Fehler zu bezeichnen. Objektiv hat es Verhältnisse gegeben, die ein großes Heer von bereitwilligen Mitarbeiterinnen geschaffen haben. Insofern trifft eher zu, daß dieser Fehler subjektiv zu vermeiden gewesen wäre, jedenfalls von den Menschen, die demokratische und sozialistische Verhältnisse wollten. Es ist weiterhin ja auch nicht so, daß die Generation von Jutta Braband, um bei diesem Beispiel zu bleiben, per se den besseren deutschen Staat als ihren eigenen verteidigt hat. Dies wäre verständlich für die Generation, die ihn 1945 geprägt hat. Die nachfolgenden Generationen haben gelernt, daß es der bessere Staat sei.

Vielleicht ist ein Schlüssel, wenn in der linken und sozialistischen Diskussion mehr als bisher die Dialektik von Haltungen, die durch die objektiven Umstände erzeugt werden, und dem individuellen Handeln berücksichtigt

werden. Ein Beispiel aus einem anderen Zusammenhang: Es ist nicht zu bestreiten, daß es soziologisch in den industriellen Metropolen einen Zusammenhang zwischen Verelendung und reaktionären Haltungen in der Bevölkerung gibt. Man muß also davon ausgehen, daß eine verelendete Arbeiterklasse prädestiniert ist, reaktionäres Gedankengut aufzunehmen. Dennoch ist jeder Einzelne für die Entscheidung, dieses zu seinem Weltbild zu machen, verantwortlich zu machen.

Nun taugt dieser Vergleich nur etwas für die Methode, denn im Konkreten, gibt es für die Entscheidung, MitarbeiterIn beim MfS zu werden, ganz unterschiedliche Gründe, solche, die auch heute einer kritischen Diskussion standhalten würden und jene, die unter demokratischen und emanzipatorischen Gesichtspunkten nicht zu akzeptieren sind.

he., Hamburg

Dokumentation

Warum ich mein Mandat niederlege

Erklärung von Jutta Braband, nach den vorliegenden Akten der Gauck-Behörde, ihr Bundestagsmandat der PDS/Linken Liste zurückzugeben

Im September letzten Jahres habe ich zu meiner IM-Tätigkeit von 1971 bis 1975 und meinen Beweggründen, diese Tätigkeit abzubrechen, öffentlich Stellung bezogen. Zu den näheren Umständen und Inhalten meiner Zusammenarbeit mit der Stasi mußte ich vieles offen lassen. Nur noch lückenhaft konnte ich mich an die Inhalte der vor 15 bis 20 Jahren stattgefundenen Treffen erinnern. Weder eine Verpflichtungserklärung noch der Erhalt von Zahlungen seitens der Stasi waren mir erinnerlich. Nun liegt das Überprüfungsergebnis der Gauck-Behörde vor. So fragmentarisch die von der Behörde ausgewählten Akten auch sind, offenbaren sie doch viel mehr, als daß sie nur Erinnerungslücken schließen: Obwohl die Unterlagen Gerüchte über die Dauer meiner Tätigkeit und den Verrat von Freunden aus gemeinsamer Oppositionszeit dementieren, gibt es ein riesiges Erschrecken bei mir darüber, wie die Stasi sich damals meiner bedienen konnte und welche Erwartungen sie mit meiner Tätigkeit verband. So weiß ich nun, daß ich eine Verpflichtungserklärung unterschrieben und einen Decknamen bekommen hatte und daß ich im Verlauf von vier Jahren mindestens 1.400,- Mark erhielt. Ich war bereit, Informationen über einen Mann zu liefern, der später als "Westspion" verhaftet und verurteilt wurde und habe berichtet von Plänen den zweier später inhaftierter Freunde, sich in den Westen schleusen zu lassen.

Auch wenn die wenigen mir zugänglich gemachten Unterlagen keine Auskunft darüber geben, ob die von mir gelieferten Informationen bei den Verfahren eine Rolle gespielt haben, sitzt der Schock tief. Denn die Stasi war, wie einer Beurteilung meines Führungsoffiziers zu entnehmen ist, äußerst zufrieden mit mir.

Ich versuche nun im Gespräch mit den betroffenen Menschen zu erfahren, wie das damals alles lief, in welchem Maß mein freiwilliges Denunziantentum, Dummheit, Naivität und Instrumentalisierung durch die Stasi diesen Menschen so großen Schaden zugefügt hat oder haben könnte. Bisher vergeblich bemühe ich mich bei der Gauckbehörde um Einsicht in meine IM-Akte und in die mich betreffenden, später angelegten OV/OPK-Akten.

Ich war mir über Konsequenzen, die für Dritte aus meiner Zusammenarbeit mit der Stasi erwuchsen, lange nicht bewußt. Heute weiß ich, daß die Bewußtwerdung der wesentliche Anlaß war, damals diese Zusammenarbeit aufzukündigen. Ich muß, vor allem vor mir selbst, Rechenschaft darüber ablegen, wie es zu diesem Verdrängungsprozeß gekommen ist, warum ich vor über 16 Jahren zwar mein Leben zu ändern imstande war, die Konsequenz besaß, mit der Stasi zu brechen und in der Opposition zu arbeiten, nicht aber imstande war, über diese zurückliegende Stasizusammenarbeit zu sprechen und die, denen ich geschadet habe, über mich aufzuklären. Meine eigene Verfolgung durch die Stasi entschuldigen weder die Taten von damals noch mein langes Schweigen. Das gehört nun zu meiner Biographie. Ebenso wie meine eigene Stasi-Knastzeit. In meinem Leben gab es Fehler, aus denen ich gelernt habe, Fehler, aus denen ich noch zu lernen habe und Fehler, von denen ich nichts mehr wissen wollte.

Mit meiner Biographie und ihren Widersprüchen werde ich mich aber dem Angebot widersetzen, sie in ein "davor-danach", ein "Böse-Gut" einzuteilen, sondern den Versuch machen, die ihr innewohnende Entwicklung

zu begreifen. Unter denen, die wie ich immer eine andere DDR wollten, gab es einige, die wie ich auf dem Weg zur Einsicht gelangten, daß dies nicht mit den Herrschenden, sondern nur gegen sie möglich sein kann.

Eine Lehre die ich als "Überläuferin" gezogen habe, ist die Ablehnung jeder geheimdienstlichen Tätigkeit, die Notwendigkeit der Bekämpfung aller Geheimdienste, unter welcher ideologischen Begründung sie auch arbeiten mögen. Die Akteneinsicht hat mir aber noch einmal verdeutlicht: Wer in der Rückschau auf seine IM-Tätigkeit oder andere Kontakte zu Geheimdiensten behauptet, er/sie habe niemandem geschadet, möge prüfen (sofern die Chance dazu existiert), was der Geheimdienst mit ihren oder seinen Informationen getan hat, wofür sie benutzt wurden und ob er/sie dies tatsächlich beeinflussen konnte.

In einem Interview für "die andere" im September 91 sagte ich bereits: "Im Grunde habe ich das Gefühl gehabt, daß es keine Chance zur Klärung mehr gibt in diesem Lande.

16. "Stasi" und kein Ende

von Michail Nelken

Autor: Michail Nelken · Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:35

Die Stimmen mehren sich, die warnen oder beschwören, daß es so nicht weitergehe mit der Stasi-Debatte. Allseits wird die Sensationshascherei der Journaille gerügt, werden Vorverurteilung und Denunziation beklagt. Nur, Erleichterung will bei diesen Einsichtsbekundungen nicht so recht aufkommen. - Akten zu? Schluß mit der "typisch deutschen Selbstzerstörung"? Es gebe Wichtigeres bei der Bewältigung der deutschen Einheit? Hier wird die Wende von einer Form der Geschichtsverdrängung in eine andere angekündigt. Denn auch die Stasi-Debatte der letzten Monate und insbesondere nach der Aktenöffnung besaß praktisch keinen historisch-kritischen und aufklärerischen Charakter. Alle reden von "Stasi", gemeint wird anderes!

In der Stasidebatte wurde und wird viel denunziert, entlarvt, angeprangert, offenbart und oftmals alles durcheinander. Bornierte Gruppeninteressen bestimmen den Gang der "Aufarbeitung". Vor allem gerät sie zur Abrechnung mit der DDR und dem Sozialismus überhaupt. Der konservativ-restaurative geistige "mainstream" will alles andere Denken zu Kapitulation und Abbitte zwingen, nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialisten und Sozialdemokraten, Liberale, Pazifisten und Humanisten, kurz alle, die nicht schon immer und ungebrochen das antikommunistische "roll-back" befürwortet hatten.

Abrechnung und Abwicklung werden auch von viel trivialeren, unmittelbar eigennützigen Interessen forciert. Dabei geht es um einen Elitenaustausch, um Pfründe in der öffentlich geförderten Wissenschaft und Kultur, um Lehrstühle und Intendantensessel, Finanzmittel, Monopole und Hegemonien. Es geht um die Abwicklung der politischen Klasse der ehemaligen DDR und aller "systemtragenden Mittler-Schichten", um deren Stellung im sozialen Gefüge Ostdeutschlands. Das ist simpler "Konkurrenzkampf": die Ausmanövrierung des Konkurrenten mit extraordinären Mitteln. Denn nicht die wissenschaftliche Qualifikation wird zur Scheideklippe dieses "Wettbewerbes", sondern "Kontakt" und "Zusammenarbeit" mit dem allgegenwärtigen Machtorgan der alten Gesellschaft, dem "Stasi". Dabei haben wir es nur in den obersten Schichten mit einem Verdrängungszug West gegen Ost zu tun. Ansonsten ist diese Instrumentalisierung auch im Kampf "Ossi" contra "Ossi" alltäglich. Und neuerdings erfreuen sich im Rüstzeug "westinterner" Auseinandersetzungen "Stasi" und "SED-Regime" zunehmender Beliebtheit.

Es ist nun wahrlich ein allseits beklagter Allgemeinplatz, daß in der Stasi-Debatte instrumentalisiert wird von Parteien, Verbänden, Gruppen und Individuen, um gänzlich andere Ziele zu verfolgen als die Aufhellung der "historischen Wahrheit". Der so Klagende meint dann natürlich stets die Instrumentalisierung durch die Parteiinteressen des politischen Kontrahenten, nie die eigene. Und einige Protagonisten der Ex-Bürgerbewegung aus der Ex-DDR heben hilflos die Arme und erklären die Kritik, sie ließen sich für antidemokratische, konservativ-hegemoniale Interessen und die triviale Denunziation, Plattmache und Abwicklung des Osten instrumentalisieren, für unstatthaft, weil sie so fatal an das kommunistische Maul-Stopf-Ideologem erinnere: "Wem nutzt deine Kritik, Genosse? - Dem Klassenfeind!"

Die "Instrumentalisierung" zu beklagen ist eine scheinheilige Pflichtübung. Es gilt vielmehr, sich bewußt der Tatsache zu stellen, daß jede Geschichtsanalyse, jede Vergegenwärtigung von Geschichte, die Geschichte in die Gegenwart holt, welche damit auch den Blick auf ihr Gewordensein bestimmt. D.h. die Interessenkonflikte der Gegenwart sind unmöglich aus der Geschichtsbetrachtung herauszuhalten, denn sie wird um der Gegenwart und der Zukunft willen angestellt. Damit sind aber die Interessen der gegenwärtig Agierenden fundamental betroffen. Es kommt deshalb darauf an, in der aktuellen Auseinandersetzung um die Geschichte aufzuzeigen, wo die in jedem Falle vorhandenen Interessen die Geschichte nicht nur interpretieren, sondern verfälschen.

Mythos "Stasi" - Verdrängen durch Abdrängen in die Irrealität

Das MfS wird im öffentlichen Bewußtsein zur Krake, zur verbrecherischen Allmacht mystifiziert. Doch mit dieser Mystifizierung der DDR zum gruseligen Stasi-Land des Schreckens rückt man sie aus der Realität, aus der Alltagserfahrung der "Ossis" wie der "Wessis". Diese Gespenster-Welt hat mit "jederman" nichts zu tun. Er kann sich mit gutem Gewissen von dieser distanzieren, denn sie hat mit seinem Leben nichts gemeinsam. Hier gibt es nun tatsächlich eine gesamtdeutsche Analogie zum Umgang mit dem "Nazi-Regime". Das Interesse

vieler Einzelner, die eigene Verstrickung und Verantwortung in diesem mystischen Irgendwo entsorgen zu können, trifft sich hier mit den allgemeinen Interessen der Herrschenden, Macht-Politik, Strukturen staatlicher Gewalt und die spezifische Funktion von Geheimdiensten im Zusammenhang mit der DDR-Stasi-Debatte möglichst nicht zur Diskussion oder gar Disposition zu stellen.

Die "Aufarbeitung" der Geschichte der DDR wird am Mythos Stasi aufgehängt und damit die Realität auf den Kopf gestellt. Das ist zu offensichtlich, als daß man dies als einfachen "Fehler" ansehen könnte. Diese Verkehrung hat Methode. "Stasi" ist zum Synonym, ja zum Ersatz für "Schuld" geworden. Ob KoKo-Regent Schalck, Gregor Gysi, Fink oder Stolpe, Lehrer X oder der Arzt Z - nicht konkrete Verfehlungen oder Verbrechen sollen zum Fallstrick ihrer politischen oder beruflichen Entwicklung werden, bedrohen sie mit sozialer Ächtung, sondern allein die Tatsache der angeblichen Verbindung und Zusammenarbeit mit dem MfS. Wo die Politik so wesentlich durch "Meinungsbildungsschlachten" in Massenmedien bestimmt wird, scheint einzig die schnelle und einfache "Wahrheit" für das politische Alltagsgeschäft, für den Kampf um Macht und Einfluß zu taugen. Der Stasi-Vorwurf wird zur politischen Allzweckwaffe, zumindest solange er in seiner eindimensionalen Identifikation mit Schuld im öffentlichen Bewußtsein nicht erschütterbar ist. Diese absichtsvolle Verkehrung - trotz aller Beteuerungen, daß es gelte, sich den politischen Verantwortlichen (SED!) zuzuwenden - hat auch einen weiterreichenden politisch-ideologischen Effekt. Nach der Stigmatisierung des MfS zur Organisation des Bösen, zur kriminellen Vereinigung, stellt sich unweigerlich die Frage nach den "Hintermännern" und "Auftraggebern", die natürlich erst recht Verbrecher seien. Damit ist folgerichtig die SED (einschließlich aller ihrer "Hilfstruppen") als Verbrecherorganisation "entlarvt" - immanent logisch und allseits nachvollziehbar. Und somit ist die Kette "Stasi-SED-DDR" unter dem Attribut "verbrecherisch" gefädelt.

Es sei hier nur darauf verwiesen, daß die engere Stasi-Debatte nach dem gleichen Strickmuster abläuft: Aufgezäumt am falschen Ende, dem IM, wird dieser dämonisiert und kriminalisiert, um dann auf den kriminellen Charakter der Tätigkeit seiner Auftraggeber, der Führungsoffiziere und ihrer Generäle, zurückzuschließen. An dieser Stelle sollte auch deutlich werden, wohin die weitere "Logik" dieser Verkehrung zielt: Wer mit "Verbrecherorganisationen", mit Unrechtsregimen verhandelte, der kollaborierte. Alle Abweichungen von der Konfrontationspolitik des Kalten Krieges werden als schrittweise Anerkennung des "Unrechtsstaates" und als Hinausschieben des Zusammenbruchs umbewertet. Indem Demokraten, Humanisten, Sozialisten im Westen, und insbesondere die Intellektuellen, die Mythologisierung der DDR mittels des Mythos Stasi dulden oder gar mittragen, bereiten sie der Revision von 25 Jahren vergleichsweise demokratischer Entwicklung in der BRD den Weg und verhelfen dem Ungeist des Kalten Krieges zu einem späten Triumph. Die Wiedergeburt der antikommunistischen Ideologie und der Sprache des Kalten Krieges in dem Augenblick, da seine Fronten in der Realität sich aufgelöst haben, wirft die Frage nach ihrer aktuellen Funktion auf. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie neben der Stoßrichtung gegen den "äußeren Feind" jenseits des "Eisernen Vorhangs", übrigens ganz so wie im Osten, stets auch die Aufgabe der politischen und geistigen Disziplinierung und Formierung im Inneren. Den Stasi als singuläres Phänomen einer anderen Welt, der Welt des Bösen, "aufzuarbeiten", das man allenfalls mit einem anderen singulären Phänomen aus eben jener totalitären Welt vergleichen könne, bedeutet Verdrängung. Und an der sind viele in Ost und West mit ganz unterschiedlichen Motivationen interessiert: eine historische "Allianz für Deutschland".

Das MfS - ein geheimer Dienst, wie alle?

Was war eigentlich das Spezielle, das Einzigartige am MfS? Wird es vielleicht zur "kriminellen Vereinigung" stilisiert, damit der Schluß, Geheimdienste und politische Polizei überhaupt in Frage zu stellen, nicht so nahe liegt?

Der Staatssicherheitsdienst hatte mit allen Geheimdiensten der Welt gemein, daß er, mit staatlichem Auftrag und meist gesellschaftlicher Duldung, am Rande oder außerhalb der Legalität arbeitete, nicht nur in "fremden" Ländern, sondern auch im "eigenen". Dies machte ihn, wie jeden anderen Geheimdienst, potentiell zu jedem Verbrechen fähig, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nötig schien. Die scheinheiligen Proteste gegen diese Pauschalisierung sind völlig schizophren. Wer traut nicht der CIA weltweit die größten Schweinereien zu, im "Kampf für Freiheit und Demokratie" und gegen die Ausbreitung des Kommunismus? Kaum jemand findet es völlig phantastisch, wenn ihm in US-Filmen die Beteiligung von US-amerikanischen Geheimdiensten an der Ermordung des US-Präsidenten, der Manipulierung öffentlicher Vorgänge oder an der Vertuschung staatlicher Verbrechen in den USA erzählt wird. Warum sollte nur der französische Geheimdienst Umweltschützer in die Luft sprengen, nur der italienische Geheimdienst in Verschwörungen und faschistischen Terror verwickelt sein

oder der spanische in Drogen- und Waffenhandel? Geheimdienste arbeiten in rechtsfreien Räumen, ihre Illegalität führt sie ständig mehr oder weniger jenseits der Gesetzlichkeit, ob Stasi oder KGB, ob CIA, Mossad oder BND. Ihre Methoden sind im großen und ganzen vergleichbar. Wer stellt sich heute noch hin und will sagen, daß die Dienstherren und deren Ziele den Unterschied ausmachen? Heiligt doch der Zweck die Mittel, zumindest die der "Sieger"?

Das Besondere "östlicher" Dienste

Allerdings hatten die Geheimdienste des ehemaligen Ostblocks auch etwas gemeinsames Besonderes, was sie von anderen unterschied. Ihre politisch-ideologische Sicherheitsdoktrin basierte auf der Klassenkampfideologie, wie sie von der "kommunistischen Weltbewegung" im Laufe von Jahrzehnten ausgeprägt wurde. Der Kampf um die politische (staatliche) Macht und ihre Verteidigung mit allen notwendigen Mitteln, kurz die "Machtfrage" war die Zentralkategorie des Staats- und Politikverständnisses des Partei-Kommunismus. Der Kampf um die Macht war in der kommunistischen Theorie ein Bürgerkrieg, der mit der Eroberung der Zinnen der Staatsmacht nicht beendet sei, sondern weiter tobe bis zur endgültigen Niederwerfung der Konterrevolution.

Zwar waren in der KI-Theorie nicht nur am Anfang Gedanken von der Notwendigkeit eines breiten demokratischen Organisationsmechanismus' als Machtbasis der sozialistischen Gesellschaft präsent, aber die Dominanz eines bornierten, patriarchalischen, zentralistischen Staats-Macht-Verständnisses wurde erdrückend. Die Engels-Leninsche These vom Absterben des Staates wurde "dialektisch" persifliert: Absterben durch Stärkung und Ausbau. Und es kam so: Der "real-sozialistische" Staat ging an sich selbst, an seiner Hypertrophierung zu Grunde, nur mit ihm auch die "real-sozialistische" Gesellschaft und mehr.

Die Sicherheitsdienste wurden zur Inkarnation der "sozialistischen" Staatsallmacht, die sich letztlich selbst ausschaltete. Die Partei hatte sich sehr rasch zum Staat im Staate deformiert und doppelte dessen Strukturen auf allen Ebenen. So hatte die SED nicht nur eine Kontroll- und ideologische Pressionsfunktion, sondern sie wirkte politisch-geistig integrierend. Sie band große Teile der Bevölkerung, insbesondere die gesellschaftlich tragenden Schichten in das System ein. Wobei Einbindung, wie in der BRD, nicht mit kritikloser Gefolgschaft zu verwechseln ist.

Doch vermochte die SED, zur apolitischen Massenorganisation verkommend, spätestens seit Mitte der 70er Jahre diese Kontroll- und Integrationsfunktionen immer weniger auszufüllen. Parteistrukturen konnten zwar mitunter Versagen von staatlichen verhindern oder ausgleichen, aber schnell hatten sich beide in einen unbeweglichen und auch sich gegenseitig blockierenden Filz verstrickt. Und da stieg der "Stasi" einerseits zum tendenziell einzigen kontroll- und reaktionsfähigen staatlichen Apparat auf und begann anderseits, auch Integrationsleistungen zu erbringen. Das MFS übernahm immer mehr Aufgaben, die sich zuvor der Parteiapparat angemaßt hatte, aber immer weniger erfüllen konnte: In Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft wurde er mehr und mehr zum kontrollierenden, behindernd wie fördernd tätigen Element, so daß ohne ihn kaum noch etwas lief. Jedoch mußte sich dieser Allmachtsapparat, nach dem gleichen Mechanismus wie zuvor die Partei, zugleich über kurz oder lang zur Handlungsunfähigkeit aufblähen und verfilzen.

Mit dieser besonderen Allmachts-Funktion in der "real-sozialistischen" Gesellschaft war die Aufblähung des Staatssicherheitapparates und die so unheimliche Verästelung in die gesamte Gesellschaft verbunden. In diesen zentralistischen autoritären Gesellschaften fehlte es an einer entwickelten "politischen Sphäre", in der soziale Differenzen ausgetragen und sich die Gesellschaft konstituieren hätte können. Die "Apparate" mußten diese Funktion auf bürokratische Weise realisieren. Sie hatten den gesellschaftlich tragfähigen "Konsens" zu bestimmen und ihn durchzusetzen, ihn ständig zu kontrollieren und nötigenfalls zu korrigieren, und dies immer mehr mit adminstrativen Mitteln. Durch die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Partei und ihres Apparats kam dem "Stasi" natürlich damit eine "große Aufgabe" zu.

Entscheidend dafür, daß diese totale Verästelung des Geheimdienstes in die Gesellschaft wachsen konnte und zumindest zeitweilig funktionierte, war aber auch jenes durchaus verbreitete und von vielen "sozialistisch" gesonnenen Bürgern als überzeugend internalisierte Ideologem von der Notwendigkeit der "Verteidigung der Revolution", von der "revolutionären Wachsamkeit". Diese innere Disposition zur "Verteidigung des Sozialismus" war auch bei Kritikern und radikalen Opponenten der herrschenden Verhältnisse gegeben, sofern sie diese als Ausgangspunkt für die notwendigen, auch umstürzenden Veränderungen betrachteten. Auf diese

Weise gelang es dem "Stasi" vielen Bürgern, die mit dem Dienst zusammenarbeiteten, ein "gutes Gewissen", ja die Illusion selbstbestimmten Handelns zu geben.

Hinsichtlich dieser Verästelung in die Gesellschaft und der "Verankerung" in der Bevölkerung ist der "Stasi" nicht mit den westlichen Diensten vergleichbar. Zum einen sind diese von ihrer Funktion im politischen System zu solch einer totalitären Ausbreitung nicht fähig, obwohl sie die Tendenz in sich haben. Es gibt aber zu viele Gegenkräfte im politischen System selbst. Zum anderen sind die Bürger in ihrem Staats- und Gesellschaftsverständnis für eine solche massenhafte Involvierung ideologisch (noch) nicht disponiert. Sicher gibt es auch im Westen Legitimationsideologien für die innere Tätigkeit von Geheimdiensten oder verdeckt operierender Polizei. Und der durchschnittliche West-Bundesbürger würde nicht davor zurückschrecken, diesen behilflich zu sein. Er ist nicht couragierter als der "Ossi". Aber es herrscht eine völlig verschiedene politisch-geistige Grundkonstellation in der bürgerlichen Gesellschaft "westlichen Typs".

Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat die oben beschriebenen Besonderheiten "realsozialistischer" Geheimdienste vielleicht mit der größten "Klassizität" ausgeprägt. Er hat zumindest die allgemeine gesellschaftliche Durchdringung am penetrantesten, am bürokratischsten und umfassensten realisiert. Diese bürokratische Perfektion, eher Perversion, mit der jene unglaublichen Aktenberge angehäuft wurden, dürfte ein DDR-deutsches Spezifikum gewesen sein. Auch was die Subtilität der Durchdringung und Einbindung großer Teile der Bevölkerung und die Verwischung der Grenzen zwischen "Opfern" und "Tätern", zwischen "Objekten" und "Subjekten" betrifft, scheint mir der "Stasi" eine ganz spezielle "Qualität" entwickelt zu haben. Ihm gelang es, mental präsente "Tugenden" des deutschen Untertanen und Kleinbürgers wie auch des "realpolitischen", mehr aufklärerischen als libertären deutschen Intellektuellen zu mobilisieren. Und so zynisch es für Menschen klingen mag, die unter dem Zugriff des "Stasi" gelitten haben, es ist Friedrich Schorlemmer zuzustimmen, daß in der Regel die "Opfer" seines Wirkens ebenso "gewöhnlich" waren, wie der Dienst selbst. Dabei braucht man nicht, wie Schorlemmer, auf die Kurdenverfolgung in der Türkei, die Pol-Pot-Massaker oder die Opfer des Afghanistan-Krieges als Maßstab zu verweisen, denn die Opfer, die die Menschen fast überall auf der Welt politischer oder rassistischer Verfolgung, sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung zu bringen haben, sind unvergleichlich größer und brutaler als die der DDR-Bevölkerung.

Der "Stasi" war ein gewöhnlicher, bürokratischer, maßlos aufgeblähter, kleinkarierter Apparat, der (zum Glück!) auch hinsichtlich seiner kriminellen Energie und seiner menschenfeindlichen und ungerechten Machinationen zumeist kleinkariert und bürokratisch blieb, ja, es immer mehr wurde. Das darf um der politischen wie moralischen Maßstäbe Willen nicht vergessen werden, obgleich dies kein widerfahrendes Unrecht ungeschehen macht und kein Leid mildert. Das System, die Methoden sind dem Wesen nach gleich und zu Schlimmeren prädestiniert.

Mystifizierung des IM

zum "Stasi-Spitzel"

Der "IM" ist zum bevorzugten Objekt der öffentlichen Abrechnung und Ächtung geworden. Der Gebrauch des Terminus "Stasi-Spitzel" versucht den Gedanken zu verfestigen, daß die DDR einfach geteilt war in die herrschende Clique mit ihren Apparaten (Polizei, Stasi, Armee, Verwaltung) und ihren Hilfstruppen (SED, FDJ, FDGB, ... "Blockflöten") einerseits und dem nach Freiheit strebenden "Volk" andererseits. Nur so einfach war diese Gesellschaft nicht konstruiert. Und IM-Tätigkeit, d.h. inoffizielle, also nichtöffentliche Zusammenarbeit mit dem MfS konnte ganz verschiedener Natur sein. Sie reichte von der Bereitstellung des Briefkastens über rein fachliche Lageberichte zur Arbeit des Betriebes bis hin zu Personeneinschätzungen und ausgesprochener "Spitzel"-Tätigkeit, d.h. der zielgerichteten Ausforschung von Gruppen und Individuen. Jede Form der Zusammenarbeit wird in unbegreiflicher Ignoranz als Spitzeltätigkeit desavouiert, Kollaboration mit dem herrschenden "Unrecht", ja mit dem "Verbrechen". Es gilt aber, die verschiedenartigen Formen der IM-Tätigkeit zu unterscheiden, wenn man Verantwortung und Schuld einer Person diskutiert. Für die Beurteilung der Strukturen jedoch muß über diese Differenzierungen hinausgegangen und deutlich gemacht werden, daß die Grenzen fließend waren und daß jeder Gedanke eines selbstbestimmten Umgangs des Individuums mit einem solchen Geheimdienst Illusion war.

Die pauschale Denunziation des IM als "Spitzel" hat nichts mit der Realität zu tun und ist kontraproduktiv für die Aufklärung von Vergangenheit. Sie ist allein "brauchbar" als Instrument in der politischen, bürokratischen

und moralischen Abrechnung mit vermeintlich systemtragenden oder staatsnahen Schichten außerhalb des unmittelbaren Herrschaftsapparates.

Nach all dem Kritischen und Negativen zum derzeitigen Verlauf der Debatte um die Geschichte der DDR und insbesondere die Tätigkeit des MfS bleibt die Frage, ob von dieser "Geschichtsauseinandersetzung" überhaupt noch etwas Positives, sprich Emanzipations- und Demokratieförderndes zu erwarten ist. Im Selbstlauf ganz sicher nicht, denn dem stehen zu viele Interessen entgegen. Aber die Debatte findet so oder so statt. Sie genervt zu ignorieren, scheint kurzsichtig. Ich meine, es ist notwendig, alles daran zusetzen, daß die politischen, sozialen und kulturellen Mechanismen von Macht und Herrschaft, von Unterdrückung und Unterordnung, von Integration und Anpassung in dieser Auseinandersetzung deutlich werden. Hierin liegt eine Chance zu einer nachholenden Emanzipation des "deutschen Staatsbürgers".

Michael Nelken

Der Autor ist Mitglied in der PDS, war maßgeblich an der Erarbeitung des neuen Statuts beteiligt, längere Zeit im Vorstand, und er hat sich an der oppositionellen "Strömung" beteiligt.

17. Niedermachen, Liedermachen, Niedermachen. Zur Bedeutung der gegenwärtigen Stasi-Debatte der Ex-Linken, Grünen und Bürgerbewegten

Zur Bedeutung der gegenwärtigen Stasidebatte der Ex-Linken, Grünen und Bürgerbewegten

Rubrik: Stasi-Debatte; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:42

Die Stasi-Diskussion in der BRD hat den Charakter einer Abrechnung mit jeglicher gesellschaftsverändernden linken Politik angenommen. Darin sind sich die Regierenden mit ehemaligen linken Intellektuellen, DDR-Bürgerbewegten, der TAZ und den Grünen Ost wie West einig. Von letzteren, nicht von den Regierenden, soll in diesem Artikel die Rede sein.

Es ist eine Debatte der Sieger, derjenigen, die auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden haben und die Opfer sehen wollen. Es ist eine deutsche, nationale Debatte, die mit dem vereinigten Deutschland und seinem Staatsvolk minus der Linken, die die deutsche Teilung als sinnvolle historische Konsequenz verteidigen (verteidigt haben), versöhnen soll. Insofern vertieft diese Debatte und das besondere Engagement von (ehemals) Linken und linken Intellektuellen einen neuen, nationalen Konsens auch für diejenigen, die mit der Art der Wiedervereinigung nicht einverstanden waren, wenn sie denn abschwören. Daß dabei en passant auch Linke die deutsche Geschichte neu schreiben, sei es in Form einer linken Totalitarismusdebatte oder in dem Ruf nach einer Sonderjustiz für die DDR- Verantwortlichen, wie er jetzt auch in der TAZ und von den DDR-Bürgerbewegten erfolgt, verschafft den Thesen der konservativen Historiker Nolte, Hillgruber und Stürmer aus dem Historikerstreit von 1986 ihren späten Triumph in der systemloyalen Linken.

Linker Historikerstreit

Dabei ist der Kern der linken Versöhnung mit der Nation nicht die Verniedlichung der nationalsozialistischen Verbrechen - das unterscheidet sie vom Nationalismus der Rechten nach 1945, die die "Auschwitzlüge" brauchten -, sondern die Erhöhung der "DDR-Verbrechen" auf die ähnliche oder gleiche Ebene wie den Nationalsozialismus minus Auschwitz (antifaschistische Kronzeugen dafür: Ralph Giordano und Henryk M. Broder). Das führt dazu, daß sich ein kompetenter NS-Forscher, wie Götz Aly in der TAZ (als Chefkommentator in der Nachfolge des ausgeschiedenen Klaus Hartung) nicht nur zum Zugehen auf Ernst Noltes Thesen veranlaßt sieht, sondern auch zum Eiferer für einen Abrechnungsprozeß gegen die alte DDR und MfS-Chef Mielke entwickelt (Aly in TAZ vom 24.3.92: "Wahrheit, Schuld und Recht"), der mit den Nürnberger Prozessen gegen die Nazis durchaus vergleichbar wäre. Auch Ralph Giordano stimmt dem in der Tendenz zu, wenn er in der TAZ, Karl Jaspers zu Nürnberg zitierend, schreibt: "Auschwitz, so hat er (Anm.: Jaspers) gesagt, mit dem bürgerlichen Strafgesetzbuch anzugehen, hieße versuchen, einen Tiger mit einem Zahnstocher zu erledigen. Das Problem stellt sich in abgewandelter Form, in viel kleinerer Dimension auch heute, wenn es um die DDR geht." (TAZ, 21.12.91) Richtender Sieger wären in diesem Fall allerdings nicht Alliierte, sondern ausschließlich die siegreiche BRD und ihre aus der Nazi-Kontinuität hervorgegangene Justiz.

Die Rehabilitierung Noltes hat zwei Gründe: Düer eine liegt in der historischen Entwicklung, die das Ziel deutscher Weltmachtbegierden - Osteuropa und der sowjetische Westen - wieder greifbar nahe gebracht hat. Das Hemmnis des sowjetischen Blocks ist entfallen. Der zweite besteht in einem fundamentalen Mißverstehen von Noltes Thesen in der Debatte 1986/87. Noltes Gegner hatten sich vollständig darauf kapriziert, ihm die vermeintliche Infragestellung der Singularität der deutschen Judenvernichtung übelzunehmen. Dabei war dies gar nicht sein Hauptanliegen (gleichwohl es auch ein Anliegen war, wenn er wiederholt die nationalsozialistische Vernichtungspolitik mit dem Begriff "abstoßender Charakter" verharmloste). Denn wörtlich hatte er vertreten, daß "der ‚Rassenmord` der Nationalsozialisten" gegenüber dem ",Klassenmord` der Bolschewiki" zwar "abstoßender" sei, weil "auf eine quasi industrielle Weise" betrieben. Insofern begründe dies "zwar Singularität, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die sogenannte Judenvernichtung des Dritten Reiches eine Reaktion oder verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original war." Das Übel war für Nolte der "Weltbürgerkrieg" (eine These, auf die Götz Aly sich positiv bezieht), den die Bolschewiki durch die Oktoberrevolution provoziert hätten, und der mit dem Zweiten Weltkrieg einen deutschen Sonderweg begründete, der in die Irre geführt habe.

Zunehmend nähern sich linke Wortführer der Stasidebatte als Geschichtsaufarbeitung dieser Sichtweise an. Wenn Götz Aly den Mielke-Prozeß wegen der Polizistenmorde am Bülow-Platz 1931 auch zu einer Abrechnung mit der "Schuld der KPD", die sich als Staatlichkeit in der DDR manifestiert habe, machen will, dann ist er gar nicht so weit von dem Nolte entfernt, der im Januar 1991 in der FAZ geschrieben hat: "Nahezu alle ‚Faschismustheorien` beruhen auf der Überzeugung, daß ‚die Arbeiterbewegung` im historischen Recht war, obwohl ihr gläubigster und aktivster Teil sich mit der Sowjetunion identifizierte. Aber aus dem Blickwinkel des Jahres 1989/90 wird augenfällig, daß der Sieg der Oktoberrevolution auch die Fortsetzung des eigentlichen Sonderwegs des 19. Jahrhunderts gewesen war, nämlich des russischen. Daher sollte das Jahr 1933 nicht mehr als ein autonomes Epochenjahr gelten, vielmehr muß es als feindselige Imitation des wichtigeren russischen Jahres 1917 verstanden werden." Nachdem nun beide Sonder- bzw. Irrwege dieses Jahrhunderts ihren Abschluß gefunden haben, der eine 1945, der andere, hartnäckigere erst 1989, riet Nolte den deutschen "Linksintellektuellen" zur Versöhnung, wenn sie zu drei intellektuellen Konsequenzen bereit seien:

- Zum Abschied von der Vorstellung der "vollständigen Revolution" als Übergang zum Kommunismus,

- zur Wiedergewinnung der Begriffe des "Bürgers" und der "Zivilgesellschaft" anstelle des "neuen Menschen" und des Sozialismus,

- zur Beteiligung an neuem nationalem Identitätsgewinn durch positiven Bezug auf ein "defensives Nationalbewußtsein".

Alles Geforderte geschieht bereits, nicht weil Nolte dies verlangt, sondern weil es - und insofern definiert er den nationalen Konsens sehr sensibel und ohne Triumphgeschrei - in Übereinstimmung mit dem Ziel einer Neubestimmung der deutschen Rolle in der Weltpolitik steht. "Im einheitlichen Wirtschaftsraum Europa", so Nolte Anfang 1991, müsse in Erinnerung an die negativen Wirkungen eines "aggressiven Nationalismus" Deutschlands, "sinnvollerweise ... heute nur noch von einem ‚Nationalbewußtsein` gesprochen werden, welches einen Zustand jenseits der souveränen Nationalstaaten akzeptiert und einen defensiven Charakter hat, weil die Nation für es einen unverzichtbaren Haltepunkt in einer nur allzu beweglich gewordenen Welt, eine unerläßliche Reduzierung der überwältigenden Komplexität des unleugbaren Gesamtzusammenhangs bedeutet."

Eine solche Aufarbeitung von Geschichte, die beide deutschen Verbrechen bewältigt hat - das originaldeutsche der Nationalsozialisten und die undeutsche "asiatische Tat", die die Übernahme der sowjetischen Vorstellungen in Form des DDR-Staates demnach darstellt -, ermöglicht den von der Vergangenheit befreiten Umgang mit der neuen deutschen Weltmachtrolle, wie sie erstmals die linke und grüne Diskussion um und während des Golfkriegs bestimmt hatte. Mittlerweile wird sie nur noch von einer Minderheit derjenigen in Frage gestellt, die sich hierzulande einstmals Linke geschimpft haben. Die Stasi-Debatte gibt dieser Entwicklung nur einen weiteren Schub.

Wiederum Götz Aly hat den Sprung ins warme Wasser der deutschen Weltmachtdiskussion nachvollzogen, als er in der TAZ vom 27.3.92 "die Entwicklung einer Politik supranationaler Verantwortung" mit KSZE-Interventionen als "Unterabteilung der UNO" propagierte, die "diplomatisch und notfalls militärisch" intervenieren können muß, um den Konflikt in Jugoslawien, Konflikte in der zerfallenden Sowjetunion zu befrieden, die Türkei zur Raison zu rufen, im UNO-Kontext den Irak und Libyen zu disziplinieren etc. Unverhohlen begrüßt Aly diese europäische UNO-Abteilung als "Gegengewicht" zu den USA und "deren noch kaum angefochtener Dominanz im Sicherheitsrat der UNO".

Unausgeschrieben bleibt, wer die Führung bei diesem Unternehmen haben wird: Das ökonomisch expansive Deutschland der Kohl, Genscher, Rühe, die längst schon an dieser neuen "europäischen Sicherheitsarchitektur" arbeiten.

Glaubwürdig abschwören

Die Bedingungen, in den Kreis der Stasi-Debatteure aufgenommen zu werden, sind eindeutig:

1. Die Akzeptanz der Wiedervereinigung als unumgänglich und notwendig für die Nation. Da kritische, aber systemloyale Intellektuelle wie Günter Grass, Jürgen Habermas und Walter Jens diese nicht, oder nur sehr gewunden und bedenklich akzeptiert haben, sind sie zum Schlachten freigegeben: Jeder Idiot, der einmal

einen Aufsatz geschrieben hat und sich Literat nennen darf, kann zur Feder greifen und die einstigen Größen der linken Intelligenz zur Sau machen (und sei es nur in Form eines Austritts aus irgendeinem Verband, in dem noch irgendein Stasi-Verdächtiger Mitglied ist) und darf dabei auf Veröffentlichung hoffen.

2. Das Abschwören von jeglicher sozialistischer, emanzipatorischer und auf soziale Gleichheit zielenden Veränderung. Wenn einer der FAZ-Herausgeber, der Hitler-Biograph Joachim Fest, sich in seinem neuesten Buch gerade Ernst Bloch vorknöpft, um mit den sozialistischen Utopien als grundsätzlich dogmatisch abzurechnen, dann wohl auch deswegen, weil Bloch als Antistalinist mit seinem "Prinzip Hoffnung" eine ganze Generation von Intellektuellen sozialistisch beeinflußt hat. Entsprechend höhnte Enzensberger - der große Nolte-Simplifizierer aus dem Golfkrieg ("Saddam gleich Hitler") - nach der Wiedervereinigung in der FAZ, recht geschehe allen Linken, wenn ihnen "der fliegende Teppich der Utopie ... unter den Füßen fortgezogen wird". Problemlos werden in dieser Debatte auch all jene aufgenommen, die als härteste Stalinisten und K-Grüppler in den siebziger Jahren irreale Revolutionsspinnereien zum besten gegeben haben. Die meisten von ihnen kommen aus Gruppen, die sich damals schon gesamtdeutsch-kommunistisch verstanden haben. Mühelos haben sie das "kommunistisch" und "links" aufgegeben, das gesamtdeutsch aber beibehalten.

3. Die Akzeptanz der BRD als das bessere Deutschland. Daraus wird das selbstverständliche Recht der Bundesrepublik abgeleitet, über den einstmals souveränen Staat DDR zu richten und entsprechende Schau- bzw. Niedermachprozesse zu veranstalten.

Die linke Abrechnung mit den Stasis wird in deutscher Gründlichkeit total sein. Begriffe wie "politische Hygiene" (Ralph Giordano, Götz Aly), "zerplatzte Eiterbeulen" (Bärbel Bohley über die Stasi-Mitarbeiter) künden von einer Bereitschaft zur Reinlichkeit des Volkskörpers, die man ausgerechnet von jenen nicht ohne weiteres erwarten durfte. Entsprechend öffnen sich die Medien (Fernsehen und natürlich "Spiegel" und FAZ) den bürgerbewegten Kronzeugen, wieviel gestammelten Unsinn auch immer sie zum Thema Stasi schreiben. Als Bärbel Bohley in ihrem grenzenlosen Nichtbegreifen dieser Gesellschaft mit wahrhaft religiösem Pathos "die Auferstehung von verschütteten Werten, wie Glaubwürdigkeit, Wahrheit, Liebe, Mitleid, Hilfsbereitschaft" als Ziel der Stasiaufarbeitung formulierte - geschrieben anno 1992 (14.3.) zu Großdeutschland im Land der Bestechungen und Parteispenden, der Ehrenworte und Wahlversprechen -, dürfte sich die veröffentlichende Redaktion der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vor Lachen über so viel Naivität ausgeschüttet haben. Ähnliches verbriet im übrigen Giordano in der TAZ, der Versöhnung mit den "Tätern" unter der Voraussetzung "der Aufrichtigkeit, der Ehrlichkeit, der Wahrhaftigkeit" ankündigte (TAZ, 23.3.92). Nun ist eine solche Haltung als persönliche ja völlig okay. Warum soll Bärbel Bohley nicht ehemalige Spitzel mit der gebührenden persönlichen Ver- und Mißachtung strafen? Doch gefordert wird diese "Reinigung" als ein gesellschaftlicher Prozeß, der nur in Aburteilung und Ausgrenzung enden kann. Ein Prozeß, der doch zumindest die Frage nahelegen sollte, was denn das für eine Gesellschaft, und darauf basierend exekutierender Staat ist, der diese Aufgabe übernehmen soll.

"Verwüstete Seelen"

Weitere, die Wiedervereinigung und Golfkrieg begrüßt haben und sich zum Antikommunismus bekennen, sind als Essayisten gefragt: Biermann im Dutzend im "Spiegel", Broder (der u.a. Premiere in der FAZ hatte) und Giordano. Alle drei haben im Golfkrieg zugleich mit ihrer Haltung, die Bedrohung Israels als zentral für diesen Konflikt anzusehen, die Relativierung nationalsozialitischer Verbrechen und die Gleichsetzung Saddam/Hitler betrieben. Saddam Hussein wurde zum Vollender giftgasliefernder deutscher Judenvernichtung ernannt, aber nicht Deutschland dafür zum Ziel der Angriffe erklärt, sondern die bundesdeutsche Antikriegs-Linke. Alle drei waren von Beginn an Befürworter des wiedervereinigten Deutschland. Heute machen sie sich zu publizistischen Vorkämpfern der Stasidebatte. Ralph Giordano, der im März 1990 gejubelt hatte: "Wir werden zu Zeugen einer wirklichen Revolution, der ersten siegreichen unserer Geschichte, ganz von unten, ganz vom Volk her! Einer waffen- und gewaltlosen Revolution dazu, die von einer Würde und Reife ohnegleichen ist", schreibt heute, dieses Deutschland kranke an einer Gefahr der Wiederholung von Geschichte: "Ich habe das die ‚zweite Schuld` genannt, nämlich die Verdrängung und Verleugnung der ersten unter Hitler, nach 1945. Der Untergang des Stalinismus hat es dabei nicht bewenden lassen. Nach der rechten, steht uns nun auch noch eine linke Unfähigkeit zu trauern ins gesamtdeutsche Haus" (Giordano im "Spiegel", 16.3.92). Mit dieser Gleichsetzung wird "die Unfähigkeit zu trauern" zu nichts weiter als einer psychologischen Dutzendware verkleinert, die einen üblichen Verdrängungsprozeß charakterisiert, und Giordanos "zweite Schuld" zur relativen Unschuld. Denn: trotz der "zweiten Schuld" ist ja nach Giordano eine recht passable

BRD-Gesellschaft inklusive Staat herausgekommen, die das Recht erworben hat, das ihr nicht Gelungene an der untergegangenen DDR zu exekutieren. Trotz aller Beschwörungen Giordanos und Broders, nicht mit dem Nationalsozialismus zu vergleichen, nivellieren gerade sie dessen Wesen konsequent. Wenn Broder die Stasi-Mitarbeiter mit den jüdischen "Kapos" in den Ghettos vergleicht, - die, "um ihr Leben zu retten oder wenigstens zu verändern, nahmen sie es in Kauf, das Leben anderer zu zerstören und zu vernichten ... Die Parallelen zu den Mitarbeitern der Stasi ... liegen auf der Hand. Mit einer Ausnahme. Es gab unter den überlebenden Juden keine Debatten, daß den ‚Kapos` zu Recht der Prozeß gemacht wurde" (Spiegel, 16.12.91) -, dann liegt er auf der Linie dessen, was der Ober-Stasiaufarbeiter Jürgen Fuchs das "Auschwitz in den Seelen" der DDR-Bürger genannt hat.

Was Broder, Giordano, Bohley, Fuchs und andere einklagen, ist aber nichts, was spezifisch für den deutschen Nationalsozialismus oder die DDR-Gesellschaft ist, sondern was eine allgemeine gesellschaftliche Entfremdung beschreibt. Die beklagte "Seelenlosigkeit", das heißt das Zerbrechen von Menschen und ihrem Willen, ist vielmehr Ausdruck einer gesellschaftlichen Produktionsweise, die der einzelne nicht beherrscht, die ihn nicht zum bewußten Gestalter seines Lebens macht, sondern ihn ihn beherrschenden Prozessen unterwirft. Das war trotz anderslautender Propaganda in der DDR nicht anders als in den Gesellschaften vorher oder in der BRD. Die von Giordano beklagten "verwüsteten Seelen" der DDR-Bewohner lassen sich allemal in der alten BRD auffinden: Die psychologischen und sozialen Zerrüttungen, die den einzelnen in dieser Gesellschaft "seelenlos" machen, sind massenhaft verbreitet als für den einzelnen sinnloser Konsum, als Objektrolle von Frauen, als Gewaltverhältnisse in menschlichen Beziehungen, Rassismus etc. Wen kümmert die "Seelenlosigkeit" deutscher Fabrikarbeit? Anpassung, Denunziationen und Vorteilnahme zu Lasten von KollegInnen, zugunsten persönlicher Vorteile und Karrieren sind BRD-typisch. Es ist ein staatstragendes Märchen, daß der deutsche Untertan in der DDR überlebt hat, nicht aber in der BRD.

Die freiwillige Unterwerfung funktioniert aufgrund der entwickelten, moderneren kapitalistischen Gesellschaft anders und besser. Die Kontrolle des Staates über die einzelnen wirkt subtiler und effektiver. (Dabei schreibe ich gar nicht von Geheimdiensten und Polizei, damit mir nur keiner der Stasiaufklärer zustimmt, um dann mit quantitativen Vergleichen zu kontern). Insofern ist die bundesdeutsche Demokratie mit ihrem Instrumentarium von Repressions- und Integrationsmechanismen, ihrem im Vergleich zur DDR üppigen System unterschiedlicher materieller Entlohnung von Diensten und Leistungen, ein den Produktionsverhältnissen angemesseneres System der Unterwerfung als die antiquierte Stasi oder andere Unterdrückungs- bzw. Einordnungsorgane der DDR.

Wie hervorragend dafür das BRD-Parteiensystem funktioniert, haben die Ende der siebziger Jahre aus der Protestbewegung entstandenen Grünen vorgeführt. Ein ganzes "alternatives Netzwerk" (so ihre Selbsttitulierung) - inklusive der Kopie der bürgerlichen Parteienstiftung (selbstverständlich alternativ) - von Funktionsweisen haben sie aufgebaut, in dem Scharen ehemals kritischer und rebellierender Menschen Befriedung lernen und Einordnung in die "seelenlose" BRD-Gesellschaft üben können. Damit haben die Grünen hervorragende Staats-Sicherungs-Funktionen wahrgenommen und sich das über die Parteienfinanzierung ansehnlich entlohnen lassen.

Jenseits der Moral von den besseren Menschen, die die intellektuellen und grünen Stasi-Aufarbeiter exzessiv transportieren (voran Giordano, der permanent die Integrität seiner Biographie ins Spiel bringt), und die zu sein sie selbstverständlich vorgeben, werden sie den Beweis schuldig bleiben müssen, daß die BRD-Gesellschaft die besseren Menschen hervorgebracht hat. Eine solche Feststellung soll die Notwendigkeit und Berechtigung, gegen Einrichtungen wie die Stasi zu rebellieren und die Ursachen der BRD-"Seelenlosigkeit" zu bekämpfen, nicht im geringsten einschränken.

Nationalsozialismus

und DDR: Trümmerfelder

Das Spezifische am deutschen Nationalsozialismus, die rassenbiologische Auslese- und Vernichtungspraxis und der unbändige Wille, das deutsche Wesen über die Welt auszubreiten mit Völkermord und Kriegen der verbrannten Erde - alles mit der DDR unidentifizierbar -, fällt bei der Gleichsetzung von Totalitarismen und gemeinsamer Strukturmerkmale von Herrschaftstechniken hintenüber. Auch der gewichtige Unterschied, daß die gegen eine mehrheitlich ablehnende Bevölkerung mit den Mitteln der Unterdrückung und Bespitzelung

agierenden DDR-Regierungen nicht vorrangig mit nationalistischen und chauvinistischen, sondern mit (irrealen) sozialen Zielen und "Werten" um Akzeptanz warben, verbietet die Gleichsetzung. Demgegenüber konnten die die Technik totaler Herrschaft anwendenden Nazis sich nicht nur auf eine Mehrheit bei Wahlen stützen, sondern gerade mit den nationalistischen, chauvinistischen, Krieg und Völkermord implizierenden Zielen Akzeptanz bei den Deutschen erreichen. Dieser gewichtige Unterschied bleibt bei der derzeitigen Abrechnungs-"Aufarbeitung" auf der Strecke. Heute weiß der durchschnittliche geschichtsbewußte Deutsche so viel: Nazi-Deutschland verfolgte moderne Ziele mit altertümlicher Ideologie und hat im Zweiten Weltkrieg überzogen. Was blieb: Kriegstrümmer; DDR-Deutschland warb mit überholter sozialistischer Ideologie für altertümliche Ziele. Was blieb: Industrietrümmer. Nicht einmal der von ihnen selbst errechnete Unterschied läßt Ex-DDR-Oppositionelle erschrecken: Fünfmal so viele Stasis als Gestapo habe es umgerechnet auf die Bevölkerung gegeben. Wenn das kein Beweis ist! Offenkundig konnte die unvergleichlich mörderische Nazi-Politik sich mehr auf ihre Deutschen verlassen als die unattraktive DDR mit ihrem gegen Republikflüchtlinge hochgerüsteten antifaschistischen Schutzwall.

Was angesichts totalitärer DDR-Herrschaftstechniken für uns als wichtige und traurige Erkenntnis bleibt: daß die DDR keine anderen deutschen Untertanen geschaffen hat, die zu integrieren die BRD wie 1945 dann keine Probleme haben wird, wenn sie ihr derzeitiges Produktionsmodell im Griff behält. Wehe aber, es läuft aus dem Ruder, dann könnte all das - bei Ost- wie Westdeutschen - wieder auf der Tagesordnung stehen, was deutschen Nationalsozialismus ausgemacht hat und weder in der BRD noch in der DDR jemals politisch aufgearbeitet wurde.

Deshalb: keine Sorge, nicht die Verurteilung aller ehemaligen Parteigänger des DDR-Staates steht zur Debatte. Wer nicht allzusehr politisch exponiert war, wer für wirtschaftliche und bürokratische Leitungsaufgaben nach Westmodell geeignet und unterordnungsbereit ist, und wer brav und effizient arbeitet, unter der Voraussetzung des vollständigen Abschwörens vom Versuch jedes Sozialismus, wird seinen Platz finden. Aus diesem letzten Grund wird die PDS, obwohl überwiegend zu alledem bereit, zusätzlich sogar noch gewillt und betonend, der äußeren auch die "innere Einheit" folgen zu lassen, niemals eine Chance bekommen. Sie kann noch hundertmal mehr als bisher abschwören und ihre traurige Gestalt, den integren Hans Modrow sich weiter zermürben lassen, qua Existenz bietet sich die PDS neben der allgegenwärtigen, aber unsichtbaren "Stasikrake" als Objekt spezifischer Geschichtsaufarbeitung des Siegersystems bis zu ihrer Auflösung an. Neben den vielen Phantomen und den wenigen Repräsentanten des DDR-"Unrechtsstaats" eignet sie sich vorzüglich zum Niedermachen. Sieger sind auch nur Menschen.

Bürgerbewegter Jammer - jämmerliche Bürgerbewegung

Wer erklärt dem Ex-Kommunisten Ralph Giordano, Bärbel Bohley und den DDR-Bürgerbewegten endlich einmal, was eine Revolution ist?

Eine Revolution ist der, in aller Regel gewaltsame, Umsturz der bestehenden Ordnung und die Errichtung einer neuen Herrschaft, gemeinhin über die Ergreifung der Staatsmacht oder den Aufbau einer Gegenmacht. Revolutionen benötigen zum einen Verhältnisse, die objektiv reif für eine andere Gesellschaftsformation sind, und zum anderen Revolutionäre, die dies erkennen und in einer solchen Situation zu handeln verstehen. Sprechen wir also meinethalben von der Revolution in der DDR. Die Reife der DDR für eine solche Umwälzung ist erwiesen. Es sind aber nicht die Revolutionäre, die dafür verantwortlich sind (das galt für alle bisherigen Revolutionen). Im Fall der DDR dürften es drei wesentliche Faktoren gewesen sein: die inneren ökonomischen und politischen Instabilitäten der SED-Herrschaft, von denen die organisierte innere DDR-Opposition, die im nachhinein ihre Bedeutung so maßlos überschätzt, nur ein Teil ist; die Politik Gorbatschows, die dem Staat politischen und militärischen Schutz entzog; die Politik und Ökonomie der BRD, insbesondere ihre materielle Vorbildfunktion für die DDR-Bürger, das schließt ausdrücklich die Erfolge der sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik mit ein.

Wie haben nun die potentiellen Revolutionäre reagiert? Zunächst: Wer hat die Staatsmacht ergriffen? Zweifelsohne Helmut Kohl und die Regierenden in der BRD. Wer hat ihnen dazu verholfen? In erster Linie die Akteure auf der Straße, besser auf den Autostraßen, also diejenigen, die über ihre osteuropäischen Urlaubs- und Fluchtorte zur Destabilisierung der DDR-Regierung beigetragen haben. In zweiter Linie diejenigen Teilnehmer der Montagsdemonstrationen, die nach vier Wochen unmißverständlich ihren revolutionären Willen mit "Wir sind ein Volk" bekundet haben.

Wer waren die Verlierer? Diejenigen, die dachten, sie sind das Volk, die Minderheit der Bürgerbewegten. Warum behaupten Bohley und andere dauernd, "wir haben hier im Osten eine Revolution gemacht" (Bohley in FAZ, 14.3.92)? Sie sind fürchterlich abgeledert worden, im besten Fall sind sie verhinderte Revolutionäre, das war die Realität. Trotzdem schreibt Bärbel Bohley in einer Mischung aus Unverständnis und Selbstgefälligkeit: "1989 war eine Stunde, in der sich zähe Zeitgeschichte verdichtet hat zu einem Augenblick Weltgeschichte. Da sind die Einzelkämpfer bestätigt worden, die sich den Politiktrends verweigert haben und ihrem altmodischen Gewissen treu geblieben sind ..." Schon die Realität des November 1989 hätte die Bürgerbewegten eines Besseren belehren können, alles andere danach (Wahlen, Vereinigung) sowieso. Beharrlich wird aber am revolutionären Mythos festgehalten, um daraus Ansprüche auf Platz im neuen Deutschland anzumelden. Bärbel Bohley, ursprünglich Vereinigungsgegnerin, hat sich mittlerweile zur Befürworterin gewandelt. Sie behauptet, aufgrund der Stasi-Akteneinsicht. Ihre Hoffnung auf einen "Dritten Weg" (zwischen DDR und BRD) sei wohl "ein Irrtum" gewesen. "Die Substanz, die geistige, war verrottet und die Leute waren demoralisiert, mit denen war nichts zu machen, was etwas eigenes hätte werden können" (die Andere 11/92). Das war zwar auch ohne Aktenkenntnis im November 1989 von außen deutlich ersichtlich, wird sich aber vermutlich aus der Innensicht und ohne Abstand anders dargestellt haben können.

Fragt sich nur, wie es mit der bürgerbewegten Substanz aussieht. Neben der politischen Volkshygiene dominiert ihre Sorge, daß "der schandbare Einigungsvertrag (k)ein wirklicher Nationalvertrag (hat) werden können zum Wohle der Nation - ich sage: zum Wohle des Volkes" (Bärbel Bohley). Nach Versailles ein neuer Schandvertrag? Die Schuldigen haben die Bürgerbewegten auch schon gefunden: die ehrbaren Kirchenmänner wie Stolpe, und - mit wahrem Haß bedacht - die sozialdemokratischen Entspannungspolitiker wie Bahr und Gaus. Mit Kritik werden schließlich auch die derzeit Regierenden bedacht, wegen allzu nachsichtigem Umgang mit der für BRD-Zwecke noch verwendungsfähigen DDR-Elite und den Stasi-Spitzeln. Nun will ich wegen meiner eigenen Gefühlslage niemanden ausschließlich aufgrund seines Hasses auf sozialdemokratische Ärsche kritisieren. Dennoch sollte man sich die Motive dieses Hasses etwas näher anschauen.

Zitieren wir zunächst den Wessi Christian Semler, vormals Vorsitzender der vaterländischen KPDANull, Osteuropa- und Menschenrechtsexperte sowie jetziger TAZ-Redakteur, ein wohlanständig Gelittener im Kreise der Stasi-Debattanten. "Besonders nach den matten Reaktionen der Schmidt-Regierung auf Jaruzelskis Putsch (Anm.: in Polen 1981) wurde die SPD in den Augen dieser (Anm.: Ost-)Demokraten vom ‚natürlichen Verbündeten` zum verachteten Bettgenossen der kommunistischen Machthaber." (TAZ, 20.2.92) Hier spricht nicht mehr ein Linker, der in Alternativen zur Regierung, sondern in Regierungsalternativen denkt. Der Alt-SDSler und heutige SPD-Bildungsreferent Tilman Fichter spricht gar vom "realpolitischen Kotau (Helmut Schmidts) vor dem polnischen General" (TAZ, 23.3.92) und wiederentdeckt (wie zuvor schon der ehemalige Grüne und Schreiber für die rechte Zeitschrift "Mut", Rolf Stolz, in der Ost-Bürgerzeitung "die Andere", und der frühere linksnationale - heute ohne links - Herbert Ammon im ebenfalls bürgerbewegten "Freitag") den deutsch-nationalen Kalte-Kriegs-Politiker, SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, der wiederholt Adenauer der Preisgabe der deutschen Einheit anklagte. (Im übrigen: eine um sich greifende Debatte: wieweit nicht Adenauers Westintegration die deutsche Einheit zu lange hinausgeschoben hat). Die Lust an deutscher Einheit um jeden Preis, auch dem des mitgedachten Krieges gegen die östlichen "Unrechtsstaaten", peitscht Ex-Linke Wessis und Bürgerbewegte zu immer verrückteren Anklagen. Natürlich hat Peter Glotz recht, wenn er Fichter antwortet: "Die Entspannungspolitik ... war einer der Gründe für den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums." (...) "Neben der offensiven (und hochgefährlichen) Rüstung hat die scheinbar defensive, sanfte Ostpolitik die Kommunisten besiegt". Schließlich habe sie der Opposition Spielräume, das Abstellen östlicher Störsender zur Freigabe der "Konterinformationen" westlicher Sender, Westkontakte, Reisen etc. verschafft.

Brechen wir also eine Lanze für die sozialdemokratische und von Kohl fortgeführte Ostpolitik als erfolgreich beim Zusammenbruch der RGW-Staaten. Bescheinigen wir Willy Brandt, daß er Zeit seiner Tätigkeit als Regierender Bürgermeister von Westberlin ein kluger und geschickt operierender Kalter Krieger war, und dieses Knowhow als Kanzler der Ostpolitik mit Entspannungswünschen und Friedenssehnsüchten zu kombinieren verstand. Er und seine ostpolitischen Strategen wären als Nieten in die Geschichte eingegangen, hätten sie sich in ihrer Politik nicht auf die Stärke westlicher ökonomischer Durchdringung und auf weltpolitische Rücksichtnahmen bei der Verfolgung deutscher imperialistischer Interessen in Osteuropa gestützt, statt auf Oppositionsgruppen, die einen Bauernschläuling Lech Walesa oder bürgerbewegte Unmittelbarkeitsstrategen wie die vom Bündnis 90/Neues Forum/Initiative für Frieden und Menschenrechte etc.

hervorgebracht haben. Sollten die Regierenden der BRD sich allen Ernstes an "das Konzept einer neuen Politik für Europa" halten, das "in den Essays und Schriften von Vaclav Havel, Adam Michnik, György Konrad und anderer" aus den achtziger Jahren "zu finden" ist, wie Wolfgang Templin empfiehlt (Zeit, 13.3.92), statt an die Empfehlungen der Deutschen Bank und der bundesdeutscher Osteuropaforscher-Eliten? Fast alle westlichen Politiker, klagt Templin, seien unfähig gewesen, "die östliche Dissidenz und die Menschenrechtsbewegung als möglichen Partner ernstzunehmen", obwohl diese doch zum "Dialog mit der Macht bereit" gewesen seien, wie er beleidigt hinzufügt. Wäre er bloß Trotzkist geblieben!

Unerschrocken wollen jetzt die Bürgerbewegten untersuchen, "aus welchen Gründen eine nachdrückliche Unterstützung der Widerstandsbewegungen der ehemaligen DDR sowie Mittel- und Osteuropas auch unter den Bedingungen der allgemein anerkannten Entspannungspolitik unterblieb". So formulierten Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs, Katja Havemann, Gerd Poppe und der als Linker geltende Reinhard Schult in ihren "Zehn Thesen zum Umgang mit der Vergangenheit" (FAZ, 2.3.92) ihre Anklage an die etablierten Herrschaftsverwalter des bundesdeutschen Imperialismus, speziell an die Adresse der SPD. Noch deutlicher der Abgeordnete Poppe (Bündnis 90) im TAZ-Interview: "Natürlich ist die Frage untersuchungswürdig, inwieweit die Deutschland-Politik zur Stabilisierung des Systems beigetragen hat." (24.3.92) In dieser "parteiübergreifenden Initiative" finden sie sich dann mit dem CDU-Sozialpolitiker Ulf Fink ebenso zusammen wie in ihrem ursprünglich "Tribunal" genannten "Forum zur Aufarbeitung und Erneuerung" mit dem CDU-Vorsitzenden im Rechtsausschuß des Bundestags, Herbert Helmrich. Daß dieser bürgerbewegte Teil aus der Ex-DDR, der überwiegend aus etablierten Parlamentsfunktionsträgern im Herrschaftssystem der Groß-BRD besteht, nicht mit höheren christdemokratischen Chargen zu tun hat, liegt allein an deren Zurückhaltung und Erkenntnis, daß diese Damen und Herren zum Abrechnen nützlich sind, zu viel mehr nicht. Und nicht etwa umgekehrt an der Einsicht, daß man tunlichst mit den Vertretern deutscher Herrschaftsinteressen kein Bündnis macht.

Aus solchen Kreisen erwächst dem vereinigten Deutschland ein neues Potential deutsch-nationaler Rächer, die für noch so mancherlei Ausfälle gut sein dürften. In ihren "Zehn Thesen" begrüßen die Unterzeichner denn auch die Vorform deutscher Sondergerichtsbarkeit, die Tätigkeit der Gauck-Behörde, als "unparteiischer, fairer Umgang mit dem Aktenmaterial" und bekennen sich zur "Aufarbeitung der DDR-Geschichte" als "eine gesamtdeutsche Verantwortung". "Die Führungsspitzen der SED, der Blockparteien und Massenorganisationen sowie die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter müssen endlich zur Verantwortung gezogen werden ... wenn nicht die Ergebnisse der Revolution verraten werden sollen", fordern sie. Deutlicher kann der Charakter dieser "Revolution" als Abrechnung unter der Ägide des westdeutschen Gewinners im Kalten Krieg, der europäischen Hegemonialmacht BRD, nicht auf den Punkt gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich das bis zur Unterwürfigkeit gesteigerte Bemühen der PDS, doch bitteschön irgendwie dabeisein zu dürfen, wenn aufgearbeitet wird, so tragisch aus, daß man es kaum noch kritisieren mag. Wenn der Bundestag eine Enquete-Kommission "Politische Aufarbeitung DDR-Geschichte" einrichtet, um restlos niederzumachen, was war, reicht die PDS konstruktiv und durchaus ernstgemeint einen umfassenden Entwurf mit zu untersuchenden Fragen ein, in dem sie vor den "Gefahren parteipolitischer Instrumentalisierung" der Aufarbeitung warnt und deshalb fordert, die Geschichtsaufarbeitung "in den Gesamtzusammenhang einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion" zu stellen. Haben sie verpennt, daß dieselbe seit Wochen tobt? Selig die Zeiten, als es noch GenossInnen gab, die einen Klassenbegriff von BRD-Parlament und -Gesellschaft hatten. Offenkundig wurden sie alle mit abgewickelt. Mittlerweile hat der PDS-Parteivorstand trotz aller Warnungen und Bedenken, die Geschichtsaufarbeitung könne "mißbraucht" werden, einen Beschluß "Aufarbeitung fordert Dialog" gefaßt. Man lese den biedernden Schwulst bitte einfach nur: "Ein offener Diskurs, ein Gespräch ist dabei auch immer das Gespräch mit Andersdenkenden, Andersfühlenden, die Geschichte anders erfahren Habenden. Deshalb unterstützt die PDS(/Linke Liste) die Initiative für ein ‚Forum zur Aufarbeitung und Erneuerung` - wissend, daß sie in vielerlei Hinsicht andere Erfahrungen und Sichtweisen einbringen kann." Das ist der Stoff, aus dem Tragikomödien verfaßt werden, der "Dialog mit dem Henker".

hr.

18. Wie Erich Mielke 1931 die Stasi gründete. Der Amoklauf des Historikers und Journalisten Götz Aly

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:26

Der Prozeß gegen Erich Mielke wegen Mordes an zwei Berliner Schutzpolizisten im Jahr 1931 wird auf Grundlage einer Nazi-Anklage aus dem Jahr 1934 geführt, die ihrerseits auf unter Folter erpreßten Geständnissen des Jahres 1933 fußt. Die Verjährungsproblematik wird dadurch umgangen, daß sich das Gericht auf einen Haftbefehl aus dem Jahr 1947 stützt, der nicht von einem Richter, sondern von einem Hilfsrichter ausgestellt worden war. Die Legitimation für dieses Vorgehen bezog dieser Hilfsrichter aus dem Führererlaß zur "Vereinfachung der Rechtspflege im Kriege" aus dem Jahr 1942. Doch das Instrumentarium der Justiz wird auch dann versagen, wenn auf die Nazi-Ermittlungen verzichtet wird und das Gericht streng rechtsstaatlich versucht, sich ein Bild von der Sache zu machen. Es gibt keine Beweise und keine brauchbaren Zeugenaussagen, die den Mordvorwurf gegen Mielke erhärten könnten. All das hat Götz Aly in der taz (am 10.2. und am 18.2.) plausibel dargelegt und gefordert: "Dieser Strafprozeß gehört eher heute als morgen eingestellt. Er ruiniert das Recht." (taz, 10.2.)

Ich will Spaß

Insofern überrascht es, wenn der gleiche Autor in der taz vom 24.3. (1) plötzlich feststellt, daß sich der Mielke-Prozeß doch zu einem Appetithäppchen für Leute von erlesenem Geschmack mausert, ja, "vorausgesetzt der Publikumsgeschmack spielt mit" sogar vom "Lückenfüller zum Hit" aufsteigen könnte. Unter der "etwas fahrigen" Moderation der 23. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin "gewinnt selbst dieser Prozeß sanft glänzende Patina - einen noch unbestimmten Reiz des Klassischen". Der diskrete Charme des Gestapokellers und der NS-Justiz verhelfen zu einer "Darbietung", deren "Reiz" man sich gar nicht entziehen kann, nicht mal der Angeklagte macht da eine Ausnahme: "Die Sache macht Spaß; selbst der störrische Angeklagte ist nachhaltig gelockert". Ihm kann es ja egal sein: "das aktuelle Moabiter Treiben" ist nur eine kleine Lockerungsübung, sozusagen zur Einstimmung für den ganz großen Kehraus. "Gewiß steht auch ein anderer, gegen Mielke und Genossen gerichteter Strafprozeß an." Man kann es auch anders ausdrücken: Aus dem Knast wird Erich Mielke sowieso nur mit den Füßen voran herauskommen. Weil es also für ihn um nichts mehr geht, besteht kein Grund, mit der verbissenen Miene des ewigen Spielverderbers dem Götz Aly die große Moabiter Talkshow zu vermiesen. Immer locker, Erich.

Geschichte leicht gemacht

Götz Aly ist freilich mehr als ein postmoderner Genießer des täglichen Zeitgeisttheaters (mit aller barbarischen Bedeutung, die eine solche "zivile" Existenz transportiert). Ihm geht es um die Vermittlung des richtigen Geschichtsbildes, das richtig inszeniert sein will, sonst kommen die Leute am Ende zu falschen Ergebnissen - etwa zu solchen, wie sie Götz Aly noch vor einem Monat selber präsentiert hat. "Das derzeitige Verfahren gegen Erich Mielke ist, so müssen wir unsere bisherige Kommentierung berichtigen, weder Historien- noch Schmierenstück. Richtig inszeniert und verstanden wird es zur paradigmatischen Tragödie über die Irrtümer, Grausamkeiten und Verblendungen einer ganzen Epoche."

Der tragische Held in der griechischen Tragödie wurde von einem Schauspieler gespielt, der nach der Vorstellung (in der ihn häufig der Tod ereilte) als freier Mann nach Hause ging. Der Tragöde Mielke wird am Ende jeder Vorstellung in seine Zelle geschoben, wo er sich für seinen nächsten Auftritt "lockern" kann. Der im Strafprozeß bemühte Humanismus von Geschichtsaufarbeitern wie G. Aly versagt an seinem historischen Vorbild. Die griechische Tragödie wollte den aktuellen historischen Prozeß, in dem sich Staat und Gesellschaft befanden, durch exemplarische Spiele verdeutlichen, die den jeweils erreichten bzw. propagierten Ist-Zustand als Resultat blutiger Kämpfe vorstellten. Der Zuschauer wurde durch Geschichten voller Grausamkeit, Schuld und Verhängnis geführt, die ihm Angst und Schrecken einjagen sollten. Der Zweck lag allerdings nicht in der Verbreitung von Entsetzen, sondern in der Auflösung des Verhängnisses. Die grausame Handlung war Parabel für den gesellschaftlichen Prozeß, ein Diskussionsangebot an den Staatsbürger.

Was im einen Deutschland in den aktuellen politischen Prozessen wiederauflebt, ist nicht mit der sublimierten Staatsdiskussion der griechischen Tragödie vergleichbar, sondern mit der rohen Exekution des Staatszwecks in den römischen Triumphzügen und Zirkusspielen, in denen die gefangenen Barbarenkönige bzw. Aufrührer

ihre Rolle selbst zu spielen hatten, bis zum tödlichen Ende. Diese Lust, Geschichte am lebenden Objekt, das öffentlich vorgeführt wird, anschaulich zu machen, kennzeichnet die neudeutsche Geschichtsaufarbeitung. Es gibt nichts zu beweisen außer der Macht und ihrem Recht, mit der besiegten Geschichte ihre überlebenden Repräsentanten zu erledigen, was gemeinhin als Gerechtigkeit bezeichnet wird. Die richtige Tribüne für diese "Inszenierungen" sind deshalb völlig konsequent die Strafgerichte. Das Drehbuch stammt nicht von Sophokles, noch nicht einmal von Götz Aly, sondern vom zuständigen Ermittlungsrichter und seinem spiritus rector, der Strafprozeßordnung (und selbst die muß noch zurechtgebogen werden). Die historische Einsicht ist folglich auch nicht das Resultat öffentlicher Diskussionsveranstaltungen, die im antiken Griechenland als Tragödien "inszeniert" wurden, sondern verdankt sich der Furcht und dem Schrecken, den die Exekution eines belastenden Verwaltungsakts verbreitet, einem Strafurteil zu lebenslänglicher Haft zum Beispiel.

Es wäre legitim, an diesem Punkt die Erörterung abzubrechen und den humanistischen Staatsbürger Aly mit seinesgleichen sich beschäftigen zu lassen, hätte er nicht neben dem Wunsch nach Vollstreckung von Geschichte auch noch eine ganz neue Theorie der Geschichte mit im Angebot. Die Geschichtstheorie oder besser -revision eines Mannes, der als Nationalsozialismusforscher zur Faschismusdiskussion wichtiges beigetragen hat, verdient Beachtung aus zwei Gründen. Zum einen, weil Aly im linken und linksliberalen Spektrum einige Reputation genießt und auf beachtliche Resonanz seiner veröffentlichten Gedanken rechnen darf, zum anderen, weil seine jüngsten Beiträge zu Staat, Recht und Geschichte auf einen viel älteren Diskurs verweisen, der freilich kein linker ist.

Kontinuitäten:

Vom Bülowplatz zur Stasi

Für Aly "erweist sich, daß das historische Bülowplatz-Verfahren für einen späteren Stasi-Prozeß durchaus von Nutzen sein könnte. Am 9. August 1931 wurden nicht nur zwei Polizisten ermordet, der ersten deutschen Republik ein Sargnagel mehr eingeschlagen - damals wurden auch für Mielke die Lebensweichen gestellt, die Tat wurde vom Geheimapparat der KPD geplant und ausgeführt." Damit aber nicht genug. Die Morde vom Bülowplatz waren die Geburtsstunde der Stasi. Als Kronzeuge für diese These muß das unverdächtige Opfer des Faschismus Carl von Ossietzky herhalten, aus dessen Artikel über die Bülow-Platz-Morde (siehe ak 340) Aly fleißig zitiert. "Die Sätze, die Ossietzky unmittelbar nach dem Attentat über die KPD schrieb, prognostizierten Aufstieg und Fall der späteren DDR: Massenhaft werfe die Partei diejenigen hinaus, ‚die unter Kollektivismus nicht den Verzicht auf eigenes Denken verstehen', und bilde ‚in ihrer Geistesenge das Musterbild eines Staates, in dem die Autarkie ausgebrochen ist - so kann einmal Deutschland aussehen, wenn die Apostel der ‚eignen Kraft' sich durchsetzen sollten'". Aly, der davon ausgeht, daß der Parteiselbstschutz der KPD (PSS), dem Mielke angehört hatte, den Mord geplant hat, sieht in dieser Organisation von "Jungterroristen" (taz, 23.3.), von deren Agieren die KPD sich nie wirklich distanziert hätte, die Keimform der Stasi: "Seine Erfahrungen im klandestin-überheblichen Milieu des PSS prägen auch das spätere Lebenswerk des Erich Mielke"(taz, 23.3.).

Terror von links und rechts

Es geht also vordergründig um ein recht triviales Gegensatzpaar, hier die deutsche Republik, dort ‚totalitäre' Organisationen, die an ihrem Sarg nageln, "Jungterroristen", die "klandestin" arbeiten, sich in "Revolverheldentum" üben etc. Aly zitiert sich Ossietzky zurecht, indem er die zentrale These von Ossietzkys Artikel unterschlägt und dessen Kritik an bestimmten Praktiken und Deformationen der KPD zur eigentlichen Aussage hochstilisiert. Ossietzky kritisierte die Partei jedoch nicht dafür, daß sie revolutionär war, sondern für ihre verheerenden Wahrnehmungsstörungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik: "Der ärgste Fehler, den die Partei begeht, ist der, daß sie eine Revolutionsromantik nährt, für die kein realer Boden vorhanden ist. Die Führer leben nicht in diesem Deutschland mit seiner Geduld, mit seinem Beharrungsvermögen, sondern im vorletzten Stadium der Revolution, in der kurzen Etappe vor dem definitiven Sieg. Richtig ist ihre Diagnose, daß wir in höchst revolutionären Zuständen leben, aber sie verkennen darüber, daß die Menschen nicht revolutionär sind. Sie buchen jede gegen einen Schutzmann erhobene Arbeiterfaust als Plus im Revolutionskonto. Aber es geht ihnen nicht auf, daß es sich hier um individuelle Akte der Desperation handelt."

Diese zentrale Aussage Ossietzkys findet sich zwar in der gekürzten Dokumentation seines Artikels in der taz vom 21.3., nicht aber in Alys Essay vom 24.3.. Aly - und darin unterscheidet er sich fundamental von Ossietzky

- geht es nicht um die Kritik an der falschen revolutionären Strategie, sondern um die Erledigung der Revolution als Mittel der Befreiung von kapitalistischer Zwangsvergesellschaftung und die tiefe Verbeugung vor den bestehenden Verhältnissen: "Wenn auch noch nicht lange, so sind wir doch jener Ära entwachsen, die Ernst Nolte (!) mit einigem Recht (!!) als Zeitalter des Europäischen Bürgerkriegs bezeichnete. Ein Zeitalter ideologischer Endzeitstimmungen, das unendliche Grausamkeiten und geistige Verbiegungen hervorbrachte." Zur Untermauerung einer geschichtstheoretischen These ausgerechnet den Vater der Historikerdebatte, Ernst Nolte, als wissenschaftliche Autorität zu bemühen, reiht sich würdig in die Serie der "Tabubrüche" ein, für die in der taz bis jetzt Namen wie Christian Semler, Udo Knapp und Rainer Langhans standen. Carl von Ossietzky hätte 1931 schon Carl Schmitts "Leviathan" für den Rechtsstaat und gegen die KPD auffahren müssen, um seinem selbsternannten Nachfolger ideologisch das Wasser reichen zu können.

Bereits am 18.2. - zu einem Zeitpunkt, als der Rechtsstaatler und Antifaschist Aly mit dem Geschichtsrevisionisten Aly noch im Streit lag - dachte der Gerechtigkeitsfanatiker Aly über die gerichtliche Nutzbarmachung seiner Nolte-These im Bülow-Platz-Prozeß nach: "Angeklagt könnte mit Hilfe dieses Prozeßstoffs heute ein Denken sein, daß das Leben des einzelnen den großen Zielen unterordnet, Menschenleben im Namen einer besseren Welt - oder auch im Namen der Staatsräson - geringachtet, opfert und zerstört. Für die Folgen dieses Denkens stehen die bekannten und die namenlosen Opfer des damaligen deutschen Bürgerkriegs." Die historische Grätsche von der "Bürgerkriegspartei" KPD des Jahres 1931 zur "Geringachtung von Menschenleben im Namen der Staatsräson" durch die Staatspartei SED 1949-1989 ist ihm also damals schon gelungen.

Die unterstellte Gleichheit unterschiedlicher politischer Bestrebungen im gleichen Denken muß gemessen werden an der besseren Alternative, die beide bekämpften. Wie das Denken von Kommunisten und Faschisten nur mittels Abstraktion in der Lehre vom Totalitarismus gleich gemacht werden kann, muß auch das Opfer des Totalitarismus sich verflüchtigen in ein nebelhaftes Prinzip, die deutsche Republik, der demokratische Rechtsstaat. Der gute Staat eben, der hinter Gesetzen und Parlamenten die Gewalt vergessen machen will und gewaltlose Zivilgesellschaftler wie Götz Aly produziert, die "falsches Denken" nicht nur denunzieren, sondern auch seiner Justiz überantworten. Vor diesem Prinzip, 1919-1933 schon einmal - wenn auch unvollkommen - realisiert, seit 1949 in der BRD wiederauferstanden und seit 1989 auf dem Wege, ganz Deutschland zu durchdringen, werden alle zu Verbrechern, die es bekämpft haben: Faschisten und Kommunisten gleichermaßen. Wer nun von wem getötet wurde und warum interessiert, wenn die Frage so gestellt wird, kaum mehr. Verblendete, deren Tod zu bedauern ist wie jeder gewaltsame Tod in diesem Zeitalter der "geistigen Verbiegungen". Die kommunistischen Toten und Verfolgten des Faschismus als Widerständler zu ehren paßt in ein solches Bild nicht hinein, legt es doch nahe, daß dann ein Erich Mielke oder ein Erich Honecker irgendwie doch für die bessere Sache gekämpft haben, ein Gedanke, der sich angesichts des Stasi-Staates verbietet.

Und Götz Aly macht Ernst: 50.000 ermordeten KommunistInnen wird im Vorübereilen aufs Grab gespuckt, alles nur ein "mit Halbwahrheiten gespicktes Heldenepos von Widerstand und Verfolgung", die "Urheberrechte für eine Politik des Genickschusses" werden zwischen Nazis und Kommunisten gerecht verteilt, die KPD der Mitautorenschaft am "Wörterbuch des Unmenschen" geziehen und im gleichen Zusammenhang der Antisemitismusvorwurf gegen die Linken erhoben, "wie wir ihn am Fall Erich Mielke noch zeigen werden". Keiner der erhobenen Vorwürfe ist für sich genommen ganz falsch, gerade am linken Antisemitismus läßt es sich nur zu leicht belegen. Aber nichts ist infamer, als diese Vorwürfe im Zuge einer Totalitarismustheorie fast gleichmäßig auf Faschisten und Kommunisten zu verteilen. Und selten hat ein Linksliberaler die Ideologie der KPD und die Gaskammern von Auschwitz in einen so engen Zusammenhang gebracht. Der weitergehende Gedanke eines Ernst Nolte, daß die Wurzel solcher totalitärer Praxis möglicherweise bei den Mielkes, also im Kommunismus zu suchen ist, weil der sich schließlich früher in Form der SU staatlich betätigt hat als der deutsche Faschismus, liegt näher, als es Aly lieb sein kann.

Politische Hygiene

Die bängliche Frage professioneller Stasi-Jäger, die sich Aly selbst stellt: "Lenkt das alte Verfahren vom Stasi-Komplex ab?", beantwortet er völlig konsequent: "1931 wurden die Weichen gestellt" für die "totalitäre Realität 'Stasi'". Der Totalitarismus ist in Deutschland 1945 nicht endgültig besiegt worden. Was in Ostdeutschland nach 1945 an die Macht kam, war nur sein zweites Gesicht. Die Herkunft der feindlichen Brüder liegt im "Weltbürgerkrieg", in den gemeinsamen Anstrengungen, Recht und Gesetz abzuschaffen. Der

Mord von 1931 ist für Aly "Exempel einer ganzen Epoche", ein ebensolches muß folgerichtig am vermeintlichen Mörder gerechterweise statuiert werden; als Ausgangspunkt für die Aburteilung aller DDR-Verantwortlichen. "Langsam wird klar, daß von der ehemaligen DDR nichts übrigbleiben darf," hatte Aly bereits am 29.8.91 in der taz festgestellt. Wer diesem Zerstörungswerk, das, wie immer, wenn Deutsche etwas, was ihnen nicht paßt, bis auf die Grundmauern zerstören, mit dem Gebot der Sauberkeit gerechtfertigt wird, immer noch nicht so recht zustimmen will, wird vom Historiker und Euthanasieforscher Aly in einer Sprache abgefertigt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: "Für politische Hygiene ist es wichtig, allen Dolchstoßlegenden und Mythen über das Ende der DDR den Boden zu entziehen" (taz, 29.8.91).

Der militante revolutionäre Aktionismus von jungen Arbeitern Ende der Weimarer Republik (die damals längst eine Notverordnungsdiktatur war), war blind für die wirkliche Situation und falsch in seinem Voluntarismus. Er dokumentierte aber die verzweifelte Hoffnung, aus dem Elend und der alltäglichen Unterdrückung des vorfaschistischen Deutschlands in eine bessere Zukunft ausbrechen zu können. Aktionen wie die am Bülowplatz waren terroristisch und vielleicht auch im Sinne Hannah Ahrendts, die von Aly zustimmend zitiert wird, darauf gerichtet, "sich selbst, den eigenen Haß und ein blindes Ressentiment auf alles Bestehende auszudrücken". Im Vergleich zur bedingungslosen Aussöhnung eines ehemaligen Linken mit dem herrschenden System und seiner gleichermaßen zynischen wie wohlfeilen Verurteilung jeder kommunistischen Bemühung als totalitär nehmen sich noch die Mörder vom Bülow-Platz wie strahlende Freiheitskämpfer aus.

jw./Westberlin, Gruppe K

(1) Alle Zitate von Götz Aly stammen, soweit nicht anders angegeben, aus dem Artikel "Wahrheit, Schuld und Recht" aus der taz vom 24.3.1992.

19. Warnschuß. Ostdeutsche Schiffbauer kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Ostdeutsche Schiffbauer kämpfen für ihre Arbeitsplätze

Autor: Herbert Waterkant · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:11

Ohne durchschlagende Erfolge endeten die symbolischen Betriebsbesetzungen der ostdeutschen Schiffbauer in Mecklenburg-Vorpommern. Während die Konzerne Bremer Vulkan mit der Meerestechnik- Werft Wismar (MTW) und dem Dieselmotorenwerk Rostock (DMR) und Kvaerner (Norwegen) mit der Warnow-Werft in Warnemünde (WW) erhalten, was sie haben wollten, verlieren bis 1995 mindestens weitere 3000 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze. Völlig offen ist nach der Entscheidung der Treuhand das Schicksal der Beschäftigten auf der Rostocker Neptun-Werft, die es selbst als positives Zwischenresultat betrachten, nicht an den norwegischen Kvaerner-Konzern veräußert worden zu sein.

Die Vorgeschichte der Besetzungen ist ein typisches Stück deutscher Vereinigung. Das ehemalige Kombinat Schiffbau der DDR wurde unter dem Dach der Treuhand in die Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG (DMS) umgewandelt. Der Vorstandsvorsitzende Krackow entwarf ein Sanierungskonzept, das durch Ausgliederung von Betrieben, Entlassungen und Neuinvestitionen die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der Kernbetriebe unter kapitalistischen Bedingungen schaffen sollte. Der Plan sah die Verringerung der bei der DMS beschäftigten Lohnabhängigen von ehemals 54.000 auf 18.000 vor. Diese Konzeption fand die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die daran erfolgreich Bedingungen für die Errichtung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und den Einsatz weiterer arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur sozialen Abfederung der Entlassungen knüpften. Damit war die Erwartung verbunden, erstens die industriellen Kerne der Region zu erhalten und zweitens über die Beschäftigungsgesellschaften neue Produktionsbereiche für Mecklenburg-Vorpommern zu erschließen.

Dies alles traf aber auf den Widerspruch der Treuhand, die im August eine Alternative verbreitete, die nicht nur die zusätzliche Entlassung von 3.500 Beschäftigten, sondern auch die Infragestellung der Werften Stralsund, Wolgast und Boitzenburg beinhaltete. Außerdem forderte die Treuhand die Zusammenfassung der DMR, MTW und der bereits verschmolzenen Neptun-Warnow-Werft in einer Frachtschiffbaugesellschaft, der daraufhin gegründeten Hanse GmbH, die kurzfristig veräußert werden sollte. Gleichzeitig verweigerte die Treuhand auch in den Folgemonaten alle Investitionen, selbst die zur Sicherung bereits ergangener Aufträge, und sorgte damit für die gezielte Verbilligung der zur Rede stehenden Betriebe.

Angebote gab es für die Hanse oder einzelne Betriebe von Seiten des Bremer Vulkan, von Kvaerner und von MAN. Das weitestgehende Angebot machte der Bremer Vulkan, der sich noch 1991 ausschließlich an der MTW interessiert gezeigt hatte. Der Vulkan wollte 51 Prozent der Hanse sofort übernehmen, die anderen 49 Prozent in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Das Vulkan-Angebot enthielt eine Arbeitsplatzgarantie für 7.500 Beschäftigte bis 1995; aus dem Blickwinkel Betroffener: die Vernichtung von 3.000 Arbeitsplätzen.

Der Dieselmotorenproduzent MAN unterbreitete ausschließlich ein Angebot für das DMR und wollte bis 1993 von 1.400 Arbeitsplätzen bereits 500 abgebaut haben.

Der norwegische Kvaerner-Konzern, der ursprünglich ausschließlich den Betriebsteil Warnow der Neptun-Warnow-Werft haben wollte, unterbreitete für die Neptun-Werft nur auf Bitten der Treuhand ein Angebot. Für die Warnow- Werft garantiert Kvaerner bis 1995 1.900 Arbeitsplätze, für die in ihrer Bedeutung weiter zu reduzierende Neptun-Werft bestenfalls noch 600 Arbeitsplätze. Dieses Angebot sieht die Vernichtung von rund tausend Arbeitsplätzen mehr als das des Vulkan vor.

Genaugenommen ist der Begriff "Angebot" gänzlich unangebracht. Alle drei Konzerne forderten umfangreiche Investitionsbeteiligung durch die Treuhand, Bilanzausgleich über Jahre, zusätzliche Eigenkapitalausstattung, Beseitigung von Umweltlasten und die Übernahme von Sozialkosten bei Entlassungen, die sich auf Milliardenhöhe summierten. Nach der Entscheidung verlautet, daß die Privatisierung die Treuhand über 3 Milliarden Mark kosten wird. Die damit auch finanzierten Beschäftigungsgarantien werden ihre Gültigkeit wohl schnell verlieren, wenn der europäische Marktanteil am Weltschiffbau sich einschneidend verringern sollte.

Arbeiter für Produktivität und Konkurrenzfähigkeit

Zu den Betriebsbesetzungen Ende Februar kam es, als die Treuhand trotz der vorliegenden Angebote die Entscheidung weiter verschob und den Beschäftigten keinerlei neue Perspektive gab. Klarheit und der Erhalt einer konkurrenzfähigen Schiffbauindustrie in Mecklenburg-Vorpommern bildeten die Kernforderungen der Aktionen, keineswegs der Erhalt aller noch existierenden Arbeitsplätze. Die betriebswirtschaftliche Produktivität auch auf Kosten der Menschen findet in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen Zustimmung auch unter den Beschäftigten. Der vehemente Einsatz der IG Metall für die große Verbundlösung unter der industriellen Führerschaft des Bremer Vulkan war wohl der Tatsache geschuldet, daß der Bremer Vulkan die besten Beschäftigungsperspektiven bot und die mehrjährige Treuhandbeteiligung, also faktische Staatsbeteiligung, die Aussicht auf weitere Möglichkeiten politischen Drucks eröffnete. Kritisch muß dazu gesagt werden, daß in der Vergangenheit die Beteiligung des Bundes oder von Bundesländern kaum oder nur sehr, sehr begrenzt zur Aufhebung rein betriebswirtschaftlicher Maßstäbe führte. Für erhebliche Aufregung sorgte Anfang März zusätzlich ein Schreiben der EG-Kommission, daß je nach politischem Standort als definitive Absage gegen die große Verbundlösung bzw. Offenhalten der Entscheidung interpretiert wurde. Tatsächlich äußerte sich die EG-Kommission mit keinem Wort zu den Privatisierungsvorschlägen, sondern forderte, schlimmer noch, als Gegenleistung für zusätzliche Subventionen weitere Kapazitätseinschränkungen. Demnach müssen aus Brüssel neue Vorgaben zur Umstrukturierung erwartet werden. Die Treuhandentscheidung erlaubt dem Vulkan-Vorstand, in den nun folgenden Verhandlungen seine Arbeitsplatzangebote für die MTW und das DMR neu zu bestimmen und in Wismar eine hochmoderne Werft zu errichten, die früher als erwartet zum Arbeitsplatzkiller westdeutscher Arbeitsplätze werden könnte. Arbeitsplatzgarantien für Westdeutschland lehnte der Vorstandsvorsitzende Hennemann bereits ab. Dafür kündigen sich in Rostock bereits neue Aktivitäten an. Der Vulkan-Vorstand äußerte inzwischen Begehrlichkeiten gegenüber der Schiffselektronik Rostock (SER), einem potentiellen Konkurrenten der Vulkan-eigenen Systemtechnik Nord, die vorerst eine Filiale in Rostock aufbaut. So wird man SER schon kleinkriegen ...

Das Verhalten von SPD und PDS war in der Krise völlig unzureichend. Die SPD forderte dauernd Neuwahlen und brachte einen sehr schlappen Antrag in den Landtag ein, der ebenfalls keine Arbeitsplatzsicherung forderte. Die PDS brachte einen eigenen Antrag nicht zustande und unterstützte den SPD-Antrag. Die Forderung nach Neuwahlen lehnte die PDS dagegen ab, denn nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten Seite (CDU) brauche das Land jetzt erstmal Ruhe und eine beständige Regierung. Hinter so viel staatstragendem Verantwortungsgefühl wollte die SPD nicht zurückbleiben: sie stellte jede Kritik am Treuhand-Beschluß ein, denn nun dürften die Investoren nicht verunsichert werden.

In einem vorläufigen Fazit darf nicht vergessen werden, daß es der IG Metall und den Betriebsräten der DMS-Betriebe schon im September gelang, eine Vereinbarung durchzusetzen, die allen betriebsbedingt gekündigten Arbeitnehmern die vorläufige Absicherung in Beschäftigungsgesellschaften bis zum 30.6.1992 garantierte und damit vorübergehende Sicherungen schuf, die das übliche Maß um einiges überschritten. Die symbolischen Besetzungen und Verkehrsblockaden, die Mahnwachen und Demonstrationen zündeten keinen Flächenbrand, aber sie waren der unüberhörbare Warnschuß, daß die Menschen in Ostdeutschland nicht jede Zerstörung ihrer (Über-)Lebensperspektive hinnehmen werden. Die Forderung nach der Umwandlung der Treuhand in eine Industrie-Holding und nach dem Einsatz struktur- und regionalpolitischer Planung erhielt neue Nahrung. Und die ebenfalls von den Aktionsausschüssen ins Leben gerufene "Initiative Neuwahlen" deutet immerhin an, daß Volksherrschaft sich nicht darin erschöpfen muß, eine nach bürgerlich-demokratischen Verfahrensformen gewählte Regierung bar jeder inhaltlichen Überprüfung zu akzeptieren.

Sehr kritisch muß das Verhalten des Hauptvorstandes der IG Metall bewertet werden, der sich während der laufenden Besetzungen weder an der Ostseeküste blicken ließ noch sonst irgendetwas unternahm, um aus den Betriebsbesetzungen durch Ausdehnung und Zuspitzung der Auseinandersetzungen politische Schubkraft für das Konzept der Umwandlung der Treuhand in eine Industrie-Holding zu gewinnen. So bleibt der schale Geschmack, daß der Hauptvorstand zwar mehr oder minder kluge Papiere schreiben läßt, aber gezielt alles meidet, was deren Umsetzung ermöglichen könnte. Es ist sehr fraglich, ob die auch von der IG Metall konstatierte Kluft zwischen den Interessen und Anforderungen der Mitgliedschaften (!) Ost und West sich schnell schließen läßt, wenn die IG Metall den Eindruck solidarischer Unterstützung der schwachen durch die starken Belegschaften nicht vermitteln kann. Das nächste Datum bedrückender Veränderungen für die

Metallbeschäftigten steht bereits ins Haus: Wenn zum 30.6.92 die Kurzarbeit- Null-Regelung ausläuft, werden viele die Arbeitslosigkeit wirklich zu spüren bekommen.

Mit dem Gesagten ist ein weiteres Problem noch gar nicht berührt worden, die Frage, ob es überhaupt einen Gebrauchswert hat, "die Industrie" und "die Arbeitsplätze" in Mecklenburg-Vorpommern oder sonstwo zu erhalten. Oder müßten Kommunisten nicht die Kritik viel grundsätzlicher daran führen, daß mit jedem Löffel staatlicher Subventions-Medizin die warenproduzierende und also vom Gebrauchswert abstrahierende Produktion auf immer neuen Stufen weitergetrieben wird? Anders gesagt: Wenigstens wir müssen noch die Frage aufwerfen und selbst darüber nachdenken, wie die Grundlage dafür geschaffen werden kann, daß nur produziert wird, was die Menschen nach freier Übereinkunft als nützliches Produkt in einer bestimmten Zeit zu fertigen beschlossen haben. Denn darüber, daß auch für die, die an der Ostsee bis 1995 einen Arbeitsplatz recht sicher haben, die Arbeitsintensität um über 30 Prozent erhöht werden soll, der Verschleiß ihrer Muskel- und Gehirnkraft erheblich steigen wird, spricht niemand mehr. Nicht der Entsolidarisierung soll damit das Wort geredet werden, aber doch einer Nachdenklichkeit, die über den Tellerrand gesicherter Arbeitsplätze in der imperialistischen Metropole hinausblicken läßt.

Herbert Waterkant

Anmerkungen:

Als Grundlage dienten Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ostsee-Zeitung (Rostock), Neue Zeit (Berlin/Ost), Metall und Der Gewerkschafter.

20. Sklavenarbeit bei Krupp-Rheinhausen

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:12

100.000 Menschen, die man aus Rußland und Polen verschleppt hatte, mußten im "Dritten Reich" Zwangsarbeit für den Krupp-Konzern leisten. Dabei unterlagen sie brutalster Unterdrückung und waren zum jederzeitigen Abschuß freigegeben. Die Sklaventreiber und Mörder von damals - die 1945 ungestraft davonkommen und Amt und Würden bald zurück erhalten konnten - scheinen im Geiste den heutigen hohen Herren noch immer die Hand zu führen.

So wurden Ende letzten Jahres auf dem Gelände der Krupp-Stahl-AG Rheinhausen wieder Menschen aus dem Osten gehalten. Für teilweise weniger als 7 DM Stundenlohn bei einer 15-Stunden-Schicht mußten sie innerhalb weniger Wochen die betriebseigene Kokerei umrüsten. Sie wurden auf dem Werksgelände - gegen 11,20 DM Übernachtungsgebühr - zu viert oder zu sechst in blechernen "Wohn"-Containern kaserniert, die für zwei Personen vorgesehen sind. Das mit der Umrüstung beauftragte Unternehmen Krupp-Koppers (eine Tochter der Krupp-GmbH) hatte dafür zunächst Arbeiter aus dem jüngst von Krupp geschluckten Kaltwalzwerk Oranienburg (Ex-DDR) nach Rheinhausen gelockt. Den Kollegen hatte man Aufhebungsverträge angeboten; mit Abfindung beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis und unter der Maßgabe, sie befristet weiter zu beschäftigen. Als die Kollegen sich über die menschenverachtenden Bedingungen beschwerten, unter denen Krupp-Koppers sie in Rheinhausen "weiter beschäftigte", wurden sie kurzerhand gegen polnische Arbeiter aus Krakau ausgetauscht, von denen erwartet wurde, daß sie die Arbeit in der Hitze und dem Staub der Kokerei und unter dem ungeheuren Leistungszwang ohne Widerspruch fortsetzen würden. Die polnischen Arbeiter müssen eine fast hermetische Abrieglung von der Außenwelt ertragen. Einkaufsmöglichkeiten bieten sich erst nach etlichen Kilometern Fußmarsch. Nur ein- bis zweimal im Monat dürfen die Polen nach Hause fahren, und dann noch auf eigene Kosten.

All das passierte unter den Augen der Mandatsträger von IG Metall und Betriebsrat! Welch ein Hohn, daß dieselben Herren zu diesem Zeitpunkt in der Metalltarifrunde am Verhandlungstisch saßen und die Forderung nach 10,5% Lohnerhöhung im Munde führten. Das Europa der EG 93, das dem Kapital erlaubt, ohne störende Gesetze und Grenzen zu schalten und zu walten, schafft sich vermehrt rechtlose Wanderarbeiter, die die Drecksarbeit machen und insgesamt eine Lohnanpassung nach unten bewirken sollen: sozialer Rückschritt - "damit Deutschland im sich verschärfenden Wettbewerb des EG-Binnenmarktes mithalten kann" (die Bundesregierung). Dieses Europa, das nur dem Kapital etwas zu bieten hat, muß auf den entschlossenen gemeinsamen Widerstand von "Inländern" und "Ausländern" stoßen!

h.l., Duisburg

21. Von Hanover, Pennsylvania bis Hoyerswerda, Sachsen

Chronologie neonazistischen Treibens

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:16

Hoyerswerda ist ein halbes Jahr her, die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber nazistischen und rassistischen Ausschreitungen hat wieder nachgelassen, doch geändert hat sich nicht viel: Wer genau hinsieht, wird feststellen, daß nach wie vor fast täglich über derartige Vorfälle berichtet werden kann. Die folgende Aufstellung resultiert "nur" aus der mehr oder weniger systematischen Verfolgung der Medien. Von besonderem Nutzen war bei der Zusammenstellung die Dokumentation der PDS-Bundestagsfraktion (Drucksache 12/2186), die beim Büro der Abgeordneten Ulla Jelpke oder direkt bei der Bundestagsverwaltung zu erhalten ist.

Görlitz, 1.1.92: In Görlitz wurde eine Versammlung rechtsradikaler Jugendlicher polizeilich aufgelöst (taz, 2.1.92).

Bergen-Belsen, 1.1.92: Die Gedenkstätte im KZ Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide wurde in Neujahrsnacht mit neonazistischen Parolen beschmiert worden (taz, 3.1.92).

Haldensleben, 1.1.92: Schüsse auf ein Asylbewerberheim (ND, 3.1.92)

Sömmerda, 1.1.92: Feuerwerkskörper werden auf das Asylbewerberheim geschossen und ausländerfeindliche Parolen gebrüllt(taz, 2.1.92).

Harburg, 1.1.92: 15 Skinheads bedrängen in der Neujahrsnacht 4 Aussiedller, die in einen Bus einsteigen wollen und sprühen ihnen Reizgas ins Gesicht. Auch der Busfahrer wird getroffen. Der Täter, ein 16jähriger, wird festgenommen.

Erlangen, 1.1.92: In einem Asylbewerberheim werden durch einen Brand - ungeklärter Ursache - drei Menschen verletzt und 40 müssen evakuiert werden. (konkret 2.92)

Ansbach, 1.1.92: Anschlag auf ein türkisches Imbißgeschäft mit einem Sachschaden von DM 150.000. (PDS-Chronologie)

Kremmen, 2./3.1.92: Steine werden auf eine Unterkunft von Asylbewerbern geworfen. In Nebra wird ein Brandanschlag auf eine Wohnung jugoslawischer Bürger verübt (ND, 6.1.92).

Bestensee, 3.1.92: (Kreis Königs Wusterhausen) Nazis sprühen einem Mann Reizgas ins Gesicht. Im benachbarten Pätz beschädigen Nazis ein Wohnhaus, in dem ein Antifaschist wohnt (Berlinische Zeitung, 28.1.92).

Stadthagen, 4.1.92: Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. Die Löscharbeiten finden unter Nazisprüchen Umstehender statt (Hurra, das Heim brennt etc.).

Guben, 4.1.92: Zwei Polen werden von Neonazis verprügelt. (taz, 6.2.92)

Augsburg, 4./5.1.92: Unter ungeklärten Umständen stirbt ein Nigerianer nach einer Auseinadersetzung vor einer Diskothek.

Thüringen, 4./5.1.92: In mehreren Städten (Jena, Moderwitz, Rudolstadt) überfallen Skinheads Jugendliche und Flüchtlinge. Mehrere Verletzte.

Sömmerda, 5.1.92: Tränengasgranaten werden in den Hof eines Asylbewerberheims geworfen.

Waldkirch, 6.1.91: Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Breisgau. Ein 18jähriger libanesischer Asylbewerber wird schwer verletzt, 20 weitere erleiden Rauchvergiftungen; Sachschaden 100.000.- DM.

Halberstadt, 7.1.92: Drei Ghanesen werden von einer Jugendbande einzeln abgepaßt und niedergeschlagen.

Norderstedt, 7.1.92: 10 Skins überfielen einen Mann und schlugen und traten ihn. Sie flüchteten, als der Mann eine Gaspistole auf sie richtete (HA, 7.1.92).

Wien, 7.1.92: Der Neonazi Gottfried Küssel wurde in Wien verhaftet. Er gilt als einer der zentralen Figuren im österreichischen Neonazismus. Auch in der ehemaligen DDR war Küssel als Reisekader aktiv. Trotz eines gegen ihn bestehenden Einreiseverbots konnte er 1991 mehrfach in die Bundesrepublik einreisen (angeblich wurde er auch mal zurückgewiesen) und bei Naziaufmärschen in aller Öffentlichkeit auftreten, ohne dafür belangt zu werden (FR, 8.1.92 u.a.). Seine Verhaftung steht nach einem Bericht der Illustrierten STERN, 19.3.92, im Zusammenhang mit der Anwerbung von Neonazis als Söldner für Kroatien. Derartige Aufrufe hatten Ende 91 die Nationale Liste aus Hamburg, die Deutsche Alternative in Cottbus oder der bayrische Deutsche Nationale Block veröffentlicht. Küssel hatte zu all diesen Gruppen beste Kontakte.

Arnstadt, 8.1.92: In einem Jugendclub in Arnstadt/Thüringen, wurde ein umfangreiches Waffenarsenal sichergestellt worden. 10 Jugendliche, die nach Angaben der Polizei rechtsradikalen Kreisen angehören, sind überprüft worden. Die Polizei, die Anzeige wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz erstattet hat, war auf die Gruppe anläßlich eines Einsatzes gegen "Randalierer" vor einer Kaufhalle auf den Jugendclub aufmerksam geworden (FAZ, 9.1.92).

Dinslaken, 8.1.92: Schüsse auf ein Asylbewerberheim mit einer Faustfeuerwaffe mittleren Kalibers.

Geske, 8.1.92: Brandanschlag auf das Auto eines Asylbewerbers.

Werder, 11.1.92: Ein Angehöriger der Roten Armee wird von Jugendlichen zusammengeschlagen und mit Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Salzhausen, 11./12.1.92: Bei einem Asylbewerberheim werden Scheiben eingeworfen und mit einem Gasrevolver in die Wohnräume geschossen.

Berlin-Lichtenberg, 12.1.92: Skins überfallen einen Jugendclub. (SZ, 13.1.92)

Wien, 14.1.92: Bei dem Anfang Januar festgenommenen Gottfried Küssel, einem auch in der ehemaligen DDR führenden Neofaschisten, wurde umfangreiches Material über neonazistische Zusammenhänge sichergestellt (TAZ, 14.1.92).

Trier, 14.1.92: Brand in einem Asylbewerberheim; Ursache ist vermutlich Brandstiftung.

Frankfurt/Oder, 15.1.92: Mehrere Glatzen bedrohen in der Innenstadt Ausländer und gehen gegen sie vor. Einige der Angegriffenen müssen in ärztliche Behandlung.

London, Mitte Januar 92: Ein Sudanese darf per Gerichtsbeschluß nicht aus Großbritannien nach Deutschland abgeschoben werden, nachdem er in Goslar Opfer neonaziostischer Angriffe geworden war (FR, 17.1.92).

Wien, 17.1.92: Eine "Wehrsportgruppe Trenck" mit etwa 20 Mitgliedern wird in Wien ausgehoben; es werden u.a. lasergesteuerte Waffen sichergestellt; Anführer Hermann Ussner und zwei weitere Nazis wurden festgenommen. Ob diese Gruppe mit dem Anfang Januar festgenommenen Gottfried Küssel Verbindungen hatte, ist unklar (FR, 18.1.92).

Berlin, 17.1.92: Einem 19jährigen Polen haben unbekannte Täter, nach Beschreibung Skins mit Glatze und Igelschnitt, einen Teil der Zunge abgeschnitten (FAZ, 21.1.92).

Stoekow, 18.1.92: Drei Polen werden überfallen, mißhandelt und ihr Auto zerstört. (PDS-Chronologie)

Pätz, 19.1.92: Das Asylbewerberheim in Pätz wird aus Autos mit einer Schreckschußpistole beschossen; 4 Brandsätze fliegen über die Umzäunung, richten aber keinen großen Schaden an.

Frankfurt/Oder, 19.1.92: Offenbar, weil Ausländern der Zugang zu einer Diskothek verwehrt wurde, kam es zu einer Schlägerei zwischen jeweils etwa 20 Deutschen und Ausländern. Zwei Ausländer werden verletzt.

Erfurt, 19.1.92: Erneute neonazistische Vorfälle in Thüringen. 6 Täter, die Ausländer angegriffen hatten, wurden festgenommen und sind nach Polizeiangaben rechtsextremistischen Kreisen zuzuordnen. 5 von ihnen hatten einen Kubaner zusammengeschlagen, der 6. hatte mit einer Pistole Sowjetsoldaten bedroht und sei mit einem Auto in die Gruppe von Soldaten hineingefahren, wobei 2 schwer und einer leicht verletzt wurde. In

Jena schlugen zwei Unbekannte mit Baseballschlägern einen Chilenen zusammen und brachen ihm die linke Hand. In Erfurt nahmen "Unbekannte" bei einem Überfall einem vietnamesischen Asylbewerber dessen Ersparnisse von DM 3.000.- ab. 2 weiter junge Männer gestanden, einen Brandanschlag auf eine Unterkunft von Asylbewerbern verübt zu haben. Die Aussiedlerfamilie aus Rußland habe sich selbst retten können (FAZ, 20.1.92).

Speyer, 19.1.92: Zwei Skinheads verüben einen Bandanschlag auf eine Aussiedlerwohnung. Die sechsköpfige russische Ausiedlerfamilie kann sich in Sicherheit bringe. taz, 20.1.92)

Budapest, 21.1.92: Offenbar mit der österreichischen Gruppe um Gottfried Küssel in Verbindung steht die Gruppe "Nationalsozialistische Ungarische Aktionsgruppe" in der Stadt Gyor. Obwohl die Gruppe über umfangreiche Waffen verfügt, einen Putschplan gegen die ungarische Regierung sichergestellt wurde, und sich auf die faschistischen Pfeilkreuzler (bis 1944) beruft, bleibt sie auf freiem Fuß, da angeblich in Ungarn in der Frage der Ungesetzlichkeit von Nazis eine Unsicherheit bestünde (TYZ, 23.1.92).

Rom, 21.1.92: 11 Skins wurden in Rom festgenommen, als sie auf Nordafrikanern mit Messern und Rufen wie "Bastarde raus aus Italien" vorgingen (FR, 24.1.92).

Hannover, 22.1.92: Nach jahrelanger Untätigkeit schoben endlich die niedersächsischen Behörden den Neonazi und niedersächsischen FAP-Vorsitzenden Kurt Polacek aus Mackenrode nach Österreich ab. Aus dem Nazizentrum heraus hatten mehrfach Nazis Straftaten begangen, u.a. einen Mord in der Neujahrsbnacht 90/91; Polacek selbst war u.a. mit einem Beil auf Antifaschisten losgegangen (SZ, 23.1.92).

Lauter, 24.1.92: Gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern in Lauter bei Hoyerswerda machen Bürger mobil: Das Kinderheim, in dem die Unterbringung stattfinden soll, wird verwüstet.

Wien, 26.1.92: Wegen "Wiederbetätigung"

wurde der Österreicher Schimanek, der zum Kreis um Gottfried Küssel gehört, in Haft genommen. Er hatte des öfteren in der Stadt Langenlois Aufmärsche in "SS-ähnlichen Uniformen" organisiert (FAZ, 27.1.92).

Kahsel-Golzig, 26.1.92: Etwa 20 Skins provozieren in einer Gaststätte in Kahsel-Golzig (Kreis Luckau) eine Schlägerei.

Stuttgart, 28.1.92: 3 Nazis, die zwischen Dezember 1989 und August 1990 in fünf Fällen in Baden-Württemberg jüdische Friedhöfe geschändet haben, wurden zu 3 Jahren bzw. in 2 Fällen zu Jugendstrafen von 2 Jahren verurteilt (TAZ, 28.1.92).

Hamburg, 29.1.92: Zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten wurde in Hamburg ein "ehemals zur rechtsradikalen Szene" zählende André Sch. verurteilt worden. Er hatte auf einem U-Bahnhof den pensionierten Brigadegeneral Günther K. mit 2 Messerstichen lebensgefährlich verletzt, nachdem er sich gegen Anpöbeleien wie: "Bist Du auch ein Jude? Wenn Du ein Judenschwein bist, stech ich dich ab" (HA, 29.1.92).

Lampertheim, 31.1.92: Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim verbrannten 3 Asylbewerber. Angeblich handele es sich nicht um Brandstiftung.

Bautzen, Februar 92: Im zweiten Prozeß wegen der Ausschreitungen in Hoyerswerda hat das Kreisgericht Bautzen drei Skinheads wegen schweren Landfriedensbruchs zu jeweils 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Zusätzlich müssen die drei je 120 Stunden gemeinnützige Tätigkeit ableisten. Das milde Strafmaß wurde vom Richter mit dem "deutlichen Alkoholeinfluß" begründet, unter dem die drei gestanden hätten. Die Staatsanwaltschaft verzichtet auf die Revision (BnR, 3.3.92).

Stockholm, 31.1.92: Ein Palästinenser wird an seinem Arbeitsplatz von einem Unbekannten niedergeschossen. Er ist das vorläufig letzte Opfer eines Mannes, der zuvor auch schon andere Ausländer durch Schüsse schwer verletzt hat. (FR, 1.2.92)

Uster (Schweiz), Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim. (SZ, 3.2.92)

Berlin, 8./9.2.92: Neonazis schändeten in Berlin- Friedrichsfelde die Gedenkstätte der Sozialisten mit Hakenkreuzen (BnR, 17.2.92).

Bonn, 8.2.92: Eine Kundgebung von etwa 100 Anhängern der FAP wurde von der Polizei aufgelöst, weil 500 AntifaschistInnen sich in den Weg stellten. Von welcher Seite 17 Personen festgenommen wurden, ist unbekannt (Blick nach Rechts, 17.2.82).

Ravensburg, 10./11.2.92: Prozeß gegen den Naziskin Mario, der am 15. Juni 91 einen Angolanischen Bürger (Familienvater und zwei Kinder) erstochen hatte. Der Skin hatte Kontakte zur Nationalistischen Front, zur NPD etc. Urteil: 5 Jahre Jugendstrafe ohne Bewährung (Antifaschistische Nachrichten, 28.2.92).

Senftenberg, 11.2.92: Einem türkischen Imbißladen werden die Scheiben zerschossen. (taz, 12.2.92)

Salzburg, 12.2.92: Ein Führer der"Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), Günther Rheintaler, ist in Österreich festgenommen worden. Rheinthaler (wie sein Kollege Küssel) hat insbesondere auch in der ehemaligen DDR für die "Nationale Alternative" Kühnens u.a. in Cottbus und Berlin Aktionen unternommen (TAZ, 12.2.92).

Jüteborg, 13.2.92: Ein Flüchtlingswohnheim und seine BewohnerInnen werden zum wiederholten Male angegriffen. (FR, 15.2.92)

Spalt, 13.2.92: Das Feuer, bei dem im mittelfränkischen Spalt eine rumänische Familie Rauchvergiftungen erlitten hatte, war gelegt worden. Die Hintergründe seien noch unklar (FAZ, 14.2.92).

Den Haag, 14.2.92: In Holland nehmen ausländerfeindliche Übergriffe weiter zu: Mehrere Anschläge auf Unterkünfte von Ausländern, Moscheen und Restaurants, Drohbriefe gegen solche Einrichtungen sprechen eine deutliche Sprache. Zu den Anschlägen hat sich eine "Aktionsfront nationalistische Niederlande" bekannt (FAZ, 15.2.92).

Warschau, 16.2.92: Nachdem bisher immer deutsche Nazis polnische Bürger mit Naziparolen am Grenzübergang gehindert hatten, drehen nun polnische Nazis (Meldungen sprechen von 300 Mitgliedern der rechtsradikalen Partei PWN) den Spieß um und randalieren gegen deutsche Touristen (FR, 17.2.92).

Geesthacht, 17.2.92: Etwa 20 Skinheads überfielen mit Baseballschlägern und Reizgas eine "Rock gegen Rechts"-Veranstaltung im Geesthachter Jugendzentrum "Düne". 3 Skins wurden festgenommen (TAZ, 17.2.92).

Karlsruhe, 20.2.92: Der Revisionsantrag von 7 Hooligans, die im Oktober 1990 für den Tod eines Fans beim Basketballspiel Ulm gegen Ludwigsburg verantwortlich sind, wurde verworfen. Ihre Strafen zwischen 2 und 7 Jahren bleiben bestehen.

Den Haag, 23.2.92: Drei maskierte Skins folterten in Den Haag einen 19jährigen Holländer, dem sie mit einem spitzen Gegenstand Hakenkreuze in den Unterleib ritzten und auf dessen Haut sie Zigaretten ausdrückten (FR, 24.2.92).

Wolfegg, 23.2.92: Auf ein Flüchtlingswohnheim werden mehrere Brandanschläge verübt. (taz, 24.2.92)

Koblenz, 25.2.92: Zu einer Jugendstrafe von 6 Jahren wurde der "ehemalige" Skinhead Alexander T. (20 Jahre alt) verurteilt, weil er am 28.11.90 in Hachenburg (Westerwald) den 18 Jahre alten Kurden Nihad Yusufoglu mit einem Messer in den Rücken getötet hatte (FAZ, 26.2.92).

Blankenfelde, 25.2.92: 20 bis 30 rechtsradikale Skinheads überfallen mit "Heil-Hitler"-rufen ein Ausländerwohnheim (taz, 26.2.92)

Wien, 27.2.92: Im österreichischen Parlament wurde ein Gesetz verabschiedet, das u.a. eine leichtere Bestrafung von Neonazis ermöglichen soll, die die Verbrechen des Faschismus leugnen. Die Kritik von Antifaschisten an diesem Gesetz richtet sich vor allem darauf, daß die Straftaten nur dann verfolgt werden, wenn sie im öffentlichen Zusammenhang begangen würden, nicht aber z.B. am Stammtisch o.ä. (FAZ, 28.2.92).

Berlin, 28.2.92: 2 "junge Männer" (vermutlich Skins lt. TAZ) wurden in Berlin zu jeweils 4 Jahren und 6 Monate Haft verurteilt; sie hatten einen 72-jährigen Mann mit einer Pistole bedroht, der daraufhin aus dem fahrenden Zug in den Tod sprang (TAZ, 28.2.92).

Rom, 2.3.92: Etwa 600 Nazi-Skins aus ganz Italien randalierten in Rom vor allem gegen Ausländer; der Aufmarsch des "Movimiento politico", einer mit dem MSI zerstrittenen Nazi-Gruppe war trotz Protesten genehmigt worden (FAZ, 2.3.92).

Plankstadt, 2.3.92: 150 Skins überfielen im Baden- Württembergischen Plankstadt eine türkische Hochzeit, die in der Nähe ihrer Stammkneipe stattfand. Die Polizei setzte 90 Beamte ein (TAZ, 2.3.92)

Ahlten, 9.3.92: Im Landkreis Hannover wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber verübt. Zwei Betten fingen Feuer. Die Täter sind nicht bekannt (FAZ, 10.3.92).

Altwarmbüchen, 9.3.92: Erneuter Brandanschlag auf Asylbewerberheim im Landkreis Hannover. Der Tank, auf dem der Brandsatz gezündet wurde, fing zum Glück nicht Feuer (BnR, 16.3.92).

Hamburg, 12.3.92: In einem Ausländerwohnheim werden Kinderwagen angezündet. Mehrere Bewohner müssen über Feuerleitern gerettet werden. (Bild, 13.3.92)

Warschau, 13.3.92: Auch in Polen formieren sich polnische Nazi-Skins: Etwa 40 von ihnen haben mit antisemitischen Parolen vor der israelischen Botschaft randaliert mit Parolen wie "Nur ein toter Jude ist ein guter Jude". Die Polizei sah tatenlos zu (FR, 14.3.92).

Karlsruhe, 13.3.92: Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ermittelt gegen den Vorsitzenden der "Nationalistischen Front", Meinolf Schönborn und 13 Komplizen. Die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Gründung einer terroristischen Vereinigung wurden aufgrund eines im Herbst 91 aufgetauchten Aufrufes Schönborns aufgenommen, in dem "Mitkämpfer" für ein "Nationales Einsatzkommando" angeworben werden sollten (FR, 14.3.92).

Passau, 14.3.92: Anläßlich der DVU-Großkundgebung in Passau konnte der britische Nazihistoriker David Irving erneut öffentlich auftreten, obwohl gegen ihn ein angebliches Einreise- und Auftrittsverbot existiert. Seine Einstufung als "unerwünschte Person" so das bayrische Innenministerium - rechtfertige lediglich seine Zurückweisung bei der Einreise. Einmal im Land, könne gegen Irving nicht vorgegangen werde (taz, 17.3.92). Irving, der sich in seiner Rede über seinen österreichischen Haftbefehl genauso erheiterte wie über die Tatsache, von Österreich unbehelligt nach Deutschland eingereist zu sein, wird seine Reden in altbekannter Umgebung fortsetzen: Bei der nationalen Offensive. Keine Rede also von einer "differenzierteren Auffassung vom Holocaust", wie das bayerische Innenministerium eine entsprechende SPIEGEL-Publikation interpretierte.

Als unerwünschte Personen zurückgewiesen wurden stattdessen mindestens 3 tschechische Journalisten, die antifaschistische Symbole bei sich führten (taz, 16.3.92). Bei antifaschistischen Protesten von etwa 1.000 Personen (bei 4.000 Nazis in Passau) wurden die Personalien von 83 Personen festgestellt, gegen etwa 6 Antifaschisten wurden Haftbefehle beantragt, weil sie militant gegen den Aufmarsch der als verfassungsfeindlich eingestuften DVU vorgegangen waren.

Biel, 15.3.92: Ein Pakistani wird Brandstiftung in einem Ausländerwohnheim getötet. Mehrer werden schwerverletzt. (Tagesanzeiger, 17.3.92)

Bayreuth, 16.3.92: Bei einem Angriff auf Asylbewerber sind zwei Albaner schwer verletzt worden (taz, 17.3.92)

Rostock, 15.3.92: 25 Jugendliche haben einen 19jährigen Rumänen erschlagen. (FR, 18.3.92)

Essen, 16.23.92: Brandanschlag auf ein in Bau befindliches Ausländerwohnheim. (FR, 17.3.92)

Hannover, 17.3.92: Etwa 200 Menschen beteiligten sich an einem Trauermarsch zum Gedenken an Matthias Knabe, der vor kurzem seinen Verletzungen erlag, die er im Mai 91 bei einem Überfall durch Skins erlitten hatte. Er war von feiernden Skins zusammengeschlagen worden und unter noch ungeklärten Umständen vor ein Auto geraten. Das Ermittlungsverfahren gegen den Hauptverdächtigen der Skins wurde jetzt erst wieder aufgenommen, nachdem es zwischenzeitlich eingestellt worden war. Nunmehr, so die Staatsanwaltschaft, gehe es um ein Tötungsdelikt (TAZ, 17.3.92).

Darmstadt, 18.3.92: Zu einem Jahr und 8 Monaten ohne Bewährung wurde ein Neonazi und NPD-Anhänger in Darmstadt verurteilt, weil er im Juni 1989 bei einem Angriff auf einen SPD-Infostand in Klein- Krotzenburg einen 56jährigen Sozialdemokraten so schwer verletzt hatte, daß dieser seitdem arbeitsunfähig ist.

Flensburg, 20.3.92: Ein 21jähriger Skinhead hat in Flensburg einen Obdachlosen zusammengeschlagen und in das Fördebecken (Ostsee) geworfen. Dort ertrank der 31jährige. Er war zufällig in das Besäufnis von 4 Skins geraten, in dessen Verlauf er zusammengeschlagen wurde. Da er lt. Obduktionsbericht aber ertrunken ist, wird wahrscheinlich nur wegen Totschlags oder Körperverletzung mit Todesfolge, nicht aber wegen Mord ermittelt (TAZ, 20.3.92).

Cottbus, 22.3.92: 30 bis 40 Jugendliche überfallen ein Flüchtlingswohnheim in Drebkau. (taz, 23.3.92)

Eilenburg, 19.2.92: Mehr als 30 Jugendliche überfallen ein Asylbewerberheim. Sie werfen Brandflaschen auf ein Auto. (FR, 20.3.92)

Leipzig, 21.3.92: Zu einer "Anti-Drogen-Demo" hatten Neonazis um die Hamburger "Nationale Liste" und die "Deutsche Front Connewitz" schon Wochen mobilisiert. Etwa 250 Nazis konnten ihre Kundgebung völlig ungestört abhalten, nachdem zuvor die Polizei mit etwa 900 Beamten im Einsatz eine antifaschistische Gegendemonstration von ca. 2.000 Personen auseinandergeprügelt hatte. Angeblich sei es ihre Pflicht gewesen - so die Polizei - nach der antifaschistischen Kundgebung "Vermummte festzustellen". Mindestens 9 Jugendliche wurden vorläufig festgenommen, angeblich 17 Beamte waren verletzt worden.

Buxtehude, 23.3.92: 2 Skinheads wurden festgenommen, weil sie einen 53jährigen Mann totgeschlagen haben; dieser hatte Adolf Hitler als großen Verbrecher bezeichnet (FR, 24.3.92). Beide Skins sind polizeibekannte Rechtsradikale.

Itzehoe, 23.3.92: Etwa 80 bis 100 Skins überfielen in Itzehoe eine Gaststätte und verletzten dabei eine Frau. Die Skins hatten Rache geschworen, als 2 Wochen zuvor ihre Kneipe angeblich von Autonomen und Punks angegriffen worden war. 8 Skins wurden festgenommen und Schlagstöcke, Gaspistolen etc. beschlagnahmt. Auch in einer Punk-WG wurden waffenfähige Gegenstände sichergestellt (HA, 23.3.92).

Hamburg, 25.3.92: Der Mammut-Prozeß gegen den Neonazi Edgar Geiß, gegen den seit 1979 in Hamburg wegen seiner Flugblätter gegen das "Tagebuch der Anne Frank" (dies sei alles "Schwindel" und Fälschung") verhandelt worden war, endete mit einem Skandal. Die Anklage sei von vornherein verjährt, der gesamte Prozeß, in dessen Instanzen Schriftgutachter etc. herangezogen worden waren, sei von Rechtsirrtümern ausgegangen. Nach schon vielen spektakulären Auftritten können nun Geiss und sein kongenialer Nazi-Anwalt Rieger nun diese unglaublichen Behauptungen ungestraft vertreten. Ob gegen diesen Beschluß nun Revision eingelegt wird, ist noch unklar (MoPo, 26.3.92).

E./ga.

Von Hanover, Pennsylvania, bis Hoyerswerda, Sachsen

Mumia Abu-Jamal war Informationsminister der Black Panther Party und arbeitete für die Black Panther Zeitung. Seine schonungslose Berichterstattung über die Auswirkungen des Aufstandsbekämpfungsprogramms (COINTELPRO) gegen die Mitglieder der Move-Bewegung und der Black Panther Party machten ihn zur Zielscheibe des Staates. Er wurde wegen angeblichen Polizistenmordes verhaftet und zum Tode verurteilt. Sämtliche Berufungsanträge wurden abgelehnt. Die letzte Möglichkeit, die Vollstreckung des Todesurteils zu verhindern, gegen das Todesurteil ist eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Dazu wird dringend Geld benötigt, insgesamt 150.000 US-Dollar. Ein Drittel dieser Summe ist inzwischen durch eine internationale Spendenkampagne zusammengekommen (davon sind bisher ca. 40.000 DM in der BRD gespendet worden).

Spendenkonto: Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Kontonummer: 100 587 7601, BLZ 290 101 11.

Im Bundesstaat Pennsylvania, in dem Mumia im Knast sitzt, wird seit Ende der 80er Jahre in den ländlichen Gebieten wieder eine Zunahme an Aktivitäten des faschistischen Ku-Klux-Klans zusammen mit Skinhead-Gruppen beobachtet. Im September 1991 hatte sich der regionale Ku-Klux-Klan zusammen mit Skinhead-Gruppen zum Ziel gesetzt, alle schwarzen EinwohnerInnen der Kleinstadt Hanover zu vertreiben. Der Klan veranstaltete über einen Zeitraum von mehreren Wochen größere rassistische Demonstrationen in der Kleinstadt Hanover, in der 300 schwarze Familien und ca. 5.000 Weiße leben, und organisierte dort gezielte Angriffe auf Schwarze.

Den folgenden Text schickte Abu-Jamal im Februar 1992 aus der Todeszelle.

Im Sommer 1991 brach in der Kleinstadt Hanover in Zentral-Pennsylvania eine Welle rassistischer Gewalt aus, die die Menschen im gesamten Bundesstaat erschütterte.

Schwarze PassantInnen wurden auf der Straße angegriffen, und schwarze EinwohnerInnen von Hanover wachten von den Schreien eines rassistischen Mobs auf, der ihre Vertreibung aus der Stadt forderte.

Ein schwarzer Mann, der mit einer weißen Frau verheiratet ist, fand bei seiner Rückkehr von der Arbeit eine tobende Menschenmenge vor, die sein Haus belagerte; seine Frau und sein Kind waren in Angst und Tränen gehüllt.

Als die Polizei ankam, war ihr "Rat" schlicht: "Hau ab und verschwinde!"

Der Mann, der zehn Jahre in Hanover gelebt hatte, packte seine Sachen, verstaute seine Familie im Auto und verließ die Stadt.

Zu einem anderen Zeitpunkt griff eine Menge von über 400 Menschen eine winzige Gruppe von Schwarzen auf dem Marktplatz der Stadt an. Der Angriff war

scheinbar ebenfalls durch schwarz-weiße Liebesbeziehungen ausgelöst worden.

Es wäre einfach, diese Ereignisse als Spiegelbild des tief verwurzelten amerikanischen Rassismus zu charakterisieren. Einfach, aber nicht völlig zutreffend, da Berichte über Ereignisse auf der anderen Seite des Atlantiks erstaunliche Ähnlichkeiten aufzeigen.

Die kleine Stadt Hoyerswerda in der ex-DDR ist eine alte Arbeiterstadt, wo die verblaßten Träume der sozialistischen DDR der Einverleibung in die reiche, kapitalistische BRD Platz gemacht haben.

Fast 20 Jahre lang halfen Gastarbeiter aus aller Welt - Vietnam, Angola, Rumänien, Kuba und Mosambik - die ostdeutsche Wirtschaft in Gang zu halten, indem sie die Drecksarbeit machten, die die Deutschen nicht machen wollten.

Jetzt, wo die DDR nicht mehr als eine Erinnerung ist, haben rassistische Neonazis und Skinheads die Heime, in denen ArbeitsemigrantInnen und inzwischen auch Flüchtlinge leben, zum Ziel ihrer Angriffe gemacht. Diese Angriffe haben viele von ihnen gezwungen, in die relative Sicherheit nach Berlin zu fliehen.

In Hoyerswerda wurden die Angriffe auf die ArbeiterInnen- und Flüchtlingsheime von hunderten arbeitslosen, verzweifelten EinwohnerInnen unterstützt, die über mehrere Tage die Heime belagerten und dem Werfen von Brandsätzen applaudierten.

Eine deutsche Linksradikale, Nancy, schrieb vor kurzem über die Lebensbedingungen von GastarbeiterInnen in der ex-DDR: "Ich habe selbst einmal vietnamesiche Frauen gesehen, die bei 40 Grad Celsius in einer Ostberliner Glühbirnenfabrik Kabel gezogen haben. Absolut alles - selbst die Luft - war mit einem Ölfilm überzogen. DDR-Frauen hätten diese Arbeit niemals gemacht, von den Männern gar nicht zu reden; und gleichzeitig war es den Frauen aus Vietnam nicht erlaubt, schwanger zu werden, da sie sonst zurückgeschickt wurden."

Was die wirtschaftlich darniederliegenden Städte auf beiden Seiten des Atlantiks teilen, ist Angst - tief sitzende Angst vor Armut, dem Alptraum geschmiedet aus zu Staub gewordenen Versprechungen des Kapitals - während die Reichen reicher werden, die Armen hungern und die Mittelklasse in die Armut abrutscht.

In Zeiten wie diesen werden die militant-rassistischen Helfershelfer des Kapitals aus den unterdrückten Klassen rekrutiert, die die Basis für die amerikanischen Terroristen - den Ku-Klux-Klan - bilden, sowie für die Neonazis und Skinheads in der ex-DDR, wie in Hoyerswerda. In beiden Städten ermöglichte und unterstützte die Polizei rassistische Angriffe, indem sie untätig zu- oder wegschaute.

Für das Kapital sind Hanover und Hoyerswerda rückständige Gebiete, die es nicht wert sind, daß dort investiert wird. Arbeitsplätze sind in diesen Zwillingsstädten knapp geworden, weil das Industriekapital - auf der Suche nach immer größerem Profit - in einträglichere Gefilde geflohen ist. In den USA locken die Maquiladores - Gebiete südlich der mexikanischen Grenze - mit billigen Arbeitskräften. Und obwohl ostdeutsche

Arbeitskräfte gezwungen sind, für weniger Lohn zu arbeiten als westdeutsche ArbeiterInnen, durchkämmt das Kapital die "Dritte Welt" auf der Suche nach noch größeren Profitraten.

In der Zwischenzeit - nachdem die "Außenseiter" und die Fremden gegangen sind - und der rassistische Mob sich verzogen hat, kehren die EinwohnerInnen von Hanover/Hoyerswerda zu einem rauhen Rutsch in die Armut zurück.

Mumia Abu-Jamal, Februar 1992

22. Nazi-Christophersen und der neue Paß

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:17

Also, fälschungssicher soll der seit einiger Zeit ausgegebene Bundespaß angeblich sein und warten mußte jeder, der einen haben mußte, vor nicht allzu langer Zeit, bis zu mehrere Monate, bis die Bundesdruckerei endlich alle Angaben zusammen hatte und das neue Dokument zurück an die ausstellende Stelle schicken konnte. Vorbei die Zeiten, daß irgend so eine Terrorgruppe einfach im Landratsamt die Blankoformulare mitsamt erforderlichen Stempeln so eben mal aus dem Schreibtisch des Landrats mopsen konnte und seitdem legal durch die Lande reist.

Doch wer jetzt gedacht hätte, daß nun nur noch der einen Paß kriegt, dessen uneingeschränkte Reisefreiheit den Interessen des Staates nicht widerspräche, mithin also keiner, gegen den ein Haftbefehl besteht, weil der dann ja dem Knast entginge, so hat sich der getäuscht.

Zumindest im Fall eines prominenten Neonazis. Thies Christophersen, ehemals SS-Mann im KZ Auschwitz (angeblich in einem Nebenlager im Gartenbau tätig), Verfasser der verbotenen Schrift "Die Auschwitzlüge", die mittlerweile im internationalen NSDAP-Netz vor allem vom Duzfreund Armaudruz aus der Schweiz vertrieben wird, Ziehvater zusammen mit dem Mordbuben Manfred Roeder und Erwin Schönborn aus Frankfurt nahezu aller heute prominenter Neonazis etc. pp. und Herausgeber der "Bauernschaft", einem original der Blut- und Boden-Ideologie verhafteten Blatt, dieser Thies Christophersen also setzte sich 1986 nach Dänemark ab, um seiner drohenden Einbuchtung zu entgehen. Dort geht es ihm wahrscheinlich recht gut, wohl gelitten beim dänischen Geschäftsträger der Nazigefolgschaft, Riis Knudsen. Doch Pässe laufen nun einmal - da sind sie vielen Dingen des Lebens durchaus vergleichbar - ab, spätestens nach fünf Jahren, und nun hatte der Thies sein Problem; nein - er hätte es gehabt, wenn da nicht sein Anwalt (für Insider: Natürlich Jürgen Rieger), seine Freunde in Süddeutschland und ein einsichtiger Bürgermeister in Ehningen gewesen wären. Flugs mietete sich der alte Thies also zur Untermiete in Ehningen ein, beantragte dort den fehlenden Paß und holte ihn - so eben die Bestimmungen - persönlich beim Bürgermeister ab. Daß er an der Grenze trotz Haftbefehls nicht festgehalten wurde, mag mensch ja noch verstehen und könnte als Argument gegen die innere Reisefreiheit der Schengenstaaten benutzt werden. Daß er aber seinen Paß in Ehningen abholen konnte, bleibt unverständlich, hatte Thies doch zuvor in aller Form sowohl in Abenraa (Dänemark) beim zuständigen Botschafter wie auch in seiner Heimatgemeinde Süder-Brarup offiziell um einen Paß angefragt und mitgeteilt bekommen, daß er jedenfalls dort wegen des Haftbefehls nicht vorbeisprechen könne. Ob er dort direkt den Tip bekommen hat, es mal in Ehningen zu versuchen, ist selbstverständlich eine völlig unhaltbare Unterstellung. Wofür wird also der Ehninger Bürgermeister jetzt von seiner vorgesetzten Dienststelle gerügt? Er schließlich durfte davon ausgehen, daß der Thies, der da bei ihm vorsprach, nicht der gesuchte im Ausland sein kann, weil der ja beim Grenzübertritt, spätestens aber bei der Ausreise festgesetzt würde. Und außerdem - warum soll ausgerechnet der Ehninger Bürgermeister bei der Ausstellung eines Reisepasses das Fahndungsbuch bemühen. Nun soll der Paß aber - wer auch immer Schuld sei - wieder eingezogen werden; aber dazu muß man den Thies ja erst erwischen und der kann nunmehr weitere fünf Jahre im Ausland leben, ohne Probleme mit Behörden befürchten zu müssen und dann ist er 79 und sein Problem könnte sich dann ja auf biologische Art und Weise erledigt sein.

ES, Hamburg

23. Bremer Drogenpolitik: Das "Viertel" schlägt zurück

Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:19

Galt die Bremer Drogenpolitik bis kurz vor den Wahlen im Herbst `91 als "liberal", so dringen die schon länger kursierenden Berichte, in denen der Polizei Treibjagden auf Junkies und schwere Mißhandlungen von als Dealern verhafteten Ausländern (1) vorgeworfen werden, jetzt auch in die Medien. Was ist los in Bremen? Hat sich die "Ampel" für eine repressive Drogenpolitik entschieden oder will sich "lediglich" der neue Innensenator Friedrich van Nispen (FDP) profilieren? Wie geht die Öffentlichkeit mit Kritik an der Repression - vor allem angesichts der Foltervorwürfe des Fernsehmagazins Monitor - um?

Die Drogenszene und das "Viertel"

Um die gegenwärtigen Ereignisse verstehen zu können, ist ein kurzer Blick auf die Verhältnisse im angeblichen Alternativ-Stadtteil "Viertel" unerläßlich:

Das Viertel entwickelte sich Mitte/ Ende der siebziger Jahre über die Auseinandersetzungen um ein Sanierungsprojekt zu einem Brennpunkt linker politischer Aktivitäten in Bremen mit zahlreichen Hausbesetzungen und alternativen Projekten und Betrieben. Seit jener Zeit existiert im Viertel auch eine offene Drogenszene.

Dem Bremer Senat gelang es, die Auseinandersetzungen im Viertel sozial abgefedert zu beenden: Aus vielen alternativen und linken StudentInnen wurden HausbesitzerInnen bzw. MieterInnen, die zu dem als LehrerInnen, RechtsanwältInnen, HeilprakterInnen usw. nicht selten über ein gutes Einkommen verfügen. Und da das Sein bekanntlich das Bewußtsein bestimmt, verwundert es nicht, daß sich neben einer kleiner werdenden Zahl linker Initiativen die alternative Lebensart zum postmodernen Savoir-Vivre mit entsprechenden Konsummöglichkeiten wandelte. Diese Auseinanderentwicklung gipfelte eine Zeitlang in autonomen Entglasungsaktionen einerseits und Bestrebungen zur Gründung einer bürgerwehrähnlichen "Schutzgemeinschaft Ostertor" andererseits. Der Trend zur Konsumzone war aber nicht zu stoppen.

Die Drogenszene im Herzen dieses Stadtteils wurde mehr und mehr zum Fremdkörper in den von Anwohner Inneninitiativen ökologisch gestalteten Wohnstraßen. So entwickelte sich ins besondere in den letzten drei Jahren das Verhältnis der in ihren Lebensäußerungen (durch Beschaffungskriminalität, durch gebrauchte Spritzen etc. verletzte Kinder) durchaus real beschränkten AnwohnerInnen zu einer sich vergrößernden Drogenszene von Gleichgültigkeit zur Ablehnung, die sich bei einigen zu "Junkies-raus"-Forderungen zuspitzte.

Kristallisationspunkt für die immer feindseligere Stimmung von Teilen der Viertel-BewohnerInnen wurden Initiativen gegen Einrichtungen der Drogenhilfe im Viertel.

Diese Einrichtungen waren seit Mitte der achtziger Jahre vor dem Hintergrund der AIDS-Ausbreitung erheblich ausgebaut worden. Träger der meisten Einrichtungen (neben der staatlichen "Drogenberatungsstelle", kurz drobs) ist der "Arbeitskreis kommunale Drogenpolitik/Verein für akzeptierende Drogenarbeit", kurz AK-Drogen), dessen Ansatz die Verbesserung der Lebensumstände und die Entkriminalisierung der Junkies zum Ziel hat. Jede Ausweitung der Aktivitäten (Kontaktladen, Spritzentausch, Wohnprojekte, Methadonsubstitution, Hilfen abhängiger Prostituierte) mußte vom AK- Drogen den staatlichen Stellen abgerungen werden. Dieser Aspekt ist nicht unerheblich, wenn man den Stolz der PolitikerInnen auf einige Erfolge der Bremer Drogenpolitik bewerten will. Nichts geschehen ist dagegen in Bereichen, die staatliches Handeln erfordert hätten, wie etwa die Wohnraumbeschaffung für die ca. 200 obdachlosen Junkies, von deren Schicksal die Behörden jeden Winter aufs neue überrascht sind und für die es stets nur hastig organisierte Notquatiere gibt.

Die Einrichtungen des AK-Drogen liegen sämtlichst im Viertel - da, wo sich die besonders verelendeten Teile der Drogenszene aufhalten, denen sie dienen sollen (2).

Der Wahlkampf 1991

Im Vorfeld des Bürgerschaftswahlkampfes '91 organisierten die AnwohnerInnen einiger Drogenhilfe-Einrichtungen sich, um sich gegen den Ausbau der Hilfsangebote zu wehren, die durch die größer

werdende Zahl von Junkies nötig wurde - so mußten die Beratungsangebote von AK-Drogen und Drobs zwischenzeitlich mehrfach wegen Überlastung geschlossen werden. Die AnwohnerInnen befürchteten eine "Sogwirkung": Mehr Versorgungseinrichtungen, noch mehr Junkies.

Die AnwohnerInnen traten mit dramatischen Schilderungen an die Tageszeitungen (Weser-Kurier/Bremer-Nachrichten und taz-Bremen) heran, die begierig den Verstärker für diesen Aufschrei der unterdrückten EigenheimbesitzerInnen spielten. Besonders die Artikel des Bremer Lokalteils der taz waren an Betroffenheit und Parteilichkeit kaum zu überbieten: "Im Steintor droht Eskalation"; "Spritzen, Schreie, Präservative" lauteten einige ihrer Schlagzeilen, mit denen sie für die Position ihrer ehemals alternativen Klientel warb.

Wohlgemerkt: Ich halte nichts davon, die sich über ihre Umgebung beklagenden AnwohnerInnen pauschal als SpießerInnen zu diffamieren, die ihr bürgerliches Glück gegen die VerliererInnen im Kapitalismus verteidigen wollen, wie es einige Linke leider tun.

Im Wahlkampf 1991 aber nahmen die Klagen über die Beeinträchtigungen der AnwohnerInnen geradezu hysterische Ausmaße an: Jede herumliegende gebrauchte Spritze und jedes benutzte Kondom wurden zur Gefahr für Leib und Leben stilisiert.

Schließlich bildete sich aus den Anwohner Inneninitiativen heraus die "Wählerinitiative ‚Wir im Viertel`", die für das Stadtteilparlament kandidierte und bei den Wahlen 11% erhielt.

Die politische Forderung der AnwohnerInnen lautete, die Versorgungseinrichtungen für Junkies (und damit angeblich auch diese selbst) gleichmäßig über die Stadt zu verteilen, um das Viertel zu entlasten. Dieses Konzept wird seitdem als "Dezentralisierung" gehandelt.

Angesichts des anhaltenden Wirbels bezogen die Parteien Stellung: Für die SPD betrieb deren Innensenator Peter Sakuth im Viertel Wahlkampf - er schickte regelmäßig das Sondereinsatzkommando (SEK), das die Junkies hin und herjagte, um "Präsenz" zu zeigen. Die GRÜNEN waren besonders gefordert: Sie haben im Viertel ihre Hochburg; in den meisten Wahlbezirken lagen sie um 3% herum. Die taz rieb ihnen nicht ohne Grund unter die Nase, daß die AnwohnerInneninitiativen sich zu einem guten Teil aus ihrem WählerInnenpotential gebildet haben. Daher verwundert es kaum, daß sie sich für die Dezentralisierung aussprachen. Auf den ersten Blick ist das nicht einmal ein Widerspruch zu der bislang von ihnen geforderten akzeptierenden Drogenarbeit (Verbesserung der Lebensverhältnisse, Entkriminalisierung), da sich diese Ziele durch den Aufbau von Versorgungseinrichtungen in anderen Stadtteilen verwirklichen ließen. Allerdings verschiebt sich so der Schwerpunkt der Drogenpolitik von der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Junkies hin zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der AnwohnerInnen. Drogenhilfe wird Ordnungspolitik.

Friedrich van Nispen dezentralisiert

Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen und anschließender Weihnachtspause begann im Januar die "Ampel-Koalition" aus SPD, FDP und GRÜNEN ihre Arbeit. Der Koalitionsvertrag schreibt die Dezentralisierung der Hilfsangebote fest. So hatten z.B. die GRÜNEN durchgesetzt, daß eine zweite Notfallambulanz für Junkies nicht auf dem Gelände des im Viertel gelegenen Hauptgesundheitsamtes (HGA) eingerichtet wird. Außerdem wurde die Verbesserung von Hilfen angekündigt. Etwas versteckter im innenpolitischen Teil ist aber auch von schärferer Repression gegen die Beschaffungskriminalität und der Verhinderung offener Dealerszenen die Rede - polizeiliches Handeln solle aber "nicht die süchtigen, kranken Endverbraucher von Drogen, sondern die gewerbsmäßigen Drogenkriminellen treffen" (3). Die Ampel erwies sich als unfähig, eine eindeutige Richtung für die Entwicklung der Drogenhilfe anzugeben. Wegen der Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen haben deshalb inzwischen so viele MitarbeiterInnen der staatlichen drobs gekündigt, da diese ihre Dienste (die doch ausgeweitet werden sollten) erheblich einschränken mußte. Am 21. Januar meldete dann die taz, es habe am 17.1. ein "Chefgespräch" zur Drogenpolitik gegeben, bei dem beschlossen worden sei, gegen die Dealerszene vorzugehen, das Ausländerrecht gegen dealende Asylbewerber einzusetzen und den Drogenstrich aus dem Viertel zu verlegen. Van Nispen betonte ausdrücklich, daß diese Maßnahmen Teil eines ganzen Konzepts sein müßten, das den Junkies auch Hilfen anbiete.

Ab dem 27. Januar begann die Polizei im großen Stil, gegen die Junkies im Viertel vorzugehen: Zahllose vorübergehende Festnahmen, Personalienfeststellungen und Durchsuchungen werden durchgeführt, ständig waren und sind Polizeiwagen präsent. Der Umgang mit den Junkies war von Anfang an ruppig. Offizielle Begründung der Polizei: "Gegen den alltäglichen und offenen Drogenkonsum mit all seinen negativen Begleiterscheinungen vorgehen." (4) Die Dealer wurden als Ziel nicht benannt und auch nicht getroffen - anfänglich wurde kein einziges Gramm Heroin gefunden. Beschlagnahmt wurden dafür alle greifbaren Einwegspritzen, "die im Rahmen der AIDS-Prävention finanziert durch staatliche Gelder vom AK-Drogen verteilt werden. Somit war von Anfang an klar, daß die Junkies selbst das Ziel dieser Aktionen sind. Sie sollen aus dem Viertel vertrieben werden, obwohl es außerhalb des Viertels keine Hilfseinrichtungen gibt und selbst die im Viertel aus den unterschiedlichsten Gründen (die alle was mit Geldmangel zu tun haben) vor dem Zusammenbrechen stehen." Als erste Konsequenz der Polizeieinsätze sackte der Umtausch der Einwegspritzen (alt gegen neu) um die Hälfte ab, was bedeutet, daß riskantes Wiederverwenden von benutzten Nadeln zugenommen hat. Der Drogenkonsum findet wieder zunehmend unter Streß in irgendwelchen Verstecken statt, was neben verschlechterten hygienischen Bedingungen auch bedeutet, im Notfall allein zu sein. Die Qualität des gehandelten "Stoffs" begann sich durch die Polizeieinsätze zu verschlechtern, was die Polizei als Erfolg wertet, für die Junkies aber ein großes Gesundheitsrisiko darstellt. Die Beratungstätigkeit des AK-Drogen ging auf 1/3 des früheren Umfangs zurück, da Junkies auf dem Weg zur Beratungsstelle - in der sie sich z.B. auch duschen und ihre Kleidung waschen können - abgegriffen und sogar aus Beratungsgesprächen heraus abgeführt werden. Viele Junkies werden von Polizisten mit einem "Platzverweis" belegt, bei dessen Übertretung - 24 Stunden - Haft droht. MitarbeiterInnen des AK-Drogen, die sich zu den Junkies gestellt hatten, um als ZeugInnen der polizeilichen Willkür zu begegnen, wurden ebenfalls mit "Platzverweis" bedroht. Van Nispen drohte mit einer weiteren Ausweitung der Repression: "Etwas ähnliches werden wir auch mit dem Drogenstrich in der Friesenstraße machen" (5), kündigte er an, obwohl er inzwischen daraufhingewiesen wurde, daß die Auflösung eines gemeinsamen Drogenstrichs die betroffenen Frauen der Willkür ihrer Freier ausliefern würde.

Bremer Drogenpolitik: Verhaften statt Hilfe?

Obwohl die Polizei von Beginn an die DrogenkonsumentInnen als Ziel ihrer Einsätze benannt hat, sprach van Nispen eine Zeitlang weiterhin stur davon, im Rahmen des "Drogenhilfeplanes" zu handeln, der auch vorsehe, die Drogenszene im Viertel aufzulösen und auf die ganze Stadt zu verteilen. Nun seien die anderen Ressorts gefordert, die entsprechenden Hilfen zuschaffen. In dieselbe Kerbe schlug der Polizeichef Lüken: "Ich warte auf die Begleitmaßnahmen" (6) - daß es die nicht geben wird, ist angesichts der Finanzplanung aber eindeutig und für jeden offensichtlich klar. Schon am 11. Februar aber gab van Nispen gegenüber der taz zu: "Ich habe das Ziel, das Viertel für die dortige Bevölkerung wieder lebenswert zu machen. (...) ich möchte weiterhin erreichen, daß der Drogentourismus nach Bremen eingedämmt wird". (...) Auf die Übergriffe angesprochen, meinte van Nispen, er könne nicht jede Umsetzung vor Ort begleiten, werde präzisen Vorwürfen aber nachgehen. Obwohl van Nispen in diesem Gespräch relativ offen erklärt hat, daß ihn die Belange der Junkies nicht interessieren und er auf eine Politik setzt, die die bescheidenen Erfolge der Drogenarbeit rasch wieder zunichte machen wird, gab es keinen ernsthaften Widerspruch. Die grüne Senatorin Helga Trüpel, die bei dem berüchtigten "Chefgespräch" dabei war, beharrte z.B. lediglich darauf, da nur von der Verunsicherung von Dealern die Rede gewesen sei - ansonsten fand sie kein kritisches Wort für van Nispens Aktivitäten. Ihre Parteikollegin Karoline Linnert fühlte sich zwar "als Sozialpolitikerin verarscht" (7), tat aber weiter so, als ob sich der Innensenator im Rahmen der gemeinsamen Beschlüsse bewege und nur zu schnell und zu massiv aktiv geworden sei und forderte ihn auf, mit seinen Polizeieinsätzen auf die Umsetzung der Hilfsangebote zu warten. Auch die Sozialsenatorin Sabine Uhl (SPD) forderte die Verfolgung von Dealern, unter der aber die Hilfe für Junkies nicht leiden dürfe. In das gleiche Horn stießen SprecherInnen des Stadtteilparlaments und der Ressorts Soziales und Gesundheit. Es stellt sich natürlich die Frage, warum all diese schlauen Köpfe van Nispens Worte und Handeln so hartnäckig mißverstehen. Und alle der möglichen üblen Gründe laufen darauf hinaus, daß die unterschiedlichen politischen Kräfte in der Ampel aus den unterschiedlichsten Gründen

- mit der Repression gegen die Junkies einverstanden sind und diese aus dem Viertel vertreiben wollen

- die bisher erzielten bescheidenen Verbesserungen der Lebensumstände der Junkies fallen lassen

- und an eine großzügige dezentrale Einrichtung von Hilfsangeboten offensichtlich nicht glauben. (5)

Schon in nächster Zukunft wird an einem Beispiel deutlich werden, ob "Verhaften statt helfen" endgültig die neue Bremer Linie wird: Nachdem van Nispen Maßnahmen gegen den Drogenstrich im Viertel angedroht hatte, legte der AK-Drogen ein Konzept für eine Verlegung des Drogenstrichs in die Nähe des Weserstadions vor, das auch eine deutliche Verbesserung der Hilfsangebote für die betroffenen Frauen vorsieht. Die Reaktionen waren bislang eher verhalten bzw. bestanden aus kleinlicher Kritik an Details. Wedemeier und van Nispen haben sich noch gar nicht geäußert. Die Gefahr ist groß, daß trotz angelaufener öffentlicher Diskussion über Lösungen für den Drogenstrich die Polizei vollendete Tatsachen schaffen will.

"Alle Schwarzen und Kurden sind Dealer"

Neben den Junkies gibt es noch eine weitere Gruppe von Betroffenen: AusländerInnen, die sich im Viertel aufhalten. Da der Drogenhandel in Bremen nach Polizeiangaben weitgehend von Kurden und Nigerianern dominiert wird, wurden aus der Sicht der Polizei alle Schwarzen und alle Kurden zu potentiellen Dealern und damit Ziel der Polizeiaktionen. Auch in der Presse (vor allem im "Weser-Kurier/Bremer-Nachrichten" und im "Weserreport") wurde die Drogenkriminalität ausländischer Dealer bevorzugt herausgestellt, so daß die DVU im Wahlkampf auf einem gut bestellten Feld arbeiten konnte. Vor dem Hintergrund dieser rassistischen Stereotype forderte van Nispen, schleunigst das neue Asylverfahrensrecht durchzuführen, da Bremen dann über eine eigene Außenstelle des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung politischer Flüchtlinge als Dealer verdächtigte Asylbewerber beschleunigt abschieben könne. Hier droht aus der innerhalb der Ampel noch umstrittenen Haltung Bremens zu diesem Bundesgesetz drängende Zustimmung zu werden, was die Position aller Flüchtlinge bedroht. Die Polizeiaktionen sind in letzter Zeit insbesondere für im Viertel wohnende AsylbewerberInnen und BesucherInnen von Sprachkursen einer Flüchtlingsinitiative zur Bedrohung geworden, da alle dem herrschenden Bild eines Dealers entsprechenden AusländerInnen mit häufigen vorbergehenden Verhaftungen zu rechnen haben. Und inzwischen häufen sich Berichte, nach denen als Dealer verdächtigte Ausländer in Polizeigewahrsam mißhandelt wurden. Das reicht von Beleidigungen über Rasta-Locken abschneiden, mit kaltem Wasser übergießen bis hin zu Schlägen. Vor allem Schwarze scheinen Opfer dieser Übergriffe zu sein. Bekannt wurde der Fall eines nach eigenen Angaben zwölfjährigen Kurden, der von der Polizei mit 20 Gramm Heroin verhaftet wurde und anschließend mit doppelt gebrochenem Arm und gebrochenem Schultergelenk ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Es liegt in derNatur der Sache, daß es für diese Vorwürfe keine Zeugen und (außer den Verletzungen) keine Beweise gibt. Am härtesten aber ist der Vorwurf, mehrere Schwarze seien mit unter Strom stehenden Gummiknüppeln (sogenannten "Viehtreibern") gefoltert worden. Auch hier fehlen bislang die Beweise, obwohl die entsprechende Wache von der Kripo durchsucht wurde.

Die Öffentlichkeit schaltet ab

Der Widerstand gegen die Polizeiaktionen wird vom AK-Drogen, Flüchtlingsinitiativen, Anti-Rassismus-Gruppen und AnwältInnen von AsylbewerberInnen getragen und besteht im Zusammentragen von Informationen, Anzeigen gegen die Polizei und einer öffentlichen Kampagne gegen van Nispen unter dem Motto "Dieser Kopf muß rollen", zu der auch eine für den 4. April angesetzte Demo gehört. Doch die öffentliche Debatte hat sich - insbesondere seit das Fernsehmagazin Monitor die Foltervorwürfe aufgegriffen hat - rasch auf die Beweisbarkeit der Mißhandlungen zugespitzt, was sich als Bumerang erweisen kann. Denn sollten die Vorwürfe beweisbar sein, werden die betroffenen unteren Chargen der Polizei vor Gericht gestellt, womit die Unparteilichkeit und Funktionsfähigkeit des bürgerlichen Rechtsstaates wieder mal unter Beweis gestellt wäre und die sowieso schon bekanntgewordenen Fälle zu Einzelfällen heruntergespielt würden (Polizeichef Lüken: "So blind bin ich nicht" (8). Diese Richtung wurde durch die rasche Durchsuchung des Polizeireviers schon vorgegeben - warum auch sollte van Nispen sein politisches Schicksal mit Untergebenen verbinden, die so blöd sind, sich erwischen zu lassen? Gleichzeitig läßt sich nämlich die Kritik an der gesamten Polizei als "Hetzkampagne" und "Verleumdung" (Lüken) diffamieren. Die FDP bezeichnete das Demo-Flugblatt als "blanken Aufruf zur Gewalt", der das "politische Klima in der Stadt unerträglich belastet". Die GRÜNEN stellten sich ebenfalls vor die Polizei und verurteilten den Aufbau neuer Feindbilder. Zusammen mit Teilen der CDU stellte sich die Ampel hinter ihren Innensenator und verurteilte die "anonyme Verunglimpfung". Was geschieht, wenn die Übergriffe nicht beweisbar sind, läßt sich daher an zwei Fingern ausrechnen. In jedem Fall aber fällt die ungeheuerliche Alltäglichkeit, mit der die bürgerlichen Rechte der Junkies mißachtet und angebliche ausländische Dealer Ziel brutaler Übergriffe werden, aus der öffentlichen Aufmerksamkeit heraus. Das ist den Flugblatt-VerfasserInnen nicht anzulasten, die in jedem Fall die gravierendsten Fälle darstellen mußten, um

angesichts der Normalität der Übergriffe noch Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge zu lenken - vielmehr wird deutlich, wie sehr die "liberale" Bremer Öffentlichkeit abgestumpft ist. Der grüne Innenpolitiker und "Polizeikritiker" Martin Thomas meinte beispielsweise zu den Repressionen gegen die Junkies: "Es mußte etwas an der Sielwallkreuzung passieren. Der Innensenator hatte den Mut, zu reagieren. Ich bin dafür, durch mehr Polizeipräsenz, durch Einzelkontrollen die Szene zu verunsichern. Bremen hat ja durch die Politik des Innensenators Sakuth eine richtige Sogwirkung auf Dealer und Konsumenten gehabt." Scheinheilig fügte er hinzu: "Aber es müssen Beamte eingesetzt werden, die die Schutzräume der Konsumenten nicht zerstören, die wissen, daß es falsch ist, Spritzen zu beschlagnahmen" (9), als könne er sich nicht genau vorstellen, wie sein Wunsch, "die Szene zu verunsichern" in der Realität aussieht. Van Nispen erfreut sich einer breiten Zustimmung zu seiner Politik. Typisch die Äußerung einer Anwohnerin zur taz: "Ich weiß, es ist irgendwie daneben und es ist auch keine Lösung. Aber ich genieße es, ein bißchen durchatmen zu können" (10).

Es hat sich offenbar ein dynamisches Wechselspiel zwischen den ob ihrer verlorenen "Normalität" erbosten BürgerInnen und dem Polizeiapparat etabliert, gegen das Kritik zur Zeit nicht ankommt. Die von der komplexen Drogenproblematik erschöpften liberalen PolitikerInnen und AnwohnerInnen leisten sich eine Zeitlang den Luxus, sich keine Gedanken über die Folgen des autoritären "Durchgreifen"-Konzepts machen zu müssen, dessen Folgen sie nicht tragen müssen, das sie aber durch ihre Haltung erst möglich machen.

Gesundheit und letztlich das Leben einer unbekannten Anzahl Menschen werden dem geopfert.

Winfried, Bremen (31.3.92)

Anmerkungen

Als Quellen dienten Ausgaben der Bremer Tageszeitungen (Weser-Kurier/Bremer-Nachrichten und taz, insbesondere die taz-Ausgaben seit dem 1.1.1992, außerdem der Koalitionsvertrag der Ampel und verschiedene Ausgaben des "kassiber-Stadtzeitung für alltag, politik und revolution", vor allem das Schwerpunktheft zur Geschichte des Viertels (Nr.17, Februar/März `92)

1) Da nach meinem Wissen Dealer ausschließlich männlich sind, habe ich in diesem Zusammenhang auf die "Innen"-Form verzichtet.

2) Neben den 200 Junkies der offenen Szene im Viertel leben weitere 1.800 bis 2.000 Drogenabhängige über die Stadt verteilt normal und in ihren Wohnungen.

3) Zitat nach Koalitionsvertrag

4) taz-HB vom 28.1.92

5) taz-HB vom 13.3.92

6) taz-HB vom 1.2.92

7) taz-HB vom 13.2.92

8) taz-HB vom 27.3.92 Alle weiteren Zitate zu den Mißhandlungen mit "Viehtreibern" stammen aus dieser Ausgabe.

9) taz-HB vom 5.2.92

10) taz-HB vom 31.1.92

24. Die Gefangenen müssen raus! Die Haftunfähigen zuerst!

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:20

Von der Freilassung der Gefangenen wird in den Medien nicht mehr geredet. Falschmeldungen und Hetze über das, was die Gefangenen angeblich aus ihren Zellen an Parolen ausgeben, findet sich dagegen immer wieder: Da wird behauptet, sie wollen gar nicht raus, oder sie sind gar nicht krank oder sonstiger Unsinn.

In der Zwischenzeit wird versucht, die Haftbedingungen für einzelne unter dem Mäntelchen, sie kommen in den Normalvollzug, raus aus dem Trakt, konkret zu verschlechtern. So wurden die drei Celler Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufert völlig überraschend und überfallartig am 18.3.1992 aus ihren Zellen im HS-Trakt gewaltsam in den sogenannten Normalvollzug verlegt. Vor dieser Aktion wurde nicht mit ihnen über eine anstehende Verlegung geredet, sie wurden nicht aufgefordert, ihre Sachen zu packen oder ähnliches. Die Verlegung bedeutet, daß sie nicht mehr mit den Gefangenen zusammen sein können, mit denen sie im Trakt zusammen waren. Es bedeutet auch, daß alles, was sie sich seit 17 Jahren mit mehreren Hungerstreiks erkämpft haben, aufgehoben ist. So konnten sie z.B. in einem Gemeinschaftsraum zusammenkommen, hatten sich erkämpft, selber kochen zu können.

Die Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt bedeutet nicht gleichzeitig, daß der Trakt geschlossen wird, was noch Bestandteil der Niedersächsischen Koalitionsvereinbarungen war, sondern andere Gefangene sollen dorthin verbracht werden. Neben den Verschlechterungen, die für die drei Celler Gefangenen eingetreten sind, bedeutet das eben auch, daß jetzt für andere Gefangene das Rad der Geschichte auf den Stand von 1978 zurückgedreht wird: Totalisolation, Kameras für ständige Überwachung, Hofgang in einem kleinen Betonkasten mit Natodraht als Überdachung.

Die Celler Gefangenen müssen die Möglichkeiten, die sie sich im Trakt erkämpft haben, auch im sogenannten Normalvollzug bekommen, der Hochsicherheitstrakt muß geschlossen werden.

Zur Situation der haftunfähigen Gefangenen im folgenden ein Überblick.

Bernd Rössner

Bernd Rössner ist seit über 16 Jahren politischer Gefangener in der BRD. Er ist einer von fünf haftunfähigen politischen Gefangenen und der Gefangene aus der RAF, der am längsten der permanenten, systematischen Isolationshaft unterlag.

Im April 1975 wurde er bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm - nach dem Tod von Holger Meins bei einem fünfmonatigen Hungerstreik gegen die Isolationshaftbedingungen 1974/75 - festgenommen. Die Forderung der Botschaftsbesetzer war damals die Freilassung von 26 politischen Gefangenen in der BRD.

Er war zunächst in Einzelhaft und hatte während des Prozesses und danach stundenweise zu zweit Umschluß und Hofgang mit Hanna Krabbe. Nach der Kontaktsperre 1977, die die völlige Abschottung der Gefangenen innerhalb der Gefängnisse und nach draußen bedeutete, gab es eine kurze Zeit der Kleingruppenisolation mit anderen Gefangenen. Ab März 1978 unterlag Bernd Rössner der Einzelisolation in Straubing, Bayern. Ende 1982, nach seiner Verlegung nach Frankenthal und immer noch in Einzelisolation, trat er in einen Schmutzstreik mit der Forderung nach Verlegung in eine der bestehenden Kleingruppen. Er wurde daraufhin in eine "Beruhigungszelle" (völlig leer, ohne Einrichtungsgegenstände, Matratze auf dem Boden) verschleppt und von dort nach 5 Wochen nach Straubing gebracht. Nach weiteren viereinhalb Monaten Bunker brach er den Streik ab. Sein Gesundheitszustand war so angegriffen, daß er kaum noch Nahrung zu sich nehmen konnte. Die Anstaltsleitung konnte sich danach mit dem Versuch, ihn zu psychiatrisieren, gegen seinen Widerstand und die Mobilisierung der Öffentlichkeit, nicht durchsetzen.

Die Bedingungen der Isolationshaft waren und sind über die Jahre zusätzlich gekennzeichnet durch permanente Kontaktverbote und Störungen von Besuchen und Briefwechsel, Arreste, Bunkerstrafen.

All die Jahre wurde ihm ein/e Ärztin/Arzt seines Vertrauens verweigert. 10 Hungerstreiks haben nichts an seiner Situation verändert.

Die Folgen sind gravierend. Für Bernd Rössner hat die Erschöpfung seiner Widerstandskräfte schon länger einen Punkt erreicht, an dem eine Überlebensperspektive für ihn nur möglich ist, wenn er rauskommt.

Es ist schwer zu formulieren, welche gesundheitlichen Folgen diese Haftbedingungen für ihn haben. Er hat einen ungeheuer starken Willen, sich nicht zerbrechen zu lassen, während sein Organismus sich am Rande des Zusammenbruchs befindet.

Bernd sagt, ihm fehle die frühere gedankliche Klarheit, er fühle eine Leere im Kopf, oder aber: als ob man ihm das Gehirn zusammenpresse. Er könne nichts mehr tun; manchmal brauche er einen ganzen Tag, um auf der Schreibmaschine einen Punkt zu setzen. Er würde gern für sich arbeiten, aber er schaffe den ganzen Tag nichts.

Auftretende Krankheiten, wie massive Konzentrationsstörungen, Wahrnehmungsstörungen, Hautkrankheiten und andere physische Symptome sind nicht im üblichen medizinischen Kontext zu behandeln, weil ihre Ursachen in seinen Lebensbedingungen im Gefängnis liegen.

Die Reaktionen von Justiz und politisch Verantwortlichen sind eindeutig, und damit auch das Ziel dieser Tortur klar: nur wenn er abschwört, sich distanziert, wird er begnadigt oder auf Bewährung entlassen. Dem beugt er sich nicht.

Eine Überprüfung der weiteren Haftdauer, wie sie für lebenslänglich Verurteilte nach 15 Jahren obligatorisch durchgeführt wird, endete am 18.5.1990 mit einer Ablehnung durch das Oberlandesgericht Düsseldorf.

"Die Forderung nach Abschwören, Distanzierung von sich selbst, der eigenen Geschichte, den erlebten Erfahrungen und Entscheidungen ist immer und überall und für jeden Menschen unwürdig." Es wäre das, was Bernd dazu gesagt hat: "sein eigenes Leben wegschmeißen".

Bernd Rössner muß sofort freigelassen werden, ohne den dafür geforderten Preis des Abschwörens und der öffentlichen Reue.

Günter Sonnenberg

Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, wurde am 3. Mai 1977 nach einer Schießerei festgenommen. Er wurde dabei lebensgefährlich am Kopf verletzt. Nach einer Notoperation und einer neurochirugischen Operation kam langsam und phasenweise sein Bewußtsein zurück. Die Folgen seiner Verletzung waren, daß er auf den Stand eines Kleinkindes zurückgeworfen war. Auch das Sehvermögen war sehr gestört. Außerdem bestand die Gefahr epileptischer Anfälle, weshalb Günter Sonnenberg lange und ohne die notwendigen vertrauensärztlichen Untersuchungen ein anti-epileptisches Medikament einnehmen mußte. Die notwendigen Untersuchungen eines Vertrauensarztes zur Absetzung dieses Medikamentes wurden ihm ebenfalls verweigert, was zu epileptischen Anfällen führte. Günter Sonnenberg war von Anfang an haftunfähig. Was er zu seiner Situation und der anstehenden Überprüfung nach 15 Jahren Haftzeit durch ein Gericht geschrieben hat, haben wir in ak 340 dokumentiert.

Ali Jansen

Ali Jansen wurde 1988 verhaftet und 1989 wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung an einer Niederlassung des Renault-Konzerns zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Er ist seit 1981 asthmakrank.

In einem Gutachten zur Vorlage beim Gericht schreibt sein früherer Hausarzt 1989: "Zu dem Krankheitsbild läßt sich sagen, daß sofortiges und effektives Handeln unabdingbar ist. Im Status asthmaticus ist jederzeit ein letaler Ausgang möglich und kommt auch heute immer wieder vor, wenn nicht schnelle Hilfe erfolgt."

Unter den Gefängnisbedingungen hat sich sein Gesundheitszustand kontinuierlich verschlechtert. Allein 1989 kam es zu fünf schweren Asthmaanfällen, der letzte war im Februar 1992.

Unter den momentanen Bedingungen, mit der Gefahr, jederzeit wieder einen lebensbedrohlichen Anfall zu bekommen, ist Ali Jansen gezwungen, täglich eine relativ hohe Dosis an Medikamenten einzunehmen, die auf Dauer die Organe schädigen und sehr belastende Nebenwirkungen haben.

Ali Jansen muß so schnell wie möglich freikommen, denn nur so ist eine wirksame Therapie möglich, die verhindern kann, daß es erneut zu lebensbedrohlichen Anfällen kommt.

Er selbst schreibt zu seiner Situation: Nach über 20 Jahren Sonderhaftbedingungen für uns politische Gefangene wird in der seit Beginn dieses Jahres entstandenen sogenannten "Freilassungsdebatte" von der BRD-Regierung der Öffentlichkeit zu suggerieren versucht, wir, die politischen Gefangenen in der BRD, seien keinerlei kollektiver Sondermaßnahmen ausgesetzt, und die derzeitige Diskussion über eine eventuelle "vorzeitige" Entlassung einzelner Gefangener sei daher nichts anderes als ein Ausdruck dieser Normalität.

Über 20 Jahre Gefangenschaft in den Trakten der Gefängnisse und der Widerstand von uns Gefangenen zeugen dagegen von einer anderen Realität, 15 Jahre dieser Realität habe ich bislang unmittelbar als Gefangener erlebt. Von diesen 15 Jahren habe ich alleine 8 Jahre in völliger Einzelisolation gesessen, d.h. unter Bedingungen, die es laut Bundesregierung und Bundesanwaltschaft (BAW) überhaupt nicht gibt und auch nie gegeben hat.

Unser Widerstand gegen diese Vernichtungshaft hat bis heute zwar noch nicht die Zusammenlegung als notwendigen ersten Schritt zu einer umfassenden Lösung durchsetzen können, aber eindeutig klar ist trotzdem, daß es nur unseren Kämpfen gegen die Haftbedingungen und der wachsenden Solidarisierung quer durch die Gesellschaft zu verdanken ist, daß inzwischen zumindest die jahrelange Einzelisolation für die meisten der politischen Gefangenen durchbrochen worden ist. Daß damit die Isolation und andere Formen der Sonderhaft nicht beendet ist, haftunfähige Gefangene zum Teil seit 15 Jahre gefangen gehalten werden, unsere Besucher, Verwandte und Anwälte und die Forderung nach Zusammenlegung nach wie vor aus politischen Gründen kriminalisiert werden, ganz nach tagespolitischer Zweckmäßigkeit einmal das sog. "illegale Infosystem" oder die ebenso absurde "Zellensteuerung" aus den staatlichen Giftküchen hervorgezaubert wird, oder auch mal - so wie im Moment gerade - von Politikern und Knastdirektoren zugegeben wird, daß Infosystem und Zellensteuerung nichts anderes als Instrumente der psychologischen Kriegsführung sind, all das ist nach wie vor unsere Realität. Meine ganz unmittelbare Realität ist auch, daß ich seit ca. 10 Jahren an Asthma erkrankt bin. Das Asthma tritt bei mir anfallsartig und vorwiegend während der Nacht auf und machte bis zu meiner erneuten Verhaftung Anfang 1988 mehrmals längere Aufenthalte in spezialisierten Asthmakliniken notwendig. Während der letzten 4 Jahre im Knast habe ich eine ganze Reihe von lebensbedrohlichen Asthmaanfällen erlebt und oft genug auch nur eher zufällig überlebt. Wie die Justiz auf meine Krankheit reagiert, werde ich hier an einem etwas länger zurückliegenden Beispiel aus der Zeit während der Untersuchungshaft darstellen.

Ich habe ähnliche Situationen zwar vorher und auch später noch öfter erlebt, zuletzt vor vier Wochen, schildere aber gerade dieses Beispiel hier noch einmal so ausführlich, weil darin der Charakter der BAW und des jetzt über eine 2/3-Entlassung entscheidenden Senats des OLG Frankfurt meiner Meinung nach besonders deutlich wird.

Ich zitiere dazu jetzt einige Auszüge aus meinem damaligen Brief aus der JVA Preungesheim an meine Anwälte: "... Sonntag morgen wurde ich kurz vor 6 Uhr durch einen Hustenanfall geweckt. Ich merkte sofort, daß das dieses Mal wieder ein ernsterer Asthmaanfall war bzw. werden würde. Habe sofort versucht das Berotec-Spray zu nehmen, konnte aber schon kaum noch einatmen, d.h. dieses Zeug auch nur noch minimal in die Bronchien reinbekommen. Mit so ziemlich letzter Kraft habe ich mich dann zur Rufanlage geschleppt und Alarm gegeben. Das war genau um 6 Uhr früh. Nach 2 oder 3 Minuten, also schon relativ schnell (aber für mich waren das in der Situation natürlich Ewigkeiten) meldete sich die Nachtwache. Ich habe dann schon mehr röchelnd als sprechend durch den Lautsprecher nach dem Sanitäter verlangt. Die Antwort war: ‚Melden sie sich bei der Essensausgabe zum Sanitäter.` Völlig perplex und vor Wut über diese Antwort kochend hab ich dann mit der letzten irgendwie noch zum Sprechen vorhandenen Luft in den Lautsprecher gerufen: ‚Brauch den sofort. Asthmaanfall.` Völlig desinteressiert und gelangweilt kam zurück: ‚Ja, ja, der kommt vorbei.` Auf Grund der Art und Weise, wie das gesagt wurde, eben total desinteressiert, war mir klar, daß ich mit dem Sanitäter (und der notwendigen Spritze) kaum schnell rechnen konnte. Und da mensch während eines Asthmaanfalls von dieser Stärke sehr schnell aus Luftnot kein Wort mehr reden kann, war ich auch nicht mehr in der Lage, der Nachtwache noch ein weiteres Mal die absolute Notwendigkeit von Sanitäter und Spritze deutlich zu machen.

Die Situation eskalierte von da ab ständig weiter. Vor Anstrengung lief mir der Schweiß in richtigen Bächen über'n Körper, die Knie wurden weich und weicher, und während jedes weiteren Hustenanfalles dachte ich, besinnungslos zu werden. Schwindel, schwarz vor Augen, immer stärker aufkommende Panik, und dabei drückte ich dann noch mehrmals folgenlos den Alarmknopf. Während ich dann weiter um Luft kämpfte und vor allem auch versuchte, die Panik im Griff zu halten, merkte ich dann plötzlich, wie ich die Kontrolle über die Schließmuskel verlor, und dann pinkelte und schiß ich auch schon völlig unkontrolliert los. Das ganze dauerte über eine halbe Stunde, d.h. ab 6.35 Uhr trat langsam eine Besserung ein, und ab da wußte ich, daß ich zumindest bei diesem Anfall nicht ‚drauf` gehen würde. Um 8.30 Uhr kam dann der Sanitäter: ‚ich habe gehört... .`

Wir haben diesen Vorfall, der wie gesagt kein Einzelfall war, nicht (wie meine Anwälte voller rechtsstaatlicher Überzeugung zuerst wollten) zum Anlaß eines Antrags auf Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen genommen, sondern (auf Realisierbarkeit hoffend) nur erneut meine Zusammenlegung mit einem Gefangenen meines Vertrauens beantragt.

Die Notwendigkeit einer solcher Zusammenlegung ausführlicher zu begründen, erspare ich mir hier. Aber selbst dieser Antrag, der im übrigen von der Knastärztin unterstützt wurde, wurde von der BAW und dem OLG Frankfurt abgelehnt.

Der Grund für diese Ablehnung war eindeutig klar: ich hatte mich weder von der ‚zur Anklage stehenden Tat` noch vom antiimperialistischen Widerstand insgesamt distanziert. Ein Verbrechen, was für die Justiz auf jeden Fall eher meinen Erstickungstod als eine (wenn auch nur Mini-)Zusammenlegung mit einem Gefangenen meines Vertrauens zur Folge haben sollte. So wie unter normalen Bedingungen und ohne den politischen Charakter der Entscheidung mein damaliger Antrag auf Zusammenlegung mit einem Gefangenen meines Vertrauens nicht abgelehnt worden wäre, so eindeutig klar ist heute, daß die Entscheidung über meine sog. 2/3-Entlassung (die im übrigen normalerweise im Regelfall erfolgen soll) zumindest angesichts meiner Krankheit im Normalfall beinah eine Selbstverständlichkeit wäre. Daß dem nicht so ist und sich auch hier die angebliche "Normalität" als eine Propagandalüge entpuppt, wird nicht zuletzt durch die ablehnenden Stellungnahmen der BAW und der JVA deutlich.

Offensichtlich sind sich diese Vertreter des Staates trotz des momentanen imperialistischen Siegeszuges der Labilität der gesamten Entwicklung so sehr bewußt, daß sie selbst im Zusammenhang einer 2/3-Entlassung von kranken Gefangenen noch Loyalitätserklärungen abpressen wollen. So wichtig es aber für uns alle natürlich ist, daß als erstes die kranken Gefangenen aus der Haft entlassen werden, unmittelbar und bedingungslos, darf die Notwendigkeit einer umfassenden Gesamtlösung für alle politischen Gefangenen darüber nicht in den Hintergrund gedrängt werden, ist darüberhinaus eindeutig klar, daß unser Denken, Arbeiten und Kämpfen sich weder jetzt noch zukünftig auf eine Diskussion um Haftentlassung reduzieren lassen wird.

Unsere Orientierung geht natürlich darüber hinaus. Die globalen Veränderungen der letzten Jahre, der Zusammenbruch der ehemals realsozialistischen Staaten, die strategische Defensive der Befreiungsbewegungen im Trikont und natürlich auch die Entwicklung innerhalb der Metropolenstaaten, und die Formierung einer neuen imperialen Großmacht durch die "Wiedervereinigung" haben zwar die Bedingungen und Voraussetzungen für den weiteren antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstand auch in den Metropolen tiefgehend verändert, nichts verändert hat sich in dieser Entwicklung aber an der Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung des in jeder Hinsicht zerstörerischen Imperialismus.

Da in der Entwicklung des letzten Jahrzehnts aber nicht nur neue und noch unbeantwortete Fragen entstanden sind, sondern auch die Notwendigkeit einer selbstkritischen Reflexion unserer bisherigen Praxis noch deutlicher wurde, ist in dieser Phase der Neuorientierung die gemeinsame Diskussion miteinander und eine Auseinandersetzung mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen notwendiger als je zuvor.

Für uns politische Gefangene bedeutet das u.a., daß die Voraussetzung für die Teilnahme an dieser Diskussion, die Zusammenlegung und die Beendigung der politischen Zensur nämlich, heute noch ebenso dringend wie vor Jahren auf der Tagesordnung steht. Der Kampf für die Zusammenlegung und für die Entlassung (erstmal) der kranken Gefangenen gehört daher auch weiterhin zusammen und wird angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse möglicherweise auch noch für längere Zeit zusammengehören müssen.

Isabel Jacob

In der Nacht zum 2.6.1985 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG Hannover verübt, bei dem ein Mensch ums Leben kam. Nach drei Tagen bundesweiter Fahndung stellte sich Isabel Jacob - eine Freundin des Toten - der Staatsanwaltschaft und wurde im Gefängnis sofort isoliert.

Schon nach wenigen Wochen wurde Isabel Jacob krank. Im Dezember 1985 wurde die Diagnose morbus basedow gestellt. Im Frühjahr 1986 wurde sie aus der Untersuchungshaft entlassen. Formaler Grund dafür war die Einstellung des Ermittlungsverfahrens nach §129a (Bildung, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung), aber auch auf ihre Krankheit wurde verwiesen.

Im Mai 1988 wird Isabel Jacob zu 4 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wegen "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion". Nach einem Jahr lehnten die Gerichte eine Revision ab. Das Urteil wurde im Februar 1990 rechtskräftig.

Isabel Jacob ist seit Feststellung des morbus basedow auf dauerhafte medizinische Behandlung und regelmäßige Untersuchungen angewiesen. Abgesehen von einer kurzzeitigen Besserung direkt nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft, hat die permanente Drohung, wieder ins Gefängnis zurück zu müssen, während der vier Jahre in Freiheit eine kontinuierliche Verschlechterung ihrer Gesundheit zur Folge gehabt: zunehmende körperliche Schwäche, eine höhere Tablettendosis, Versuch einer Cortisontherapie und im Februar 1990 eine Operation an der Schilddrüse, nach der keine grundlegende Besserung eintrat.

Am l0.4.1990 stellte Isabel Jacob einen Antrag auf Aussetzung der Strafvollstreckung der restlichen 3 Jahre 9 Monate Gefängnis und auf Feststellung ihrer Haftunfähigkeit. Daraufhin beantragte die Staatsanwaltschaft, durch einen von ihr vorgeschlagenen Internisten und Nuklearmediziner ein Gutachten erstellen zu lassen. Dieser Arzt hatte zwar einen klaren Begriff ihrer Krankheit, war aber nicht bereit, sich mit den zerstörerischen Auswirkungen der Bedingungen im Gefängnis auseinanderzusetzen. So erklärte er, sie sei "unter bestimmten Voraussetzungen haftfähig." Dieses ärztliche Gutachten wurde ergänzt durch eine Stellungnahme der JVA Preungesheim, die behauptete, diese Voraussetzungen seien in der Justizvollzugsanstalt gegeben. Am 6.l0.1990 wurde Isabel Jacob erneut inhaftiert.

In diesen knapp anderthalb Jahren Gefängnis hat sich Isabel Jacobs Gesundheitszustand deutlich verschlechtert. Der Hauptfaktor ist die Dauerstreß-Situation Gefängnis. Dazu kam das Verschleppen medizinischer Untersuchungen, die zudem unter unwürdigen und das Ergebnis verfälschenden Bedingungen stattfanden. Die Streßbelastungen beschleunigen den voranschreitenden Krankheitsprozeß und machen medizinische Behandlungen im Sinne einer Rehabilitation unmöglich.

Isabel Jacob muß sofort freigelassen werden.

Ute Hladki

Ute Hladki ist eine ehemalige politische Gefangene, die sich am Anfang ihrer Haftzeit 1990 den Bruch des zweiten Halswirbels und damit eine Querschnittslähmung zugezogen hat. Seither hat sie Haftverschonung, da sie haftunfähig ist. Trotzdem besteht weiterhin ein Haftbefehl gegen sie, der "lediglich außer Vollzug gesetzt, aber nicht eingestellt wurde. Außerdem droht das Gericht, das anhängige Verfahren gegen sie zu eröffnen. Diese permanente Drohung mit Inhaftierung verhindert ihren Rehabilitationsprozeß". Es geht um die Aufhebung des Haftbefehls und um die Einstellung des Verfahrens gegen Ute Hladki.

Aus einem Brief der Krankenschwestern, Pflegerinnen und Krankengymnastinnen von Ute:

Wir sind ein Team von mehreren Frauen und wir betreuen Ute Hladki. (...) Ute ist gelähmt und ist permanent auf Hilfe und Pflege angewiesen. Da Ute vom Sozialamt nur eine ambulante Pflege von zusammengerechnet 11 Stunden am Tag zugestanden (sprich bezahlt) wird, teilt sich unsere Arbeitszeit in Schichten von jeweils 5 1/2 Stunden ein. 5 1/2 Stunden vormittags bis nachmittags, dann noch einmal 5 1/2 Stunden von nachmittags bis zum frühen Abend. Danach und nachts wird Ute von ihrer Wohngemeinschaft versorgt. Wir vollen zunächst beschreiben, wie wir diese Zeit mit Ute verbringen. Morgens trinkt Ute Kaffee im Bett, dann ist Blasentraining, Katheterisieren, Waschen und Anziehen. Alles das spielt sich für Ute im Bett ab. Sie kann sich aufgrund der inkompletten Lähmung auch der Arme weder selber katheterisieren noch waschen oder gar anziehen. Dann "steht Ute auf". D.h. wir setzen sie in ihren Rollstuhl. Sie kann sich innerhalb der Wohnung bedingt selber mit

dem Rollstuhl fortbewegen. Bedingt, weil die Wohnung nicht rollstuhlgerecht ist. Sie kann z.B. nicht selber ins Badezimmer fahren, da der Türrahmen zu eng ist. Die kurzen Strecken, z.B. von ihrem Zimmer in die Küche, bewältigt sie langsam und mit viel Anstrengung. Um sich aus der Wohnung herauszubewegen, braucht Ute die Hilfe von 3 Personen, die sie mit ihrem Rollstuhl die Treppen heruntertragen. Auf der Straße kann Ute sich nicht selbständig mit dem Rolli fortbewegen, dazu fehlt ihr die nötige Kraft in den Armen, um Unebenheiten oder Steigungen überwinden zu können.

Wenn Ute "aufgestanden" ist mit unserer Hilfe, gehen wir zusammen einkaufen, spazieren, wir machen Erledigungen, Ute liest, schreibt, geht in die Kneipe, ist mit Freunden zusammen etc. Obwohl sie einige Bewegungsabläufe inzwischen selber durch Training wiedererlernt hat, braucht sie bei allem Hilfe von uns oder anderen. Z.B. hat Ute gelernt, zwar sehr langsam und mühsam, aber mit einem Finger Schreibmaschine zu schreiben. Das heißt aber nicht, daß sie es alleine könnte. Sie ist nicht in der Lage, sich die Schreibmaschine auf dem Schreibtisch zurechtzustellen, und auch nicht, ein Blatt selbständig einzuspannen.

Desweiteren ist der Tagesablauf von Ute bestimmt durch regelmäßiges Blasentraining. D.h. alle drei Stunden wird sie ins Bett gelegt und kann durch Klopfen auf die Blase das Wasserlassen auslösen. Es ist wichtig, daß dies sehr regelmäßig in dem vorgeschriebenen Drei-Stunden-Rhythmus geschieht, weil Ute natürlich dahinkommen soll, zumindest bedingt die Blasentätigkeit zu kontrollieren. Einmal täglich hat Ute Krankengymnastik. Die Gymnastin kommt zu Ute nach Hause. Es geht in der Gymnastik um Kräftigung der Muskeln, Erhalt der Gelenkbeweglichkeit, Koordinationsschulung, Stehtraining und anderes mehr. Auch die Krankengymnastik muß unbedingt regelmäßig gemacht werden. Die Folgen davon, wenn dies einmal oder mehrere Tage nicht eingehalten wird, sehen wir Pflegerinnen direkt: Kreislaufstörungen, heftigere Spastiken als normalerweise, insgesamt eine Erschwerung der Bewegungen, die Ute wiedererlernt hat und die sie im Alltag braucht. (...)

Nachdem unsere Arbeitszeit zu Ende ist (meistens um 20 Uhr), wird Ute von den Bewohnerinnen ihrer Wohngemeinschaft betreut. D.h. sie helfen ihr bei dem, was sie abends noch machen will, und bringen sie zu Bett. Nachts kann sich Ute über eine Gegensprechanlage bemerkbar machen, wenn sie etwas braucht, schlecht liegt, ihr etwas weh tut o.ä. Einmal in der Nacht muß Ute im Bett umgelagert werden, da sie das nicht selber kann und es trotz einer Spezialmatratze zur Decubitusvorbeugung (Druckstellen-) unablässig ist. Das bedeutet, daß eine ständige Nachtbereitschaft notwendig ist. Ute braucht vieles, um trotz ihrer schweren Behinderung ein "normales" Leben zu führen. Unter Leben verstehen wir, den Alltag mit seinen Problemen zu bewältigen, die menschlichen Bedürfnisse nach gemeinsamer Auseinandersetzung, nach Zuwendung und Nähe, nach Entfaltung der eigenen Fähigkeiten ausleben zu können, und schließlich auch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und es mitzugestalten. (...)

Aus der Beschreibung des Alltags von Ute mit uns wird eigentlich schon deutlich, daß es hier keine Trennung gibt zwischen Pflege, also unserer Arbeitszeit, und Utes Leben. Für Ute gibt es aufgrund der Schwere ihrer Behinderung keine Stunde am Tag,wo sie nicht auf Hilfe angewiesen wäre. Die körperliche Pflege ist da nur ein Teil. Wir helfen Ute bei allem, was sie so macht. Unsere Aufgabe ist es, durch unsere Pflege und sonstige Hilfestellung Ute ein menschenwürdiges Leben mit ihrer Behinderung zu ermöglichen. Wir nehmen an Utes Leben teil und sind auch gleichzeitig selber ein Teil davon. Wir haben alle zu Ute ein Verhältnis, das von gegenseitiger Achtung und Vertrauen geprägt ist. Wir denken auch, daß eine so intensive Betreuung, wie Ute sie braucht, das voraussetzt. Wir erleben Ute nicht als Pflegefall, sondern als Menschen mit allem, was das umfaßt. Deshalb können wir auch beurteilen, was für äußere Einflüsse ihr Schaden zufügen.

Der aktuelle Anlaß, warum wir uns als Team der Pflegerinnen von Ute zu Wort melden, ist der, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) und das Oberlandesgericht Düsseldorf Ute erneut bedrängen. Die Sachen sind ja bekannt: die BAW fordert ein erneutes Gutachten über Utes jetzigen Gesundheitszustand, droht mit Zwangsuntersuchung durch einen von ihnen ausgesuchten Arzt. Und das OLG Düsseldorf weist den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren wegen der Veranstaltung zurück. Sie beziehen sich dabei auf die Forderung der BAW nach einem neuen Gutachten, fügen aber hinzu, daß ihnen selbst das eventuell nicht ausreichen würde, sondern der Düsseldorfer Senat ,... von sich aus ein zusätzliches Gutachten darüber einzuholen hat, ob und inwieweit die Angeklagte in der Lage ist, ihre Rechte in den vorliegenden Verfahren ... sachgerecht wahrzunehmen ...`

Im Klartext: Ute soll sich gleich zweimal einer Zwangsuntersuchung durch einen Arzt unterwerfen, den sie nicht kennt und von dem angenommen werden kann, daß er mit den Staatsschutzbehörden Hand in Hand arbeitet. Daß der Senat in diesem Kontext den Begriff verwendet, Ute solle ihre ‚Rechte wahrnehmen können` ist der blanker Zynismus. Zwangsuntersuchung bedeutet, daß ihr im Gegenteil jegliches Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper genommen wird. Wir empfinden dies als eine absolut menschenverachtende Handlung. Wir sind zwar keine Ärzte, aber wir können aufgrund der Zeit, die wir mit Ute verbringen, und aufgrund des persönlichen Verhältnisses, was sich darin entwickelt hat zu ihr, ein fundiertes Urteil abgeben. Wir haben uns natürlich auch damit auseinandergesetzt unter was für Bedingungen ein §129a-Prozeß, wie er Ute gerecht werden soll, stattfindet und was das an physischer und psychischer Kraft für eine Angeklagte voraussetzt. Wir sagen ganz klar: Ute ist verhandlungsunfähig. Haftunfähig ist sie sowieso, das liegt klar auf der Hand.

Besonders verärgert sind wir über die unverschämte und menschenverachtende Art, in der der 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf in seinem Schreiben die Beibehaltung des Haftbefehls gegen Ute ‚begründet`. Es wird hier von den verantwortlichen Richtern angeführt a) der immer noch dringende Tatverdacht und b) die Fluchtgefahr. Zitat aus dem Schreiben des OLG vom 30. April 1991: ‚... Gleichwohl ist die Annahme der Fluchtgefahr in Sinne von §112 Abs. 2 Nr. 2 StPO auch aus heutiger Sicht noch gerechtfertigt. Die Angeklagte hat in der vorliegenden Sache mit einer erheblichen Freiheitsstrafe zu rechnen. Der frühere Mitangeklagte von Hören ist wegen der Tat, die auch der Angeklagten zur Last gelegt wird (Werbung für eine terroristische Vereinigung), rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden. Hinzu kommt, daß die BAW wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung in der RAF u.a. gegen die Angeklagte ermittelt. Unter diesen Umständen muß befürchtet werden, daß sie sich auch künftig dem vor dem hiesigen OLG schwebenden Verfahren entziehen wird, so wie sie es bereits im April 1988 getan hat. (...)`

Angelika Goder

Angelika Goder ist eine ehemalige politische Gefangene, deren Haftverschonung nach elf Jahren Gefängnis, zunächst für ein Jahr, durch den Hungerstreik der politischen Gefangenen 1989 erreicht werden konnte. Angelika Goder war im Gefängnis haftunfähig geworden.

Die notwendigen Hüftoperationen waren unter den Bedingungen der Haft ebensowenig möglich wie die kontinuierliche und lange Nachbehandlung, die bis heute auf unabsehbare Zeit anhält. Die Haftunfähigkeit von Angelika Goder ist weiterhin ärztlich bescheinigt. Trotzdem wird sie von Seiten der Berliner Justiz mit Haft bedroht, was den Prozeß der Rekonvaleszenz und Gesundwerdung verhindert.

Für Angelika Goder muß es eine endgültige Regelung von Seiten der Behörde geben, die sicherstellt, daß sie nicht wieder inhaftiert wird.

Sie schreibt im Februar 1992 über ihre aktuelle Situation:

Der Justizminister Kinkel überlegt in bezug auf die politischen Gefangenen in der BRD u.a., daß einige der haftunfähigen Gefangenen entlassen werden sollen. Genannt wurden Bernd Rössner, Günter Sonnenberg und Claudia Wannersdorfer, die Mitte Februar nach einem 2/3-Antrag freigelassen wurde. Die Freilassung dieser Menschen wird seit langem gefordert. Nicht genannt werden zwei weitere haftunfähige Gefangene: Ali Jansen und Isabel Jacob, die trotz ihrer schweren Erkrankung, aufgrund der sie 1986 aus der Untersuchungshaft entlassen werden mußte, im Dezember 1990 erneut verhaftet wurde und seitdem eingeknastet ist.

Auch ich werde in diesem Zusammenhang nicht genannt; ich war eine der politischen Gefangenen, deren Freilassung im Hungerstreik 1989 gefordert wurde, weil ich in den 11 Jahren, die ich in Berlin im Knast war, schwer erkrankt bin und weil die Operationen an den Hüftgelenken und die lange Nachbehandlungszeit unter Knastbedingungen nicht akzeptabel und möglich waren. Mit den Berliner Justizbehörden hatte es einen jahrelangen Kampf gegeben; zunächst um akzeptable Bedingungen für die Operationen, und als klar wurde, daß sie unter Knastbedingungen nicht herstellbar sind, um meine Freilassung. In diesen Jahren hat sich mein Gesundheitszustand immer weiter verschlechtert.

Inzwischen ist der Hochsicherheitstrakt, in dem ich zusammen mit Gabriele Rollnik, Monika Berberich über acht Jahre und mit einigen anderen weniger Jahre gefangen gehalten wurde, von der Justizsenatorin geschlossen worden, weil die Bedingungen dort gesundheitsschädlich sind. Die einjährige Haftverschonung, die durch den Hungerstreik 1989 für mich seit Juni für die Hüftgelenksoperationen und zur Rekonvaleszenz

durchgesetzt worden war, wurde für immer kürzere Zeiträume verlängert. Sie lief zuletzt direkt nach einer 3. Operation im August 1991 nur noch für drei Monate bis Mitte Dezember. Danach plante die Berliner Staatsanwaltschaft, ohne weitere ärztliche Gutachten einzuholen, die noch offenen mehr als vier Jahre gegen mich zu vollstrecken.

Mehrere ärztliche Gutachten, die im Dezember 1991 meine Haftunfähigkeit bescheinigten, führten aber nur dazu, daß die "Ladung zum Haftantritt" aufgeschoben wurde; eine weitere Haftverschonung lehnte die Staatsanwaltschaft mit der Begründung ab, ich hätte die ärztlich empfohlene Operation eines akuten Bandscheibenvorfalls, den ich im Oktober erlitt, abgelehnt.

D.h. nach dem zunehmenden Druck, unter dem ich durch die immer kürzer werdenden Zeiträume der Haftunterbrechung stand, die mir die Berliner Justiz zugestand, um wieder auf die Beine zu kommen und gesund zu werden, ist jetzt meine Situation völlig offen, nur weil ich selber bestimme, wann ich mich operieren lasse und wann nicht. Unter einem solchen dauernden Druck ist es natürlich unmöglich, überhaupt aus diesem Kreislauf Operation-Rückfall rauszukommen.

Die letzten 2 3/4-Jahre, die ich jetzt draußen bin, waren von bis jetzt drei Hüftgelenksoperationen, die fast alle mit Komplikationen verliefen, geprägt. Weitere Operationen kann kein Arzt ausschließen, auch wenn sie derzeit nicht absehbar sind.

Die Nachbehandlungen, ohne die alle Operationen sinnlos gewesen wären, liefen die ganze Zeit und laufen noch weiter. Das bedeutet, jeden Tag Behandlung in einer Krankengymnastikpraxis oder Bewegungsbäder im Krankenhaus; durch diese notwendigen Behandlungen ist mein Tagesablauf bestimmt und eingeteilt; alle anderen Dinge, wie z. B. die Neuorientierung, für die jede, die nach so langer Zeit aus dem Knast kommt, auch lange Zeit benötigt, Aktivitäten u.a. können erst danach kommen und sind dem untergeordnet. Das hatte zum Beispiel zur Folge, daß ich Gabriele Rollnik, mit der ich in Berlin 11 Jahre zusammen im Knast war und die nach dem Hungerstreik in die Kleingruppe der politischen Gefangenen nach Lübeck verlegt worden war, nur sehr unregelmäßig und in letzter Zeit überhaupt nicht besuchen konnte, weil mein Gesundheitszustand die Reise dorthin nicht zuließ.

Aus diesen Erfahrungen geht es für mich jetzt darum, zu einer endgültigen Regelung zu kommen, ohne die permanente Bedrohung einer erneuten Einknastung. Anders ist der Prozeß der Rekonvaleszenz und Gesundwerdung nicht möglich.

Berlin, im Februar.

ga.

Zusammengestellt nach Materialien und Erklärungen der politischen Gefangenen, ihrer AnwältInnen und Angehörigen.

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben Kinder von Gefangenen und Angehörigen verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.

Bunte Kartenserie - 16 Stück 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr - Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 05 02 05, 6230 Frankfurt/Main 80.

25. Strategisches Abwehrsystem gegen Flüchtlinge. Die "Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland"

Autor: Olaf Deibler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:06

Ein Fünftel der Weltbevölkerung in den kapitalistischen Metropolen lebt mittel- und unmittelbar von der Ausbeutung der anderen vier Fünftel der Menschheit und vernichtet dabei deren Lebensgrundlagen. Um diese Ordnung aufrechtzuerhalten, braucht es (Staats-)Gewalt. Daß sich ein Bruchteil der Ausgebeuteten und Unterdrückten irgendwann aufmacht und jenen Wegen folgt, auf denen ihre Reichtümer davongeschleppt werden, ist unvermeidlich. Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Flüchtlinge - als weitere Form imperialer Gewalt - sind deswegen zur Sicherung des Reichtums ebenso unvermeidlich.

Das ist der Grund, der die Planungsstäbe in den ministeriellen Etagen dazu antrieb, ein Konzept zu entwickeln, um diese Wanderungsbewegungen zu kontrollieren und zu steuern. Während sich die demokratischen Gemüter in Scheingefechten um eine Änderung des Grundgesetzartikels 16 austoben, realisieren die politisch Verantwortlichen unbemerkt ein Abwehrsystem gegen Flüchtlinge, das (grob zusammengefaßt) aus drei "Schutzgürteln" besteht, die sich konzentrisch zum kapitalistischen Weltmachtblock Westeuropa formieren: Herzstück ist die EG mit ihren Außengrenzen; die Mauern des mittleren Abschnitts umfassen die von ihr politisch und wirtschaftlich abhängigen Staaten Osteuropas (und wahrscheinlich bald Nordafrikas); die äußerste Front bildet der Trikont, insbesondere Afrika und Asien.

Am 25.9.1990 erteilte das Bundeskabinett dem Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe seinen offiziellen Segen. Dessen genauer Titel lautet: "Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland - Ansätze für eine ressortübergreifende Politik". An ihm beteiligt waren VertreterInnen aus den Bundesministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen, für Wirtschaft, für Arbeit und Sozialordnung, für Familie, Frauen und Gesundheit, für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Abgesandte des Auswärtigen und des Kanzleramts. Auf besonderen Wunsch von Schäuble nahmen zusätzlich die Innenminister von Baden-Württemberg (Schlee) und Nordrhein-Westfalen (Schnoor) teil.

Sowohl die PolitikerInnen aller Couleurs als auch die Medienkonzerne priesen die Konzeption einhellig als weitsichtiges, vernünftiges Umdenken hin zu einer Lösung der Fluchtursachen. Der Inhalt dieses Strategie-Papiers muß ihnen unbekannt gewesen sein. Denn vom Umdenken ist ausdrücklich nicht die Rede, kommen die VerfasserInnen höchstpersönlich doch "keineswegs zu dem Schluß, eine vollständige Neuorientierung der Flüchtlingspolitik sei erforderlich. Die bisherigen Maßnahmen auf den Feldern der auswärtigen Politik, der wirtschaftlichen und Entwicklungszusammenarbeit sowie der Asylpolitik bilden vielmehr insgesamt eine gute Ausgangsbasis, auf deren Grundlage jedoch neue Akzente gesetzt werden sollten ..." (1)

So untertrieben der Terminus "neue Akzente" tatsächlich ist, so weitsichtig - hier muß den PlanungsstrategInnen Respekt gezollt und ihren ClaqueurInnen zugestimmt werden - ist ihr Unterfangen allemal! Die zum Teil schon existierenden, zum Teil konzipierten Instrumentarien lassen sich, wie im folgenden dargestellt, nach drei geographisch abgestuften Reichweiten gliedern.

1. Die Bekämpfung der Flüchtlingsbewegungen

im Trikont

Eine der effektivsten Methoden, den Menschen der Südhalbkugel ihre Flucht aus dem Elend zu verwehren, ist der von der BRD schon 1980 eingeführte Visumzwang. Im Rahmen des neuen "Ausländergesetzes" wurde er auf sämtliche Staaten der Erde (mit expliziten Ausnahmen) ausgedehnt. Der Versuch, in die kapitalistischen Zentren zu gelangen, scheitert für die allermeisten an deren Auslandsvertretungen in den jeweiligen Heimatländern. Die Botschaften weigern sich schlicht, die für die Reise erforderlichen Sichtvermerke auszustellen. So errichtete (nicht nur) die BRD unsichtbare Mauern bereits in den Hauptfluchtländern. (2)

Eine weitere Strategie der westlichen Industriestaaten zielt darauf ab, Flüchtlingsbewegungen so zu lenken, daß sie auf die Nachbarstaaten der Heimatregion begrenzt bleiben. "Ca. 80 v.H. der Flüchtlinge leben in den Ländern der Dritten Welt", stellen die VerfasserInnen der regierungsamtlichen "Flüchtlingskonzeption" fest - "überwiegend in großen Lagern unter meist unwürdigen Bedingungen". (3) Dort, beispielsweise in den Massenlagern Äthiopiens, des Sudans, Thailands oder Pakistans, vegetieren Millionen - bedroht von Seuchen und Hunger - jahrelang dahin. Das hindert die herrschenden PlanerInnen keineswegs daran, "in einem dauernden oder zeitweiligen Verbleib im Erstaufnahmeland, d.h. in der Regel in einem Nachbarland des Herkunftsstaates oder in einem anderen aufnahmebereiten Land der Region, die beste Lösung zu sehen." (4)

Lobend erwähnen sie die "schon erhebliche(n) Leistungen zur Versorgung derartiger Flüchtlinge". (5) Die "Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur zur Versorgung", heißt es da in hohler Abstraktion großkotzig, war dem deutschen Staat allein 1989 ganze 141 Mio. DM wert. (6) Doch nicht aus humanistischen Erwägungen soll die BRD "künftig verstärkt Erstaufnahmeländer und Flüchtlinge dort unterstützen". (7) Vielmehr liegt den Überlegungen ein nüchternes Kalkül zugrunde, das im offiziellen Papier offen benannt wird: Die Zustände in den Flüchtlingslagern des Trikonts werden mit Care-Paketchen gerade so (un)erträglich gehalten, daß "Flüchtlinge ihre Flucht nicht fortsetzen und in einem anderen Land Asyl beantragen". (8)

2. Ein Sicherheitsgürtel

rund um die Festung EG

Bari im August 1991: 16.000 albanische Flüchtlinge, die sich auf völlig überbelegten Schiffen in den italienischen Hafen retteten, wurden von Militär und Polizei zusammengetrieben und in das "Stadion des Sieges" gepfercht. Umstellt von bewaffneten Einheiten und aus der Luft per Hubschrauber überwacht, wurden den Flüchtlingen bei glühender Hitze ausreichend Nahrungsmittel und Wasser verweigert. Nach Tagen brachen die gefangengehaltenen Flüchtlinge massenhaft zusammen. Diagnosen: Dehydration, Unterernährung, Fehlgeburten. Ab dem vierten Tag wurden die AlbanerInnen in Schüben teils in Flugzeuge, teils auf Schiffe geprügelt. Die Straßen waren hierfür weiträumig abgesperrt. Panzerwagen standen bereit. Auf den Schiffen wurden sie vom Militär mit Mundschutz und Gummihandschuhen empfangen und einer Leibesvisitation unterzogen. Dann erfolgte die Abschiebung nach Albanien ...

Noch unter dem Eindruck dieser Ereignisse flog der italienische Außenminister De Michelis nach Tirana und drohte in der Öffentlichkeit: "Wir sind hier, um mit der albanischen Regierung zusammenzuarbeiten und ihr dabei zu helfen, dem albanischen Volk klarzumachen, daß seine Probleme in Albanien - und nicht anderswo - gelöst werden können." (9) Gleichzeitig weckte die italienische Regierung mit umgerechnet 80 Mio. DM Wirtschaftshilfe und weiteren 120 Mio. DM Nahrungsmittellieferungen die Bereitschaft des albanischen Regimes, in der Flüchtlingspolitik mit ihr zusammenzuarbeiten. (Die EG-Kommission sattelte mit der Verdopplung ihrer "Nothilfe" an Albanien noch drauf.) (10) So machte das Mitglied der G7-Staaten, Italien, seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß geltend, um künftig die Fluchtbewegungen auf dem albanischen Territorium abfangen zu lassen. Zu diesem Zweck erhielt die albanische Küstenwache von der römischen Regierung Computer und Tränengas. (11)

Was der italienische Staat in diesem speziellen Fall nachträglich mit Tirana vereinbarte, nämlich den dortigen Behörden die Bekämpfung der Zuwanderung zu übertragen, wird seitens der BRD seit längerem und in weit größerem Maßstab in Angriff genommen. Denn die hermetische Abriegelung der eigenen Grenzen und gar der Einsatz von Streitkräften gegen "illegale Zuwanderer" birgt für den Staat entschiedene Nachteile. "Die Bundesrepublik Deutschland", steht in der "Flüchtlingskonzeption", "kann und will den Besucher- und Touristenverkehr aus den mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder nicht einschränken. Sie hat im Gegenteil ein politisches Interesse daran, den Reiseverkehr zu erleichtern und zu fördern." (12) Ansonsten nähmen die wirtschaftlichen Aktivitäten Schaden; das internationale Ansehen der BRD, aber auch die politische Stabilität des integrativen "Modell Deutschland" insgesamt könnten beeinträchtigt werden, wenn sich Szenen wie in Bari hierzulande ereigneten. Sie würden schlagartig den Charakter der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" enthüllen...

Der Schreck saß den hohen BürokratInnen in den Ministerien noch in den Gliedern, als die Bundesregierung am 30./31. Oktober 1991 in Berlin eine "Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa" einberief. Auf ihr waren nicht nur EG-Mitglieder und diejenigen

EFTA-Staaten vertreten, denen die Grenze zum ehemaligen "Ostblock" gemein ist, sondern auch sämtliche osteuropäische Staaten: Polen, die CSFR, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Belorußland, die Ukraine und die (später begrabene) Sowjetunion. (13)

Ergebnis dieser Konferenz war ein Schlußkommuniqué, in dem sich die teilnehmenden Staaten darauf einigten, "kurzfristig als auch mittel- und langfristig wirkende Strategien und unterschiedliche Instrumente" zu entwickeln, um "den illegalen Wanderungsbewegungen mit Entschiedenheit und geeigneten Mitteln entgegenzutreten". (14)

Beschlossen wurde im einzelnen

- die "Bekämpfung der Schleuserkriminalität nach einem gemeinsamen taktischen Konzept" durch polizeiliche Zusammenarbeit;

- die Verpflichtung der Beförderungsunternehmen, "das Vorhandensein der für den Zielstaat erforderlichen Grenzübertrittsdokumente (zu) kontrollieren". Bei Verstößen drohen Sanktionen.

- die Verschärfung der Grenzkontrollen a) an den Grenzübergängen, wozu GrenzschützerInnen die Befugnis erhalten, sich "insbesondere anhand mitzuführender Belege und Nachweise über Ziel und Bedingungen des Aufenthaltes (zu) vergewissern"; und b) "außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke". Damit sollen die verbliebenen Schwachstellen ausgeglichen werden. Mittels Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen plus verbesserter Kommunikation unterstützen die Vertragsstaaten einander "beim Ausbau der Infrastruktur der Grenzsicherung".

- zwecks Abschreckung ein härteres Vorgehen "gegen unerlaubte Beschäftigung illegal eingereister Ausländer".

- "zwei- oder mehrseitige Rücknahmeabkommen", welche die Verpflichtung beinhalten, "Personen zurückzunehmen, die aus dem eigenen Staat illegal in einen anderen Staat eingereist sind und von diesem sobald als möglich ... zurückgeschoben werden". Hierfür dient das am 29. März 1991 abgeschlossene sog. "Rücknahmeabkommen" zwischen den Staaten des Schengener (Zusatz-)Abkommens und Polen als Vorbild. Im Gegenzug zur Visumfreiheit verpflichtet sich darin die polnische Regierung, all jene Personen wieder aufzunehmen, die über ihr Territorium rechtswidrig in die Staaten des Schengener Clubs (15) eingereist sind. (16)

Arbeitsgruppen sollen nun "unverzüglich Realisierungsvorschläge" ausarbeiten, damit sie noch möglichst in diesem Jahr, 1992 (!), zur Unterschriftsreife gebracht werden. Am 13./14. Januar trafen sich hierzu - hinter verschlossenen Türen und unbemerkt von der Presse - höhere BeamtInnen einer Arbeitsgruppe in Graz. (17)

Mit der Verwirklichung dieses Maßnahmenpakets obliegt die (militärische) Kontrolle der ImmigrantInnen den ehemals nominalsozialistischen Staaten. Insbesondere die vereinbarten "Rücknahmeabkommen" garantieren dem reichen Westeuropa, die Flüchtlinge aus Osteuropa reibungslos - per Rückgabe - zu entsorgen. Sie wirken darüber hinaus als Druckmittel gegenüber den osteuropäischen Regierungen: Zum einen müssen sie ihrerseits die Grenzen Richtung Osten abschotten. (Polen und Ungarn haben bereits einen Anfang gemacht und ihr Militär zur Abwehr von ImmigrantInnen an die Ostgrenze verlegt.) Zum anderen werden sie gezwungen, die Fallstricke für potentielle AuswanderInnen auf dem eigenen Staatsgebiet zu perfektionieren.

Die osteuropäischen Staaten werden also als Schutzwall und Auffangzone gegen Flüchtlinge in den Dienst der EG gestellt. Und es ist zu erwarten, daß die unter Druck geratenen südlichen EG-Staaten der weitsichtigen Präventionspolitik der BRD folgen. Denn aufgrund des eingeführten EG-weiten "one-chance-only"-Prinzips (18) für Asylverfahren sind Frankreich, Italien und Spanien gezwungen, den Gebietskontakt der Flüchtlinge mit ihren Territorien zu vermeiden, um nicht allein für sie zuständig zu sein. Sie werden die illegale Zuwanderung aus Nordafrika abzuwehren versuchen, indem sie ihrerseits die Maghreb-Staaten (19) als "cordon sanitaire" zurichten ...

Die BRD als Vormacht der EG ist durchaus zu Gegenleistungen bereit: "Die Wirtschaftshilfe gegenüber den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern sowie die Entwicklungszusammenarbeit sollten stärker die Zielsetzung der Bekämpfung der Fluchtursachen berücksichtigen" (20), formulierten die PlanungsstrategInnen der "Flüchtlingskonzeption". Osteuropa werden also Kredite, Entwicklungshilfegelder und eine

wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zukommen, garniert mit politischen Zugeständnissen wie Visumfreiheit, EG-Assoziierung oder NATO-Mitgliedschaft. Zudem haben die dortigen Regierungen - bisher - ein eigenständiges Interesse daran, die Auswanderung einzudämmen. Denn noch sind es vor allem überdurchschnittlich qualifizierte (Fach-)Arbeitskräfte (LehrerInnen, NaturwissenschaftlerInnen, ÄrztInnen etc.) im jungen Alter, die nach Westeuropa abwandern. (21) Dieser "brain drain" erschwert den Aufbau der zerrütteten Ökonomien, die durch die kapitalistische Durchdringung weitgehend zerstört wurden. (Doch spätestens dann, wenn die EG-Staaten per Gesetz Einwanderung durch Quoten regeln, wird sich die Hoffnung für diese Länder zerschlagen, mittels Kontrolle der illegalen Auswanderung den Abzug wertvoller Arbeitskräfte zu verhindern.)

Sollte sich die Krise in Osteuropa zuspitzen und es den politisch Verantwortlichen dort nicht gelingen, die Auswanderung zu kontrollieren, ist die EG auf diese Herausforderung selbstverständlich vorbereitet. Im Maastrichter Vertrag zur politischen Union heißt es lapidar: "Bei einer Notlage in einem Drittland, die zu einem plötzlichen Zustrom von Staatsangehörigen aus diesem Land in die Gemeinschaft zu führen droht, kann der Rat ... den Visumzwang für Staatsangehörige des betreffenden Landes einführen." (22)

3. Flüchtlingsbekämpfung innnerhalb der Festung EG

"Die Asylpolitik", stellt die interministerielle Arbeitsgruppe in der "Flüchtlingskonzeption" zynisch fest, "kann zur Bekämpfung der Fluchtursachen - durch Verminderung des Sogeffekts - beitragen." (23) In der Tat hat die BRD (wie die EG) in 15jähriger Anstrengung das Instrumentarium zur Abwehr an den Grenzen, zur Entrechtung und Kontrolle der Asylsuchenden auf- und ausgebaut. (24) Im Kampf gegen die wenigen, die es trotz Abschottung und Abschreckung geschafft haben, in Deutschland Zuflucht zu suchen, greift der Staat auf ein letztes Mittel zurück, um sie wieder loszuwerden: Deportationen - in Form von unsanften Abschiebungen oder mittels vornehmer "Repatriierungen".

Die StaatsdienerInnen haben - noch - Hemmungen, vor aller Öffentlichkeit gegen (Völker-)Recht zu verstoßen und Menschen abzuschieben, die nach bürokratisch-perverser Lesart "De-facto-Flüchtlinge" genannt werden. "Wir haben nicht so sehr ein Zugangs-, wir haben vor allem ein Abschiebeproblem", konstatiert der Rechts- und Asylexperte der SPD, Penner, treffend. (25) Die regierungsamtliche Konzeption fordert deshalb "eine größtmögliche Beschleunigung der Asylverfahren durch organisatorische Maßnahmen und die konsequente Durchsetzung einer vollziehbaren Ausweisungspflicht" (26). Die PolitikerInnen von CSU bis SPD beschlossen denn auch im Oktober 1991 in einer ihrer zahlreichen "Asyl-Vereinbarungen" die flächendeckende Errichtung zentraler Sammellager sowie erheblich gestraffte Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Hektisch arbeiten derzeit die SozialtechnokratInnen in allen Bundesländern daran, derartige Quartiere (z.B. Kasernen) aufzuspüren und zur Verfügung zu stellen, um die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für versteckte und reibungslose Massenabschiebungen zu schaffen ... (27)

Die sog. "Repatriierungen" als eine andere Methode, sich die lästigen Flüchtlinge vom Hals zu schaffen, sind in der BRD nichts grundsätzlich Neues. Die "Bereitstellung von Finanzmitteln" - was sonst? - verleiht der Rückkehrbereitschaft den nötigen "Nachdruck". Zur "Förderung der freiwilligen Rückkehr oder Weiterwanderung ausländischer Flüchtlinge" gibt es seit 1979 das REAG-Programm. (28) In dessen Rahmen wurden bis Februar 1990 immerhin 74.000 Menschen außer Landes gekarrt. (29) 1989 beschloß die Bundesregierung ein "besonderes Rückführungsprogramm" für Flüchtlinge aus Sri Lanka. Seine Besonderheit liegt "in einer Verstärkung des Anreizcharakters": Nicht die üblichen 100 DM, sondern sage und schreibe 300 DM stehen demnach den zum Abtransport willigemachten Personen zu. Kaum zu glauben, daß trotz dieser immensen Großzügigkeit "dieses Programm nur wenig in Anspruch genommen worden" ist, wie die interministerielle Arbeitsgruppe in ihrem Papier bedauert. (30)

Eben diese und ähnliche Weigerungen, sich für 300 DM gerne in den Bürgerkriegstod oder auf Minenfelder schicken zu lassen, beflügelte die Phantasie der BeamtInnen aus der Ministerialbürokratie. Gesteigerte Vielfalt und Anzahl solcher "Repatriierungs-Programme" sollen nach ihren Absichten eine neue Qualität dieser Politik einleiten. Für die wenigen Angehörigen mittel-, ost- und südosteuropäischer Staaten, die aufgrund von Sonderregelungen nicht abgeschoben werden dürfen, schlägt die Arbeitsgruppe in der 'Flüchtlingskonzeption' Rückkehrhilfen in besonderer Form vor. Nicht nur berufliche Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme, sondern auch Existenzgründungs- und Existenzsicherungsdarlehen und -zuschüsse könnten gewährt werden. (31)

Flüchtlinge aus dem Trikont sollen möglichst noch während ihrem Asylverfahren zur "freiwilligen" Heimreise bewegt werden. Sog. "Rückkehr- und Weiterwanderungshilfen" in Form von beruflicher Aus- und Fortbildung, Übernahme der Reisekosten und "Integrationsmaßnahmen im Aufnahmeland" werden empfohlen. (32) Gesondert behandelt gehören nach Meinung der staatlichen Flüchtlings-HygienikerInnen jene Geflohenen, die schlechterdings nicht in ihre Herkunftsländer zurück können - wohl die große Mehrheit der Immigrierten aus dem Trikont. Für sie, so der Vorschlag besonderer Güte, "können Aufnahmemöglichkeiten in Drittstaaten geschaffen werden." (33) Weil aber die Aufnahme von Flüchtlingen weltweit nicht gerade Staatsraison ist, bleibt nur der Wink mit der begehrten D-Mark: "Das Interesse eines Landes an der Aufnahme von Flüchtlingen könnte erforderlichenfalls dadurch geweckt werden, daß Strukturhilfen und Unterstützung bei der Eingliederung angeboten werden." (34) Mit anderen Worten: Staaten an der Peripherie werden als regelrechte Vorfluter für das unbrauchbare Menschenmaterial aus den EG-Metropolen aufgekauft ...

Der Modellversuch

der "Flüchtlingskonzeption" - Vertreibung der Roma aus NRW

Am 4.12.1990 beschloß das NRW-Landeskabinett das sog. "Reintegrations-Programm", das aufgrund seines Modellcharakters die volle Rückendeckung des Bundesinnenministers genießt. Denn hierbei sollen die neukonzipierten "Repatriierungs-Programme" mit ihren "Integrations-" und "Strukturhilfen" exemplarisch durchexerziert werden.

1.400 Roma, so der von der Düsseldorfer Staatskanzlei und der Landesregierung ausgeheckte Plan, sollen nach Jugoslawien abgeschoben werden, wo sie seit Jahrzehnten verfolgt werden. Auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, durch Ghettoisierung sozial stigmatisiert und ausgegrenzt, politisch und kulturell entrechtet, sind die Roma breiter Verelendung und Unterdrückung ausgesetzt: Razzien, Haft, Folter, Zwangsumsiedlungen und offene Vertreibungen durch den Staat einerseits und der tägliche Rassismus und Nationalismus breiter Bevölkerungsteile andererseits, der sich regelmäßig in (pogromartigen) Übergriffen entlädt. (35)

Die Roma aus NRW werden in einem Elendsghetto namens Shutka nahe der mazedonischen Hauptstadt Skopje "angesiedelt". Inmitten einer Schlammwüste, auf der 40.000 Menschen unter unwürdigsten Bedingungen "leben", sollen ihnen Fertighäuser oder Wohncontainer aufgebaut werden. (36) Neben den Reisekosten und -beihilfen werden ein Kindergarten und Förderunterricht sowie Lohnkostenzuschüsse bei Arbeitsaufnahme finanziert. Das Maß der Generosität wird durch die 4 Mio. DM "Strukturhilfe" abgerundet, die in einen Entwicklungsfonds der Kommunalverwaltung fließt. Ein Koordinierungsbüro in Düsseldorf überwacht schließlich das 20-Mio.-Projekt. (37)

Die PolitikerInnen in den Ministerien und die Verwaltungsspitzen lassen dabei keinen Zweifel aufkommen, was sie unter der stets beschworenen "Freiwilligkeit" ihrer "Rückführungsprogramme" verstehen: Sind die Roma nicht willig, sich ihnen zu unterwerfen, werden sie eben ohne soziale Abfederung abgeschoben. (38) Dennoch haben sich bisher erst 400 zu dieser alternativen Form der Deportation erpressen lassen. Der Kampf vieler Roma für ihr Bleiberecht geht auch nach Monaten hartnäckig weiter. Das Kalkül, mit den gewährten Almosen den Charakter der staatlichen Vertreibungen zu verschleiern, geht auf: Die Öffentlichkeit scheint - soweit das überhaupt notwendig war - ruhiggestellt. Derweil formiert sich die politische Klasse zum geschlossenen Block: Nach anfänglichen Bedenken sieht der Parlamentarische Geschäftsführer der Landes-GRÜNEN in dem Abschiebeprogramm "eine Hilfe für die Roma", um sie "vom schlimmsten Elend zu befreien". (39) Ganz "im Bewußtsein der historischen Verantwortung der Deutschen für Roma und Sinti", wie der Chef der NRW-Staatskanzlei, Clement, versicherte, setzt die Staatsmacht mit der "Reintegration" der Roma in einem Land, das noch nie ihre Heimat war, die jahrhundertelange Praxis der Verfolgung und Vertreibung fort. (40)

Ob das skizzierte Abwehrsystem allerdings seinen Zweck erfüllen wird; ob es die Metropolen schaffen werden, ihre Privilegien gegen den Rest einer verarmenden und verelendenden "Zweiten", "Dritten" und "Vierten" Welt zu sichern, ist mehr als fraglich. Dieser Gedanke bereitet dem sog. "Friedensforscher" Dieter S. Lutz schlaflose Nächte, wenn er in die Zukunft denkt und phantasiert: "Der Einsatz militärischer Waffengewalt muß ausnahmslos auf diejenigen Migrationsfälle beschränkt werden, in denen (diktatorische) Regime Zuwanderungsströme bewaffnen und als Druckmittel mißbrauchen." (41)

Olaf Deibler

Anmerkungen:

1) Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland - Ansätze für eine ressortübergreifende Politik; Hrsg.: Bundesministerium des Innern, Bonn, den 25.9.1990, S.14

2) Olaf Deibler: Asyl in Verbannung; in ak 340/13.3.1992, S.10f.

3) Flüchtlingskonzeption, a.a.O. S.18

4) ebd., S.19

5) ebd.

6) ebd., S.7

7) ebd., S.19

8) ebd.

9) zitiert nach taz vom 14.8.1991

10) ebd.

11) ebd.

12) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.20

13) vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 1.11.1991

14) dieses und die folgenden nicht gekennzeichneten Zitate aus: "Schlußkommuniqué der Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa", Berlin 31.10.1991; zu beziehen über das Referat 4 der Abteilung P1 des Bundesinnenministeriums (BMI)

15) Sie besteht aus den BeNeLux-Staaten, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und der BRD

16) vgl. taz vom 1.11.1991

17) nach mündlichen Angaben des Referats 4 der Abteilung P1 des BMI

18) vgl. Petra Hanf, Claudia Roth: Abschieben - Kontrollieren - Überwachen; in ak 338/13.1.1992, S.4

19) Sie umfassen die Staaten Algerien, Tunesien, Marokko und Mauretanien

20) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.16

21) vgl. Erhard Stölting: Festung Europa - Grenzziehungen in der Ost-West-Migration; in PROKLA 83/Juni 1991, S.249f.

22) zitiert nach Petra Hanf, Claudia Roth, a.a.O.

23) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.18

24) vgl. Olaf Deibler, a.a.O.

25) zitiert nach Der Spiegel Nr. 43/21.10.1991, S.34

26) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.10

27) vgl. Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder: Asylverfahrensgesetz; in ak 339/10.2.1992, S.20f.

28) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.10

29) ebd.

30) ebd.

31) Flüchtlingskonzeption, a.a.O., S.21

32) ebd., S.22

33) ebd., S.19

34) ebd.

35) vgl. Katrin Reemtsma: ...und ein Israel haben wir auch nicht - Roma in Südosteuropa; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, November 1991, S.1367f.

36) vgl. taz vom 24.6.1991; FR vom 26.9.1991

37) vgl. Schwarzer Faden Nr.4/1991, S.10

38) vgl. FR vom 14.12.1991

39) zitiert nach taz vom 5.12.1991

40) zitiert nach Schwarzer Faden, a.a.O., S.10

41) Dieter S.Lutz, Aufsatz in S+F - Vierteljahreszeitschrift für Sicherheit und Frieden; dokumentiert in FR vom 9.1.1992, S.16

26. TU-Besetzung beendet - alle Forderungen abgeschmettert

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:41

Nach fünf Monaten ist die Besetzung von elf Seminarräumen der TU Berlin durch Doppelflüchtlinge zu Ende. Die verbliebenen 35 Frauen, Männer und Kinder werden in den nächsten Tagen die TU verlassen und zunächst auf verschiedene Flüchtlingsunterkünfte in Berlin verteilt. Zwanzig von ihnen dürfen sich nur vorübergehend in der Stadt aufhalten. Sobald Platz geschaffen ist, werden sie in ein oder mehrere Lager im Bundesland Brandenburg zwangsverteilt. Dieses magere Ergebnis wurde im Lauf der letzten zwei Wochen zwischen VertreterInnen der Flüchtlinge und des Antirassistischen Zentrums und der Berliner Senatskanzlei ausgehandelt. Von über 100 Flüchtlingen am Jahreswechsel 1991/92 konnte also für nur 15 Leute die Minimalforderung, mit der die BesetzerInnen am 24. Oktober 1991 angetreten sind, die Aufenthaltsgarantie in Berlin für die Dauer des Asylverfahrens, durchgesetzt werden.

Diese stille Niederlage, weder durch akuten Räumungsdruck noch durch öffentliche Hetze und Kriminalisierung verursacht, kam nicht überraschend. Der vom Berliner rot-schwarzen Senat praktizierten Zermürbungspolitik konnten Flüchtlinge und UnterstützerInnen wenig entgegensetzen. Angesichts einer desinteressierten linksliberalen Öffentlichkeit, dem "klassischen" Ansprechpartner, um linken Interventionen größeren Nachdruck zu verleihen, war das Projekt TU im Grunde von Anfang an chancenlos. Der herrschenden "Einsicht", daß irgendwie doch zu viele Asylsuchende nach Deutschland kommen, wollen sich immer weniger Sozialdemokraten, Grüne, Christen etc. verschließen.

Bis zu 100 Leute in elf Seminarräumen zusammengedrängt, können einer Regierung, die auf Zeit spielt und unter keinerlei unmittelbarem Handlungsdruck steht, nicht das Wasser reichen. Der besetzte Teil des Mathematik-Gebäudes konnte nicht mehr als eine Protestunterkunft sein. Die kostensparende Einrichtung eines "linken" Flüchtlingswohnheims als Alternativmodell wäre nicht nur zur Beförderung antirassistischer Arbeit wenig hilfreich gewesen, ein solcher Ansatz hätte sich genauso wenig durchhalten lassen. Die Flüchtlinge in der TU lebten dort illegal, das heißt sie hatten keinen Anspruch auf Sozialhilfe, keinen Anspruch auf Behandlung im Krankheitsfall und keine Möglichkeit, ihr Asylverfahren zu betreiben, weil sie dazu von Berlin aus nicht befugt waren. Außerhalb der TU konnten sie mangels Aufenthaltserlaubnis nie wirklich sicher vor der Festnahme sein. Eine solche Situation ist wochen- womöglich monatelang auszuhalten, solange eine halbwegs konkrete Hoffnung auf die Verbesserung ihrer Lage den Leuten hilft, den Ausnahmezustand auszuhalten. Doch zur Hoffnung, das wurde im Lauf des Frühjahrs klar, gab es keinen Anlaß. Die zuständigen Stellen, vom Regierenden Bürgermeister abwärts, hatten unmißverständlich klar gemacht, daß sie über eine Aufnahme aller Flüchtlinge als Gruppe nicht zu verhandeln bereit waren. Nachdem auch der Versuch, die mitregierende SPD für eine akzeptable Verhandlungslösung zu gewinnen, gescheitert war, blieb seit Februar nur noch die kleine und dann immer kleinere Lösung. Die Aussage des Regierenden Bürgermeisters Diepgen gegenüber einer Delegation der Flüchtlinge Ende Januar, er könne sich eine "humanitäre Lösung auf der Basis von Einzelfallanträgen" vorstellen, blieb das liberalste "Angebot", auf das sich die Flüchtlinge schließlich einließen. Daraus folgten jedoch keineswegs konkrete Verhandlungen. Diepgen blieb in der Folgezeit unansprechbar, die unterschiedlichen Senatsbehörden schoben Zuständigkeiten hin und her, bzw. weigerten sich, überhaupt zu verhandeln (besonders der eigentlich zuständige und besonders reaktionäre Innensenator Heckelmann).

Ein Teil der Flüchtlinge hat den dauernden Druck nicht ausgehalten. Schon seit Monaten setzten sich immer wieder einzelne ab und stießen zu den Hunderten illegal in Berlin lebenden EmigrantInnen. Am 5.3. kam es zum ersten großen Einbruch. In einer Presseerklärung gaben die TU-Flüchtlinge an diesem Tag bekannt: "Ein Teil der Flüchtlinge zieht heute aus dem TU-Mathegebäude aus ... Dieser Umzug ist nicht die Folge der inneren Zwistigkeiten unter den Flüchtlingen, sondern vielmehr ein Produkt der starren Haltung der politisch Verantwortlichen. Diese Menschen haben vier Monate lang ... trotz aller Schwierigkeiten ausgehalten. Sie haben mit allen Kräften versucht, das Bleiberecht in Berlin durchzusetzen. Aber es kam ein Punkt, wo die Familien und die Kinder nicht mehr aushalten konnten ..." Dieser "Teil der Flüchtlinge", der aufgab und nach Brandenburg ging, bestand aus knapp der Hälfte der Gruppe, also über 40 Leuten. Die verbleibende Mehrheit

erklärte, weitermachen zu wollen: "Der Öffentlichkeit wollen wir mitteilen, daß die Mehrheit der Flüchtlinge in der TU bleibt und entschlossen weiterkämpft, bis ihre Forderungen erfüllt werden."

Mitte März begannen schließlich die entscheidenden Verhandlungen mit der Senatskanzlei, deren Ergebnis am 1.4. von der inzwischen auf 35 Leute zusammengeschmolzen Flüchtlingsgruppe akzeptiert wurde. Die Initiative war diesmal vom Chef der Senatskanzlei Kähne ausgegangen, der - von seinem direkten Vorgesetzten Diepgen wohl gedeckt - am Innensenat vorbei direkt mit dem Antirassistischen Zentrum Kontakt aufgenommen hatte und bei einem Gespräch mit einer Delegation der Flüchtlinge die Bedingungen vortrug. Die Flüchtlinge sollten Einzelanträge stellen, über die nach zwei Kriterien entschieden werde. Wer Verwandte in Berlin vorweisen könne oder medizinische Betreuung brauche, die nur in Berlin und nicht in Brandenburg gewährleistet werden kann, werde unter Umgehung der Aufnahmequote in Berlin legalisiert. Der Fluchtgrund nach Berlin, die fortgesetzten Angriffe von Rassisten, denen die meisten ausgesetzt waren, wurde von der Senatskanzlei als Kriterium für die Gewährung des Bleiberechts ausdrücklich nicht anerkannt. Trotzdem gingen die Flüchtlinge auf dieses Angebot ein, in der Überzeugung, daß mindestens zwei Drittel von ihnen die beiden Kriterien erfüllen würden. Doch auch daraus wurde nichts. Die Behörde nahm zunächst nur elf, später fünfzehn Anträge an. Die zwanzig Abgelehnten sind enttäuscht und können mehrheitlich die Gründe nicht verstehen; eine Fortsetzung der TU-Besetzung kommt jedoch auch für sie nicht in Frage. Vorläufig können zwar auch sie in einem Berliner Übergangswohnheim bleiben, aber nicht wegen des Großmuts der Behörden, sondern wegen der Überbelegung aller Flüchtlingsunterkünfte in Brandenburg.

Dort kommen die für die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zuständigen Gemeinden ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, mit der Folge, daß die wenigen bestehenden Heime und Lager aus den Nähten platzen. Wie eindrucksvoll sich die allzu gerne geglaubten Horrormeldungen von der "Asylantenflut" mit Bildern von überfüllten Aufnahmelagern belegen lassen, weiß jeder aus den einschlägigen Fernsehreportagen...

Die Flüchtlingsgruppe aus der TU will, obwohl eine gemeinsame Unterkunft für alle in Berlin nicht durchsetzbar war, weiterhin als Gruppe gegen den Rassismus und für die Interessen von Flüchtlingen und Doppelflüchtlingen kämpfen. Das Antirassistische Zentrum bleibt in den Räumen des TU-ASTAs bestehen. In Zukunft wollen die Leute vom Zentrum verstärkt in den Flüchtlingsheimen und -lagern in und um Berlin aktiv sein, um dort gemeinsam mit den Flüchtlingen Widerstand gegen die Verhältnisse in den Lagern und die rassistische Ausländerpolitik in diesem Land zu organisieren. Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge von den Flüchtlingen und vom Antirassistischen Zentrum zum gescheiterten Projekt TU und über Möglichkeiten praktische antirassistische Arbeit zu betreiben, ohne grundsätzliche, nichtreformistische Kritik an der Politik der geschlossenen Grenzen außen vor zu lassen, stehen noch aus. Als Einstieg in eine breitere Diskussion unter AntirassistInnen und EmigrantInnen über die eigenen Möglichkeiten, sind die Einschätzungen der direkt an der TU-Besetzung Beteiligten unverzichtbar.

jw./Westberlin, Gruppe K

27. Naziaufmarsch in Zirndorf verboten. Solidaritätskundgebung für Flüchtlinge

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:25

Am Samstag, dem 28.3.92, fand in Zirndorf vor dem Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen eine Solidaritätskundgebung statt. Sie wurde angesetzt, um eine NPD-Provokation zurückzuweisen. Die NPD-Fürth wollte ursprünglich vor den Toren des Bundesamtes "gegen Exotentümelei und Scheinasylantentum" polemisieren. Die Gegenkundgebung der "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß" war ebenso verboten worden wie der geplante NPD-Aufmarsch, der am selben Tag und am selben Ort stattfinden sollte. Der NPD-Kreisverband Fürth sagte jedoch zwei Tage vorher in einer Presseerklärung den Aufmarsch ab, weil die "erwarteten Besucher von der Polizei wegen der angekündigten Gegendemonstranten aus linksradikalen Kreisen nicht in der erforderlichen Weise geschützt werden können". Damit war das erste Ziel der angekündigten Gegenkundgebung, die Verhinderung der Nazi-Provokation, erreicht.

Die "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß" kämpfte mit allen verfügbaren juristischen Mitteln dafür, daß die eigene Kundgebung erlaubt wird, um das zweite Anliegen, die Solidarität mit den Flüchtlingen, ausdrücken zu können. Drittens wollte man sich das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht nehmen lassen.

Während sich etwa 300 Menschen, vorwiegend aus dem linken Spektrum, zur Kundgebung einfanden, entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (München) letztlich, das Verbot aufrechtzuerhalten. Die Kundgebungsleitung protestierte dagegen. Eine spontane Protestdemonstration gegen das Verbot wurde im Zentrum Zirndorfs mit einer kurzen Kundgebung abgeschlossen. Es gab keine Auseinandersetzung mit den reichlich aufgebotenen Polizeikräften. Im Vorfeld der Aktion wurden vier Personen vorläufig festgenommen, weil sie angeblich CS-Gaspatronen dabei gehabt hätten. Doch der Reihe nach.

Die "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß", die zur Gegenkundgebung aufgerufen hatte, ist ein breites Nürnberger Bündnis. Sie reicht vom DGB-Kreisvorstand, verschiedenen Ausländerbeiräten, christlichen Gruppen, Grünen, KB-Nürnberg, Flüchtlingsgruppen und -initiativen bis hin zu den Autonomen. Die Vorbereitung des Naziaufmarsches war durch ein Gewerkschaftsmitglied so rechtzeitig bekannt geworden, daß eine organisierte Gegenmobilisierung möglich war. Diese Person sah den noch nicht veröffentlichten NPD-Aufruf schon vor Wochen in einer Druckerei und gab ihn an die Initiative weiter.

Aufruf der NPD

Insgesamt war die NPD-Aktion eher sektiererisch angelegt. Neben der offenen politischen Provokation durch die Anmeldung einer Kundgebung direkt vor dem Bundesamt und der Einschüchterung der Flüchtlinge war sie auch als Profilierungsversuch gegenüber anderen rechten Parteien, vor allem CSU und Reps, zu bewerten. Im NPD-Flugblatt gegen "Exotentümelei und Scheinasylantentum" wurde mit Begriffen und Argumenten, die mittlerweile auch von CDU/CSU/FDP/SPD benutzt werden, in bekannter Stammtischmanier gegen Flüchtlinge gehetzt, die in "unserer sozialen Hängematte liegen". Daneben rechnete die NPD mit politischen Konkurrenten im rechten Lager kräftig ab. Über die Reps heißt es u.a.: "Sie sind der Steigbügelhalter der CSU. Ihre Aufgabe: nationale Wähler zu ködern und deren Stimmen zu neutralisieren." Eine weiteres Indiz für das sektiererische Vorgehen der NPD: In den gängigen rechtsradikalen Publikationen wurde die NPD-Provokation nicht angekündigt, obwohl diese, wie der frühe Druck des Flugblatts beweist, von der NPD zumindest seit einigen Wochen vorbereitet wurde. Die NPD warb vor allem durch Briefkastenaktionen vor Ort und in der Region.

Die NPD zog sich zurück, als sich die Gegenmobilisierung der Linken abzeichnete und das Landratsamt Fürth am Mittwoch, drei Tage vor dem geplanten Termin, beide Kundgebung mit derselben technischen Begründung verbot: "schwerwiegende Sicherheitsbedenken"; durch 1000 oder mehr Kundgebungsteilnehmer werde der einzige Zugang zum Bundesamt, zur zentralen Anlaufstelle sowie zur zentralen Polizeiinspektion Zirndorf blockiert. Im Falle von Panikreaktionen der Flüchtlinge sei kein Rettungseinsatz möglich, hieß es. (Nürnberger Nachrichten, 26.3.1992) Die NPD verzichtete auf Rechtsmittel gegen diese Entscheidung und gab einen Tag später in einer Presseerklärung die Absage des geplanten Aufmarsches bekannt.

Antirassistische Bündnisarbeit in Nürnberg

Seit Oktober 1991 existieren in Nürnberg zwei Bündnisse, die die örtliche antirassistische Arbeit koordinieren. Auf der einen Seite das "Komitee gegen Abschiebungen", ein eher linker Zusammenhang von Flüchtlingen/ImmigrantInnen, alten Flüchlings- und Ausländerinitiativen, Einzelpersonen und Autonomen. Etwas später wurde vom DGB-Kreisvorstand die "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß" wiederbelebt. Hier schlossen sich Leute aus Gewerkschaften, Kirchen und Ausländerbeiräte zusammen. Von Beginn an beteiligten sich hierbei auch VertreterInnen des linken Bündnisses, einschließlich der "Autonomen". Dieses breite Bündnis initiierte und trug verschiedene Aktionen und Veranstaltungen.

- 8.11.91: Großdemonstration gegen Rassismus und Fremdenhaß mit ca. 7.000 TeilnehmerInnen (zum Vergleich: die größten Demos gegen den Golfkrieg: 8000-9000).

- 17.1.92: Solidaritätsveranstaltung gegen Abschiebungen im Gewerkschaftshaus (ca. 150 Leute).

- 21.2.92: Podiumsdiskussion "Quotierte Einwanderung oder Offene Grenzen" mit VertreterInnen von SPD, Grünen, PDS und ExpertInnen aus der Flüchtlings- und EmigrantInnenbewegung (150-200 Leute).

Vor allem um letztere Veranstaltung hatte es im Vorfeld heftige Diskussionen hinsichtlich der anzustrebenden Bündnisbreite gegeben. Teile der Linken aus dem "Komitee gegen Abschiebungen" hielten eine Diskussion mit SPD-Vertretern für wenig sinnvoll. Es wurde befürchtet, bei einem zu breiten Bündnis "über den Tisch gezogen zu werden". Dem wurde entgegengehalten, daß es gerade jetzt notwendig und bei entsprechendem Agieren der Linken auch möglich wäre, in eher linksliberal/bürgerliche und kirchliche Kreise hineinzuwirken. Die erstgenannten optierten eher dafür, die Zustimmung zur Forderung nach "offenen Grenzen" zur "deadline" für die Teilnahme auf dem Podium zu machen und sich von allen Kräften abzugrenzen, die rechts davon liegen. Andere, darunter auch der KB-Nürnberg, plädierten dafür, die Debatte gerade mit diesen Kräften zu suchen, um so in der Anhängerschaft dieser Strömungen für die eigene Position "offene Grenzen" zu werben.

Die Veranstaltung konnte trotz guten Besuchs die Erwartungen nicht erfüllen, weil es den ReferentInnen und der Podiumsleitung nicht gelang, die politisch-praktische Bedeutung dieser Grundsatzdebatte herauszuarbeiten. Die Podiumsbeiträge gingen fast ausschließlich auf das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein, das am Tag zuvor von CDU/CSU/FDP/SPD vereinbart worden war.

Die langwierigen Diskussionen um die Veranstaltungsvorbereitung hatten jedoch einen wichtigen Effekt: sie bewirkten die Konsolidierung der "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß". Der linkere Zusammenhang "Komitee gegen Abschiebungen" hat indessen seine Bündnisfunktion verloren. Die verbleibenden Aktiven sind personell mit der seit Jahren arbeitenden Initiative "Freie Flüchtlingsstadt Nürnberg" wieder weitgehend identisch.

Der Aufruf des Bündnisses "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß"

Trotz der Breite des Vorbereitungskreises für die Gegenkundgebung gelang es, einen relativ linken Aufruf zu verabschieden. "Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind an dieser Entwicklung (Anschläge auf Flüchtlinge; Anm. d. Verf.) nicht schuldlos. Wer monatelang die Medien mit Stichworten wie 'Asylmißbrauch`, `Scheinasylanten` und `illegale Einwanderer` beliefert, hat den Nährboden für rechtsradikale Schlägertrupps mit gelegt. (...) Auch die SPD beteiligt sich an der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen. In Kiel ließ die dortige Landesregierung alle Flüchtlinge zum Zählappell antreten, um `Betrügern auf die Spur zu kommen` (Sozialminister Janssen, SPD). Dies ist opportunistische Anpassung an fremdenfeindliche Stimmungen in der Hoffnung auf Wählerstimmen. (...) Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist der politische Ausdruck der Allparteinkoalition (CDU/CSU, FDP, SPD) gegen Flüchtlinge". (...) Wir sprechen uns gegen eine Änderung des Grundrechts auf Asyl genauso aus, wie gegen jeglichen Versuch, dieses Recht auszuhöhlen."

Diskussion im Bündnis

Diese Einigkeit zeigte sich über weite Strecken auch in der konkreten Vorbereitung der Gegenaktion. Noch wenige Tage vorher war unklar, ob, wann (genaue Uhrzeit) und wo die NPD ihre Aktion durchführen wollte. Es wurde jedoch schon im Vorfeld einhellig beschlossen, auf alle Fälle eine Solidaritätskundgebung direkt vor dem Flüchtlingslager durchzuführen, auch dann, wenn sich die NPD - was schließlich der Fall war - entschließen sollte, ihr Vorhaben abzublasen. Auch war mensch sich einig in dem Ziel, den Naziaufmarsch verhindern zu wollen. Dem DGB-Kreisvorstand war es aber vermutlich nicht ganz unrecht, daß, nachdem erst

beide Kundgebungen erlaubt waren, schließlich beide Kundgebungen (die der NPD und die Gegenkundgebung) vom Landratsamt Fürth verboten wurden. Der DGB-Kreisvorsitzende, der die Gegenkundgebung angemeldet hatte, nahm das doppelte Verbot zum Anlaß, um die Gegenkundgebung nunmehr für überflüssig zu erklären, weil das Ziel - "Verhinderung der Naziaktion" - erreicht sei. Der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg schloß sich dieser Haltung am Freitag, einen Tag vor der Solidaritätsaktion, an.

Um die Frage, ob es sinnvoll sei, für die Erlaubnis der verbotenen Solidaritätskundgebung weiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen, fand eine "weiche Spaltung" des Bündnisses statt. DGB und Ausländerbeirat waren froh, daß die Nazi-Provokation verboten war und die Nazis selbst zurückzogen. Sie schätzten die Durchführung der eigenen Kundgebung, die neben dem Kampf gegen die Nazis auch den Aspekt "Solidarität mit den Flüchtlingen " hatte, nicht mehr als so wichtig ein. Zudem hatten sie Angst, daß es bei einer verbotenen Kundgebung zu Handgreiflichkeiten mit der Polizei kommen könnte und damit das Anliegen "Solidarität" nicht mehr zu transportieren sei. Die anderen Teile des Bündnisses wollten dieser Gefahr mit einer Mischung aus weiterer Mobilisierung und juristischem Vorgehen gegen das Verbot begegnen. Die "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß" konnte sich letztlich darauf verständigen, zwei Personen mit der erneuten Anmeldung der Kundgebung und mit dem juristischen Kampf gegen mögliche Verbote zu beauftragen.

Die Kundgebung in Zirndorf

Nachdem die Nazis ihren Aufmarsch abgesagt hatten, war die Luft aus der Mobilisierung weitgehend raus. Die bis zuletzt ungeklärte Frage, ob die Kundgebung nun erlaubt oder verboten wird, führte zur Verwirrung. Im Falle eines weiteren Verbots, das sich abzuzeichnen begann, hatten vor allem die eher rechteren Bündnispartner Angst vor militanten Auseinandersetzungen. Dazu kam, daß am Tag vor der Kundgebung in Zirndorf in Nürnberg eine Demonstration für Kurdistan angekündigt wurde, die zeitgleich stattfand. Es war nicht überraschend, daß vor allem die türkischen, iranischen und kurdischen Gruppen, sowie ein Teil der Autonomen und die Antiimpis an dieser Demonstration teilnahmen. Dies dürften die wichtigsten Faktoren dafür sein, daß nicht mehr als 300 Personen zur Kundgebung in Zirndorf kamen und das Spektrum weitgehend auf die Linke begrenzt war. Es ist der guten Mobilisierung der Autonomen zu verdanken, daß es überhaupt so viele wurden. Alle Unkenrufe, die Autonomen seien lediglich darauf aus, Nazis zu verprügeln, erwiesen sich durch deren umsichtiges und geschlossenes Verhalten auf der Kundgebung als gegenstandslos. Mit ihrer massiven Präsenz bewiesen sie, daß es ihnen sehr wohl darum ging, die politische Verbundenheit mit den Flüchtlingen zu demonstrieren. Das juristische Vorgehen gegen das Kundgebungsverbot dürfte wesentlich mit dazu beigetragen haben, daß sich die Kundgebung vor dem Eingang des Bundesamtes, das von Polizei abgeriegelt war, überhaupt formieren konnte. Die Polizei war massiv präsent, hielt jedoch ihre Kräfte - einschließlich des USK - eher im Hintergrund.

Als das Verbot am Samstag kurz nach 10.00 Uhr aus München bestätigt wurde, protestierte die Versammlungsleitung dagegen, löste die Kundgebung auf und formierte einen spontanen Demonstrationszug in die Stadt Zirndorf. Dort wurden die eigenen Anliegen in einer kurzen Kundgebung noch einmal bekanntgegeben. Danach löste sich der Demozug auf.

Einige Anmerkungen

Es gelang der "Initiative gegen Rassismus und Fremdenhaß", durch eine breit und rechtzeitig angekurbelte Mobilisierung die NPD zum Rückzug zu zwingen. Neben dieser antifaschistischen Komponente konnte durch die Solidaritätskundgebung, trotz relativ bescheidener TeilnehmerInnenzahl, darüberhinaus der antirassistische Aspekt verdeutlicht werden. Auch die breite und positive Presseresonanz in der Region schlägt hier zu Buche. Durch die Protestdemonstration gegen das Kundgebungsverbot wurde drittens auch im "Kampf um demokratische Rechte" eine klare Position bezogen. Insofern ist die Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in Zirndorf als glatter Erfolg der Linken zu bewerten. Dies kann dazu beitragen, das Fundament für die weitere Arbeit in diesem Bereich verbessern.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Gegner, die NPD, eher zu den schwächeren Gruppen in der rechtsradikalen Szene gehört. Zudem ist ein gewisser propagandistischer Erfolg der NPD - über ihre

Provokation wurde schließlich gestritten - nicht zu verleugnen. Dieser Effekt war jedoch durch die Linke nicht zu verhindern.

Die leicht erkennbare Verbindung von faschistischem und rassistischem Gedankengut erleichterte der Linken die Gegenmobilisierung. Diese ist selbstverständlich ungleich viel schwieriger, wenn derselbe Fremdenhaß von Politikern der CDU/CSU/FDP/SPD mehr oder weniger moderat formuliert wird. Die Erfahrungen in Nürnberg zeigen jedoch, daß es für die Linke prinzipiell möglich ist, in der anti-rassistischen Arbeit gewisse Spielräume für eine Bündnispolitik zu finden, ohne dafür die eigenen Inhalte aufgeben zu müssen.

Chr., Al., Nürnberg (30.3.1992)

28. Gramscis "Zivilgesellschaft" - ein affirmativer oder kritischer Begriff

Ein affirmativer oder kritischer Begriff? - Von Verena Krieger

Autor: Verena Krieger · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:28

Die "Zivilgesellschaft" ist heutzutage in aller Munde, Verwirrung entsteht dabei durch die sehr verschiedenen Wurzeln des Begriffs. Die ältere, bürgerlich-liberale Traditionslinie, die heute von Alt- und Neoliberalen aufgegriffen wird, steht in der Folge der "civil society" des frühen bürgerlichen Theoretikers John Locke (Dahrendorf, Dubiel, Schmid); andere AutorInnen hingegen berufen sich auf Gramscis "società civile" und beziehen sich damit auf einen marxistischen Theoretiker. Dabei gibt es in der Gramsci-Rezeption wiederum erhebliche Unterschiede; das AutorInnenspektrum in der BRD reicht vom jeweiligen Umfeld von Zeitschriften wie etwa "Kulturrevolution", "Argument" und "Sozialismus" bis hin zu Peter Glotz - dementsprechend verschiedene (oder auch ähnliche) politische Interessen werden mit dem Begriff verknüpft. Gemeinsam ist vielen Texten von Linken und Ex-Linken, in denen von "Zivilgesellschaft" die Rede ist, die affirmative Verwendung dieses Terminus in bezug auf real existierende kapitalistische Gesellschaften (oder die jeweiligen Wunschvorstellungen davon). "Zivilgesellschaft" in solchen Kontexten ist synonym für die Existenz von Parlamentarismus, Gewaltenteilung und bürgerlicher Öffentlichkeit in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, wobei die politische Zielsetzung darauf reduziert wird, in den entsprechend "zurückgebliebenen" Ländern der "Dritten Welt" und des ehemaligen "Realsozialismus" Zivilgesellschaften nach westlichem Vorbild zu etablieren und in den imperialistischen Zentren selbst die Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat zu stärken. So verwendet, handelt es sich bei dem Begriff "Zivilgesellschaft" eigentlich nur um eine modische Ersetzung des Wortes "Demokratie", wobei mittels der Propagierung plebiszitärer Elemente Blütenträume über die Möglichkeiten des Parlamentarismus gepflegt werden; und somit findet im Grunde nur eine Fortsetzung der alten Debatte über den Stellenwert von Rechtsstaatlichkeit, parlamentarischer Demokratie und bürgerlicher Öffentlichkeit statt. Vor allem aber wird auf diese Weise Gramscis "Zivilgesellschaft" von einem kritischen Begriff umdefiniert zur griffig-idyllischen Vokabel für eine radikal beschönigende Beschreibung realkapitalistischer Verhältnisse. Daß dies alles mit dem Terminus Gramscis nichts mehr gemein hat, liegt auf der Hand.

Unter dem Titel "Zivilgesellschaft als Nationalreligion" hat Georg Fülberth in konkret 5/91 eine lesenswerte Polemik gegen solcherart Schönfärberei veröffentlicht; deshalb spare ich mir hierzu weitere Ausführungen. Doch so sehr mir seine Philippika ein Genuß war, so unzureichend fand ich seine Schlußfolgerungen hinsichtlich der Verwendbarkeit des Gramsci-Terminus. Die Kritik an dessen affirmativer Umdeutung erübrigt ja nicht die Beschäftigung mit seinem - meiner Ansicht nach eindeutig vorhandenen - analytischen Nutzen und kritischen Gehalt. Fülberths Äußerungen hierzu sind eher mager und in ihrer politischen Konsequenz meines Ermessens falsch.

Zu Recht betont Fülberth gegen die Apologeten des friedlich-zivilisierten Kapitalismus, daß es sich bei der Zivilgesellschaft "auf keinen Fall von vornherein um etwas Gewertetes oder gar 'Positives'" handele; sie sei "lediglich ein Feld der Beobachtung" und "des Kampfes" und könne "eine sehr brutale Angelegenheit sein". Dabei läßt er explizit offen, welche Bedeutung die gesellschaftlichen Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft überhaupt haben; da sie die Produktionssphäre nicht unmittelbar berühren, sind sie für ihn anscheinend von geringem Wert. Nachdem er auf diese Weise "Zivilgesellschaft" zur quasi wertneutralen Hülle erklärt hat, legt er daher den Begriff auch schon zu den Akten, weil er ihm für die politische Analyse unnütz und für die politische Auseinandersetzung sogar schädlich erscheint.

Demgegenüber ist es mein Anliegen zu begründen, weshalb Gramscis "Zivilgesellschaft" als analytische Kategorie für den linken Diskurs durchaus nützlich sein kann. Dafür möchte ich zum einen darauf rekurrieren, wie und in welchem Kontext Gramsci "Zivilgesellschaft" überhaupt verwendet, um zum anderen einige Überlegungen daran zu knüpfen, in welche Richtung weitergedacht werden könnte. Daß die deutsche Ausgabe der Gefängnishefte leider erst am Anfang steht, erschwert die Gramsci-Rezeption in der BRD bisher; ein Teil der von mir ins Deutsche übertragenen Auszüge aus den Quaderni, die um die "Zivilgesellschaft" kreisen, befindet sich daher in dieser ak-Ausgabe. Ein genereller Vorbehalt ergibt sich aus dem fragmentarischen Charakter der Quaderni, in denen Gramsci oft eher stichpunktartig und in assoziativer

Verkettung Gedanken festhielt, die aufgrund ihrer Unausgeführtheit oft schwer oder gar widersprüchlich verstehbar sind. Dies erleichtert eine interessegeleitete Interpretation Gramscis in die eine oder andere Richtung (traditioneller Leninist, Krypto-Sozialdemokrat, Croce-Anhänger etc.) natürlich ungeheuer; und es lassen sich gelegentlich echte Überraschungen erleben, wenn die eine oder andere Passage so gar nicht in das Gramsci-Bild paßt, das bislang so gern gepflegt wurde. Da gibt es sicher noch viel zu tun.

Zunächst ist es wichtig festzuhalten, daß "Zivilgesellschaft" bei Gramsci eine andere Bedeutung hat als "bürgerliche Gesellschaft" (er verwendete dafür auch im Italienischen verschiedene Begriffe: società civile und società borghese). Zivilgesellschaft ist vielmehr eine Hervorbringung der bürgerlichen Gesellschaft; Gramsci datiert sie auf die bürgerlichen Revolutionen um 1848 (sicherlich ließen sich auch frühere zivilgesellschaftliche Momente nachweisen). Es handelt sich dabei im Grunde um alle Bereiche des gesellschaftlichen Überbaus, soweit sie nicht den Staat selbst betreffen. Gramsci hat also gewissermaßen dem diffusen "Rest" dessen, was außer ökonomischer Basis und Staat die bürgerliche Gesellschaft konstituiert, einen Namen gegeben und ihm damit den Status eines eigenständigen Analysebedarfs verliehen. Das ist, denke ich, ein entscheidender Fortschritt für die marxistische Theoriebildung, sofern sie zu den gesellschaftlichen Konfliktfeldern, an denen sich in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften soziale Bewegungen entzünden, analytischen Zugang erlangen will.

Die Zivilgesellschaft nimmt bei Gramsci so etwas wie eine Vermittlungsfunktion zwischen ökonomischer Sphäre und Staat ein. Allerdings - das macht die Sache kompliziert - kann auch der Staat zivilgesellschaftliche Funktionen (z.B. in Gestalt des Bildungswesens) wahrnehmen und sich umgekehrt auch der Zivilgesellschaft bedienen (z.B. der Presse) - er muß dies sogar tun, wenn er optimal seine Funktion als Organisator gesellschaftlicher Konsense unter bürgerlicher Hegemonie wahrnehmen will. Beispiele für die erfolgreiche staatliche Organisation und Bündelung eines gesellschaftlichen Konsensus sind etwa die Aufbruchstimmung zu Zeiten der Bildungsreform oder auch die von derselben sozialliberalen Regierung wenige Jahre später betriebene Terroristenhetze als Volkssport.

Der bürgerliche Staat, der solches in der Lage ist zu realisieren (auf ihn bezieht sich das berühmte Zitat "Hegemonie, gepanzert mit Zwang"), also z.B. der moderne Rechtsstaat Bundesrepublik, ist in Gramscis Terminologie der "integrale Staat". Demgegenüber hatte das vorrevolutionäre Rußland unter dem reaktionären Zarenregime zivilgesellschaftliche Strukturen nur äußerst rudimentär entwickeln können - was letztlich der Grund dafür war, weshalb die Oktoberrevolution überhaupt stattfinden konnte. Denn in den westlichen Industrienationen waren nach Gramscis Analyse am Ende des ersten Weltkriegs die Zivilgesellschaften als den bürgerlichen Staatsapparaten vorgelagerte "Schützengräben" und "Festungen" bereits zu weit entwickelt und gefestigt, als daß eine vergleichbare putschartige Umwälzung noch möglich gewesen wäre. Der Zweck, den Gramsci mit dem Begriff der Zivilgesellschaft also verfolgte, ist ein besseres Verständnis der Mechanismen, die eine Revolution bzw. sozialistische Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in ihren entwickeltsten Staaten offenkundig massiv erschweren oder gar unmöglich machen bzw. zu machen scheinen. Eine Fragestellung, die mir höchst aktuell zu sein scheint; schließlich befindet sich die Linke gerade in einer Situation, wo sie die Wirksamkeit der "Festungen", also der integrativen und konsenserneuernden Funktionen des Staates und der formell außerstaatlichen "ideologischen Staatsapparate" (im Sinne Althussers) besonders deutlich erfahren kann.

"Zivilgesellschaft" im Sinne Gramscis umfaßt viel mehr als Presse, Versammlungsfreiheit und Bürgerinitiativen. Zu ihr gehören soziale Institutionen wie die Familie, ideologische Machtzentren wie die Kirche, und nicht zuletzt die Gesamtheit alltäglicher Gegebenheiten, Sitten und Kommunikationsstrukturen - vom Stammtisch über die "wilde Ehe" bis hin zum Tratsch im Tante-Emma-Laden (oder zum fehlenden Tratsch im Supermarkt).

Nichts, aber auch rein garnichts ist an der Zivilgesellschaft neutral oder ungewertet. Vielmehr dürften die wenigen genannten Beispiele deutlich genug machen, daß bereits die Existenz oder Nichtexistenz, die Struktur und die Strukturverschiebungen all dieser Elemente von Zivilgesellschaft bereits in sich Ausdruck und materielle Realität von Herrschaft und Ausbeutung, aber auch von Widerstand, Machtkampf und Machtverschiebungen sind.

Überall dort finden soziale Kämpfe statt, ebenso wie innerhalb der Staatsapparate und innerhalb des Produktionsbereichs. Dabei sind die Kämpfe in der Zivilgesellschaft von unmittelbarer Relevanz für diejenigen im Staat. Die Formulierung, die Poulantzas zur Beschreibung des bürgerlichen Staates gefunden hat, es

handele sich um die "materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses", bezieht sich explizit nicht nur auf die ökonomische Basis, sondern auch auf die außerstaatlichen Überbauten der Zivilgesellschaft und die dort laufend stattfindenden ideologischen Verschiebungen. Jeder Familienkrach, jede Sonntagspredigt, jedes Schützenfest trägt als winziges Detail der gesellschaftlichen Totalität deren immanente Widersprüche im Kern in sich und bildet zugleich die Materialität des Kräfteverhältnisses, das in den Staatsapparaten reflektiert und durch sie neuen Verschiebungen unterworfen wird. (Zur Illustrierung dieses Prozesses geeignet sind z.B. die Veränderungen der familialen Strukturen und der Frauenrolle in den letzten zwei Jahrzehnten und deren Reflexion und erfolgreiche Steuerung durch die modernisierte Frauenpolitik der CDU.)

Ein anderer Gedanke von Poulantzas und anderen marxistischen Staatstheoretikern kann ebenfalls auf die Zivilgesellschaft sinnvoll angewendet werden: So wie der Staat keinesfalls neutraler Schauplatz aller möglichen Kämpfe, sondern vielmehr in seiner spezifischen Struktur und Materialität bereits auf die Erfordernisse bürgerlicher Herrschaft zugeschnitten ist, trifft dies natürlich auch für Institutionen der Zivilgesellschaft in der bürgerlichen Gesellschaft zu. Staatliche Gewaltenteilung (ursprünglich zur Schwächung eines monarchischen Herrschers konzipiert), "öffentliche Meinung" als Topos bürgerlicher Öffentlichkeit, die Versammlungsfreiheit, die Kleinfamilie, die Aktionärsversammlung und die Eckkneipe als Kommunikationsort - all dies sind Hervorbringungen der bürgerlichen Gesellschaft, weil sie offenbar adäquate Strukturen zur Organisation eben jenes gesellschaftlichen Konsenses, von dem Gramsci spricht, sind.

Daß Zivilgesellschaft eine "brutale Angelegenheit" nicht nur sein kann, sondern alltäglich ist (die "Normalität" von Sexismus und Rassismus in Wort und Tat gehört z.B. dazu), reicht es nicht, einfach festzustellen, sondern sollte Ausgangspunkt von Analyse sein. Interessant wäre es hier beispielsweise, eine Verbindung zwischen Gramsci und den Theoretikern der Kritischen Theorie herzustellen. Adornos und Horkheimers Kritik der Kulturindustrie etwa ist im Grunde die Kritik eines spezifischen Moments von Zivilgesellschaft, nämlich die Analyse von Kulturprodukten und Kulturproduktion als außerstaatlicher Organisation von Hegemonie im Kapitalismus. Die von der Kulturindustrie produzierte Massenkultur dient nach ihrer Analyse zur Überwältigung der kleinbürgerlichen und proletarischen Rezipienten, zur Anti-Aufklärung und Verdummung und schließlich zur Integration und Anpassung selbst alltäglicher lebensweltlicher Vorgänge (wie z.B. dem Verliebtsein) in durch die Massenmedien vorgegebene Schemata. Bei allen Differenzen etwa zwischen Adorno und Gramsci (allein schon in der Frage der Bewertung von Volkskultur), die eine bruchlose Verbindung ihrer Theorien selbstverständlich verunmöglichen, sind ihre Gemeinsamkeiten in der Kritik einer kulturellen Hegemonieproduktion, die ja in entsprechenden Bedürfnissen und Rezeptionsweisen der solcherart "Überwältigten" ihren Widerpart findet, doch evident.

Wenn aus dem bisher Gesagten deutlich wird, daß es sich bei "Zivilgesellschaft" also keineswegs um einen idyllischen Zustand handelt, sondern um ein Feld zur Organisation bourgeoiser Hegemonie (und des Widerstands dagegen), möchte ich nun auf einen anderen Gesichtspunkt zu sprechen kommen, den nämlich, daß Linke an der Existenz und an der Stärkung von Zivilgesellschaft durchaus interessiert sein können. Gramsci jedenfalls hatte dies Interesse; und um zu verstehen warum, muß man sich nur den historischen Kontext vor Augen führen, in dem er darüber schrieb: Im Jahr 1925 - nach dem Sieg des Faschismus und unter den Bedingungen faktischer Illegalität, aber noch vor seiner Einkerkerung - formulierte Gramsci einen Drei-Phasen-Plan, der zum Sozialismus führen sollte: Die erste Phase ist der Kampf um demokratische Freiheiten, die zweite Phase ist die der Bündnispolitik mit allen antikapitalistischen Kräften, und in der dritten Phase sollte die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden. An erster Stelle stand also der Kampf um die Schaffung von Zivilgesellschaft. Das ist schlüssig, weil Gramsci den Faschismus als die totale Absorption der Zivilgesellschaft in den Staat auffaßte; die Existenz zivilgesellschaftlicher Strukturen aber sind Voraussetzung für einen Kampf um die kulturelle Hegemonie. Letztere ist bei Gramsci praktisch ein Synonym für "Diktatur des Proletariats", die also niemals durch eine rein militärische Aktion zu erringen ist, sondern stets die Bündelung der Interessen verschiedener sozialer Gruppen (ein notwendiges Mittel zur Erlangung von Hegemonie) in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht voraussetzt. (Diesen Gedanken hat Gramsci von Lenin übernommen, wobei er den Hegemoniebegriff in erweiterter Form verwendet. Die Zuspitzung auf den kulturellen Bereich, spezifisch für Gramsci, ist wohl allein schon mit der kulturellen Dominanz der katholischen Kirche in Italien erklärbar.)

Umgekehrt gibt es aber auch die Möglichkeit einer Re-Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft, und das ist für Gramsci ein bzw. das zentrale politische Ziel. Er geht sogar so weit, in diesem Zusammenhang von der

"geregelten Gesellschaft" zu sprechen (società regolata), die in seiner durch den Kerker erzwungenen Krypto-Terminologie soviel bedeutet wie Kommunismus: Die "geregelte Gesellschaft" ist fähig zur Selbstbestimmung und benötigt keinen politischen Staat mehr. Das ist natürlich im Grunde ein Gedanke von Marx, der ja im "Bürgerkrieg in Frankreich" die Kommune beschreibt als die "Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht". Überhaupt hat Gramscis begriffliche Unterscheidung von "società civile" und "società politica" ihren Ursprung ebenfalls bei Marx (in den frühen Texten), wo das Auseinander- und dualistische Einandergegenübertreten von Staat und Gesellschaft als Hervorbringung der bürgerlichen Gesellschaft analysiert und kritisiert wird. Auch bei Marx gibt es also verschiedene Inhalte und Konnotationen des Begriffs der Gesellschaft bzw. bürgerlichen Gesellschaft: mal im Sinne von "societé civile", mal im Sinne von "societé bourgeoise", niemals jedoch im apologetischen Sinne der "Civil Society" John Lockes.

Die Vielschichtigkeit von Gramscis "Zivilgesellschaft" ist unbestritten; bewußte oder unbewußte Fehlinterpretationen sind schon aufgrund dieser Komplexität des Begriffs angelegt. Doch dieses Problems kann man sich durch schlichte Ablehnung des Begriffs nicht entledigen - nicht nur, weil die Mehrschichtigkeit auch schon bei den früheren Theoretikern zu finden ist, sondern weil sie in der Sache selbst begründet ist; Gramscis Terminus kann insofern sogar zu einer klareren begrifflichen Scheidung dienen.

Wirklich Sinn macht die Rede von der Zivilgesellschaft allerdings erst im Zusammenhang mit dem bei Gramsci ebenso bedeutsamen Terminus der "Hegemonie". Wenn die Zivilgesellschaft nämlich als Feld zur Erlangung von Hegemonie einer Klasse dient, dann ist dies keineswegs eine friedlich-freundliche Angelegenheit: Auch sozialer Druck, öffentliche Meinung etc. sind massive Druckmittel, wie Gramsci erkannt hat. Zum anderen aber funktioniert Hegemonie mittels Konsens letzten Endes in Verbindung mit Zwang, d.h. die freiwillige Zustimmung wird unter anderem auch dadurch erlangt, daß der nackte Zwang (der repressiven Staatsapparate) stets schon hinter der konsensualen Fassade hervorlugt. Nur im äußersten Fall (das ist sehr oft) wird von diesen Mitteln Gebrauch gemacht; wichtig ist: sie sind untrennbarer Bestandteil des gesamten Herrschaftsmechanismus. Gramscis Leistung bestand also gerade darin, das Zusammenspiel repressiver und konsensualer Mittel bürgerlicher Herrschaft herausgearbeitet zu haben - und nicht etwa im Abfeiern der Errungenschaften von bürgerlicher Freiheit und Liberalität.

Das Verhältnis von Hegemonie und Zwang wird von Gramsci aber nicht nur in bezug auf die bürgerliche Gesellschaft analysiert, sondern er reflektiert auch, was das für den Sozialismus bedeutet. Hier wird die Sache knifflig, und es ist kein Zufall, daß einige Passagen zu diesem Thema offenbar weniger gern zitiert werden. Sie könnten nämlich das insbesondere in der BRD gepflegte Bild vom "netten", bürgerlich gesitteten Kommunisten, der aus dem Knast heraus gegen seine dogmatisch-totalitären Genossen angeschrieben hat, infragestellen. Das ist zweifellos nur die halbe Wahrheit, denn Gramsci befand sich als Führer der italienischen kommunistischen Partei in seinem Denken sehr weitgehend im Rahmen der III. Internationale.

Zwar geht Gramsci davon aus, daß die Erlangung von Hegemonie eine Vorbedingung ist, um in entwickelten bürgerlichen Gesellschaften auch innerhalb der "politischen Gesellschaft", sprich des Staates, wirklich dauerhaft Macht zu erlangen; andererseits spricht er aber auch von der Notwendigkeit, staatliche Gewalt einzusetzen, um diese Hegemoniefähigkeit während der schwierigen Übergangsperiode, in der "enorme Opfer gewaltiger Volksmassen" erforderlich sind, aufrechtzuerhalten: dann sei eine "eher interventionistische Form von Regierung notwendig, die eine direkte Offensive gegen die Oppositionellen ergreift und permanent die 'Unmöglichkeit' innerer Zersplitterung organisiert, Kontrollen aller Art, politische, administrative etc." Mit den "enormen Opfern", die der Stellungskrieg erfordere, bezieht sich Gramsci vermutlich auf die für das italienische Volk traumatische Erfahrung des ersten Weltkriegs, wo in einer als "Stellungskrieg" geführten Schlacht unter General Cadorna massenhaft Soldaten abgeschlachtet worden sind und ebensolche Massen desertierten. Daß er bei seiner Übertragung aus der Militärsprache in die Politikwissenschaft diese "Opfer" benennt, ist sicher nicht als Apologie, wohl aber als analytische Nüchternheit zu werten.

An anderer Stelle spricht er davon, "alle anderen Organisationen zu zerschlagen oder sie in ein System einzufügen, dessen einziger Regulator die Partei ist". Von Liberalität findet sich hier nun wirklich keine Spur. Wie verhalten sich nun solche Überlegungen zu der bei ihm ja auch vorzufindenden Zielvorstellung einer "Konzipierung des Endes von Staat und Recht, die unnütz geworden sind, weil sie ihre Aufgabe erfüllt haben und von der Zivilgesellschaft absorbiert werden können"? Eine mögliche Antwort darauf ist Gramscis positive Wendung des üblicherweise abwertend verwendeten Begriffs des "Nachtwächterstaates", den er als

Übergangsstufe qualifiziert, als einen "Zwangsapparat, der die in permanenter Steigerung befindliche Entwicklung der Elemente der regulierten Gesellschaft schützen und deshalb seine autoritären und Zwangs-Interventionen schrittweise reduzieren wird". (Auffallend auch hier: Regulierte Gesellschaft und Zivilgesellschaft werden praktisch synonym verwendet.) Das impliziert allerdings die Notwendigkeit staatlicher Zwangsmaßnahmen ebenso, wie Gramsci erzieherischen Druck auf die Massen für unvermeidlich hält, der eines fernen Tages "Zwang zu 'Freiheit' werden läßt". Liberalistische Lesarten Gramscis erübrigen sich hier zweifellos; allerdings stellt sich an diesem Punkt die Frage, inwiefern gravierende Widersprüche in Gramscis Texten existieren, die einerseits eine inhaltliche Kohärenz ausschließen, andererseits aus der Perspektive antistaatlicher Positionen zur Kritik herausfordern. Es geht dabei um zwei, miteinander eng verknüpfte Probleme: Zum einen stellt sich die Frage, wie eine wie auch immer gestaltete sozialistische Transformationsperiode ohne Zwangs- und kulturell wie sozial erzieherisch wirkende Maßnahmen realisierbar ist (und ob überhaupt). Zum anderen ist aber, wie gerade Gramsci eindrucksvoll deutlich gemacht hat, die Zivilgesellschaft der Ort, ohne den linke Politik chancenlos ist, weil sie auf Momente wie politische Überzeugung, kulturelle Veränderung, individuelle Emanzipation etc. strukturell angewiesen (weil letztlich damit identisch) ist. Sozialismus ist insofern schlechthin nicht anders denkbar als als Resultat eines stetigen Erstarkens zivilgesellschaftlicher Strukturen, innerhalb derer antikapitalistische Kräfte hegemoniefähig werden. Mit staatlicher Repression und jedweder Form von politischem Zwang ist dies, wie die Geschichte zur Genüge gelehrt hat, nicht zu erreichen. Und deshalb ist das ein relevantes Problem auch zu Zeiten, in denen der Sozialismus so ganz und gar nicht auf der Tagesordnung steht, weil daraus nämlich Rückschlüsse für aktuelle Politik notwendig folgen müssen.

Auch und gerade, weil sich an den Begriff der Zivilgesellschaft eine Reihe von Problemen knüpft, und insbesondere auch mit seinen unterschiedlichen Konnotationen scheint er mir also für die linke Debatte nützlich zu sein. Denn erstens ermöglicht er eine differenzierte Betrachtung außerstaatlicher Überbauten sowohl unter dem Gesichtspunkt der Organisation von Zustimmung zur bürgerlichen Klassenherrschaft als auch unter dem Gesichtspunkt der Widerstände dagegen. Zweitens ist er (trotz der bei Gramsci angelegten Widersprüche) eine brauchbare Basis für eine linke Position der Antistaatlichkeit, die die Tatsache nicht aus den Augen verliert, daß außerstaatliche Bereiche nicht etwa eine befreite Zone darstellen, sondern nur ein anders geartetes Terrain gesellschaftlicher Kämpfe. Drittens kann sich der Begriff der Zivilgesellschaft als Voraussetzung für die Verbindung eines marxistischen mit dem feministischen und antirassistischen Diskurs erweisen, weil er gerade die nicht unmittelbar politischen bzw. scheinbar unpolitischen Bereiche von Gesellschaft und insbesondere Alltäglichkeiten und den Alltagsverstand in die Analyse von Herrschaft und sozialen Kämpfen mit hineinnimmt, mithin die Basis für eine kritische Theorie des Alltags bilden könnte.

"Zivilgesellschaft" ist ein antiökonomistischer Begriff, weil er die Eigenaktivität von Überbauten hervorhebt und zum Gegenstand strategischer Überlegungen macht. Vielleicht ist auch das einer der Gründe, weshalb Georg Fülberth (nach dem Motto: für ein paar ethnosoziologische Fragestellungen mag der Begriff ja ganz tauglich sein, aber im politischen Diskurs ist er eh schon rechts besetzt...) es so vehement ablehnt, ihn zu verwenden. Denn die Auseinandersetzung um die affirmative Verwendung dieses kritischen Begriffs ist ja nur eine aktuelle, gewissermaßen tages- und machtpolitische Angelegenheit; letzten Endes eine vordergründige Streitfrage. Dahinter verbirgt sich eine viel tiefergehende und unendlich viel schwerer zu beantwortende Frage (auf deren Beantwortung Fülberth in seinem Artikel auch bewußt verzichtet), die aber immerhin eine der zentralen in jenem Kontext ist, der nun schon seit Jahrzehnten mit "Krise des Marxismus" umschrieben wird: Die Frage nämlich, welchen Stellenwert Kämpfe in eben dieser Zivilgesellschaft gegenüber denen innerhalb der Produktionssphäre haben, mithin die Frage nach dem historischen Subjekt gesellschaftlicher Umwälzung, nach Haupt- und Nebenwidersprüchen und dem ganzen Rattenschwanz, der mit daranhängt. Nachdem die Hoffnung auf Möglichkeiten des Kampfes innerhalb der Staatsapparate uns vorerst durch die Sozialdemokratie und 80 Jahre später durch die Grünen lehrstückhaft beantwortet wurde, ist eine Auseinandersetzung mit diesem Problem nicht eben unbedeutender geworden. Ich bin davon überzeugt, daß Gramsci und die von ihm entwickelten bzw. erweiterten theoretischen Termini die linke Theoriedebatte an diesen Punkten weiterführen können. Ob irgendwelche Alt- oder Neoliberale den einen oder anderen Begriff affirmativ besetzen, ist dabei - zumal angesichts unserer gegenwärtigen totalen Marginalisierung - völlig unwichtig. Schließlich geht es nicht darum, einen ohnehin aussichtslosen Kampf um Begriffsmonopole zu führen, sondern um Erkenntnis.

(Dieser Text basiert auf Diskussionen, die im Kölner Arbeitskreis "Linkes Puzzle" geführt wurden. Dieser Theorie-Arbeitskreis setzt sich aus Leuten mit sehr verschiedenen politischen Biographien zusammen, fast alle

sind wir Ex-Mitglieder: Ex-Grün, Ex-KB, Ex-DKP, Ex-Radikale Linke, Ex-AL...aber die meisten sind auch irgendwo organisiert und aktiv: im Südafrika-Komitee, ESG, 218-Gruppe, Gewerkschaft etc.)

29. Eine Textauswahl aus Gramscis "Quaderni" (1930-1935)

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:29

Quaderno 5 (1930-1932)

§ 127. Macchiavelli. (...) Wenn man den Begriff des "Fürsten", so wie er im Buch Macchiavellis benutzt wird, in moderne politische Sprache übersetzen sollte, müßte man eine Reihe von Unterscheidungen treffen: "Fürst" könnte ein Staatsoberhaupt sein, ein Regierungschef, aber auch ein politischer Führer, der einen Staat erobern oder einen neuen Typus von Staat schaffen will; in diesem Sinne könnte "Fürst" in moderner Sprache mit "politische Partei" übersetzt werden. In der Realität einiger Staaten ist das "Staatsoberhaupt", also das ausgleichende Element der verschiedenen Interessen in ihrem Kampf gegen das vorherrschende - nicht aber im absoluten Sinne alleinherrschende - Interesse gerade die "politische Partei"; im Unterschied zum traditionellen Verfassungsrecht jedoch herrscht diese nicht, noch regiert sie rechtmäßig: sie hat die "faktische Macht", sie übt hegemoniale Funktion aus und ist folglich Ausgleicherin verschiedener Interessen, innerhalb der "Zivilgesellschaft", welche jedoch faktisch dermaßen mit der politischen Gesellschaft verschlungen ist, daß alle Bürger sich von ihr (der politischen Partei, V.K.) beherrscht und regiert fühlen. Angesichts dieser Realität, die sich in beständigem Wandel befindet, kann man kein Verfassungsrecht traditionellen Typs formulieren, sondern nur ein System von Prinzipien, die als Zweck des Staates dessen eigentliches Ende, dessen eigentliches Verschwinden bekräftigen, das heißt die Reabsorption der politischen Gesellschaft in die Zivilgesellschaft. (S. 661-62)

Quaderno 6 (1930-1932)

§ 88. Staat als Nachtwächter oder -Gendarm etc. Folgendes Thema ist zu überdenken: Ist nicht vielleicht die Konzeption des Staates als Nachtwächter oder -Gendarm etc. (im einzelnen hat die Auflistung polemischen Charakter: Gendarm, Nachtwächter etc.) die alleinige Staatskonzeption, die die extremen "korporativ-ökonomischen" Phasen überwindet? Wir befinden uns immer auf dem Boden der Identifikation von Staat und Regierung, eine Identifikation, die eben eine Wiederkehr der korporativ-ökonomischen Form darstellt, das heißt der Vermischung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, da zu vermerken ist, daß in den allgemeinen Begriff des Staates Elemente eingehen, die in die Auffassung der Zivilgesellschaft zurückzuführen sind (in dem Sinne, könnte man sagen, daß Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft ist, d.h. Hegemonie gepanzert mit Zwang). Für eine Lehre vom Staat, die diesen soweit als möglich aus der Perspektive seiner tendenziellen Auflösung und der geregelten Gesellschaft konzipiert, ist dieser Gesichtspunkt von fundamentaler Bedeutung. Die Auflösung des Elements Staat-Zwang ist vorstellbar in dem Maße, wie sich Elemente der geregelten Gesellschaft (oder des ethischen Staates oder der Zivilgesellschaft) immer augenfälliger durchsetzen. (...) Man muß sich daran erinnern, daß die Bezeichnung des liberalen Staates als Nachtwächter von Lassalle stammt, also einem dogmatischen und undialektischen Staatsfetischisten (statalista). (...) In der Doktrin Staat Ä regulierte Gesellschaft wird man von einer Phase, in welcher der Staat mit Regierung gleichbedeutend ist und sich mit der Zivilgesellschaft identifiziert, übergehen müssen zu einer Phase des Nachtwächter-Staates, d.h. eines Zwangsapparates, der die Entwicklung der in permanentem Wachstum befindlichen Elemente der regulierten Gesellschaft schützen und deshalb seine autoritären und Zwangs-Interventionen schrittweise reduzieren wird. Und dies ist nicht als ein neuer "Liberalismus" zu denken, obwohl es der Beginn einer Ära organischer Freiheit ist. (S. 763-64)

§ 136. Organisation der nationalen Gesellschaften. An anderer Stelle habe ich bemerkt, daß in einer bestimmten Gesellschaft niemand unorganisiert und ohne Partei ist, insofern Organisation und Partei in einem weiten und nicht nur einem formalen Sinn zu verstehen sind. Innerhalb dieser Vielzahl partikulärer Gemeinschaften doppelten Charakters, natürlichen und vertraglichen oder freiwilligen Charakters, sind eine oder mehrere relativ oder absolut vorherrschend, indem sie einen Hegemonialapparat einer sozialen Gruppe über den Rest der Bevölkerung (oder Zivilgesellschaft) bilden, der die Basis des im engen Sinne als Regierungs- und Zwangsapparat aufgefaßten Staates ist.

Die einzelnen Personen gehören stets mehr als einer besonderen Gemeinschaft an, und häufig sogar solchen, die prinzipiell untereinander in Widerspruch stehen. Totalitäre Politik tendiert dazu, 1) daß den Mitgliedern

einer bestimmten Partei in dieser einen Partei alle diejenigen Bedürfnisse erfüllt werden, die ihnen zuvor in einer Vielzahl von Organisationen erfüllt worden sind, d.h. alle Verbindungen, die diese Mitglieder an fremde kulturelle Organismen binden, zu kappen; 2) alle anderen Organisationen zu zerschlagen oder sie in ein System einzufügen, dessen einziger Regulator die Partei ist. Dies geschieht: 1) wenn die gegebene Partei Trägerin einer neuen Kultur ist, und dann handelt es sich um eine progressive Phase; 2) wenn die Partei mit Bestimmtheit verhindern will, daß eine andere Kraft, die Trägerin einer neuen Kultur ist, ihrerseits "totalitär" wird; und dann handelt es sich um eine regressive und objektiv reaktionäre Phase, auch wenn die Reaktion (wie es immer geschieht) sich nicht zu sich bekennt und vorgibt, Trägerin einer neuen Kultur zu sein. (...) (S. 800)

§ 138. Vergangenheit und Gegenwart. Übergang vom Bewegungskrieg (und vom Frontalangriff) zum Stellungskrieg auch auf politischem Gebiet. Dies scheint mir die wichtigste Frage der politischen Theorie zu sein, die sich seit der Nachkriegszeit stellt, und die am schwierigsten richtig zu lösende. Sie ist gebunden an die Fragen, die von Bronstein entwickelt wurden, den man auf die eine oder andere Weise als den politischen Theoretiker des Frontalangriffs betrachten kann, in einer Phase, in welcher dieser nur Ursache des Scheiterns ist. (...) Der Stellungskrieg erfordert enorme Opfer gewaltiger Volksmassen; deshalb ist eine unglaubliche Konzentration der Hegemonie und folglich eine eher "interventionistische" Form von Regierung notwendig, die eine direkte Offensive gegen die Oppositionellen ergreift und permanent die "Unmöglichkeit" interner Zersplitterung organisiert, Kontrollen jeder Art, politische, administrative etc., Verstärkung der hegemonialen "Stellungen" der vorherrschenden Gruppe etc. All dies zeigt an, daß man in eine Kulminationsphase der politisch-historischen Situation eingetreten ist, da in der Politik der Bewegungskrieg, einmal gewonnen, endgültig entschieden ist. Ein Bewegungskrieg findet in der Politik also nur statt, solange es sich darum handelt, Positionen zu besetzen, die nicht entscheidend sind und für die folglich nicht alle Ressourcen der Hegemonie und des Staates mobilisierbar sind, aber sobald diese Positionen aus dem einen oder anderen Grund ihren Wert verloren haben und nur die entscheidenden Wichtigkeit haben, geht man zum komprimierten, schwierigen Belagerungskrieg über, in dem außergewöhnliche Qualitäten der Geduld und des erfinderischen Geistes vonnöten sind. In der Politik findet die Belagerung gegenseitig statt, trotz des äußeren Anscheins, und allein die Tatsache, daß der Vorherrschende all seine Ressourcen zur Schau stellen muß, demonstriert, wie er den Gegner einschätzt. (S. 801-2)

§ 155. Vergangenheit und Gegenwart. Politik und Kriegskunst. (...) Die einzelnen Individuen (auch als Komponenten der breiten Massen) neigen instinktiv dazu, den Krieg als "Partisanenkrieg" oder "Garibaldinischen Krieg" (der ein höherer Aspekt des "Partisanenkriegs" ist) aufzufassen. In der Politik kommt es zu diesem Irrtum aufgrund eines ungenauen Verständnisses dessen, was der Staat ist (in seiner integralen Bedeutung: Diktatur + Hegemonie), im Krieg verfällt man einem ähnlichen Irrtum, auf das gegnerische Feld bezogen (mangelndes Verständnis nicht nur des eigenen, sondern auch des gegnerischen Staates). (...) (S. 810-11)

Quaderno 7 (1930-1932)

§ 16. Stellungskrieg und frontaler oder Bewegungskrieg. Es bleibt abzuwarten, ob die berühmte Theorie Bronsteins über die Permanenz der Bewegung nicht der politische Reflex der Theorie des Bewegungskriegs ist (man erinnere sich an die Beobachtungen des Kosakengenerals Krasnov), und somit letztlich der Reflex der allgemein-ökonomisch-kulturell-sozialen Bedingungen eines Landes, in dem das Gefüge des nationalen Lebens embryonal und zurückgeblieben ist und nicht zu "Schützengraben oder Festung" werden kann. (...) Mir scheint, daß Iljitsch verstanden hatte, daß der Bewegungskrieg, der im Osten im Jahre 17 siegreich angewendet wurde, zum Stellungskrieg als dem im Westen einzig möglichen umgewandelt werden mußte, wo, wie Krasnov beobachtete, die Armeen auf engstem Raum Unmengen von Munition anhäufen, wo die gesellschaftlichen Strukturen von selbst zu wohlausgerüsteten Schützengräben werden konnten. Dies scheint mir die Bedeutung der Formel der "Einheitsfront" zu sein, die der Konzeption einer einzigen Front der Entente unter dem Kommando von Foch entspricht. Nur daß Iljitsch nicht die Zeit hatte, seine Formel zu vertiefen, wobei man berücksichtigen muß, daß er sie nur theoretisch vertiefen konnte, während die Hauptaufgabe national war, d.h. eine Erkundung des Terrains und eine Festsetzung der Elemente von Schützengraben und Befestigung, die durch die Elemente der Zivilgesellschaft etc. repräsentiert waren, erforderte. Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft steckte in den Anfängen und ihre Konturen waren fließend; im Westen herrschte zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und sobald der Staat erzitterte,

entdeckte man sofort die kräftige Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter ihm befand sich eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten; von Staat zu Staat mehr oder weniger, versteht sich, aber genau dies erforderte eine präzise Erforschung im nationalen Maßstab. (...) (S. 865-67)

§ 83. Enzyklopädische Begriffe. Die öffentliche Meinung. Das, was man "öffentliche Meinung" nennt, ist eng mit der politischen Hegemonie verbunden, und das ist der Berührungspunkt zwischen der "Zivilgesellschaft" und der "politischen Gesellschaft", zwischen Konsens und Gewalt. Wenn der Staat eine wenig populäre Aktion starten will, schafft er präventiv die passende öffentliche Meinung, d.h. er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft. Geschichte der "öffentlichen Meinung": Natürlich haben Elemente von öffentlicher Meinung immer existiert, auch in den asiatischen Satrapien; aber die öffentliche Meinung, wie man sie heute versteht, ist am Vorabend des Sturzes der absolutistischen Staaten entstanden, d.h. in der Periode des Kampfes der neuen bürgerlichen Klasse um die politische Hegemonie und um die Machteroberung.

Die öffentliche Meinung ist der politische Inhalt des öffentlichen politischen Willens, der in sich widersprüchlich sein könnte: deshalb gibt es den Kampf um das Monopol der Organe der öffentlichen Meinung: Zeitungen, Parteien, Parlament, in einer Weise, daß eine einzige Kraft die Meinung und folglich den nationalen politischen Willen formt, indem sie die Widersprüche zu einem einzigen unorganischen Staub mahlt. (S. 914-15)

Quaderno 8 (1931-1932)

§ 2. Der Staat und die Konzeption des Rechts. Die Revolutionierung der Konzeption des Rechts und folglich der Konzeption des Staates, die die bürgerliche Klasse vollbracht hat, besteht vor allem im Willen zum Konformismus (folglich Ethisierung des Rechts und des Staates). Die zuvor herrschenden Klassen waren essentiell konservativ in dem Sinne, daß sie nicht dazu neigten, einen organischen Übergang von den anderen Klassen zu der ihrigen zu entwickeln, also die Sphäre ihrer Klasse "technisch" und ideologisch zu erweitern: die Konzeption der geschlossenen Kaste. Die bürgerliche Klasse setzt sich selbst als einen Organismus in kontinuierlicher Bewegung, der zur Absorption der ganzen Gesellschaft fähig ist und sie seinem eigenen kulturellen und ökonomischen Niveau anpaßt: die ganze Funktion des Staates ist umgewandelt: der Staat wird "Erzieher" etc. Ereignete sich eine Stockung, würde man zur Konzeption des Staates als reiner Gewalt zurückkehren etc. Die bürgerliche Klasse ist "saturiert": Sie breitet sich nicht nur nicht aus, sondern sie löst sich auf, sie assimiliert nicht nur keine neuen Elemente, sondern sie stößt einen Teil von sich selbst ab (oder zumindest sind die Abstoßungen weitaus zahlreicher als die Aufnahmen). Eine Klasse, die sich selbst als fähig zur Assimilation der gesamten Gesellschaft begreift, und die zur selben Zeit tatsächlich dazu in der Lage wäre, diesen Prozeß auszudrücken, bringt diese Konzeption des Staates und des Rechtes zur Perfektion bis hin zur Konzipierung des Endes von Staat und Recht, die unnütz geworden sind, weil sie ihre Aufgabe erfüllt haben und von der Zivilgesellschaft absorbiert werden können. (S. 937)

§ 179. Ethischer oder kultivierter Staat. (...) Jeder Staat ist ethisch, soweit eine seiner wichtigsten Funktionen darin besteht, die große Masse der Bevölkerung auf ein bestimmtes kulturelles und moralisches Niveau heranzuziehen, ein Niveau (oder Typ), das mit der Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte korrespondiert und folglich mit den Interessen der herrschenden Klassen. Die Schule als positive Erziehungsfunktion und die Gerichte als repressive und negative Erziehungsfunktion sind die wichtigsten staatlichen Aktivitäten in diesem Sinne: doch in der Realität streben dieses Ziel noch eine Vielfalt anderer Initiativen und sogenannter privater Aktivitäten an, die den Apparat der politischen und kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen bilden. Die Konzeption Hegels ist einer Periode eigen, in der der Fortschritt in der Ausbreitung der Bourgeoisie unbegrenzt erscheinen konnte, folglich deren Ethizität oder Universalität vorausgesetzt werden konnte: das ganze Menschengeschlecht wird bourgeois sein. Aber in der Realität ist nur die soziale Gruppe, die das Ende des Staates und ihrer selbst sich zum Ziel setzt, in der Lage, einen ethischen Staat zu schaffen, der danach trachtet, die internen Unterschiede der Beherrschten aufzuheben etc. und einen technisch-moralisch einheitlichen sozialen Organismus zu kreieren. (S. 1049-50)

Quaderno 10 (1932-1935)

§ 15. Notizen über Ökonomie. (...) Zwischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang steht die Zivilgesellschaft, und diese muß radikal transformiert werden, und

nicht nur auf dem Gesetzblatt und in den wissenschaftlichen Büchern; der Staat ist das Instrument, um die Zivilgesellschaft an die ökonomische Struktur anzupassen, aber es ist notwendig, daß der Staat das tun "will", und das heißt, daß der Staat von Repräsentanten der bereits vollzogenen Veränderung in der ökonomischen Struktur geführt wird. Zu erwarten, daß sich die Zivilgesellschaft auf dem Wege der Propaganda und der Überzeugung an die neue Struktur anpaßt, daß der alte "homo oeconomicus" verschwindet, ohne in allen Ehren begraben zu werden, ist eine neue Form von ökonomischer Rhetorik, eine neue Form von hohlem und fruchtlosem ökonomischen Moralismus. (S. 1253-54)

Quaderno 13 (1932-1934)

§ 7. Die Frage des "Kollektivmenschen" oder des "sozialen Konformismus". Erzieherische und ausbildende Aufgabe des Staates, der immer das Ziel verfolgt, neue und höhere Typen von Zivilisation zu schaffen, die "Zivilisation" und die Moralität der breitesten Volksmassen an den notwendig kontinuierlichen Fortschritt des ökonomischen Produktionsapparats anzugleichen und folglich auch physisch neue Formen des Menschseins zu entwickeln hat. Aber wie wird es jedem einzelnen Individuum gelingen, im Kollektivmenschen aufzugehen, und wie wird der erzieherische Druck auf die einzelnen stattfinden, deren Konsens und Mitarbeit er bewirkt und Notwendigkeit oder Zwang zu "Freiheit" werden läßt? Das ist eine Frage des "Rechts", dessen Begriff erweitert werden muß, er wird auch diejenigen Aktivitäten beinhalten müssen, die heute unter die Formel des "dem Recht gegenüber Indifferenten" fallen und die eine Domäne der Zivilgesellschaft sind, welche ohne "Sanktionen" und ohne bindende "Verpflichtungen" operiert, aber trotzdem kollektiven Druck ausübt und sachliche Ergebnisse erzielt hinsichtlich der Entwicklung der Sitten, der Denk- und Verhaltensweisen, der Moral etc. (...) In der politischen Kunst geschieht dasselbe wie in der militärischen Kunst: Der Bewegungskrieg wird immer mehr zum Stellungskrieg, und man kann sagen, daß ein Staat einen Krieg gewinnt, sofern er ihn aufs Genaueste und technisch in Friedenszeiten vorbereitet. Die massive Struktur der modernen Demokratien, sowohl als staatliche Organisationen als auch als Komplex der Assoziationen im zivilen Leben funktionieren in der Politik wie die "Schützengräben" und permanenten Befestigungen der Front im Stellungskrieg: sie enthalten nur noch "partiell" das Element der Bewegung, das den Krieg zuvor "als Ganzes" ausgemacht hatte etc.

Die Frage stellt sich für die modernen Staaten, nicht für die zurückgebliebenen Länder und für die Kolonien, wo noch die Formen gelten, die andernorts überwunden und anachronistisch geworden sind. (S. 1565-67)

§ 11. (...) Wenn jeder Staat dazu tendiert, einen bestimmten Typus von Zivilisation und des Staatsbürgers zu schaffen und zu erhalten (und folglich von Zusammenleben und von individuellen Verhältnissen), tendiert er ebenfalls dazu, bestimmte Sitten und Gebräuche verschwinden zu lassen und andere zu verbreiten, das Recht wird (neben der Schule und anderen Institutionen und Aktivitäten) zum Instrument zur Erreichung dieses Ziels und muß so entwickelt werden, daß es mit seinem Zweck übereinstimmt und maximal wirksam ist und positive Resultate erzielt. Die Auffassung des Rechts wird von jeglichem Rest von Transzendenz und Absolutem befreit werden müssen, praktisch von jeglichem moralistischen Fanatismus, dennoch scheint mir, kann man nicht von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß der Staat nicht "straft" (wenn dieser Terminus auf seine menschliche Bedeutung reduziert ist), aber er bekämpft nur die soziale "Gefährlichkeit". In Wirklichkeit muß der Staat als "Erzieher" konzipiert werden, sofern er gerade dazu tendiert, einen neuen Typ oder ein neues Niveau von Zivilisation zu schaffen. Aus der Tatsache, daß man wesentlich auf die ökonomischen Kräfte einwirkt, daß sich der ökonomische Produktionsapparat reorganisiert und entwickelt und daß sich die Struktur erneuert, darf nicht die Konsequenz gezogen werden, daß die Überbauten sich selbst überlassen bleiben könnten, ihrer spontanen Entwicklung, einem zufälligen und gelegentlichen Keimen. Der Staat ist auch auf diesem Feld ein Instrument der "Rationalisierung", der Beschleunigung und Taylorisierung, er operiert nach einem Plan, drückt, spornt an, drängt, und er "straft", weil in den geschaffenen Bedingungen, unter denen eine bestimmte Art zu leben "möglich" ist, die "kriminelle Handlung oder Unterlassung" eine Strafsanktion nach sich ziehen müssen, die von moralischer Bedeutung ist und nicht nur ein Urteil von unbestimmter Gefährlichkeit. Das Recht ist der repressive und negative Aspekt der gesamten positiven Zivilisierungsaktivität, die der Staat entfaltet. In die Konzeption des Rechts müßte auch die Aktivität, Individuen, Gruppen etc. "auszuzeichnen", eingefügt werden; löbliche und verdienstvolle Aktivität wird ausgezeichnet, so wie kriminelle Aktivität bestraft wird (und es wird auf neuartige Weise bestraft, indem man die "öffentliche Meinung" als Sanktion wirken läßt). (S. 1570-71)

Quaderno 19 (1934-1935)

§ 24. Das Problem der politischen Führung in der Entstehung und Entwicklung der Nation und des modernen Staates in Italien. (...) Das methodologische Kriterium, unter dem man die eigentliche Untersuchung angehen muß, ist folgendes: daß die Vorherrschaft einer sozialen Gruppe sich auf zwei verschiedene Weisen manifestiert, als "Herrschaft" und als "intellektuelle und moralische Führung". Eine soziale Gruppe beherrscht gegnerische Gruppen, die zu "liquidieren" oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen sie anstrebt, und sie übernimmt bei den nahestehenden und verbündeten Gruppen eine Führungsrolle. Eine soziale Gruppe kann bzw. muß eine Führungsrolle erlangen, schon bevor sie die Regierungsmacht erobert (und das ist eine der wichtigsten Bedingungen eben für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt, und auch wenn sie sie fest in der Hand hält, wird sie herrschend, aber sie muß permanent auch "führend" bleiben. (...) (S. 2010-11)

(Übersetzung: Verena Krieger)

30. Vom Elend der Ideologiekritik Wie durch theoretische Überheblichkeit Diskussion verhindert wird

Zu cl.s Artikel "Vom Elend des Anti-Rassismus": wie durch theoretische Überheblichkeit Diskussion verhindert wird

Autor: Henning Böke · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:18

Man sollte es ruhig zugeben: Das Niveau der theoretischen Diskussion im ak ist nicht gerade berauschend. Diverse SchreiberInnen kochen ihr eigenes Süppchen, und manche kochen zuweilen über. Nachdem kt. sich, wie es scheint, wieder gefangen hat, ist nun cl. von der Gruppe K an der Reihe. Sein Artikel "Vom Elend des Anti-Rassismus..." (ak 340, S.37) paßt in seiner besserwisserischen Arroganz stilistisch und auch in bestimmten inhaltlichen Punkten vielleicht ganz gut ins Umfeld der (mittlerweile aufgelösten) MG, scheint mir im ak aber fehl am Platze.

cl. nimmt Bezug auf einen Artikel von mir. im ak 337, in dem ein Überblick über die wichtigsten gegenwärtig diskutierten Rassismus-Theorien gegeben wurde, deren Positionen mir. dabei natürlich nur knapp skizzieren konnte, was es cl. dann erleichtert, den theoretischen Besserwisser zu spielen - dem kommt auch der Umstand zugute, daß der Stand der theoretischen Grundlagendiskussion in dieser Zeitung einiges zu wünschen übrig läßt. Nur so kann cl. eine theoretische Konzeption, die, salopp gesagt, kalter Kaffee ist, als ultimative Erkenntnis ausposaunen.

Eine Erörterung der zugrundeliegenden Problematik würde den Rahmen dieses Diskussionsbeitrags sprengen; ich beschränke mich auf einige grobe und provisorische Bemerkungen:

Natürlich hat cl. fraglos recht mit der Kritik am instrumentalistisch-funktionalistischen Weltbild der kommunistischen Tradition: Die Massen wollen nach links, die Herrschenden hindern sie daran, indem sie Rassismus und andere reaktionäre Ideologien zum Zweck der Verdummung und Ablenkung propagieren usw. Daß eine solche Sichtweise unsinnig ist, darin sind wir alle uns wohl einig. Anfang der 70er Jahre entwickelten dagegen diverse intellektuelle Marx-Zirkel Konzepte der "Ableitung" der "gesellschaftlichen Formbestimmtheit" des Staates und der Ideologie aus dem Kapitalbegriff. Aus diesem Diskussionszusammenhang gingen verschiedene sich gegenseitig bekämpfende Gruppierungen hervor, die alle jeweils für sich den wahren Durchblick in Anspruch nahmen - darunter als profilierteste die MG. Auch die Freiburger ISF ist dieser Richtung der Marx-Interpretation verpflichtet (wenn auch ihre Differenzen zur MG beträchtlich sind). Die MG versuchte, das Phänomen Rassismus aus der "Staats- und Bürgerlogik" zu erklären (vgl. den Artikel "Gute Taten für Deutschland" des MG-Anhängers Prof. Freerk Huisken in konkret 2/92); den Antisemitismus hat sie völlig ignoriert. Die ISF mit ihrem Cheftheoretiker J. Bruhn will Rassismus und Antisemitismus aus der Konstitution des bürgerlichen Subjekts "ableiten"; diese Doktrin propagiert cl.

Die "Ableitung" der "gesellschaftlichen Formbestimmtheit" hat jedoch eine dogmatische Lesart der Marxschen Wertformanalyse zur Voraussetzung, gegen die vom heutigen theoretischen Diskussionsstand her eine Reihe triftiger Einwände zu erheben sind:

1. Das Programm der "Ableitung" unterstellt einen essentialistischen Status der Marxschen Grundbegriffe, d.h. die Annahme, daß die Marxsche Theorie ein hinter den gesellschaftlichen "Erscheinungen" verborgen existierendes "Wesen" auf den Begriff bringt, aus dessen dialektischer Selbstbewegung die "Formbestimmtheit" der "Erscheinungen" hervorgehe. Man kann aber zeigen, daß eine solche Annahme an letztlich metaphysische Prämissen gebunden ist; ich kann das hier leider nicht ausführlich darstellen. Tatsächlich sind die Marxschen Begriffe m.E. wie die jeder wissenschaftlichen Theorie Resultate der theoretischen Konstruktion eines idealisierten Modells. "Ableitung" ist bei Marx ein Modus der theoretischen Darstellung, eine Art der Bestimmung logischer Verhältnisse, durch die das Kapital als Erkenntnisobjekt strukturiert ist, nicht aber eine Beschreibung von genetischen Realdependenzen.

2. "Es ist der in ein subjektives Bedürfnis transformierte ökonomische Zwang zur Identität", der laut cl. "in der Vorstellung der Untermenschen und Minderwertigen aufscheint" und "den Bürger dazu treibt, sich in

bestimmten gesellschaftlichen Situationen rassistischerweise gegen dieselben auszuagieren". Diese Behauptung impliziert wiederum eine Annahme, an der sich mit guten Gründen zweifeln läßt: daß die Ökonomie als solche Subjektivität konstituiere. Alles, was cl. unter Berufung auf die Marxsche Wertformanalyse anführt, sind zunächst einmal Behauptungen, deren Geltungsbedingungen anhand einer genauen Diskussion der Marxschen Problematik überprüft werden müßten. Ich meine, das, was laut Marx die Grundlage der Gleichheit im Warenaustausch ist, die "abstrakte Arbeit", kann sinnvollerweise nur als Resultat eines komplexen Konstitutionsprozesses gedacht werden und nicht als eine Essenz, die aus sich heraus gesellschaftliche Beziehungen generiert. Damit entfällt die Bedingung, unter der ideologische Verhaltensweisen von Subjekten aus der Warenform deduziert werden könnten. (Vgl. dazu die Arbeiten von L. Althusser.)

3. Mittels der "Fetischismus"-Theorie will cl. "Rassismus im Anschluß an die Marxsche Ökonomiekritik als objektive, gesellschaftlich gesetzte und somit notwendig falsche Bewußtseinsform" begreifen. Marx hin, Marx her - was cl. für den Vorteil dieser ideologiekritischen Doktrin hält, halte ich für ihren Nachteil: Wenn von "falschem Bewußtsein" die Rede ist, das sich nicht zufälligen subjektiven Beschränktheiten verdankt, sondern als "notwendig falsches" objektiv gesetzt ist, fragt es sich, woher der Ideologiekritiker es dann besser wissen kann. Diese Konzeption geht davon aus, daß die in der Warenform vollzogene reale "Verkehrung" gesellschaftlich erzeugten Bestimmungen den Schein der Natürlichkeit verleiht. Daher komme die Ideologie der Menschenrechte wie der Rassismus. Das "falsche Bewußtsein" beruht auf der Befangenheit in der Sphäre der Erscheinungen und der Verkennung ihres historisch-gesellschaftlichen Wesens, von dessen Erkenntnis die Auflösung der falschen Bewußtseinsformen abhängt. Sinnvoll ist dieser Gedanke nur, wenn die Bedingungen dieser Auflösung angegeben werden können - wenn die Wirklichkeit sich in Fetischgestalten verhüllt, muß gezeigt werden können, kraft welcher Bedingungen die Erkenntnis in der Lage ist, diese zu enträtseln. (Die Schwierigkeiten, die Marx damit hatte, kann man benennen!) Uns fehlt dazu heute jede systematische und historische Grundlage. Die auf neo-dogmatische Marx-Exegese (und sonst nichts) gestützte "Kritik" ist Mythologie. - An dieser Stelle ein Wort zu Adorno, den die ISF zu ihrem Säulenheiligen erkoren hat: Adorno, gewiß der profundeste und brillanteste linke Theoretiker im Nachkriegsdeutschland, hat genau dieses Problem bemerkt, das seine Freiburger und sonstigen Anbeter ignorieren: daß im Spätkapitalismus die Bedingungen, unter denen Kategorien wie "Wesen" und "Erscheinung" sinnvoll sind, entfallen und damit das Modell der "Kritik falschen Bewußtseins" hinfällig wird (vgl. Beitrag zur Ideologienlehre, in: Ges. Schriften Bd. 8, bes. S. 465 u. 477). Noch einen Schritt weiter ging der französische Philosoph Michel Foucault, dessen diskursanalytische Machttheorie viel zum Verständnis heutiger sozialer Kämpfe beiträgt. Foucault dreht sozusagen den Spieß um: Der klassischen ideologiekritischen Fragestellung "Warum denken die Massen falsch?" hält er die Frage entgegen, wie Diskurse funktionieren, in denen Intellektuelle ein Wahrheitsprivileg in Anspruch nehmen. Das läßt sich an cl. sehr gut studieren! Foucault hat, ähnlich wie Althusser, eine Konzeption erarbeitet, durch die ein Verständnis der Konstitution der "Identitäten" wie "Rasse", "Nation" oder "Geschlecht" ohne privilegierten Wahrheitsanspruch möglich ist und die der Komplexität dieser Konstitutionsprozesse Rechnung trägt. Daß, wie cl. meint, "die Gesellschaft" eine monolithische "Totalität" sei, in der alle Konstitutionsprozesse auf ein Prinzip - das der Kapitalform - reduzierbar seien, dessen Erkenntnis alle Herrschaftsformen erkläre, ist ein Mythos, für den nichts anderes spricht als eine sektenspezifische ultradogmatische Marx-Interpretation.

Es ist klar, daß die von mir vorgetragenen Einwände auch die Antisemitismus-Theorie von Moishe Postone treffen. Ich will damit aber nicht sagen, daß alle Thesen von Postone falsch sind - trotz fragwürdiger Grundlagen enthält seine Theorie m.E. wichtige Gesichtspunkte (etwa den Aspekt des "romantischen Antikapitalismus") und sollte diskutiert werden. Dem kommt zugute, daß Postone seine Thesen in einer diskutierbaren Form vorträgt - im Gegensatz zu cl., dessen theoretisches Selbstbewußtsein als Freibrief für seine großspurige Überheblichkeit fungiert. Es ist offenkundig, daß cl. seine Interventionen nicht als Beitrag zur Diskussion von Differenzen unter Linken versteht, die ein gemeinsames Projekt gegen den hegemonialen Rassismus verfolgen, sondern er stellt vermittels der "Fetischismus"-Theorie sich und die kleine Schar von Eingeweihten, die den "Fetischismus" durchschauen und zur "Kritik" befähigt sind, denen gegenüber, die in der "fetischistischen" bürgerlichen Denkform befangen sind und sie reproduzieren. Zu letzteren zählt er ausdrücklich auch den größten Teil der Linken, der sich seiner Ansicht nach von den Bürgern nur durch die ohnmächtig folgenlose Subjektivität des moralischen Willens unterscheidet. Damit diese Einteilung reibungslos funktioniert, müssen natürlich ab und zu die Fakten ein bißchen zurechtgebogen werden, indem cl. seinen

KontrahentInnen Positionen unterstellt, die sie nie geäußert haben. So hat mir. z.B. nicht behauptet, daß es Identität "schlicht und einfach" in dem von cl. im Kontext dargestellten naturalistischen Sinne gebe, sondern in ihrem Artikel ging es um das Problem, daß konstituierte Identitäten reale Effekte haben und nicht einfach durch Reflexion ("Kritik" am "falschen Bewußtsein") aufzulösen sind. - Ein solcher Diskussionsstil ist einfach kontraproduktiv. Ich kann und will cl. nicht daran hindern, weiter so zu denken und zu schreiben. Aber ich hoffe deutlich gemacht zu haben, daß cl.s Suppe nur aus Wasser gekocht ist, auch wenn sie mächtig schäumt.

Henning Böke, Frankfurt

31. Modischer Anti-Antizionismus in der radikalen Linken

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:02

",kt.` und der ‚Spiegel`-Redakteur haben in sofern recht, als das ‚Zitat` tatsächlich nicht, wie mitunter, aber nicht von Simon Wiesenthal, fälschlich behauptet wurde, als Schlagzeile erschienen ist. Der Wortlaut ist auch, das muß ebenfalls konzediert werden, nicht exakt wiedergegeben worden. Der Wortlaut ist auch, das muß ebenfalls konzediert werden, nicht exakt wiedergegeben worden. Frei erfunden oder auch nur gefälscht ist er aber noch weniger."

"Die Wahrheit ist eben, so oder so, nicht allein in den Zitaten zu finden. Trotzdem wäre interessant zu erfahren, was einen Kommunisten dazu bringt, einerseits über Jahre penibel wie ein preußischer Bürokrat Zitate zu verwalten und bis in die Datumsvarianten auf ihren angeblichen Fälschungsgehalt zu untersuchen, andererseits aber die entscheidenden Textstellen und Argumentationsstrukturen einfach zu übersehen." (1)

Ebenfalls interessant zu erfahren wäre, was Oliver Tolmein dazu bringt, hinter die Grundlagen selbst des bürgerlichen Rechts, die ja gegenüber der nackter Verurteilungswillkür nun doch unbezweifelbar als Fortschritt gewertet werden müssen, zurückzufallen. Nach diesen Grundlagen ist ein Angeklagter erst dann schuldig, wenn ihm seine Schuld nachgewiesen wird. Überflüssig zu erwähnen, daß dieses weder aufgrund von Mutmaßungen noch widerrechtlich erbrachten Beweismaterials geschehen kann. Um vom juristischen zum publizistischen Bereich zu kommen: Genausowenig wie widerrechtlich erbrachtes Beweismaterial (selbst wenn es eine Tat beweist) eine Verurteilung bewirken kann, kann man einer Zeitung Tendenzen nachweisen, indem man Zitate falsch angibt; selbst wenn diese Tendenzen vorhanden sein mögen, und sie durch die korrekte Wiedergabe von Zitaten sogar nachweisbar wären. Nun kann man natürlich bürgerlich-juristische Grundsätze nicht ohne weiteres auf linke Publizistik übertragen; dann würde man in der Tat schnell beim preußischen Bürokratismus landen. Nicht hinzunehmen ist jedoch, wenn Tolmein zunächst Zitate falsch angibt, bzw. diese falsch übernimmt und dann, wenn er auf die nicht korrekte Wiedergabe dieser Zitate hingewiesen wird, frech entgegnet, der Leser hätte stattdessen an anderer Stelle nachschauen sollen, irgendwo hätte er den Beweis schon gefunden. Bei den Anti-Antizionisten scheint neuerdings der Grundsatz vorzuherrschen, daß ein Angeklagter seine Unschuld zu beweisen habe, und nicht der Ankläger dessen Schuld. Prophylaktisch sind erstmal alle Personen Antisemiten, wer nicht als solcher gelten will, muß das Gegenteil beweisen, wobei der Ankläger sich jede Freiheit herausnehmen darf, Beweismaterial (sprich: Zitate) fehlerhaft und ungenau zu verwerten. Die Pointe des ganzen Schauerspiels besteht dann darin, daß im Falle, daß der Angeklagte sich anhand des Vorlegens von genauen Recherchen zu verteidigen versucht (ob er unschuldig ist, oder nicht, sei jetzt mal dahingestellt), diesem preußischer Bürokratismus vorgeworfen wird.

Kt. ist unbedingt zuzustimmen, wenn er von Tolmein korrektes Zitieren und korrekte Wiedergabe von Fakten als Handwerkszeug einer sinnvollen Auseinandersetzung einfordert. "Soll man Tolmein so verstehen, daß er das ungestörte Recht auf falsches Zitieren einfordert? Gilt die DDR nun auch in ‚Konkret` als zum Abschuß freigegeben, nach den Motto ‚Es kommt nicht so genau darauf an`?" (2) Auch hier hat kt. recht. Tolmein ist jedes Mittel recht, dem "Neuen Deutschland" antisemitische Tendenzen nachzuweisen, genau wie auch die Bourgeoisie selbst ihre eigenen bürgerlichen Rechtsgrundsätze über den Haufen wirft, wenn es darum geht, politische Gefangene zu machen, und frühere DDR-Politiker in den Knast zu befördern. Dieses wie jenes entspricht dem Zeitgeist!

Hier und an anderen Stellen wird deutlich, wie wenig der in der radikalen Linken modisch inzenierte Anti-Antizionismus mit linker, geschweige denn mit radikal linker Politik zu tun hat. Ein weiteres Beispiel liefern Be. und jw. ebenfalls in ak 339: "Zionismus ist die israelische Nationalbewegung, die Legitimationsideologie des Staates." (3)

Jw. und Be. sehen die israelische Nationalstaatsbildung als normales Glied in der Kette bürgerlicher Nationalstaatsbildungen überhaupt an. Wenn man unter "Zionismus" lediglich das Streben nach Bildung des Staates Israel versteht, ist dieser in der Tat als "normaler" Nationalismus zu bewerten.

Jw. und Be. übersehen hier jedoch die zahlreichen Besonderheiten dieser Bildung eines Nationalstaats, darunter die (Hilfs-)Argumentation mit den "historischen Grenzen", mit der - neben Sicherheitserwägungen - die expansionistischen Bestrebungen begründet werden, die Verquickung von Politik und Religion und die Ideologisierung der Einwanderung als "Rückkehr ins Land der Väter" (das Gesetz, das jedem Juden der Welt die Einwanderung nach Israel freistellt, heißt entsprechend "Rückkehrgesetz"). Bevor Antizionisten, die sich nicht gegen den Staat Israel insgesamt sondern lediglich gegen dessen Expansionismus und gegen die Repression der Palästinenser wenden, flugs zum Antisemiten erklärt werden, sollte zunächst geklärt werden, was denn überhaupt unter Zionismus verstanden wird. Ohne eine solche Begriffsklärung führt die Debatte zwischen Antizionisten und Anti-Antizionisten nur zu gegenseitiger Zerfleischung.

Nun kann es allerdings passieren, daß einem von Anti-Antizionisten in der radikalen Linken das Argument entgegengeschleudert wird, daß ein Antizionismus, der sich gegen den Expansionismus Israels wendet, zwar bei der israelischen Linken akzeptiert werden könne, nicht aber bei der deutschen Linken, da diese klammheimlich doch die erstere Form von Antizionismus im Hinterkopf haben, die das Existenzrecht Israels in Frage stellt, und sich so das Hintertürchen zum Antisemitismus offen ließen; eben weil es sich um deutsche handelt, die immer Antisemiten seien. Es wäre interessant zu erforschen, warum anti-antizionistische antideutsche radikale Linke sich selbst eine antizionistische Kritik (im letzteren Sinne) verbieten; eine territoriale Expansion jedes anderen bürgerlichen Staates würden sie doch wohl auch bekämpfen, auch wenn sie dessen Existenzrecht anerkennen. Haben sie vielleicht Angst vor dem kleinen Antisemiten in sich selbst? Da ich das Psychologisieren lieber weiterhin Wolfgang Schneider in "Konkret" überlasse, ergeht hiermit an ihn die Aufforderung, einmal den deutschen Nationalismus in den Psychen anti-deutscher (oder vielleicht doch deutscher?) radikaler Linker (ihn eingeschlossen) zu untersuchen.

Be. und jw. schreiben: "Die gesamte Neue Linke, auch der KB, bezog sich positiv auf die Gründungscharta der PLO, die eine besondere vererbbare Verwurzelung der Palästinenser mit dem palästinensischen Boden der Definition als Nation zugrundelegte" (4). Daß diese Definition, sowie das Konstrukt "Nation" überhaupt abzulehnen ist, sei unbestritten. Daß unter gewissen Umständen eine sich als "Nation" definierende Gruppe im Falle ihrer Unterdrückung von Linken zu unterstützen ist (unter Ausschluß der Anerkennung ihrer Definition als Nation), hat jw. allerdings einmal selbst eingeräumt: "Stellt sich heraus, daß einer Summe von Menschen in einem Staat, dessen Herrschaft sie unterworfen sind, systematisch per Zwang Merkmale aufgedrückt werden, die sie zu einem kenntlichen Kollektiv von Verfolgten formen, Stigmatisierten, denen es unmöglich ist, sich von den ihnen aufgezwungenen Merkmalen zu lösen, dann ist es zum Schutz dieser Menschen unabdingbar, daß sie einen Zaun um sich ziehen können, um der Verfolgung zu entgehen." (5) Die Merkmale können sowohl per Zwang aufgedrückt worden sein, als auch Teil der Selbstdefinition als "Nation" sein. Daß die Palästinenser sich selbst (und diese in der Tat in widerlich anmutender völkischer Weise) als Nation definieren, kann nicht der Grund sein, ihnen die Solidarität zu verwehren. Daß in der betreffenden Region die Palästinenser von den Israelis unterdrückt werden, daß es einen israelischen, nicht jedoch einen palästinensischen Staat gibt, und daß Palästinenser im Staate Israel als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden, sind unumstößliche Tatsachen. Warum ist es eigentlich für einige radikale Linke so schwierig, sich auch im Konfliktfalle Israel/Palästina zu dem schlichten marxistischen Grundsatz durchzuringen für die Unterdrückten Partei zu ergreifen? Stattdessen winden sich jw. und Be. liberal- schlängelnd durch den Konfliktfall durch: "Die Dramatik des Palästina-Konflikts kann aber nicht einfach aus einer besonderen Aggressivität Israels erklärt werden, sondern ist wirklich aus dem sehr realen Problem gespeist, daß tatsächlich zwei sich als Völker definierende Gruppen ein und dasselbe Territorium als Staatsgebiet definieren." (6) Auch hier klingt mir schon das Argument in den Ohren, als deutscher Linker müsse man sich im Konflikt-Falle Israel/Palästina vorsichtig verhalten. Soll jetzt endlich auch die antideutsche Opposition dafür herhalten, daß sich Marxisten in Konfliktfällen in Liberale verwandeln? Mit solchen Beiträgen ist der theoretischen Rekonstruktion der radikalen Linken wahrlich kein Gefallen getan. Immer deutlicher drängt sich der Eindruck auf, daß die Aufarbeitung des linken Antisemitismus in Form von (auch noch schlecht inszenierter) Denunziation und unreflektiertem Anti-Antizionismus zu einer Modeerscheinung verkommen ist, wofür das Thema allerdings zu wichtig ist! Man darf gespannt sein, was in der nächsten Saison angesagt ist.

Ulrich (Gruppe K)

Anmerkungen:

1) Oliver Tolmein: Im Rahmen des Üblichen ("Konkret" 2/92)

2) Knut Mellenthin: 3mal 3 ist ungefähr 13 (Ak 339, S. 34)

3) Be. und jw., AK 339, S. 35

4) Be. und jw., AK 339, S. 35

5) jw.: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, AK 334, S. 14

6) Be. und jw., AK 339, S. 35

32. Notizen aus der Provinz

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:01

In der politischen Geographie der Linken wird die Provinz im äußersten Südwesten der Republik eher mit mutigem Bürgerprotest und entschlossenem Widerstand assoziiert. Doch im größeren Deutschland der neunziger Jahre scheint sich vieles in der Gegend um das legendäre Wyhl gewandelt zu haben. Nun, so hat es den Anschein, sind es nicht mehr wie weiland in den Siebzigern die hohen Herren in Stuttgart und von der Atomlobby, die die heimische Erde bedrohen, sondern Fremde und Flüchtlinge, die ins Idyll am Kaiserstuhl drängen.

Eine offenbar verschworene Volksgemeinschaft und der in solchen Fällen charakteristische Einsatzwille der Polizei haben bis heute die Aufklärung zweier Schmier- und Zerstörungsaktionen auf dem jüdischen Friedhof zu Ihringen verhindert. Hartnäckig hält sich das Gerücht, der Sohn eines Repräsentanten einer Kaiserstuhlgemeinde gehöre zum Täterkreis, ein Gerücht freilich, das genauso hartnäckig vom Landeskriminalamt dementiert wird. Nicht dementiert werden die Kahlgeschorenen, die in Tarnjacken durch den regionalen Wald robbten, und der Anschlag auf das Flüchtlingswohnheim in March.

Paaren sich zu solchen lokalen Ereignissen dann auch noch die sorgenvollen Mienen von Politikern aller Parteien, wenn am heimischen Bildschirm über ein "Ausländerproblem" debattiert wird, dann fühlen sich auch kleinere Lichter wie ein dörflicher Hausverwalter zu Taten gedrängt:

Der Türke Ismail S. bewohnt seit vier Jahren eine Mietwohnung in einem Häuserblock in der Kaiserstuhlgemeinde Bötzingen. Diese Wohnung wollte er nun käuflich erwerben und hatte über diesen Kauf auch bereits einen Vertrag mit dem Eigentümer unterschrieben. Doch die Eigentümerversammlung des Häuserblocks beschloß Anfang Februar, dem Besitzer der Apartments zu verbieten, an Ismail S. zu verkaufen. Die Begründung ist wohl selbst in der BRD unserer Tage bislang ohne Beispiel: Durch den hohen Ausländeranteil sei eine Wertminderung der Wohnungen zu befürchten.

Dem Rechtsanwalt des türkischen Kaufinteressenten versuchte man gleich den Zugang zur Eigentümerversammlung zu verwehren. Die Anwesenheit des Juristen zwang die Fraktion für ein ausländerfreies Haus schließlich, den brisantesten Tagesordnungspunkt zu streichen: den Antrag künftig generell Vermietungen und Verkäufe an Ausländer zu unterbinden. Doch Ismail S. soll nach Beschluß des Eigentümertreffens kein Recht auf den Kauf der Wohnung, in der er seit vier Jahren lebt, erhalten.

Karl Paulus, Hausverwalter und Wortführer der völkischen Wohngenossen betonte immer wieder, er habe nichts gegen Ausländer. Dies jedoch ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Ausländerinnen auf den unteren Stufen der sozialen Leiter werden von christdemokratischen bis grünen "Experten" als für die Volkswirtschaft notwendig erachtet. Eine solche Einsicht könnte sich auch im Kopf eines rassistischen Kleingeistes ausgebreitet haben. Doch die Volksseele gerät in Wallung, wenn einem Ausländer der Zugriff auf Eigentum in Form einer Zwei-Zimmer-Wohnung gelingen könnte. Ismail S. muß seinen Kaufvertrag nun vor dem Amtsgericht erstreiten. Daß dabei die Eigentümergemeinschaft für ausländerfreie Wohnblocks wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt wird, ist nicht zu erwarten.

Rabe, Freiburg

33. Roma und Cinti in Hamburg

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:34

Der "Ausländerbeauftragte des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg" hat seine Schriftenreihe "Miteinander leben in Hamburg" mit einer Broschüre zum Thema "Roma und Cinti in Hamburg" fortgesetzt. Autor ist der ak-Lesern nicht unbekannte Yaron Matras von der Rom-und-Cinti-Union (RCU), der von seinem Auftraggeber "um einen engagierten Beitrag gebeten, dem im übrigen aber in seine Arbeit nicht hineingeredet wurde". So steht es im Vorwort des Ausländerbeauftragten Günter Apel (SPD), der sich darüberhinaus ausdrücklich "mit der Zielsetzung der Schrift und den Absichten des Verfassers" identifiziert. Das kann er ohne Verstellung, weil Yaron Matras auf Kritik an der sozialdemokratischen "Ausländer"- und Asylpolitik weitgehend verzichtet und statt dessen die "Erfolge in der gemeinsamen Gestaltung dieses Zusammenlebens" rühmt, "auf die Hamburg - Roma und Cinti und deren Organisationen ebenso wie Initiativen deutscher Bürger, Behörden und Verwaltung auf allen Ebenen - stolz sein" könne.

Die von der Sensationspresse, namentlich dem Spiegel, angeheizten Konflikte zwischen Deutschen und Roma im Hamburger Karolinenviertel (vgl. ak 336, S. 3) kommen in der Broschüre nicht vor. So bleibt auch die sozialdemokratische Reaktion auf die Greuelstory von den gewalttätigen, den Rest der Bevölkerung terrorisierenden Romakindern - die demonstrative Verstärkung der Polizeipräsenz im Karolinenviertel - von Kritik verschont. Das mag am frühen Redaktionsschluß liegen. Gleichwohl bleibt ein wesentlicher Aspekt der Lebenssituation von "Roma und Cinti in Hamburg" (Titel) ausgespart.

Informativ und lesenswert ist der historische Teil der Broschüre, der fast zwei Drittel des Gesamttextes umfaßt. Angefangen von der Vertreibung der Roma aus Nordwestindien und der Verschleppung Zehntausender nach Byzanz, wird die Geschichte der jahrhundertelangen Versklavung der Roma nachgezeichnet. Die Anfang des 15. Jahrhunderts vom Balkan nach Westeuropa geflohenen Roma-Sklaven waren - so Yaron Matras - "die ersten Asylbewerber, die aus Osteuropa in den Westen flüchteten". Schon damals wurden sie immer wieder zur Flucht getrieben. Ergebnis der Vertreibung war die Zerstreuung der Roma über mehrere europäische Länder - und der Mythos vom "Wandervolk".

Die von der österreichischen Kaiserin Maria Theresia Ende des 18. Jahrhunderts betriebene "Zigeunerpolitik" - dazu gehörte die zwangsweise Trennung der Romakinder von ihren Eltern - wurde in Deutschland kopiert und weiterentwickelt. Einsperrung erwachsener Cinti in Arbeitshäuser und Einweisung ihrer Kinder in Heime waren Maßnahmen "zur Bekämpfung der Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheuen". 1938 wurde die Münchner "Zigeunerdienststelle" in "Reichskriminalamt zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" umbenannt. "Rassenhygienische" Forschungen sollten beweisen, daß Roma und Cinti als Volk kriminelle Eigenschaften hätten, die genetisch vererbt würden. Über eine halbe Million Roma und Cinti starben in den Vernichtungslagern der Nazi-Diktatur. Nach deren Ende wurde den wenigen Überlebenden Wiedergutmachung mit dem Argument verweigert, bei ihrer Deportation in die KZs habe es sich nicht um rassische Verfolgung, sondern um "kriminal-präventive Maßnahmen" gehandelt.

Die Broschüre enthält einen Augenzeugenbericht des Hamburger Cinto Lani Rosenberg, dessen Eltern und acht Geschwister von den Nazis umgebracht wurden: "Alles zu schildern, was ich in meiner fünfjährigen KZ-Zeit miterlebt habe, ist unmöglich, da es mit Worten nicht wiederzugeben ist." Heute leben wieder zwischen 6000 und 8000 Roma und Cinti in Hamburg. Yaron Matras wirbt besonders um Verständnis für die in der jüngsten Zeit aus Osteuropa eingereisten Roma, die häufig als "Armutsflüchtlinge" betrachtet werden, tatsächlich aber Vertriebene sind - Opfer des jugoslawischen Bürgerkriegs oder rechtsradikaler Übergriffe.

Js.

Der Ausländerbeauftragte informiert: Roma und Cinti in Hamburg. 40 Seiten. Die Broschüre ist kostenlos und kann bestellt werden beim Ausländerbeauftragten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Osterbekstr. 96, 2000 Hamburg 76; Tel. 040/2984-3386.

34. "... die Utopie Sozialismus beim Wort nehmen" (Brief der Dresdner Stadtverordneten Pino Olbrich)

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; DDR-Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:07

Ilmenau, 25.12.91

Meine Eltern mußten/konnten als Juden 1939 nach England emigrieren. Soweit ich das den Erzählungen meiner Eltern entnommen habe, war die Situation - insbesondere in den Internierungslagern, wo sie sich als deutsche Juden wiederfanden neben deutschen Faschisten - so zugespitzt, daß es nahezu unumgänglich war, über verschiedene Erklärungen nachzudenken und sich eine Position zu bilden. Natürlich auch, um sich hier oder da zu solidarisieren und nicht als Einzelner ohnmächtig zu fühlen. So kamen sie zum Marxismus und zu den Kommunisten. Deshalb sind sie auch zurückgekehrt nach Deutschland und bewußt in die sowjetische Besatzungszone - in der ein grundsätzlich neues Deutschland aufgebaut werden sollte. (...)

In meinem Erfahrungsumfeld waren es immer einige wenige Mitglieder der SED, die versuchten, sich für Veränderungen einzusetzen, die ihre Meinung offen äußerten, auch wenn es unbequem war. Völlig zu Recht hat Gysi in einer Talk-Show mal darauf hingewiesen, daß die, die u.a. Filme verboten haben, in der SED waren, aber auch die, die diese Filme gemacht haben.

Deshalb bin ich während meiner Studienzeit in die SED eingetreten, trotzdem ich gerade in dieser Zeit meine Freunde außerhalb der Partei fand und die dortigen "Genossen" wenig mit mir und meinen Utopien zu tun hatten. Ich habe dann immer zwischen zwei "Welten" gelebt und versucht, gerade dadurch mir selber treu zu bleiben. An Parteidisziplin habe ich mich nie gehalten. Das mir nie irgendwelche negativen Konsequenzen daraus erwuchsen, beschäftigt mich manchmal heute noch. (...)

Ein Versuch von mir war es, an der Dresdner Kunsthochschule durch mehr Demokratie das Interesse an der Mitgestaltung bei den Studenten wieder zu wecken, den aufrechten Gang und Zivilcourage auch in politischen Auseinandersetzungen zu trainieren. Das habe ich versucht, indem ich nicht die Studenten abgeschottet habe von mehr oder weniger unsinnigen Anforderungen, sondern wir uns gemeinsam konfrontiert haben mit teilweise wirklich blöden Funktionären. Wir wollten nicht mehr passiv Widerstand leisten durch Entzug, sondern aktiv werden, indem wir entweder die Dinge in unserem Sinne umfunktioniert haben oder unsere Absage laut und relativ öffentlich mit Begründung äußerten. Das hat Spaß gemacht und dazu geführt, daß zumindest in der Hochschule eine offene Atmosphäre sich entwickelte, in der auch die Hochschullehrer sich auf unsere Seite stellen konnten/mußten. Deutlich wurde das nicht zuletzt, als auf den ersten Demos im Herbst 89 Studenten meiner FDJ-Leitung mit auf der Straße waren und inhaftiert ("zugeführt") wurden, und die ganze Hochschule sich hinter sie stellte mit offiziellen Protesten. Die Hochschulleitung wollte sogar die Anwälte bezahlen, damit diese Studenten Anklage erheben gegen die Polizei. Das wäre ohne unsere Auseinandersetzungen vorher so nicht denkbar gewesen, meine ich.

Nach "oben", zum Zentralrat der FDJ, zur Bezirksleitung der FDJ, zu den entsprechenden Parteiorganen habe ich (und das nicht alleine, andere Sekretäre der Kunsthochschulen hatten die gleichen Auffassungen) versucht, aufzurütteln und aufzuklären - Fürstenerziehung. Natürlich war das unmöglich, hatte keine gewünschten Konsequenzen und war mehr und mehr desillusionierend. Wir dachten, die Vernunft müsse sich doch einmal durchsetzen, wenigstens in Details, aber weit gefehlt.

Als "der Herbst" begann, wurde auch die Basis der SED endlich munter. Für meine Utopien standen Leute wie Gysi (der u.a. das "Neue Forum" als Anwalt vertrat, der früher Bahro und danach Bärbel Bohley und viele andere verteidigte und der mir nach wie vor als moralisch integer gilt). (...)

Andre Brie, der schon lange vor der Wende durchs Land reiste und öffentlich vertrat, daß man nicht nach außen Friedenspolitik betreiben könne, wenn man nach innen repressiv jede Opposition unterdrückt, und einige weniger bekannte Leute, die den sogenannten "Erneuerungsparteitag" der SED prägten. Leider haben sie nach meiner Meinung einen folgenschweren Fehler gemacht: Sie hätten die Partei spalten sollen, das hätte der realen Situation in dieser Partei entsprochen. Die SED war nämlich nicht so monolithisch, wie das jetzt oft dargestellt wird.

Die "Erneuerer" waren immer in der Minderheit und auch wenn sie das politische Profil mehr oder weniger bestimmen, hängt der "stalinistische" Flügel wie Blei und macht die Politikfähigkeit der PDS zunichte.

Für mich stand die PDS dennoch und teilweise vielleicht gerade deshalb für eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Sinne meiner sozialistischen Ideale. Sie war die einzige Partei, die nicht sagen konnte: 40 Jahre lang sind wir diskriminiert worden. Hier war die DDR-Bevölkerung sozusagen im Querschnitt als Täter und Opfer vertreten, ohne daß das Ziel "Sozialismus" aufgegeben wurde. Hier hatte ich erwartet, daß es unumgänglich sein würde, die Vergangenheit zu analysieren, die Verantwortung - auch jedes und jeder Einzelnen zu diskutieren und auch herauszustellen, wo Irrtümer lagen und wo auch verantwortungslose Schikane Ideale zerstört hat, wo die Wurzeln liegen und warum es so nicht gehen konnte. Das wäre die Voraussetzung für eine neue Herangehensweise und einen Ausblick. Leider funktioniert es nicht und deshalb bin ich in der Zwischenzeit ausgetreten. Leider wird das aber auch an keiner anderen Stelle geleistet.

Was statt dessen passiert ist, daß die eigene Vergangenheit massenhaft verleugnet wird und bis auf ein paar "Unverbesserliche" alle nur noch Opfer waren. Es ist ja nicht wahr, daß alle Nicht-SED-Mitglieder den Sozialismus immer schon abgelehnt hätten und nur widerstrebend sich angepaßt hätten. Die Meisten haben kaum darüber nachgedacht und wollten im Prinzip das, was vor der Wende als Witz kursierte: Arbeiten wie in Polen, die soziale Sicherheit wie in der DDR und den Wohlstand wie in der BRD. (...)

Der "Spiegel" zeigt in seiner Debatte beispielhaft, wie schizophren die "Vergangenheitsbewältigung" offiziell betrieben wird: Eine DDR-Identität hat es nie gegeben. Aber den Künstlern und Intellektuellen, die früher schon Krusten aufzubrechen versuchten, wird genau diese Identität als schlimmster Vorwurf entgegengehalten. Leuten wie Stefan Heym oder Christoph Hein, denen man wahrhaftig keine "Kollaboration" vorwerfen kann, die früher in den Westmedien als Dissidenten gefeiert wurden. Es ist makaber.

Aber auch bei Freunden aus den Bürgerbewegungen mache ich diese traurige Erfahrung. Manche üben sich so in vorauseilendem Gehorsam, daß ich nicht weiß, ob ich an meinem oder ihrem Verstand zweifeln soll. Sie lernen Leute aus der CDU-West kennen und sind angeblich baß erstaunt, daß die auch sympathisch sein können. Sie wären ja offenbar belogen und betrogen worden, indem ihnen immer weis gemacht wurde, daß das alles widerliche Klassenfeinde seien. Aber es ist ja einfach nicht wahr, daß sie das vorher geglaubt hätten! Das waren doch kluge, sensible Leute, die auf so plumpe Propaganda nie hereingefallen waren, soweit es die in dieser Art gegeben hat - ich kann mich an solchen Quatsch nicht erinnern. Aber damit genug, komme ich lieber zum nächsten Punkt.

Warum haben wir uns das so lange gefallen lassen? Zunächst einmal wahrscheinlich, weil es für die Mehrheit bequem war. Ich empfehle als unvoreingenommene Lektüre, die mich schon vor der Wende sehr berührt hat: "Wo Deutschland liegt" von Günter Gaus. Er hat es treffend auf den Punkt gebracht: Es war das Land der "Kleinen Leute" in all der Vieldeutigkeit des Begriffs. Es ging fast niemandem schlecht, jeder konnte sein Leben sicher planen - ohne große Sprünge zwar, aber auch ohne große Risiken oder gar Einbrüche. Man hat sich zwar oft geärgert, aber ändern konnte man ja sowieso nix und so hat man sich halt ums Eigene gekümmert. Von Idealisten und Träumern hielt man nicht viel, denn die störten die eigene Ruhe und die meisten waren für Ruhe und Ordnung. In meinem Fachbereich an der Technischen Universität, wo ich promovierte, gab es niemanden, der mit der politischen Kultur und den Einschränkungen wissenschaftlicher Diskussion in der Öffentlichkeit einverstanden gewesen wäre. Aber immer wenn solche "jugendlichen Hitzköpfe" wie ich zu weit vorpreschten, gab es Ärger mit den Kollegen, weil sie in Ruhe arbeiten wollten und nicht ihre kostbare Zeit bei der SED-Kreisleitung verschwenden wollten, um sich dort den Kopf waschen zu lassen.

Die Repressalien waren so lange so wirksam, weil sie fast nie an die Substanz gingen, sondern meist nur nervten. Und so waren wir gut trainiert: Wenn wir monierten, dann genau soweit, daß gerade noch nichts passierte.

Vor ein paar Wochen hatten wir eine Tagung von der Stiftung "Mitarbeit" zum Thema: Sind die "Runden Tische" eine demokratische Alternative. Dort sagte der Politologe Prof. Thayssen, die ehemaligen DDR-Bürger hätten einen tiefen Vertrauensverlust in den Staat, den man überwinden müsse. Übrigens eine Meinung, die auch Herr Biedenkopf auf unserer Stadtverordnetenversammlung äußerte. Klaus Wolfram, Mitglied des Neuen Forums und am zentralen "Runden Tisch" 1990 dabei, erwiderte darauf: Im Gegenteil, das Problem der ehemaligen DDR-Bürger liegt vielmehr in einer geradezu fatalen Staatsgläubigkeit.

Er hat recht, wie ich meine. Einerseits waren wir so erzogen, daß wir immer "gesamtgesellschaftlich" zu denken hatten, andererseits hatten die Ergebnisse dieses Denkens immer am Arbeitsplatz zu Konsequenzen zu führen, nach dem Motto: "Mein Arbeitsplatz, mein Kampfplatz für den Frieden." In dieser Verkürzung lag die Erwartung, daß einerseits jedes gesellschaftliche Engagement sich als Leistungsmotivation (statt der fehlenden materiellen Stimulierung) auszuwirken hatte, andererseits nicht zu "störenden", nichtplanbaren Eigenwilligkeiten oder gar Schlimmerem führte. (...)

Der zweite Grund liegt im Informationsmonopol - ja wessen? Aus heutiger Sicht muß es ja wohl so gewesen sein, daß die Informationspolitik des Politbüros der SED so perfekt irrational war, daß überhaupt niemand, nicht einmal sie selber, einen solchen Zugriff auf Informationen gehabt haben, daß daraus komplexe Gesellschaftsanalysen, zu welchem Thema auch immer, hätten gemacht werden können. Ich lebte früher in dem Irrglauben, daß wenigstens die jeweils zuständigen Stellen die für sie notwendigen Daten hätten und meinte, daß "nur" das Ressortdenken vernünftige Konzepte und Entscheidungen verhindere. Schon das hat mich verzweifelt. (Das beste, was ich zum Thema Information gelesen habe, ist ein Text von Jens Reich in "Rückkehr nach Europa".) Das führte u.a. auch dazu, daß man immer nur punktuell von einer Sache betroffen war und versuchte, etwas dagegen zu tun, ohne sich mit genügend vielen Mitmenschen solidarisieren zu können, um wirklich ein Gegengewicht zu schaffen. So z.B. bei ökologischen Problemen. Als in Dresden ein Siliziumwerk gebaut werden sollte an einer Stelle, an der die Sicherheit der Region gefährdet worden wäre, da wußten halt nur die Dresdner davon. Die wehrten sich schon, aber zu einer grundsätzlichen Diskussion führte das nicht. (...)

Meines Erachtens war es unter anderem gerade auch diese Form des Zentralismus: daß Partei- und Staatsführung sich selbst für alles und jedes verantwortlich zeichnen wollten, daß dieses System so instabil sein mußte. Denn die Konsequenz war folgerichtig, daß auch die Bürger für jede Schraube den Staat verantwortlich machten und mit jeder fehlenden Schraube an seiner Legitimität zweifelten. Die scheinbare Stabilität in der DDR kam nicht durch die Stasi. Auch wenn das nahe liegen könnte, ich bin überzeugt, dem ist nicht so. Die Stasi hatte überall ihre Ohren, das wußten wir, aber es hatte kaum allgemeine Folgen. Wolfgang Ullmann sagte es auf der o.g. Tagung genauso, wie ich es immer gesagt habe: Die wissen sowieso alles, also brauche ich mir auch keine Mühe geben, vorsichtig zu sein. Solange man nur seine Meinung sagte und keine politischen Aktionen machte, tat sich nie etwas. Jedenfalls nicht in den mir überschaubaren letzten 15 Jahren. Die Verhaftungen und Repressalien setzten ein, wenn politische Wirksamkeit befürchtet wurde und funktionierten nur dadurch, daß bis in die achtziger Jahre der größte Teil der Bevölkerung sich mit diesen politischen "Querulanten" nicht solidarisierte. Für mich zeigt der Zusammenbruch der DDR, daß kein Geheimdienst sich gegen einen massenhaften Widerstand, der quer durch alle Bevölkerungsschichten geht, durchsetzen kann. Damit will ich keineswegs die Perversität der Stasi wegwischen. Aber ich denke, sie hat letztlich gerade durch ihre relativ wirkungslose aber allen bewußte Perversität eher den Sturz begünstigt, als ihn verhindert. Die Allgegenwärtigkeit führte bei den meisten meiner Bekannten weniger zu Angst und Vorsicht, als allenfalls zum Sport gegenseitiger Verdächtigungen und Denunziationen voreinander - jedenfalls in meinem durchschnittlichen Bekanntenkreis. Die Stasi war weniger gefährlich, als die weitgehende Akzeptanz der strukturellen Unterdrückung durch das perfektionierte "Teile und Herrsche", bei dem fast niemand so leiden mußte, daß man sich mit ihm solidarisierte aus rein menschlichem Gerechtigkeitsgefühl. -- Nur eben die "Querulanten" und die haben sich das ja selbst eingebrockt.

Und damit bin ich bei meinem letzten Punkt. Es ist schon fast üblich geworden, Faschismus und Stalinismus, will sagen deutscher Faschismus und DDR-Sozialismus in einem Atemzug zu nennen. Sei es, daß von 52 Jahren Diktatur gesprochen wird, sei es, daß vom "Auschwitz der Seelen" (Fuchs) gesprochen wird, es ließen sich noch viele andere alltägliche Beispiele nennen. Lassen wir es dabei bewenden.

Zunächst einmal: Spontan wird mir bei solchem Reden übel. Ich kann den Verdacht nicht los werden, daß die Älteren damit ihr vielleicht einmal vorhandenes schlechtes Gewissen ganz elegant beruhigen: Die Nachgeborenen waren ja auch nicht besser und jetzt können sie sich endlich auch mal zu den Opfern zählen. Von Politikern wie Helmut Kohl ganz zu schweigen, die sich durch Leute wie Herrn Ries haben aufbauen lassen und nun als Moralapostel der Menschenrechte triefen. Kennen Sie die Geschichte von Herrn Ries? Ich habe gerade "Großes Verdienstkreuz mit Stern" von Bernt Engelmann gelesen. Meine Empörung ist noch so frisch, daß ich Mühe habe, wieder sachlich zu werden. Herr Ries, einer der seinen ganzen Reichtum der "Arisierung" jüdischen Eigentums und der bis zur physischen Erschöpfung Ausquetschung von jüdischen,

polnischen, baltischen Zwangsarbeitern "verdankt". Als die letzten seiner noch arbeitsfähigen Jüdinnen nach Auschwitz transportiert wurden, hat er auch noch dort einen Betriebsteil eingerichtet. Und dieser Nazi wurde durch Herrn Kohl das Große Bundesverdienstkreuz für den Aufbau der Demokratie verliehen! Und weil ich in Dresden lebe: Die Tochter dieses Herrn Ries ist unsere Grand Lady, die Frau Ingrid Biedenkopf. Herr Biedenkopf lernte sie in Schloß Pullach kennen, einem Ort, an dem strategische Politik der Konservativen gemacht wurde. Es gehörte ihrem Vater. Darüber will Herr Biedenkopf aber keine Auskunft geben, denn im "Wer ist Wer" gibt er an, seine Frau sei eine geb. Kuhbier. In Wirklichkeit ist sie eine geschiedene Kuhbier. Sei's. Diese Herrn aber wollen über die Nichtachtung der Menschenrechte in der DDR glaubhaft urteilen? Da bäumt sich alles in mir auf!

Wenn ich aber trotzdem versuche, über Faschismus und Stalinismus nachzudenken, dann muß ich natürlich zugeben, daß es vergleichbares gibt und ihre Vorwürfe nicht ganz aus der Luft gegriffen sind. Beides waren Diktaturen mit totalitärem Anspruch. Durch die "Gleichschaltung" wurde ein Lebensnerv jeder Gesellschaft, das freie Denken und Handeln zur Mitgestaltung der eigenen gesellschaftlichen Umwelt für jeden und jede, getroffen. Die Menschen wurden verbogen und für die Zwecke der wirklich Herrschenden rund geschliffen. Wer nicht der Norm entsprach, mußte mit Maßnahmen rechnen. Das Schlimmste war, daß nicht die Toleranz gelernt wurde, sondern die Anpassung auch mit Beobachtung des Mitmenschen und seiner Denunziation im Namen einer "Sache".

Aber: Die "Sache"'war eine grundsätzlich andere.

Zunächst sollte aber geklärt sein, wovon die Rede ist. Meist wird Faschismus und Stalinismus gleichgesetzt, um dann ohne weitere Erklärung Nationalsozialismus und realen Sozialismus in der DDR als ungebrochene Geschichte der Diktatur in einem Teil Deutschlands darzustellen. Das ist zweifellos populistisch. Die Opfer der ersten Diktatur sind dann die Täter der zweiten Diktatur und damit ist das Problem geklärt und eigene Verhaltensmuster können für die neue Demokratie weiter genutzt werden, einschließlich der Denunziation - nunmehr der Verantwortungsträger der DDR und seien es nur FDJ-Sekretäre gewesen, Mitläufer sind wir ja immer alle gewesen und können es auch wieder bleiben - nur wieder auf einem neuen Weg, der zu mehr Wohlstand zu führen verspricht.

Was hier im Osten passiert ist vergleichbar der Entnazifizierung in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR. Zunächst scheint es, als sei das historische Gerechtigkeit. Bei näherem Hinsehen wird aber ein Problem deutlich: Es ist nämlich nicht vergleichbar der Entnazifizierung in der BRD! Während also ein Generaldirektor aus DDR-Zeiten im Osten für die Belegschaften unzumutbar ist, konnte ein Herr Ries (als einer unter anderen - ich habe keine Lust, alle aufzuzählen, die um ihn herum kreisten und mehr) für seinen in Schlesien angeblich verlorenen Reichtum die öffentliche Hand gleich vielfach um Entschädigung angehen. Während bei uns im Osten die Öffentlichkeit geschützt werden muß, irgendeinen ehemaligen Funktionär - und sei es in der CDU - in erster Reihe zu ertragen, war es für die Bevölkerung in der BRD keine Zumutung, Herrn Schleyer als Arbeitgeberpräsident zu erleben und von ihm weit mehr abhängig zu sein, als von irgendeinem Politiker. ("Friede seiner Asche" nur insofern, als Mord nie eine Lösung sein darf. Daß er auch keine Lösung ist, beweist schon, daß auch er nur noch als Opfer der RAF im Bewußtsein ist und kein Schwein an seine Opfer denkt.) Es geht also nicht um die persönliche Verantwortung für die Verletzung der Menschenrechte, sondern darum, wessen Menschenrechte, ja eigentlich nur um das Recht auf Eigentum. Das Goldene Kalb das ist der Maßstab.

Dresden, 22.1.92

Es wird immer schwieriger, das Thema Faschismus-Stalinismus ernsthaft zu durchdenken. Was hier gegenwärtig passiert ist so absurd, daß man manchmal nur noch hysterisch kichern kann. Nein, ich wollte eine so schnelle Vereinigung nicht und fühle mich verlorener denn je.

Die STASI geistert, ihr Geist ist erfolgreicher, als ihr Leben je war. Aber nur deshalb, weil dieser Geist hervorragend instrumentalisiert wird.

Exemplarisch ist der "Fall Fink", Rektor der Humboldt-Uni. Auch einer, der DDR-Identität weder als nichtexistent betrachtet, noch als beschämend, noch als Kleinod. Er will Vergangenheitsbewältigung nicht durch Säuberungsaktion, sondern als öffentlichen persönlichen, kollektiven und wissenschaftlichen Diskurs. So verstehe ich jedenfalls die mir zugänglichen Informationen. Meiner Meinung nach die einzige Chance, wirklich

zu lernen, um nicht wieder in ähnliche Fehler zu verfallen. Das paßt nicht ins Bild. Der Mann muß weg. Da ist es doch prima, wenn von der Gauck-Behörde Hinweise gefunden werden, daß da leere Akten und Karteikarten gefunden werden, die auf ihn deuten. Es gibt zwar keine Beweise, daß er als IM tätig war und läßt offen, ob er nicht selbst der Bespitzelte war, aber das macht nichts, man muß nur laut genug schreien: dort ist der Dieb. Dann bringt der "Spiegel" noch ein paar Geschichten, daß Fink das Wahlsystem der DDR gepriesen hätte, das paßt gut zusammen, ausgerechnet die Wahlen! Nur, es stimmt nicht. Die Konferenz Europäischer Kirchen, in deren Veranstaltung Fink sich so geäußert haben soll, findet in den Protokollen nichts dergleichen und findet auch niemanden, der so etwas gehört haben will. Sie bietet dem Spiegel an, zu recherchieren. Aber tut nichts. Wer kennt schon den Brief der KEK an den "Spiegel"? Opfer haben sich noch nicht gemeldet, aber Leute, die argumentieren wie eh und je: Es muß zwar nicht stimmen, was über Fink gesagt und geschrieben wurde, aber er solle gehen, um der Universität und dem normalen Wissenschaftsbetrieb nicht zu schaden.

Auf der anderen Seite interessiert es offenbar herzlich wenige, daß in der Gauck-Behörde nicht nur ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi arbeiten, sondern auch ehemalige IM's. ("Die Andere") Im öffentlichen Dienst dürfen die nicht arbeiten, dort dürfen (Stadtverwaltung Dresden z.B.) nicht einmal ehemalige Parteigruppen-Organisatoren arbeiten. Aber in der hochsensiblen Gauck-Behörde! Genauso wenig interessiert es übrigens, daß in einer staatlichen Institution zur Erforschung der Verbrechen des Stalinismus in der Psychiatrie ein Mitarbeiter früher in der SS war. Da muß erst ein Wessi protestieren.

Aber dennoch ein Versuch, zum Thema direkt zurückzukommen. Welche Erscheinungen in der DDR erinnern an die Jahre des Faschismus ?

Die Selbstherrlichkeit der Macht, die totale Gleichschaltung der Medien, die Macht einer Partei, die ständige Präsenz des Geheimdienstes, das Informationsmonopol der Partei, das Kriminalisieren von Opposition.

Warum ist es dennoch nicht das Gleiche?

1. Was ist die Basis der Identifikation mit dem System?

Wer sich in der DDR mit dem Ziel - Sozialismus - identifizierte, der wollte soziale Gerechtigkeit, Frieden, Volkseigentum, Solidarität mit unterdrückten Völkern, Völkerverständigung. (Mir ist bewußt, daß die Staatspolitik da ein ganz eigenes Verständnis von Internationalismus hatte, das ich nie geteilt habe und das ich auch nie durch Handeln respektiert habe.)

An diesen Zielen orientierte sich die Mehrheit der Bevölkerung, behaupte ich. Anders ist es nicht zu erklären, warum überhaupt der Gedanke an Erneuerung dieser Gesellschaft für viele eine Rolle spielte. Lesen Sie die Dokumente des Herbstes 89 - die meisten Pamphlete gingen davon aus, ob bei den Bürgerbewegungen oder bei der CDU. Daß es dafür schon zu spät war, weil niemand wußte, wie wir ohne Hilfe die Wirtschaft sanieren könnten, ist schon ein neues Thema. Deshalb war auch z.B. die evangelische Kirche nicht antikommunistisch.

Fast alle befanden sich in dem Zwiespalt, diese an sich humanistischen Ziele zu bejahen und auf eine Realität zu stoßen, die dazu in Widerspruch stand.

Wer sich in meinem Bekanntenkreis intensiver mit der Sache beschäftigte, hatte bei Marx gelesen: eine Gesellschaft, in der die allseitige Entwicklung des Einzelnen die Bedingung für die Entwicklung der Gesellschaft ist. (Kommunistisches Manifest) Da begannen dann die Schwierigkeiten. Mit dem Ziel identifizierte man sich, mit dem konkreten System mußte man kollidieren, denn es war ja offenbar, daß es nicht dahin führen konnte. So gab es verschiedene Strategien, mit diesem Konflikt umzugehen. Eine Alternative im Kapitalismus zu sehen, schloß sich aus. Die Bedingungen für einen "dritten Weg" waren unterschiedlich schlecht. Das Sicherheitsbedürfnis des Staates war total überzogen, aber nicht ganz und gar aus der Luft gegriffen. Oft ging man den Weg, selbst Verantwortung zu übernehmen, um in seinem Verantwortungsbereich Einfluß auf ein anderes Klima zu nehmen. Mit teilweise falschen Prämissen, mit Informationsdefiziten, mit Kompromissen. Sie alle sind jetzt "Täter", die verschwinden müssen.

Von den bornierten Law-and-Order-Bonzen will ich nicht reden, weil sie für mich uninteressant sind. Die gab's in jeder Gesellschaft und die werden auch weiter gebraucht, benutzt, genutzt. Schlimmer sind die "überzeugten" Stalinisten, die Sicherheitserwägungen über alles, v.a. aber über das gemeinsame (?) Ziel stellten. Aber die verstehe ich einfach nicht, weiß nicht, was sie eigentlich für Ziele hatten, die über ihre eigenen Pfründe hinaus gingen. Dazu kann ich also nichts sagen.

Wer im Faschismus sich mit dessen Zielen identifizierte, der kannte Hitlers "Mein Kampf", der wußte, daß das deutsche Volk mehr Raum brauchte und dies mit Krieg erreichen will. Der wußte, daß das internationale Judentum für alle denkbaren Miseren verantwortlich war und deshalb ausgerottet werden muß. Der wußte, daß es Leben gab, daß lebensunwert galt und deshalb beseitigt werden mußte.

Ist das gleichermaßen zu verurteilen? Im ersten Fall kann man es auf den Nenner bringen: Das Ziel heiligt die Mittel. Ein ganz und gar unseliges Herangehen, das sogar Verbrechen ermöglichte. Im zweiten Fall war das Verbrechen selbst schon als Ziel formuliert.

(Die Herren Kohl u.ä. sehen allerdings offenbar das Verbrechen der Abschaffung des Privateigentums als verdammenswürdiger, als die Mittel von Auschwitz zur Vermehrung dieses Eigentums.)

2. Die Realität

Der "Internationalismus" der DDR-Regierung verhinderte wirklichen Internationalismus, indem sie Kontakte - selbst zu Kommunisten - anderer Länder blockierte, verbat, manchmal sogar bestrafte. Die Politik dieser Regierung behinderte eine allseitige Entwicklung der Bürger dieses Landes, indem sie vorschrieb, was allseitige Entwicklung zu heißen habe.

Diese Regierung verhinderte Solidarität, indem sie diese instrumentalisierte für ihre Zwecke und das so offensichtlich, daß der emotionale Widerstand gegen diese Instrumentalisierung sich entsolidarisierend auswirkte.

Sie verhinderte Völkerverständigung durch Mauern und durch Tabuisierung.

Sie verhinderte echte Mitbestimmung - selbst im Rahmen des ohnehin fragwürdigen sogenannten demokratischen Zentralismus - durch Informationsmanipulation, durch Atomisierung, durch Vorgaben, was herauszukommen habe, durch Repression und Angst, durch Privilegierung und deren Entzug.

Sie verhinderte soziale Gerechtigkeit durch die Mittel der Diktatur, durch o.g., durch daher mangelnde Motivationen und den Zwang, andere Stimuli zu finden, durch das: Alle sind gleich, nur manche sind gleicher.

Fazit: Es war vor allem anderen eine permanente Verhinderungspolitik, womit klar ist, daß sie am Ende sich selbst verhindern mußte.

Der Faschismus in Deutschland war die Umsetzung dessen, was als Ziel vorgegeben war: Krieg, Rassismus und Mord in bis dahin nie gekanntem Ausmaß und mit deutscher Akribie.

3. Gewalt

Es ist nichts besonders mehr, die Stasimethoden mit denen der Gestapo zu vergleichen, als exponiertes Beispiel für den Gewaltapparat der SED.

Ich finde hier im Ganzen wie in den Details nur Zynismus und Verdrängung.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich finde die Stasi pervers, ich finde es pervers, ein ganzes Volk ausspionieren zu wollen, ich finde es pervers, Menschen zur Denunziation zu bewegen - mit und ohne Zwang und Erpressung - ich finde es pervers, Akten zu stapeln und zu meinen, damit wäre ein Volk zu durchschauen, zu kontrollieren und in Handlungsrahmen zu pressen.

Dennoch: Das Ziel der Stasi war Ruhe und Ordnung. Dafür war ihr jedes Mittel recht. Das hieß auch, zunächst Leute, die nicht mehr in den Rahmen paßten, zur Rückkehr zu bewegen. Gelang das nicht, wurden andere Register gezogen. Welche, das kommt nun peu a peu ans Tageslicht und ist empörend. Zersetzung, Knast, Ausweisung, Folter (?), Zerstörung der Seelen bis zu schizophrenen Lebenshaltungen u.a. bei IMs (Sascha Anderson).

Es waren Internierungslager für den Ernstfall geplant. Geplant! Sie wurden aber nicht eingerichtet, es fand eine friedliche Revolution statt, an der auch die Stasi trotz anfänglicher Brutalität (die massenhaften Zuführungen im Oktober) nichts geändert hat - trotz Akten, trotz Planungen und Gewaltapparat. Was in diesem Lande trotz Stasi alles möglich war: Man konnte seine Meinung sagen. Das reicht nicht, ich weiß, man konnte sie nicht überall sagen, aber immerhin. Wenn man sie am falschen Ort sagte, mußte man mit Konsequenzen rechnen, die unterschiedlich existentiell werden konnten - aber nicht lebensgefährlich. Ich kenne zwar andere

Äußerungen dazu, aber meistens sind es bloße Vermutungen und wenn doch so etwas passiert ist, dann sind das Verbrechen, die geahndet werden müssen - aber es ist die Ausnahme. Ich will das nicht abwiegeln, mir geht es nur um die Dimension bei solchen Vergleichen.

Es gab Oppositionsgruppen. Sie wurden ständig überwacht und teilweise von Aktionen durch Manipulation über IMs behindert. Aber sie waren da und hatten - das Ergebnis zeigt es - zunehmend mehr Einfluß. Die Interpretation, die Stasi hätte die Oppositionellen gelenkt und geleitet (Prenzlauer Berg) ist totaler Quatsch, wenn man mal einfach die Ergebnisse betrachtet. Es ist richtig, daß es in allen Gruppierungen und Gruppen IMs gab. Das zeigt aber doch nur, wie hirnverbrannt die Strategie der Stasi war und wie wirkungslos am Ende.

Ein Oppositioneller der Gruppe "Wolfspelz" (eine anarchistische Gruppe, die im Visier der Stasi war) telefonierte für seine Aktion vom Schreibtisch einer FDJ-Funktionärin aus und erklärte nebenbei, wie man verhindern könnte, daß abgehört wird.

Und die Gestapo? Hat die Gestapo versucht, fehlgeleiteten Juden eine Reintegration anzubieten - wie auch immer? Nein, wer Jude war hing nicht einmal davon ab, was er getan hat, oder welcher Konfession er anhing und ob überhaupt. Daß er da war, war Grund genug ihn umzubringen, möglichst so, daß seine Arbeitskraft noch bis zum bitteren Ende ausgesaugt werden konnte. Wer im Widerstand war konnte mit Sicherheit damit rechnen, diesen mit dem Leben zu bezahlen. Schon einfach menschliche Gesten, wie das Reichen von Brot konnte zum Tod führen, wenn der Empfänger es nicht verdiente. Die KZs waren nicht nur Plan, sondern grausige Existenz. Millionenfach, alltäglich.

In dieser Zeit wäre ich umgebracht worden, weil ich Jüdin bin, weil ich mich nicht an die Disziplin meiner Partei hielt, sondern Oppositionelle - wenn auch nicht genug - unterstützte und meine Tochter auch noch mit, weil sie geistig behindert ist.

Ich halte solche Vergleiche einfach nicht mehr aus!

Warum werden sie gemacht? Um eigene Schuld zu verdrängen, um vergangenes millionenfaches "Unrecht" und Mitschuld an diesem zu schmälern, um Widerstand in der DDR aufzuwerten, um nicht geleisteten Widerstand in der DDR entschuldbar zu zeigen? Dr. Thomas Schmitz-Bender aus München gibt eine Interpretation, die zumindest auf einige Bonner-Politiker zutreffen wird: "Denn es ist dann nicht bloß Heuchelei, wenn gesagt wird, daß man ‚diesmal'nicht versäumen werde, was nach 1945 versäumt wurde. Sondern es atmet den Geruch des ‚Ausgleichs', wenn nicht gar der Rache ‚für Nürnberg' und die Entnazifizierung, die man ‚erdulden'mußte." (in: "Utopie kreativ", Dokumentation zu Heinrich Fink, Januar 1982, S. 143)

Übrigens war heute ein Kommentar zu Stolpe in der DNN. Im letzten Satz wird "sein Fall" erleuchtet mit dem Hinweis, er habe in einer juristischen Arbeit als Student den Sozialismus gelobt. - Das ist natürlich ein fürchterlicher Vorwurf. Daran sieht man auch, daß es gar nicht um die Stasi geht.

Aber, entgegnet man mir in Diskussionen, die Opfer des Stalinismus nach dem 2. Weltkrieg!

Es hat auch mich schockiert, was da nach der Wende so herauskam über die entdeckten Massengräber aus den Lagern der Sowjetarmee, die z.T. in den vorherigen KZs waren. Die Vorstellung, daß da unschuldige Menschen einkassiert wurden, weil sie im entsprechenden Alter waren, ist grausig. Das alles war uns verheimlicht worden. Auf die Sowjetarmee als Befreier vom Faschismus durfte kein schlechtes Licht fallen, auch kein menschliches - die Soldaten hatten übermenschliche Heroen zu sein. Deshalb schockiert uns nun die Wahrheit so sehr - und weil der "Westen" es entsprechend aufbereitet.

Aber nüchtern betrachtet, warum verlangen wir von der Sowjetarmee eine solche Größe? Es gab in der Sowjetunion keine Familie, die nicht mindestens ein Opfer zu beklagen hatte in einem Krieg, den Stalin zwar nach "neuesten" Erkenntnissen nicht genial geführt hat, den er aber auch nicht begonnen oder provoziert hat. Wenn ein Volk das Recht hat, diese Armee zu verdammen, dann die Polen. In Deutschland haben noch nach der Kapitulation verschiedene Gruppen weiter "gekämpft". In Böhmen u.a. hat Herr Schleyer mit großer Wahrscheinlichkeit noch nach der Kapitulation Zivilisten, Frauen, auch Schwangere und Kleinstkinder - niedergemäht. (Vgl. Wort und Bild bei Engelmann, Bundesverdienstkreuz mit Stern) Und da empören wir uns über die Sowjets, daß sie einkassierten ohne rechtsstaatliche Mittel? In den Lagern gab es kaum zu essen. In den Internierungslagern in Frankreich war das nicht anders, nachzulesen u.a. in der Autobiographie Feuchtwangers.

Es war eine furchtbare Zeit! Ja! Aber nicht nur unschuldige Deutsche waren ihr Opfer!

Bleibt der Gulag. Der liegt mir schwer im Magen. Wenn das Stalinismus ist und mit Faschismus verglichen wird, dann gebe ich zu, ich kann es nicht widerlegen. Es ist zwar dennoch etwas anderes, aber nicht besser.

Da kann ich wenig eigenes sagen, ich empfehle dazu Jens Reich, "Ankunft in Europa."

Als letztes möchte ich aber doch auch daran erinnern, daß es auf dieser Erde nicht nur Deutschland und den Gulag gegeben hat und gibt. Die historische Wertung von Verbrechen, die als Verbrechen in staatlichem Auftrag bezeichnet werden müssen, kann man nicht isoliert betrachten. Da gibt es auch noch Chile, Rumänien, Südafrika und China ... Ich kann nicht sehen, daß das kapitalistische oder marktwirtschaftliche System besser vor gesellschaftlich sanktionierter Gewalt schützt. Freilich auch nicht die Planwirtschaft. Offenbar hat dieses Problem nichts mit der Wirtschaftsordnung als solcher zu tun, sondern mit politischen Machtverhältnissen.

Insofern sehe ich die bisherige Geschichte des Sozialismus als tragisch an und kann die Utopie nur beim Wort nehmen und weiter verfechten. So geht es auch anderen Utopien, u.a. dem Christentum, in dessen Namen auch viel Schlimmes und Unchristliches passiert ist.

Der abgedruckte Brief ist von Pino Olbrich, aufgewachsen in der DDR, hat sie an der Karl Marx Universität in Leipzig studiert und danach in Dresden an der Technischen Universität promoviert. An der Dresdener Kunsthochschule war sie FDJ-Sekretärin. Sie ist seit dem Umbruch in der DDR 1989 im Unabhängigen Frauen Verband aktiv gewesen. Nach der Annexion der DDR durch die BRD hat sie für die PDS kandidiert und ist im Mai 1990 in die Dresdner Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Aus der PDS ist sie inzwischen ausgetreten, ihre Abgeordnetinnentätigkeit nimmt sie aber weiter wahr und ist Mitglied der Fraktion "Aktionsbündnis PDS". Pino Olbrich hat zwei kleine Kinder und ist Feministin.

Wir haben den Brief aus Platzgründen in Absprache mit der Autorin leicht gekürzt.

ga.

35. "Entartete Kunst" und "Heimatloser Kosmopolitismus". Ein Kapitel DDR-Kulturpolitik Teil 2

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:21

Im AK 340 wurde der Streit um das Faust-Libretto von Hanns Eisler dargestellt, der 1953 in der DDR stattfand. Die von den damals maßgeblichen Kulturpolitikern der DDR - Abusch, Girnus, Becher, Rodenberg u.a. - vorgetragene Polemik war von Stichworten bestimmt, die für sozialistisches Denken eigentlich nicht typisch sind: Eisler schlage dem deutschen Nationalgefühl ins Gesicht, habe den heimatlosen Kosmopolitismus nicht überwunden, sein Faust-Entwurf sei volksfremd und antinational, diene der Zerstörung des deutschen Nationalbewußtseins.

Im Folgenden sollen nun einige allgemeine Hintergründe dieser Polemik aufgezeigt werden.

Die von nationalistischen Begriffen und Argumenten gekennzeichnete Phase der SED-Politik hatte zur Zeit des Faust-Streits, Mai-Juni 1953, ihren Höhepunkt bereits überschritten. Diese Diktion hatte sich im Laufe des Jahres 1949 in der DDR breitgemacht, zeigte ihre extremen Formen in der Jahren 1951-1952, und verlor nach dem 17. Juni 1953 immer mehr an Bedeutung. Selbstkritisch zurückgenommen und aufgearbeitet wurde diese Phase jedoch nicht. Auch die Verurteilung des Faust-Entwurfs wurde nicht revidiert, sondern es wurde nur kundgetan, daß man Eisler diesen Fehltritt nicht weiter übelnehme.

So bezog sich am 28. August 1968 Kulturminister Klaus Gysi in einer Festrede folgendermaßen auf die vertrackte Episode: "Ich erinnere daran, wie Ernst Fischer vor Jahren eine Faustgestalt zur Zentralfigur der deutschen Misere stempeln wollte, wie er behauptete, ‚der deutsche Humanist als Renegat` sei die typische Gestalt des Humanismus in Deutschland. Aus einer falschen Geschichtsbetrachtung, die die real vorhandenen, seit Jahrhunderten kämpfenden progressiven Kräfte im deutschen Volk nicht sehen will, wurde so eine Verfälschung der Klassik, letzten Endes ihre Zurücknahme, und zugleich sollten die revolutionären Kräfte unserer Republik als fortgeführte deutsche Misere diskreditiert werden." (1)

Der österreichische Sozialist Fischer hatte Eislers Faust-Libretto in einer Rezension positiv gewürdigt, nicht mehr und nicht weniger. Ihn traf nun die Schelte, die eigentlich dem Autor galt. Eislers Name fiel in Gysis Rede nicht einmal.

Alexander Abusch, 1953 einer der Hauptkontrahenten Eislers, hielt 1962, nun Kulturminister, die Trauerrede für den toten Komponisten, "vielen von uns über Jahrzehnte ein guter und verehrter, ein geliebter Freund". Auf die kleineren Fehltritte des geliebten Verstorbenen wurde nur mit pietätvollster Zurückhaltung angespielt: "Dein sozialistisches Ja zum Leben bewahrte Dich bei Deiner natürlichen Suche nach der Erschließung neuer Möglichkeiten der Kunst, nach echtem Neuerertum, vor den spätbürgerlichen Kunstdogmen und vor der mit ihnen verbundenen nihilistischen Entfremdung vom Volk." (2)

Noch in seinen 1986 erschienenen Memoiren betonte Abusch, er stehe "auch in der Rückschau, nach dreißig Jahren, zu meinem Auftreten in jener Diskussion". Die Auseinandersetzung sei notwendig gewesen, weil Fischers Interpretation "völlig unserer Bündnispolitik mit der humanistischen Intelligenz" widersprochen habe. "Sicher wäre Eislers Libretto ohne Fischers Begleitmusik nur beiläufig und milder als eine etwas abwegige Faust-Interpretation kritisiert worden." (3)

Von der Sowjetunion lernen

Die DDR-Kulturpolitik jener frühen Jahre läßt sich ohne Betrachtung erstens der Entwicklung in der Sowjetunion und zweitens der Veränderung der internationalen Lage nicht begreifen.

Vergleichsweise kann man sagen, daß die Kulturentwicklung in der SBZ zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht noch liberal gehandhabt wurde. Das Hauptinteresse war, überhaupt wieder einen Kulturbetrieb in Gang zu bekommen, was mit der Rekonstruktion der materiellen Voraussetzungen beginnen mußte. Wer und was hierbei dienlich sein konnte, wurde erst einmal herangezogen.

Die direkte Einflußnahme der UdSSR auf die von ihr abhängigen mittel- und osteuropäischen Staaten steigerte sich jedoch erheblich seit dem Sommer 1948, und das wurde auch in der Kulturpolitik spürbar. Im September

1947 war, teilweise als Nachfolgerin der während des Krieges aufgelösten Komintern, die Kominform gegründet worden. (4) Ihr gehörten sieben ost- und mitteleuropäischen KPs, sowie die italienische und die französische Partei an, jedoch nicht die SED und die KPD. Am 27. Juni 1948 wurde ein Beschluß der Kominform "Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" verabschiedet, der einer Exkommunizierung gleichkam. Zu den bis dahin nicht einmal öffentlich ausgetragenen Streitpunkten stand die Schärfe der Diktion in keiner nachvollziehbaren Relation.

Gewiß gab es für die Verurteilung der jugoslawischen KP-Führung auch realpolitische Gründe, die hier nicht untersucht werden sollen. Es wäre aber falsch, in diesem Fall, wie auch allgemein angesichts der stalinistischen "Säuberungen", die spezifischen Gründe überzubewerten. Im Prinzip ging es weniger darum, wer angeklagt wurde, sondern daß angeklagt wurde. Der Zweck bestand primär darin, ein Klima der Einschüchterung und des Mißtrauens zu produzieren. Im konkreten Fall: Jugoslawien wurde als warnendes Exempel behandelt, um von der Versuchung nationaler Sonderwege abzuschrecken und die sowjetische Einflußnahme auf die "volksdemokratischen" Länder zu verstärken.

Allen kommunistischen Parteien war nun aufgegeben, ihre "Lehren" aus der Kominform-Resolution zu ziehen und zu praktizieren. Der polnische KP-Chef Gomulka war der erste, der als nationalistischer Sonderwegler abgelöst wurde (September 1948); der nächste war der bulgarische Spitzenpolitiker Kostoff (März 1949), und ab Mai 1949 wurde unter direkter Anleitung sowjetischer "Berater" die Vorbereitung exemplarischer Prozesse in Ungarn und in der Tschechoslowakei vorangetrieben.

Der Parteivorstand der SED nahm erst am 16. September 1948 zu der Kominform-Resolution Stellung und entschuldigte sich "selbstkritisch" für diese Verspätung. Eine Aufarbeitung der Lehren aus der Resolution sei "um so notwendiger, als in der SED Erscheinungen des Zurückweichens vor feindlichen Ideologien vorhanden sind". In der SED sei bisher kein entschiedener Kampf gegen den Nationalismus (5) geführt worden, der bis in die Partei hineinreiche. Es sei nicht genug getan worden, um die Parteimitglieder mit den Erfahrungen der Sowjetunion und der KPdSU sowie mit deren "führender Rolle im Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus" vertraut zu machen. Außerdem sei die (gerade eben wieder von Stalin konstatierte) "Verschärfung des Klassenkampfes in den Ländern der Volksdemokratie" unterschätzt worden.

Der Parteivorstand verurteilte außerdem selbstkritisch, daß in der SED immer noch die "falsche Theorie" über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus anzutreffen sei. Diese These hatte die KPD durch Anton Ackermann als ihre offizielle Linie in die Welt gesetzt. Am 24. September 1948 verwarf er sie im "Neuen Deutschland" als "unbedingt falsch und gefährlich". Sie sei "zweifellos eine Konzession an die starken antisowjetischen Stimmungen in gewissen Teilen der deutschen Bevölkerung", "ein Zurückweichen vor der wilden antikommunistischen Hetze" gewesen.

Was bedeutete diese gesteigerte Orientierung am sowjetischen Vorbild für die Kulturpolitik der DDR, oder zunächst noch SBZ? Die sowjetische Militärverwaltung (SMAD) verfügte über eine Abteilung für Information, zu deren Untergliederungen eine Abteilung für Kultur gehörte, die ihrerseits noch Fachreferenten für Theater, Musik usw. hatte. Die Kulturabteilung wurde geleitet durch den Professor für Germanistik, Alexander Dymschiz. Abgesehen von der sehr intensiven und engen persönlichen Einflußnahme auf Abusch, Becher u.a. hatte die Kulturabteilung die Seiten der vom SMAD herausgegebenen "Täglichen Rundschau" (Auflage angeblich 1 Million) zur Verfügung, um ihre Vorstellungen deutlich zu machen, abgesehen von Publikationsmöglichkeiten in DDR-Zeitungen.

Dymschiz scheint von seinen Instrumenten vergleichsweise zurückhaltend, klug und freundschaftlich Gebrauch gemacht zu haben. Er referierte und rechtfertigte zwar vorbehaltlos die kulturpolitische Entwicklung in der UdSSR, vermied aber anscheinend grobe Einmischungen in Vorgänge der DDR. Im März 1949 wurde er abgelöst, und der Ton veränderte sich total. Beispielhaft sei hier der mit N. Orlow - angeblich Pseudonym eines Autorenkollektivs - unterzeichnete Artikel "Wege und Irrwege der modernen Kunst" genannt, der am 20. und 21. Januar 1951 in der "Täglichen Rundschau" erschien. N. Orlow legte dort nicht nur ausführlich und zusammenhängend die damalige sowjetische, sich seit 1949 auch in der DDR ausbreitende Theorie über den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Kosmopolitismus und moderner Kunst dar. Er vergab auch knapp und autoritär sehr strenge Zensuren gegen zahlreiche namentlich genannte DDR-Maler, gegen die Leipziger "Zeitschrift für Kunst", gegen mehrere DDR-Theater (einschließlich der Berliner Staatsoper), und sogar gegen das Ministerium für Volksbildung unter Paul Wandel, dem er vorwarf, es verhalte sich gegenüber den

gefährlichen Tendenzen liberalistisch und es vergeude vom Volk aufgebrachte Mittel für den Ankauf von "entarteter Kunst". (Der Begriff steht so tatsächlich in dem Artikel.)

Das Ministerium für Volksbildung nahm damals noch die Aufgaben der Kulturpolitik wahr. Im März 1951 gab die SED bekannt, daß dieser Bereich eine eigene Anleitung erhalten würde, genannt Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten. Offiziell eingeführt wurde dieses Gremium, in dem der später im Faust-Streit unrühmlich hervortretende Girnus eine maßgebliche Position einnahm, im August 1951.

Vier Wochen nach dem Orlow-Artikel publizierte Girnus im "Neuen Deutschland" das Pamphlet "Wo stehen die Feinde der deutschen Kunst?". (ND vom 13. und 18. Februar 1951) Auf den Text, der zum ersten Mal konzentriert die Programmatik zur "Frage des Formalismus und des Kosmopolitismus" enthält, wird an späterer Stelle eingegangen. Seine Erwähnung dient hier nur als Hinweis, daß zwar eine enge sachliche und zeitliche Abstimmung zwischen den "sowjetischen Freunden" und ein paar eifrigen Vorturnern aus der DDR bestand, daß aber andererseits bestimmte sowjetische Vorstellungen schon auf vorbereiteten Boden fielen, so daß es anscheinend keines Drucks bedurfte, um sie als gültige Linie der SED durchzusetzen. Es folgte kurz darauf die definitive Formulierung des kulturpolitischen Kanons durch das ZK der SED, in Gestalt der Resolution "Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur". (5. Plenum, 15.-15. März 1951) Es handelte sich aber nur noch um die Systematisierung und Zuspitzung von Auffassungen, die sich schon seit 1949 breitgemacht hatten.

Kriecherei und Katzbuckelei vor dem Ausland

Vor einer Zusammenfassung dieser Theorie soll kurz deren Entwicklung und Entstehung nachgezeichnet werden. Ihre Anfänge werden im Allgemeinen, und mit guten Gründen, auf die "Shdanowtschina" zurückgeführt. Gemeint ist jene Durchrüttelung des gesamten sowjetischen Kulturschaffens, deren erste Phase von A. Shdanow, Sekretär des ZK der KPdSU, geprägt war. Nach Shdanows Tod (August 1948) folgte eine zweite Phase, die verbal sehr verschärft war und noch verheerendere Auswirkungen hatte.

Am Beginn stand eine Resolution des ZK der KPdSU "Über die Zeitschriften Swesda und Leningrad", beschlossen am 14. August 1946. Noch im gleichen Monat folgte eine ZK-Resolution zum Repertoire der sowjetischen Schauspielhäuser, und im September eine weitere über den Spielfilm "Das große Leben", in der u.a. auch Eisensteins "Iwan der Schreckliche" scharf kritisiert wurde. (6)

Im ersten Fall handelte es sich primär darum, daß die beiden Literaturzeitschriften Texte von Soschtschenko und Achmatowa veröffentlicht hatten, deren Inhalt als destruktiv-nihilistisch bzw. als religiös-mystisch und individualistisch verworfen wurde.

Darüber konnte man wohl unterschiedlicher Meinung sein. Verbunden war diese Kritik aber damit, nicht nur den Redaktionen der beiden Zeitungen, sondern auch dem Leningrader Parteikomitee und der Leitung des Schriftstellerverbandes schwerste Verfehlungen gegen die ideologische Wachsamkeit und politische Disziplin vorzuwerfen - mit entsprechenden tiefgreifenden personellen Konsequenzen. So setzte die Resolution landesweit einen Prozeß vorauseilender Zensur und gegenseitiger Denunzierung in Bewegung.

Shdanow, der die Resolution gegen "Swesda" und "Leningrad" in einem Referat begründete, brachte einen nationalistischen Ton hinein, der dort nur wenig Raum - lediglich drei, vier Absätze - einnahm und noch nicht bestimmend war, aber den weiteren Gang der Dinge schon andeutete: "Es ist kein Zufall, daß man sich in den literarischen Zeitschriften Leningrads für die moderne minderwertige bürgerliche Literatur des Westens zu begeistern begann. Einige unserer Schriftsteller begannen, sich nicht als Lehrer, sondern als Schüler der bürgerlich-philisterhaften Literaten zu betrachten, sie begannen, zur Kriecherei und Katzbuckelei vor der spießbürgerlichen ausländischen Literatur herabzusinken." Für "Sowjetpatrioten" sei es "unziemlich", "als Verehrer oder als Schüler der bürgerlichen Kultur aufzutreten", denn die Sowjetkultur sei der westlichen "hundertmal" überlegen, so daß der Westen vom Osten zu lernen habe, aber keinesfalls umgekehrt. (7)

Shdanow knüpfte damit an eine These an, die er schon 1934 verkündet hatte: "Die bürgerliche Literatur befindet sich heute in einem solchen Zustand, daß sie keine großen Werke mehr schaffen kann. Der Verfall und die Zersetzung der bürgerlichen Literatur, die aus dem Verfall und der Fäulnis des kapitalistischen Systems herrühren, sind ein charakteristischer Zug, eine charakteristische Besonderheit des Zustands der bürgerlichen Kultur und der bürgerlichen Literatur in der gegenwärtigen Zeit." (8)

Diese pauschale Theorie war in den 30er Jahren, angesichts der kurz darauf anbrechenden Phase der "Volksfrontpolitik" und des Werbens um demokratisch-antifaschistische Kulturschaffende, nicht zu halten gewesen. Die Überzeugung von der himmelweiten Überlegenheit alles Sowjetischen und der Minderwertigkeit alles Ausländischen mußte hinter der Betonung der Gemeinsamkeiten zurückstehen.

Es hatte andererseits seine Logik, daß die sowjetische Führung bald nach Kriegsende wieder auf Abgrenzung Wert legte. In der Kriegskoalition waren Illusionen über eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft, über eine dauerhafte west-östliche Zusammenarbeit, auch über ein Zusammenwachsen der Nationen und Kulturen entstanden, die von den Regierungen offiziell ermutigt wurden. Nun ging man, nachdem die faschistischen Staaten geschlagen waren, in West und Ost daran, die politisch-ideologischen Begleiterscheinungen der Kriegskoalition zu liquidieren und die alten Feindbilder zu rekonstruieren. Der sowjetischen "Shdanowtschina" entsprach die Entfesselung einer antikommunistischen Hysterie in den USA. In beiden Situationen richtete sich der Hauptstoß gegen kulturell-ideologische Träger der Kriegskoalition. Sie galten nun als besonders labile und unzuverlässige Personenkreise, deren sich die Gegenseite für ihre geistige Subversion, aber auch für Spionagetätigkeiten u.ä., bedienen könnte.

Diesen Sinn der Kampagne verdeutlicht ein Zitat aus der Rede Malenkows auf der Gründungssitzung der Kominform: "Die Katzbuckelei und Kriecherei vor dem Westen stellt zum gegebenen Zeitpunkt eine ernste Bedrohung für unseren Staat dar, insofern als die Agenten der internatioalen Reaktion versuchen, die vom Gefühl der Katzbuckelei und Kriecherei vor der bürgerlichen Kultur infizierten Menschen zur Schwächung des Sowjetstaates auszunutzen." (9)

"Wurzellose Kosmopoliten" und "volksfremder Nihilismus"

In der oben erwähnten ZK-Resolution vom August 1946 "Über das Repertoire der Schauspielhäuser" war scharf kritisiert worden, daß unter 117 zu dieser Zeit gespielten Stücken nur 25 sowjetische Gegenwartsstücke seien, von denen zudem einige "ideologisch wertlos" oder "schädlich" seien. Besonders wurde der angeblich viel zu hohe Anteil von Arbeiten bürgerlich-westlicher Autoren kritisiert. Auch hier also wieder der Bogen zur "Katzbuckelei und Kriecherei" vor dem Ausland. Das Argument, bestimmte Inhalte, Formen und Theorien seien "der sowjetischen Literatur fremd", war nun immer häufiger zu vernehmen. Der Schritt zur Steigerung, daß diese Dinge auch "dem sowjetischen Volk fremd" seien, war nicht weit.

Im Frühjahr 1947 gab der Generalsekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands, Fadejew, den Auftakt für eine "Säuberung" der Literaturwissenschaft im Sinne der neuen Richtlinien. Die angebliche Überschätzung ausländischer Romane, Theaterstücke usw. wurde nun auf falsche, verderbliche Theorien der Literaturhistoriker und -kritiker zurückgeführt. Der nächste Schritt war, daß ihre falschen Theorien als Ergebnis des Umstands gewertet wurden, daß die Autoren als konkrete Personen "dem sowjetischen Volk fremd" gegenüberstünden. Diese Autoren würden feindselige Absichten verfolgen, indem sie systematisch und bewußt in die Köpfe der Jugendlichen den Gedanken "einzuimpfen" versuchten, daß Rußland dem Westen unterlegen sei und daß die Russen die Westeuropäer und Amerikaner als ihre Lehrer ansehen müßten. (10)

So wurde aus einer kulturpolitischen "Fehlströmung", als die man die Sache 1946 noch behandelt hatte, parallel zur Verschärfung der Weltlage eine Agententätigkeit im Dienste des Imperialismus. Es lag in einem Land mit der antisemitischen Tradition Rußlands nahe, daß diese "volksfremde" Agententätigkeit vor allem mit einer bestimmten Gruppe der sowjetischen Kulturschaffenden und Intellektuellen verbunden wurde: Menschen jüdischer Herkunft.

Die völlige Umkehrung des Verhältnisses zu Israel kam hinzu: 1947/48 hatte die sowjetische Führung die Teilung Palästinas unterstützt. Begründet wurde das nicht nur mit dem Recht der überlebenden Juden auf eine Zuflucht, sondern auch mit dem Argument, daß der jüdische Staat fortschrittlich und freundlich gesonnen sei, die arabischen Regimes hingegen reaktionär und pro-imperialistisch. Die Sympathie sowjetischer Juden für den jüdischen "Befreiungskampf" in Palästina und das Unterhalten von persönlichen Kontakten wurden in dieser Phase von Staatsseite ermutigt. Von einem bestimmten Bruchpunkt an, der für die UdSSR ungefähr im Herbst 1948 lag, galten genau diese Emotionen und Beziehungen als äußerst verdächtig.

Im November 1948 wurden nahezu alle jüdischen Einrichtungen - Zeitungen, Theater, sowie das während der Krieges gebildete Antifaschistische Komitee - aufgelöst. Viele Menschen, die maßgeblich in diesen Bereichen gearbeitet hatten, wurden verhaftet. 13 von ihnen, darunter einige der bekanntesten sowjetisch-jüdischen

Autoren und Vertreter des Antifaschistischen Komitees - wurden im Juli 1952 in einem Geheimprozeß zum Tode verurteilt und am 12. August 1952 hingerichtet. (11) Dem entsprach eine zunehmende antijüdische Orientierung in den "Säuberungen" der übrigen Ostblockländer, die im Slansky-Prozeß in der Tschechoslowakei (November 1952) ihren Höhepunkt erreichte.

Es wurde 1948/49 in der UdSSR üblich, die "feindliche" Gruppe mit dem Begriff Kosmopoliten zu belegen und sie in erster Linie mit Menschen jüdischer Herkunft zu identifizieren. Die sowjetische Zeitschrift "Fragen der Philosophie" hatte schon früh in 1948 folgende Begriffsklärung vorgenommen: "Der Kosmopolitismus ist eine reaktionäre Ideologie, die den Verzicht auf nationale Traditionen, die Verachtung der spezifischen Besonderheiten in der nationalen Entwicklung der Völker und die Verleugnung der Gefühle, der nationalen Würde und des Nationalstolzes predigt. Der Kosmopolitismus predigt eine nihilistische Einstellung des Individuums zu seiner Nationalität, zu ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." (12)

Etwa seit Anfang 1949 wurden der Kosmopolitismus und besonders dessen angebliche Vertreter mit Beiworten wie "wurzellos", "heimatlos" versehen. Abgesehen von ihrem Anti-Nationalismus wurde ihnen auch eine nihilistische, "zersetzende" Grundeinstellung zu den "normalen menschlichen Werten" überhaupt, zur Moral und zur Tradition im weitesten Sinn dieser Worte, vorgeworfen. Aus den ständigen Hinweisen auf die "Erziehung der Jugend" ist zu erkennen, daß es bei dieser Kampagne auch ganz praktisch darum ging, die durch die barbarischen Erfahrungen des Krieges zerrüttete Sowjetgesellschaft wieder zu stabilisieren. Erscheinungen wie Individualismus, Egoismus (auch auf Kosten anderer), Entpolitisierung, "Zweifel an allem", sollten durch verstärkte Betonung kollektiver und traditioneller Werte - wobei sich genuin sowjetisches mit Rückgriffen auf die vorrevolutionäre Zeit verband - zurückgedrängt werden.

"Künstlich Staub aufgewirbelt"

In der SBZ/DDR gab es schon früh Versuche, den jeweiligen Entwicklungsstand der "Shdanowtschina" als unmittelbare Handlungsanleitung für die eigene Situation zu propagieren. Beispielhaft dafür ist der Artikel "Krise des Theaters?" von Fritz Erpenbeck (13) in der Theorie-Zeitschrift der SED, "Einheit", vom März 1947. In peinlich bemühter Nachzeichnung der KPdSU-Resolution "Über das Repertoire der Schauspielhäuser" vom August 1946 gelangte Erpenbeck zu der erwartungsgemäßen Schlußfolgerung: "Wir befinden uns bei der Spielplangestaltung der deutschen Bühnen augenblicklich in einem krisenhaften Zustand". Nämlich, auch dies nicht überraschend: zu wenige zeitgemäße Stücke über den demokratischen Aufbau, statt dessen "Überflutung unserer Bühnen mit planlos und oft sinnlos angenommenen ‚interessanten` ausländischen Stücken", wobei es dem Autor abgesehen von seichten Reißern besonders die "Surrealisten" angetan hatten.

Insgesamt betrachtet war Erpenbecks Vorstoß jedoch für diese Phase nicht typisch. Die meisten Stellungnahmen aus den Jahren 1946-48 waren nicht darum bemüht, die Anlehnung an die sowjetische Kulturpolitik zu propagieren. Im Gegenteil wird die Absicht sichtbar, die eskalierenden Vorgänge in der UdSSR in ihrer Bedeutung abzuschwächen. Es sei nur die bürgerliche Hetze, die sie unangemessen "hochspiele". In diesem Sinn stellte beispielsweise der SMAD-Kulturverantwortliche Dymschiz die ZK-Resolutionen vom Herbst 1946 dar. Nach seiner Interpretation ging es keineswegs darum, ausländische Autoren von sowjetischen Bühnen zu verbannen, sondern nur um das Aussortieren primitiver Lustspiele, Boulevardstücke usw. Gute westliche Autoren würden selbstverständlich weiterhin gespielt bzw. publiziert. Dabei nannte Dymschiz lauter Namen, die schon wenige Monate später als "westlich-dekadent" galten: Shaw, Sinclair, Aragon, Malraux u.a. (14)

Im Mai 1948, kurz nachdem im Januar in der UdSSR eine sehr heftige Kampagne gegen "modernistische" Erscheinungen in der Musik eingesetzt hatte, sprach Anton Ackermann auf einer Kulturtagung der SED nur ganz beiläufig von einer Auseinandersetzung, "über die im Westen künstlich soviel Staub aufgewirbelt wurde". (15)

Als bezeichnend für die abschwächende und verharmlosende Interpretation in dieser Phase sei noch die dreiteilige Artikelserie erwähnt, die Wolfgang Harich nach einem Besuch in Moskau und Leningrad im Mai/Juni 1948 für die "Weltbühne" schrieb. Harich gab dort vor, es handele sich bei der "angeblichen" Maßregelung sowjetischer Kulturschaffender nur um bürgerliche Hetze. Selbst den öffentlich gemeldeten Ausschluß angegriffener Autoren aus dem Schriftstellerverband erwähnte Harich nur als aufgeblasenes Gerücht aus

Westquellen - ganz so, als hätte er während seines Aufenthalts in der UdSSR keine Gelegenheit oder kein Interesse gehabt, sich darüber sachkundig zu machen.

Die ganze Darstellung lief darauf hinaus, in der Sowjetunion finde lediglich eine interessierte, fachlich höchst qualifizierte Diskussion zwischen Autoren und Publikum statt, die für keinen Autor mit bleibenden Nachteilen verbunden sei. Also eigentlich genau das, was sich doch jeder fortschrittliche Autor wünsche. Die Polemik gegen West-Autoren wurde von Harich umgedeutet zu einem Feldzug gegen "schwüle Pornographien" und "sentimentale Dienstmädchenromane", um die es sowieso nicht weiter schade sei. (16)

Mit der praktischen Nutzanwendung der Kominform-Resolution gegen Jugoslawien und der Selbstproklamierung der SED als "Partei neuen Typus" (Januar 1949) ging auch eine kulturpolitische Anpassung an das sowjetische Vorbild einher. Im März 1949 ließ Abusch in seiner Auftaktrede zum offiziellen Goethe-Jahr die neuen Stichworte erstmals anklingen: "Mit der Würdigung der nationalen Bedeutung der Persönlichkeit und des Werkes unseres größten Dichters greifen wir auch direkt in den gesamtdeutschen politisch-ideologischen Kampf gegen die Versuche der geistigen Marshallisierung ein. Die Propagandisten des nordamerikanischen Imperialismus haben sich neuerdings ein kosmopolitisches Gewand angezogen: Sie propagieren eine sogenannte Weltregierung, einen sogenannten Weltstaat, eine sogenannte Europäische Union, ein sagenhaftes ‚Weltbürgertum`, die alle ganz praktisch der Kriegspolitik des amerikanischen Monopolkapitals dienen sollen." (17)

(wird fortgesetzt)

Knut Mellenthin

Anmerkungen

1) "Sonntag", 15.9.68. Hier zitiert nach Hans Bunge, Die Debatte um Hanns Eisler "Johann Faustus", Berlin 1991. Bunge hat die meisten Texte zum Faust-Streit zusammengestellt. Leider verstarb Bunge während der Edition, und der Verlag hat es nicht fertiggebracht, die Dokumentation mit einem vernünftigen Beitext, Anmerkungen und einer Bibliographie zu versehen, so daß ein Verständnis ohne zusätzliche Lektüre nicht möglich ist. Eine nützliche Ergänzung ist daher das Buch von Deborah Vietor-Engländer: Faust in der DDR, erschienen in Frankfurt/M. 1987. Es enthält auch eine sehr umfangreiche Literaturliste.

2) 12.9.62. Enthalten in Alexander Abusch, Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus, Berlin/DDR 1967.

3) In A. Abusch, Mit offenem Visier, Berlin/DDR 1986, S. 287-291. Daß Abusch der Episode soviel Raum gewidmet hat, zeigt immerhin, wie sehr ihn der Vorgang noch in der Erinnerung bewegte und wohl doch auch belastete. Die Tatsache, daß er selbst 1951 um ein Haar Opfer einer "Parteisäuberung" geworden wäre, was mehrere Jahre Haft hätte bedeuten können, erwähnt Abusch hingegen nur mit zwei Sätzen.

4) Die Entwicklung von der Antifaschistischen Kriegskoalition zum Kalten Krieg kann hier nicht nachgezeichnet werden. Es sei deshalb nur kurz eingefügt, daß die Gründung der Kominform eine Reaktion auf die Verschärfung des Ost-West-Konflikts war, die mit den Punkten Truman-Doktrin (März 1947) und Marshall-Plan (Juni 1947) zu bezeichnen ist. Die Truman-Doktrin sah vor, alle "freien Völker" bei ihrem Kampf gegen "Druck von Außen" und "kommunistische Subversion" wirtschaftlich-finanziell zu unterstützen. Konkret ging es zunächst um Griechenland und die Türkei. Mit dem Marshall-Plan, der dieses "Hilfsangebot" im Prinzip auf ganz Europa ausdehnte, aber mit weitgehenden Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten verband, wurde praktisch die Frontziehung durch Europa vollendet. Vor allem traditionell nach Westen ausgerichtete Länder wie Polen oder die Tschechoslowakei standen vor der Alternative, sich entweder mit dem amerikanischen "Hilfsangebot" zu arrangieren, oder ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Hauptmächten stark zu reduzieren und eine Umorientierung ihrer Außenwirtschaft auf die UdSSR vorzunehmen. Der starke Druck, den die sowjetische Führung in den folgenden Jahren auf die "volksdemokratischen" Länder ausübte, ist u.a. in diesem Zusammenhang zu sehen.

5) Aus dem Kontext geht klar hervor, daß mit "Nationalismus" im Wesentlichen nicht mehr gemeint war als erstens die Infragestellung der durch den Krieg neugezogenen Ostgrenzen und zweitens allgemein "antisowjetische Auffassungen", worunter in der Praxis überhaupt jede Kritik an der sowjetischen Politik

verstanden wurde. Mit dem derart reduzierten Begriff von "Kampf gegen den Nationalismus" war der Übergang zu einer extrem nationalischen Diktion durchaus vereinbar.

6) "Iwan der Schreckliche" ist ein Film mit deutlichen großrussisch-chauvinistischen und reaktionären Tendenzen. Die an dem Film geübte Kritik, Eisenstein habe die Geschichte fehlinterpretiert, richtete sich aber nicht gegen diese Tendenzen, sondern lief eher darauf hinaus, sie noch zu verschärfen.

7) A. Shdanow, Über Kunst und Wissenschaft, Berlin/DDR 1951, S. 25-26 und S. 41-42.

8) Rede auf dem 1. Unionskongreß der Sowjetschriftsteller. Wie Anm. 6, S. 7

9) Zitiert nach Gleb Struve, Geschichte der Sowjetliteratur, München 1957, S. 413. Diese sehr umfang- und faktenreiche Gesamtdarstellung, die anscheinend auf gründlicher Kenntnis der zeitgenössischen sowjetischen Presse und Buchveröffentlichungen basiert, ist leider antikommunistisch orientiert.

10) Damit wurde angeknüpft an einen Streit, der schon im 19. Jahrhundert sehr heftig zwischen den Richtungen der "Westler" und der "Slawophilen" ausgetragen worden war, und der immer wieder ins Spiel kommt, wenn in Rußland stärker die "Besinnung auf die eigenen Wurzeln" betont wird. Vor diesem Hintergrund argumentieren heute große Teile des russischen Rechtsradikalismus antiwestlich und antikapitalistisch.

11) Diese Vorgänge sind bis heute nur bruchstückhaft bearbeitet und sehr schlecht dokumentiert. Eine Folge ist, daß die vorliegenden Darstellungen - meist nur Exkurse in umfassenderen Arbeiten - oft unpräzise sind, mangelnde Information durch vage (mitunter irreführende) Umschreibungen überspielen, und einander vielfach widersprechen, etwa in der Zahl der 1952 Hingerichteten. Eine knappe (eine Zeitungsseite), aber kompakte und nützliche Gesamtübersicht ist: Arno Lustiger, Zu unsere brider un schwester ojf die ganze welt!, Frankf. Allgemeine, 14.8.91.

12) Voprosy Filosofij, Nr. 2/1948. Zitiert nach G. Struve (siehe Anm. 9), S. 420.

13) Erpenbeck war zu dieser Zeit Hauptabteilungsleiter für Darstellende Kunst und Musik im Ministerium für Volksbildung. Später gehörte er der 1951 gebildeten Kunstkommission, Vorläuferin des Kulturministeriums, an.

14) A. Dymschiz, Probleme der heutigen Sowjetkunst. In: "Tägliche Rundschau", 11.-15.10.46.

15) Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der SED, 5.-8. Mai 1948. Abgedruckt im ND vom 8.5.48.

16) W. Harich, Gleichschaltung? In: "Weltbühne" Nr. 21-23/1948.

17) Vom Autor zu einem Aufsatz bearbeitete Rede im Parteivorstand der SED, 8.3.49. Abgedruckt in: A. Abusch, Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus, Berlin/DDR 1967.

36. Linke Ossis und Wessis treffen sich (Bericht vom bundesweiten Arbeitstreffen vom 13.-15.3. in Berlin)

Bericht vom bundesweiten Arbeitstreffen basisdemokratischer, radikalökologischer, feministischer, antistaatlicher, antirassistischer und antikapitalistischer Projekte, Initiativen, und Einzelpersonen

Autor: Gert Bodszent · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:14

Das Treffen mit dem "Bandwurm"-Namen fand vom 13. bis 15.3. in Berlin im Haus der Demokratie statt. Wie bei dem Gründungsdesaster der Ökologischen Linken im Dezember in Frankfurt von den Parteigründungsunwilligen angedacht, sollte bei diesem Treffen der theoretische Verständigungs- und Aufarbeitungsprozeß zwischen Ost- und Westlinken fortgesetzt werden, mit dem langfristigen Ziel, eine bundesweite Vernetzung linker Basis- und Projektgruppen zu erreichen. Das Treffen wurde vorbereitet von den LinksökologInnen Berlin mit Unterstützung der VL Berlin und der Außerparlamentarischen Linken Bonn und veranstaltet vom "Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz".

Dank der langfristigen Planung und des Engagements vieler Beteiligter war es gelungen, das Treffen sozial verträglich und ohne größere Pannen zu organisieren. Um die Dominanz einer bestimmten politischen Gruppierung auszuschließen, gab es jeden Tag zwei andere ModeratorInnen, wobei nicht nur Mann/Frau, sondern gleichzeitig nach Ost/West quotiert wurde.

Die Zahl der TeilnehmerInnen schwankte stark und bewegte sich (bei ständiger Fluktuation) zwischen 50 und 100 Personen (Gesamtzahl etwa 150 Personen). Zu bedauern ist es, daß zahlreiche linke Gruppen aus Berlin und Umgebung nicht von der Möglichkeit einer Teilnahme Gebrauch machten bzw. sich auf symbolische Besuche beschränkten.

Das Arbeitstreffen begann am Freitag um 19 Uhr mit einem kulturellen Einstieg - ein Kabarettprogramm, das starken Beifall fand. Danach gab es ein Podiumsgespräch. "Aller Anfang ist vergleichsweise harmlos" - unprominente Linke aus Ost und West über sich, die Politik und die Zukunft. Es sprachen Michail Nelken (PDS/Strömung Berlin/O), Janine Millington-Herrmann (Ex-Die Grünen, Karlsruhe), Jörg Leppin (Ex-PDS, LinksökologInnen, Berlin/O), Bernd Gehrke (VL, LinksökologInnen Berlin/O), Angela Klein (VSP Köln), Thomas Klein (VL Berlin/O) und Katina Schubert (Außerparlamentarische Linke Bonn). Die beiden Letztgenannten moderierten gleichzeitig. Leider war es aus verschiedenen Gründen nicht dazu gekommen, auch VertreterInnen der AL, der ÖkoLi und des UFV in dieses Podium mit aufzunehmen. Nachdem die "Unprominenten" sich jeweils selbst vorgestellt, ihren bisherigen Werdegang und ihre Zukunftsprognosen geschildert hatten, gab es Anfragen und Diskussionen. Tendenziell interessierten sich anwesende "Ossis" hauptsächlich für die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Gruppen von Westlinken, wobei teilweise eine erschreckende Unwissenheit zutage trat, während "Wessis" hauptsächlich für die Ursprünge und die Entwicklung der DDR-Opposition Interesse zeigten. Verwunderung ob des Mutes, aber keine weiteren Reaktionen rief die offene Darlegung seiner Stasi-Vergangenheit seitens eines der Anwesenden hervor. Nach allgemeinen Übermüdungs- und Auflösungserscheinungen ging dann dieser erste Tag zu Ende.

Am Samstag wurde die Veranstaltung (wie bei solchen Treffen üblich) verspätet begonnen (am Folgetag auch, dies lag aber sicherlich auch mit an dem reichlichen und sehr schmackhaften Frühstücksangebot). Die ModeratorInnen Jutta Braband (VL Berlin/O) und Bernd Friedrich (ÖkoLi Berlin/W) verkündeten das Tagesprogramm: Auflösung der Versammlung in fünf Arbeitsgruppen (Antikapitalismus, Feminismus, Antirassismus, Radikalökologie, und Antistaatlich/Antirepression - Reihenfolge nach Anzahl der TeilnehmerInnen) und danach Auswertung der Ergebnisse.

Bei den Arbeitsgruppen war der Stand ihrer Vorbereitung extrem unterschiedlich und ebenso ihre Zusammensetzung. Dadurch kamen auch unterschiedliche Ergebnisse zustande.

Für die Arbeitsgruppe Antikapitalismus stand ein fertig ausgearbeitetes Diskussionspapier zur Verfügung, das von Berliner TeilnehmerInnen erstellt worden war. Auf der Grundlage dieser Ausarbeitungen wurde

hauptsächlich zu folgenden Thesen diskutiert: "Hat der Kapitalismus seine natürlichen Entwicklungsgrenzen erreicht? Stecken wir in einer Krise des kapitalistischen Systems? Was gibt es für Alternativen?"

Bei der Arbeitsgruppe Radikalökologie war es schwieriger. Ein Diskussionspapier war nicht erarbeitet worden, und die Mehrzahl der Anwesenden sah sich an diesem Tag zum ersten Male. Sie mußten sich darauf beschränken, überhaupt erst einmal ein Thesenpapier zum Begriff "Radikalökologie" zu entwerfen. Daß dies überhaupt, wenn auch in strittiger Qualität, gelang, ist allerdings ungewöhnlich.

Obwohl für die Arbeitsgruppe Antirassismus nur ein allgemein gehaltenes Grundsatzpapier zur Verfügung stand, wurden dort auch spezielle und recht interessante Themen diskutiert, z.B.: "Ist ein moderner Kapitalist antirassistisch? Braucht der Kapitalismus den Rassismus, aber nicht die Pogrome?"

Bei den Arbeitsgruppen Antistaatlich/Antirepression und Feminismus waren die Diskussionen weitgehend von den unterschiedlichen Erfahrungswerten und Ansätzen von Ost- und Westlinken geprägt. So zeigte beispielsweise eine Frauengruppe der LISA völliges Unverständnis gegenüber VertreterInnen des feministischen Arbeitskreises Bayern, die die Verhältnisse in der DDR als "verschleiert patriarchalische Gesellschaft" einstuften. Bei den "Ossis" in der Arbeitsgruppe Antistaatlich/Antirepression gab es dagegen eine geradezu rührend naive Gläubigkeit an das Funktionieren des bürgerlichen Rechtsstaates und das Demokratieverständnis seiner Repressionsorgane.

Nach Vorstellen der Ergebnisse und Anfragen an die SprecherInnen der Arbeitsgruppen war die Zeit soweit fortgeschritten, daß die Gesamtdiskussion der Ergebnisse auf den Sonntag vertagt werden mußte.

"Wie weiter mit dem Provisorium?" - Dieses Hauptthema verkündeten die ModeratorInnen Eva Kraatz (VL Berlin/O) und Gunnar Schubert (Ex-ÖkoLi Tübingen) für den Sonntag. Zuvor gab es noch die angekündigte Diskussion der Ergebnisse des Vortages, die jedoch etwas mager ausfiel. Einig war mensch sich, zu diesen Arbeitstreffen einen Reader zu erstellen. Dieser wird von einer Arbeitsgruppe zusammengestellt und voraussichtlich Anfang Mai durch die LinksökologInnen Berlin verteilt.

Die fünf Arbeitsgruppen bleiben weiter in Kontakt miteinander und arbeiten an ihren Themen. Angedacht wurde, die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen als Beilage verschiedenen überregionalen linken Zeitungsprojekten zu veröffentlichen. Die Teilnahme an überregionalen Aktionen (z.B. Weltwirtschaftsgegengipfel im Juli in München) wird über die geknüpften Kontakte vermittelt. Die Beteiligung an örtlichen Initiativen obliegt den jeweiligen Basisgruppen, wobei Informationen dazu weiter verbreitet werden sollten.

Vorsichtig wurde schließlich angefragt, wie es mit einem weiteren Arbeitstreffen wäre. Eine Umfrage erbrachte eine geradezu überwältigende Mehrheit dafür. Dieses Treffen wird voraussichtlich im Oktober in Halle (oder einer anderen Stadt im Süden des Anschlußgebietes) stattfinden.

Das mit Abstand wichtigste Ergebnis dieses Arbeitstreffens läßt sich mit nachfolgendem Satz zusammenfassen: "Wir haben hier und jetzt praktisch bewiesen, daß Ost- und Westlinke, aus unterschiedlichen Zusammenhängen kommend, trotz verschiedener Ansätze und Erfahrungswerte sachlich und konstruktiv miteinander arbeiten können."

Und dies ist eine ganze Menge wert.

Gerd Bodszent, VL Berlin

37. Du kannst keinen Film machen, ohne selbst involviert zu sein (Berlinale-Bericht)

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:33

In Ergänzung zum Berlinale-Bericht im letzten ak, stelle ich nun nochmals vier Filme vor.

Dügün - Die Heirat von Ismet Elci handelt vom jungen Metin, der als Jugendlicher aus Ostanatolien nach Berlin kam und mittlerweile dort auch sozial verwurzelt ist. Unter dem Vorwand, seine Mutter sei schwer krank, lockt ihn sein Vater zurück ins Heimatdorf, um ihn dort zu verheiraten. Für Aygül, die junge ihm zugedachte Braut, ist Metin die einzige Möglichkeit, aus ihrem Alltag auszubrechen. Der Vater muß seine Autorität beweisen und kann, selbst wenn er wollte, die Hochzeit nicht mehr absagen, da sie schon offiziell angekündigt und ausgehandelt ist. Die Familie der Braut müßte schmachvoll das Dorf verlassen oder zur Ehrenrettung Metin töten. Eine Konstellation, die kein gutes Ende nehmen kann. Ein Konflikt zwischen Generationen und Kulturen.

Leicht könnte daraus ein Film werden, der die Überlegenheit westlicher Zivilisation über die ländliche türkische Tradition zelebriert, wie etwa Hark Bohms unsäglicher Yasemin. Doch Ismet Elci läßt nicht nur Metins Standpunkt zu, der sich natürlich nicht verheiraten lassen will, sondern läßt auch der Logik seines Vaters und Aygüls Raum. Sie gibt ihren Traum, nie mehr gehänselt zu werden und am Beginn eines neuen, spannenderen, weniger anstrengenden Lebens zu stehen, nicht so schnell auf. Ihre Versuche, mittels religiöser Riten und Elixiere Metins Herz doch noch zu gewinnen, wirken keinesfalls lächerlich, sondern als sehr ernstes und verzweifeltes Bemühen, die Heirat zu retten. Auch Metins eigener Standpunkt ist widersprüchlich: Einerseits erklärt er den Brauteltern, daß er Aygül nicht heiraten wird und versucht zu fliehen, andererseits hat er schon viel zu lange gezögert und läßt sich widerstandslos wieder einfangen. Die Heirat findet statt, mit tödlichen Folgen ...

In Form einer Langzeitbeobachtung nähern sich Urs Graf und Marlies Graf-Dätwyler dem Leben der Familie Tütüncü mit ihrem Film Seriat. Die Familie wohnt und arbeitet seit sechzehn Jahren in der Schweiz. Die älteren Kinder sind noch in der Türkei aufgewachsen, die jüngeren in der Schweiz geboren. Die Familie lebt gemäß ihren türkischen Traditionen und der sunnitisch-islamischen Religion, wobei sich deren Bedeutung bei den jüngsten zu relativieren beginnt.

Der Film dokumentiert nicht nur den Alltag wie die Feste der Familie, er thematisiert auch das Verhältnis zwischen ihr und den FilmemacherInnen. Die Filmsituation und der fremde Blick auf ihr Leben sind immer klar zu erkennen. Auch die Differenz von männlichem und weiblichem Blick ist Thema. So nennen die FilmemacherInnen ihren Film "Zwei Filme in einem", den von Urs Graf über die Männer und den von Marlies Graf-Dätwyler über die Frauen. Erst als beide ihren Film fertig hatten, haben sie die Filme zu einer Einheit verwoben. Beiden gemein ist allerdings ein Hang zu überlangen Kommentaren, die zuweilen den wunderschönen, kraftvollen Bildern den Raum nehmen, für sich zu sprechen. Dennoch ein höchst empfehlenswerter Film.

Zu den Filmen, die die Bezeichnung Farbfilm (und nicht Buntfilm) wirklich verdienen, gehört der chilenische Wettbewerbsbeitrag La Frontera - Die Grenze. In wunderschönen Bildern schildert Regisseur Ricardo Larrain die Geschichte des Mathematiklehrers Ramiro, der in den letzten Jahren des Pinochet-Regimes in die Region La Frontera verbannt wird. Die Gegend ist die historische Grenze zwischen Mapucheindianern und spanischen Eroberern, eine karge, am Meer gelegene Landschaft im kühlen Süden Chiles. Während der letzten hundert Jahre wurde der Ort der Verbannung zweimal durch von Seebeben ausgelöste Flutwellen zerstört, und die Gefahr eines erneuten Bebens schwebt ständig über dem Ort.

Hier ist Ramiro zunächst einmal mit dem skurrilen Schlag Menschen konfrontiert, der in dieser Abgeschiedenheit lebt. Insofern ist der Film auch eine Geschichte vom Stadt-Land Konflikt, dessen Unfreiwilligkeit jedoch nie ins Vergessen gerät. Die örtlichen Statthalter des Regimes, zwei Bauern, sind im Umgang mit Ramiro ständig hin- und hergerissen zwischen Unterlegenheitsgefühl und Autoritätsgehabe und unterwerfen ihn einem absurden und teilweise grausamen Reglement.

Unterstützung findet er bei einem kanadischen Priester, der ihn in seiner Kirche unterbringt, der Dorfwirtin, die ihm Essen gibt, einer indianischen Heilkundigen, die ihn gesund pflegt und bei Maité, zu der sich eine

Liebesbeziehung entwickelt. Ihr Leben ist gezeichnet von Katastrophen. Als Kind floh sie nach der Niederlage der Republik aus Spanien, bei der Flutwelle verlor sie ihr Kind und ihre Mutter. Und dann ist da noch der Taucher, der auf der Suche nach der Ursache für die Seebeben ist. Ramiro freundet sich mit ihm an, und gemeinsam entdecken sie unter Wasser eine neue Welt, angefüllt mit Überresten, die die letzte Flutwelle mit sich riß.

In diesem Szenario entwickelt Ricardo Larrain kraftvolle Bilder, die zwar symbolträchtig sind, aber dennoch nicht plump wirken. Er gestaltet eine präzise und humorvolle Situationsbeschreibung, die treffender ist als manch Heldenepos aus dem Widerstand. Ein im besten Sinne typisch lateinamerikanischer Film, der aus gutem Grund in seinem Produktionsland zu einem Kinoerfolg sondergleichen wurde.

Der Kanadier Simcha Jacobovici hat sich mit seinem Film Deadly Currents - Tödliche Strömungen an ein heiß diskutiertes Thema gewagt: den israelisch-palästinensischen Konflikt. Zunächst fällt die Fülle an Material auf, die er zusammenträgt. Er filmte eine israelische Militärpatrouille bei der "Arbeit" in den besetzten Gebieten ebenso wie ein palästinensisches Kommando zur Liquidierung von Kollaborateuren. Er drehte den Prozeß gegen einen palästinensischen Aktivisten vor einem israelischen Militärgericht und ging durch ein Gefangenenlager im Gazastreifen, er wohnte dem Verhör eines palästinensischen "Kollaborateurs" durch seine Mitbürger bei. Er filmte palästinensische und israelische Theatergruppen und Straßenkünstler, die sich in ihren Arbeiten mit dem Konflikt auseinandersetzen. Er fragte ideologische Führer und Menschen "von der Straße" auf beiden Seiten nach ihrer Sicht der Dinge und möglichen Lösungen.

Wem bei dieser Aufzählung der Verdacht kommt, es handele sich um die übliche Ausgewogenheit genannte Langeweile, sei beruhigt. Wer allerdings einen Film will, der die "guten" Palästinenser gegen die "bösen" Israelis verteidigt, wird enttäuscht. Der Regisseur zu diesem Thema: "Du kannst keinen Film machen, ohne persönlich involviert zu sein, aber du kannst im Film zwischen den Seiten wechseln. Ich wollte keinen objektiven Film machen, sondern einen ehrlichen." (1) Es handelt sich um einen von Grund auf höchst komplizierten Konflikt, und so stellt Simcha Jacobovici ihn dar. Interviews mit palästinensischen und israelischen Intellektuellen, die in eine Zweistaatenlösung und in das Aufeinanderzugehen ihre Hoffnung setzen, werden kontrastiert mit den Aussagen von Palästinensern und Israelis auf der Straße, die die jeweils andere Seite zum Teufel wünschen und ihr weder Rechte im eigenen Land noch einen eigenen Staat zugestehen.

Der Film zeigt die Gewalttätigkeit, mit der die israelischen Militärs vorgehen, aber auch die Rigorosität, mit der unter Kriegsbedingungen ein palästinensischer Händler, weil er Steuern an die Israelis gezahlt hat, als "Kollaborateur" getötet wird. Er zeigt die Logik, in der den Militärs nichts anderes übrigbleibt, als brutal vorzugehen, entschuldigt damit aber nichts. "Israel kann nicht demokratisch sein, wenn es den Unterschied zwischen Bürger und Nicht-Bürger macht. Militärisch ist die Besatzung zu halten, aber Israel implodiert eher, als daß es explodiert. Alle machen die Erfahrung des Militärdienstes. Die Militärs haben den Offizier, den ich interviewte, ausgesucht, und wenn der schon unsicher ist, was er da macht...".

Leider läßt sich Simcha Jacobovici an manchen Stellen zu sehr von der "militärischen" Seite des Konflikts einfangen. In schnellen Schnitten, teilweise sogar mit Musik unterlegt, wechselt er zwischen Steine werfenden Kids, Militärpatrouille und einer Theaterinszenierung hin und her. Was der Film damit an Dynamik gewinnt, verliert er sogleich an analytischem Tiefgang. An diesen Stellen verhält sich Jacobovici fast so wie die von ihm porträtierten US-amerikanischen Fernsehreporter: Zwei im Safari-Look an einer Straßenecke herumlungernde Männer, die den Polizeifunk abhören, um, sobald etwas passiert, mit ihren Autos hinzurasen und die Kamera draufzuhalten, Hauptsache Action. Gewünscht hätte ich mir statt dessen, mehr über die sozialen Strukturen, die im Rahmen der Intifada entstanden sind, zu erfahren. Wie die Menschen im Alltag überleben.

Trotz dieser Mängel ist der Film einer der besten, die ich zu diesem Thema gesehen habe. Eine vorzügliche Anregung, sich zu diesem Konflikt Gedanken zu machen und in die Diskussion zu kommen, auch für Menschen, die keine SpezialistInnen sind.

Doch es geht dem Regisseur um noch mehr: Mit der Form der Bearbeitung des palästinensisch-israelischen Konflikts stellt er das Konzept der nationalen Befreiung auch grundsätzlich in Frage. "Ich wollte etwas sagen, das transzendiert, verstehen läßt, wie es in Nordirland oder Jugoslawien ist." Es ist ihm gelungen.

ol., gruppe k

Anmerkungen:

(1) Dieses und alle folgenden Zitate entstammen der Debatte im Anschluß an die Filmvorführung auf der Berlinale.

Dügün - Die Heirat, Deutschland 1990/91, 90 Min., f. Produktion: Wolfgang Krenz Filmproduktion, Potsdammer Straße 145, 1000 Berlin 30, 030/2152011. Ab voraussichtlich Ende 92/Anfang 93 im Kino zu sehen, im Sputnik Verleih. Da vom ZDF koproduziert, wird er wohl auch im Fernsehen zu sehen sein.

Seriat, Schweiz 1991, 113 Min., f, 16mm. Produktion: Filmkollektiv Zürich, Turnerstraße 26, CH-8006 Zürich, Tel.:0041/3624644, Fax: 0041-3613218. Verleih Schweiz: Look Now!, Zürich.

La Frontera - Die Grenze, Chile/Spanien 1991, 113 Min., f, 35mm. Weltvertrieb: Cine XXI Ltda. Gerona 3450, RCH-Nuona Santiago, Tel.: 562-2252203, Fax: 562-491671.

Deadly Currents - Tödliche Strömungen, 114 Min., 35mm, f. Weltvertrieb: Charlotte Mickie c/o Alliance International, 355 Place Royale, CDN-Montréal, Quebec H2Y 2V3, Tel.: 514-8449007, Fax: 514-9829107.

38. Taylorismus gegen Tiriacismus

Martin Krauß

Autor: Martin Krauß · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak341/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:08

Unbeeindruckt vom linken Zeitungssterben haben in Berlin zwei mutige Menschen eine neue Zeitschrift gegründet. Michael Bolten und Martin Krauß heißen die beiden, ihr Produkt, das jetzt als Nullnummer erschienen ist, trägt den Namen Sportkritik. "Wer es im Sport zu keiner Leistung bringen kann, ... wird entweder zum Kritiker oder er schreibt Leserbriefe", heißt es in der Redaktionsmitteilung "Eigentor". Die Konzeption wird den LeserInnen nur in Andeutungen verraten: "Sportkritik will ein Blatt für all die sein, die während der Sportschau nicht den Kopf abgeben und sich für das Schnittfeld 'Sport und Gesellschaft' interessieren". Diese ziemlich vage Programmatik wird in den einzelnen Beiträgen konkretisiert. Hier eine Auswahl der behandelten Themen: Wird Rennrodler und Berufssoldat Georg Hackl etwa ein Opfer der Truppenreduzierung? ("Der Hackl-Schorsch - ein deutscher Sieger"). - Ist es noch zu verhindern, daß die alt-neue Reichshauptstadt Austragungsort der Olympischen Spiele wird? ("Jahrtausendspiele in Berlin? Folgen einer Bewerbung"). - Was fällt dem geschichtsbewußten Fußballfan ein, wenn er an die bevorstehende Europameisterschaft in Schweden denkt: die "Schmach" von 1958 ("Juskowiak und Schwedenplatte - Wenn Deutsche zum Fußball nach Schweden fahren"). Weitere Artikel thematisieren den sportlich erfolgreichen, finanziell aber ruinierten Eishockeyclub aus Rosenheim, den "Fall Krabbe", die Sportteile deutscher Zeitungen. Daß Sportkritik eine "Zeitschrift gegen das Unentschieden" ist, wird schon durch die Auswahl der Illustrationen deutlich: zweimal Black-Power-Athleten, sechsmal Nazi-Olympiade (hier wäre weniger mehr gewesen).

Im Juni soll eine weitere Nullnummer erscheinen. Ab September soll regelmäßig alle zwei Monate ein Heft herausgebracht werden. Den Aufsatz "Taylorismus gegen Tiriacismus" dokumentieren wir zum Kennenlernen - und mit den besten Wünschen für stattliche Verkaufszahlen.

"Der deutsche Sport", bemerkte im Juli 1925 ein mit dem Namen Ignaz Wrobel unterzeichnender Publizist in der großen Wochenzeitung der Weimarer Republik "Weltbühne", "drückt genau die Sinnesart des Volkes aus, das ihn ausübt: er ist überorganisiert." Und der Mann nörgelte weiter: "Wissenschaftlich werden die Startbedingungen geprüft und erwogen, alle Zufallsmomente nach Möglichkeit ausgeschaltet, organisiert und geprobt". Andernorts - nicht in Deutschland - sei hingegen zu beobachten, daß "viele Leute an ihrem freien Sonntag aufs Feld gehen und da spielen, spielen, wie Kinder spielen, ohne Zweck, ohne Ziel, in der Meinung, die wohltätigen Folgen ihres Herumtobens in freier Luft würden sich schon von selber einstellen". Sieben Monate vorher hatte ein mit einem anderem Namen zeichnender Autor der "Weltbühne", ein gewisser Peter Panter, über einen Profi-Boxkampf in Paris berichtet und uns und den damaligen Lesern also einen Einblick in die Sportwelt anderer Länder gewährt. "Man konnte wieder einmal sehen, wie den deutschen Boxern, die einen nur sechs Jahre alten Sport vertreten, die internationale Ring-Erfahrung fehlt," analysierte Panter die Niederlage eines deutschen Boxers gegen einen belgischen. Letzterer war "im Stil, im Schlag, in der Beinarbeit, in Allem überlegen".

Wie, hätte Panter Wrobel fragen müssen, außer durch geplantes Training, konnte denn der Belgier so überlegen gewinnen?

"Die deutsche Nationalmannschaft spielt so wie der Generalstab einen Krieg vorbereitet." Henry Kissinger

In den 20er Jahren setzte sich merklich durch, was man heutzutage Fordismus nennt: wissenschaftliche Fabrikorganisation nach Frederick W. Taylor, Massenproduktion und -konsum nach Henry Ford - mit Wirkung auf den Sport. Erst Acht-Stunden-Tag und mehr Gehalt machten den Sport zum Massensport.

Der Sport war entstanden im Mutterland des Kapitalismus: England. Dort betrieben ihn die englischen gentlemen und ihre in Rugby, Eton, Oxford internierten Zöglinge. Für die Älteren war er zweckfreies Tun, eine reine «fair playging.lung war auch dies noch nicht.nik.tion.len.den.rung.ping.ze.gen feil.macht.lich mit dem Kopf.ren.gen.

39. KALENDER

Diskussionsrunde zu Öko-Interventionspolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:32

In diesem Sommer wird die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Brasilien stattfinden. Schon jetzt wird peu à peu begonnen, diese Konferenz ideologisch vorzubereiten. Angesichts voraussehbarer Umweltkatastrophen ist in den G7-Staaten von einer "ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines "Weltregimes" die Rede. Militärische Einheiten, sogenannte "Grünhelme", werden als Öko-Interventionstruppe in die Debatte gebracht. Weitgehend unbemerkt von der Linken beschäftigen sich seit ca. 20 Jahren NATO-Strategen und eigens eingerichtete -Gremien mit diesen Fragen. In der BRD finden sich Vertreter solcher Gedanken in allen Parteien, in der Wissenschaft, aber auch in der Atomlobby. - Die G7-Staaten führen ihren Kampf gegen Umweltkatastrophen vorrangig gegen die Menschen in der sog. 3. Welt, indem immer wieder die "Bevölkerungsexplosion" als Ursache der ökologischen Krise wie auch als Ansatzpunkt zu deren Lösung angeführt wird. - Auf einem offenen Diskussionstermin der Ex-KB-Mehrheit wollen wir uns mit diesen Thesen und Ideologien auseinandersetzen und mögliche Schritte dagegen diskutieren. Solche Diskussionstermine wollen wir in Zukunft regelmäßig anbieten. Die werte AK-LeserInnenschaft ist zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Mittwoch, 22. April, um 19.30 Uhr im "Haus für Alle", Hamburg, Amandastraße

Forum América Latina

Mit dem "Forum América Latina 1992" soll ein Gegengewicht zu den offiziellen Feiern der sog. Entdeckung Amerikas gesetzt werden. In einer Reihe von Vorträgen von ausschließlich lateinamerikanischen ReferentInnen sollen Geschichte, Kultur und besonders die Bewegungen des Widerstands in Lateinamerika dargestellt werden. Das Forum findet gleichzeitig in Hamburg, Bremen und Hannover statt.

Hamburg: 24.4., Geschichte und Widerstand; 25.4., politische Ökonomie; 26.4., Frauen in Lateinamerika. Jeweils ab 16 Uhr in der Universität Hamburg, Hauptgebäude, Hörsaal J, Edmund Siemersallee 1

Bremen: 24.4., Politische Ökonomie; 25.4., Frauen in Lateinamerika; 26.4., Geschichte und Widerstand. Kulturzentrum Schlachthof, Findorferstr. 51

Hannover: 24.4., Frauen in Lateinamerika; 25.4., Geschichte und Widerstand; 26.4., Politische Ökonomie. Raschplatz-Pavillon, Lister Meile 4; FHZ Lister Turm, Walderseestr. 100

1. Mai in Istanbul

Ein Kölner Komitee bereitet einen Besuch in der Türkei zum 1. Mai vor. Auf dem Programm stehen nach der Ankunft am 30.4. die Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration in Istanbul und am 2.5. Gespräche mit Menschenrechtsvereinen und Journalisten. Rückflug am 3.5.

Kontakt: Ursula Ünlü, Karl-Korn-Str. 7-9, 5000 Köln 1, Tel. 0221-31 11 09 (priv.)

Antirassismus-Konferenz

Zu einer Konferenz zur Vorbereitung einer europäischen Kampagne gegen Rassismus und Faschismus lädt - als Organisator - der "Jongerenbond" für den 8.-10.5. nach Eindhoven ein. Getragen bzw. unterstützt wird die Konferenz von zahlreichen niederländischen Organisationen und Gruppierungen aus Belgien, der BRD, Dänemark, Norwegen und der Tschechoslowakei.

Kontakt und Programm: National office, IC- coordination, Hooghuisstraat 29 c, 5611 GS Eindhoven, Niederlande

Politische Vernunft

Eine "Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges" ruft für den 9. Mai zu einer Demonstration und Kundgebung auf: "Für politische Vernunft - für Widerstand gegen eine gefährliche Politik".

Erinnert werden soll mit dieser Veranstaltung auch an Philipp Müller, der als Teilnehmer der Friedenskarawane am 11. Mai 1952 in Essen von der Polizei erschossen worden ist.

Essen, 9. Mai, um 11 Uhr Demonstration ab Gruga- Halle zur Kundgebung um 12.30 Uhr auf dem Kopstadtplatz

Marxismus und Ethik

In der Reihe "Unzeitgemäße Debatten zu Problemen revolutionär-sozialistischer, internationalistischer Praxis und Theorie" wird am 9./10.5. ein Seminar über Gentechnologie und Bioethik durchgeführt werden. Die leitende Frage soll sein: "Brauchen SozialistInnen (k)eine Ethik?"

Anmeldung: Hans-Jürgen Schulz, Jesselallee 29 c, 2000 Hamburg 73, Tel. 040-6784387

40. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:39

SPENDEN-ERGEBNIS

In ak 337, vor acht Wochen, haben wir in einem Spendenaufruf für 30.000,- DM für den ak aufgerufen. Bis zum Erscheinen von ak 340 waren 32.963,- DM eingegangen (s. Spendenergebnis in ak 340). Seither sind folgende Spenden eingegangen:

SPENDEN seit ak 340

Summe bis 11.3.92 32.963,-

U.Li. Uni Mannheim 30,-

M.H., Berlin 320,-

U.Sch., Preetz 150,-

V.L., Berlin 200,-

W.W., Berlin 200,-

G.K., Berlin 500,-

Summe bis 02.04.92 1.400,-

Summe total 34.363,-

Wir danken allen unseren SpenderInnen für ihre Hilfe zum Erhalt des ak.

41. Quelldatei kurdtit.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/kurdtit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:kurdtit

Kurdistan

Jeder, der wollte, könne das Newrozfest feiern, hatte Ministerpräsident Demirel versichert. Er wünsche allen ein glückliches Newrozfest. Es wurde ein Massaker der türkischen Militärs gegen feiernde und demonstrierende Kurden. Doch der "Sieg" der Militärs ist getrübt. Die türkische Kurdenpolitik ist internationalen Angriffen ausgesetzt. Die kurdische Bevölkerung leistet massenhaft Widerstand. Die PKK scheint angesehener denn je in Türkisch-Kurdistan. Die Liberalisierungspolitik der Regierung Demirel ist durch den Schulterschluß mit den Militärs nur fünf Monate nach der Wahl gescheitert. Die BRD, wichtigster ökonomischer und (nach den USA) militärischer Partner der Türkei steht im Zwielicht der Kumpanei. Ihr Verteidigungsminister Stoltenberg stolterte über Waffenlieferungen, die nur einen Bruchteil militärischer Ausrüstung abdecken. Genscher tritt die Flucht nach vorne als prinzipienfester Verteidiger der Menschenrechte an, um Spuren zu verwischen. Wir berichten über die Ereignisse und dokumentieren Augenzeugenberichte, schätzen die türkische und deutsche Politik ein.

Seiten 4-6

42. Grüß Gott, Herr Waldheim

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/tit1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:tit1

Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit wird der international geächtete Kurt Waldheim von Bundeskanzler Kohl halboffiziell empfangen und anschließend von einer reaktionären Stiftung für seine Verdienste ausgezeichnet. Die Kritik des Jüdischen Weltkongresses am deutschen Ausscheren aus der über den mutmaßlichen Kriegsverbrecher und Altnazi verhängten Quarantäne nahm Kohl zum Anlaß, einmal so richtig auf den Tisch zu hauen. Die antisemitischen Pöbeleien des Vereinigungskanzlers nach dem Treffen mit Waldheim sind ein kleiner Höhepunkt auf dem Weg zur "Selbstfindung der Deutschen". Für die Medien und die Opposition war der Vorfall nicht mehr als ein Zeichen von "fehlendem Fingerspitzengefühl". Seite 14

43. DDR-Kulturpolitik im Kalten Krieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/tit2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:tit2

In ak 340 wurde der Streit um den "Faust"-Entwurf des Komponisten Hanns Eisler dargestellt, der 1953 in der DDR stattfand. Die von den damals maßgeblichen Kulturpolitikern der SED geführte Polemik war von Stichworten bestimmt, die für sozialistisches Denken eigentlich nicht typisch sind: Eislers "Faust" sei "volksfremd" und "antinational", er trage zur "Zerstörung des deutschen Nationalbewußtseins" bei. Daß die SED sich damals einer nationalistischen Diktion bediente, ist u.a. im Zusammenhang mit der Frontstellung des Kalten Krieges und mit der engen Orientierung an sowjetischen Vorgaben zu sehen. In diesem ak werden einige Voraussetzungen der damaligen DDR-Kulturpolitik betrachtet. Seite 37

44. Frauen in Nicaragua

Interview mit Commandante Dora María Téllez

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/tit3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:tit3

Seit der Wahlniederlage der FSLN 1990 hat sich die ökonomische und soziale Situation der NicaraguanerInnen rapide verschlechtert und es sind mal wieder die Frauen, die es am härtesten trifft.

In der FSLN selbst sind heftige Debatten um die weitere Perspektive und die innerorganisatorische Demokratie aufgebrochen. Ein Teil der Frauen hat sich autonom vom sandinistischen Frauenverband AMNLAE organisiert. Zum 1. Kongreß der FSLN 1991 wurde Comandante Dora María Téllez für die Wahl zur Nationalen Leitung vorgeschlagen, zog aber aus innerparteilichen Gründen ihre Kandidatur zurück. Die Nationale Leitung bleibt vorerst eine Männerrunde.

Auch die sandinistischen Massenorganisationen stehen vor einer völlig veränderten Situation. Sie haben in der Regierung keinen Verbündeten mehr, sondern kämpfen in scharfer Konfrontation zu ihr um die Errungenschaften der Revolution. Dabei geraten sie immer häufiger in Widerspruch zur FSLN, die bemüht ist, die nationale Stabilität zu erhalten.

Mehr als genug Stoff für ein Interview mit Comandante Dora María Téllez. Sie ist Stellvertretende Vorsitzende der sandinistischen Parlamentsfraktion, Vorsitzende der FSLN in Managua und Mitglied der Asamblea Sandinista (formal höchstes Gremium der FSLN). Sie ist seit 1974 Mitglied der FSLN und war 1979 während der Endoffensive Generalstabschefin der Frente Occidental. Von 1985 bis 1990 war sie Gesundheitsministerin. Das Interview und eine Einschätzung der neuen Lage ab Seite 7

45. Umweltbewegung in Brasilien

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/tit5.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:tit5

Im brasilianischen Bundesstaat Pernambuco wird die Errichtung einer gigantischen Verbrennungsanlage für Industriemüll geplant. Zweieinhalb Millionen Tonnen an Benzonen, Azetonen, Methanolen u.a. sollen hier verheizt werden; sämtlich Stoffe, bei deren Verbrennung große Mengen an Dioxinen, Furanen und anderen Substanzen in die Umwelt gelangen und die absolut gesundheitsschädigend sind. Die Müllmengen stammen allerdings nicht aus Brasilien selbst, sondern aus Gebieten der "Ersten Welt", darunter, soweit bisher bekannt, aus Dänemark und der BRD. Zwei Gründungsmitglieder der "Vereinigung der Naturfreunde Pernambuco", der das Dokument über dieses Vorhaben zugespielt wurde, informieren im Gespräch mit dem AK über Entwicklung und Probleme der Umweltbewegung in Brasilien, ihre Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit und ihren Widerstand gegen das Projekt, Brasilien zur Giftmülldeponie der westlichen Industriestaaten zu machen.
Seite 11

46. Geschichte wird verdreht

CD-Datei: daten/aksuche/ak341/tit6.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:341:tit6

Stasidebatte:

Geschichte wird verdreht

Glaubte man den westlichen Medien, wäre die Geschichte der DDR allein eine Geschichte der Stasi. Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe mit verschiedenen Aspekten dieses Themas.

Der ak-Redakteur Hr. stellt die Behauptung auf, dies sei eine Fortsetzung der Geschichtsrevision wie sie von Nolte & Co in Hinblick auf den deutschen Faschismus betrieben wurde. Es sei eine deutsche, nationale Debatte, die mit dem vereinigten Deutschland versöhnen soll. Er beschreibt, wie die lautstarke Forderung nach "Geschichtsaufarbeitung der DDR" zum Vernichtungsfeldzug gegen links genutzt wird.

Michail Nelken beschäftigt sich mit dem gleichen Problem als Bürger der DDR. Auch er stellt die Instrumentalisierung der "Geschichtsaufarbeitung" fest, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, daß die Klage über diese "Instrumentalisierung" in der Regel scheinheilig ist. Seine These ist, daß die Interessenskonflikte der Gegenwart nicht aus der Geschichtsbetrachtung herauszuhalten sind, denn Aufarbeitung werde um der Gegenwart und der Zukunft willen angestellt. Deshalb komme es darauf an, aufzuzeigen, wo die in jedem Fall vorhandenen Interessen die Geschichte nicht nur interpretieren, sondern auch verfälschen.

In weiteren Beiträgen stellen wir die verschiedenen Ansätze vor, die Geschichte der DDR zu debattieren, zu verdrehen oder gar ganz auszulöschen sowie die Schwierigkeiten der verschiedenen linken Richtungen, im Konkreten mit den Folgen der Stasi-Tätigkeit umzugehen. Seite 16

Der Fall ... ... und die Lügen des

Eine Antwort auf die "Spiegel"-Behauptungen auf Seite 15